

W. L. CHRISTIANSEN

MEINE GESCHICHTE
DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI FLENSBURG

Sozialdemokraten
zwischen
Deutsch und Dänisch
1945-1954

Studieafdelingen
ved
Dansk Centralbibliotek
for Sydslesvig

SPD

W.L. CHRISTIANSEN

MEINE GESCHICHTE
DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI FLENSBURG

Sozialdemokraten
zwischen
Deutsch und Dänisch
1945-1954

Studieafdelingen
ved
Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig

FLENSBURG
1993

W.L. Christiansen: Meine Geschichte der Sozialdemokratischen
Partei Flensburg
Herausgegeben von der
Studieafdelingen
an der
Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig
1993

Satz und Druck: Winds Bogtrykkeri ApS, Haderslev
Einband: J.P. Møller Bogbinderi, Haderslev

© Studieafdelingen ved Dansk Centrallibiotek
for Sydslesvig, Flensborg 1993

In Kommission bei: Padborg Boghandel, DK-6330 Padborg

ISBN 87-89178-12-2

Redaktion: Dr. Johann Runge

lot
08 325
di:ll



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Die Vorgeschichte	9
Wir erlebten die Diktatur hautnah	12
Sommer 1945: Der Aufbruch ins Dänentum: Weg von Deutschland	14
Die Arbeiterschaft formiert sich.....	20
Reichsdänische Politiker in Flensburg	24
Die Kieler greifen in die Grenzdiskussion ein	26
Erste Kontakte mit der dänischen Minderheit und mit den Schleswiger Sozialdemokraten	44
Offene Konfrontation mit Kiel. Die Erklärung vom 19. Juni 1946.....	50
Die Flensburger Sozialdemokraten antworten auf die »Erklärung« des Bezirksvorstandes	55
Der Husumer Bannstrahl gegen die »Speckdänen deutschen Geblüts«..	60
Die Folgen der »Auflösung«. Die kleinste sozialdemokratische Partei der Welt entsteht und setzt sich durch	66
Die Neugründung der SPD in Flensburg.....	71
Die Kommunalwahlen vom Herbst 1946	72
Kontaktsuche nach dem Norden und reichsdänische Reaktionen	75
Frede Nielsen in Kiel	91
Der Versuch, eine Sozialdemokratische Partei Südschleswig [SPS] zu gründen, scheitert	94
Der Alltag kehrt ein	100
Schulprobleme in Flensburg	104
Die SPD in der deutschen Einheitsfront	105
Die Parteispitzen der SPD und der dänischen Sozialdemokratie treffen sich in Nürnberg.....	109
Verbindungen zu dänischen Sozialdemokraten	113
Konkrete grenzüberschreitende Zusammenarbeit.....	118
Weitere Treffen mit praktischen Schwierigkeiten	120
Die Kieler SPD steigt aus dem Grenzkampf aus. Erste Schwierigkeiten zwischen SSW und SPF.....	123
Die ersten Wiedervereinigungsgerüchte und SPD-SPF-Kontakte.....	126
Ein Flensburger Zwischenspiel	129
Gespräche in Kopenhagen 26. Juni 1951	131
Beyreis und ich.....	136

»SPF am Scheideweg«?.....	137
Hans Hedtoft in Flensburg 9. Dezember 1951.....	138
Das Verhalten der SPD auf kommunaler Ebene	142
Erich Ollenhauer in Flensburg 1. Februar 1952.....	145
Eine Auseinandersetzung mit Hermann Clausen	147
Die tägliche Parteiarbeit.....	149
Der Bundesparteitag der SPD in Dortmund 24. bis 28. September 1952.....	151
Neue Irritationen	154
Es brodelt wieder in der Gerichtsküche.....	156
Die Kieler in Kopenhagen 22. November 1952.....	159
Reiser macht in Geheimdiplomatie	162
Weitere Gespräche in Kopenhagen 5. Dezember 1952.....	165
SPF, SSW und SSV diskutieren die neue Situation 10. Dezember 1952	167
Hans Hedtoft formuliert seine Stellungnahme zur SPF-Frage 27. Dezember 1952	171
Die Kontrahenten antworten.....	172
Wiedervereinigungsgeplänkel vor der SPF-SPD-Großveranstaltung.....	178
Die Großveranstaltung am 9. März 1953: Versteckte Aufforderungen und klare Worte	185
Vor dem Endspurt.....	197
Die SPF nähert sich ihrem Ende.....	202
Noch nicht! Die Versammlung am 4. Dezember 1953.....	205
Die SPF in einer völlig gewandelten Umwelt.....	210
Die letzten Schritte auf dem Weg zum Wiedervereinigungsbeschuß vom 25. Juni 1954.....	215
Epilog. Sønderjysk Arbejderforening [SAF]	220
Nachwort.....	226
Abkürzungen	227
Personenregister	228

Vorwort

»Erlebtes und Erforschtes« könnte man die nachfolgende Darstellung der Geschichte einer der kleinsten Sozialdemokratischen Parteien nennen. Erlebt habe ich die Vorgänge in Flensburg, und ich habe sie zum Teil auch mitgestalten dürfen. In den Bereich des Erlebten und Mitgestaltens gehört das Pflegen der Verbindungen zur dänischen Schwesterpartei und zu den dänischen Verbänden in Südschleswig. Die Vorgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Flensburg lag vor meiner Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft. Doch die Erlebnisse und die politischen Motive, die viele Flensburger in die Reihen der SPF führten, hatten auch meine Familie und meine Jugendzeit geprägt. Das Studium der Quellen der Zeit vor meinem Eintritt in den Kreisverein Flensburg-Stadt der Sozialdemokratischen Partei bestätigte, korrigierte und vertiefte meine Erinnerungen an das Erlebte. Zu den erforschten Teilen der nachfolgenden Schilderung gehören natürlich die Vorgänge, von denen ich damals nur oberflächliche oder gar keine Kenntnisse haben konnte. Dazu gehören das Handeln einiger meiner Mitstreiter, Kontrahenten und Gegner sowie die Haltung der dänischen Sozialdemokraten in Kopenhagen. Hier weiß ich heute mehr, als ich damals wissen konnte. Dieses Wissen verdanke ich der unermüdllichen Hilfe meines wissenschaftlichen Beraters Dr. Johann Runge, der mir umfangreiches Archivmaterial zur Verfügung stellte und mit mir diskutierte.

Der Rückblick auf eine abgeschlossene geschichtliche Epoche macht manches durchsichtiger, als es im Moment des Handelns war und ermöglicht, »objektiv« zu sein. Dennoch wird jeder Leser meiner Darstellung leicht entnehmen können und spüren, wo ich stand – und heute stehe. Ich nenne diese Darstellung »Meine Geschichte der SPF«, da meine Kontrahenten von damals natürlich ein ganz anderes Bild der hier von mir geschilderten Vorgänge gegeben und sicherlich viele Dinge anders gewertet hätten.

Ich war mit Leib und Seele Politiker und bin heute ein eifriger Amateurhistoriker, gehöre somit nicht der Zunft der Fachwissenschaftler an. Wie bei der Niederschrift meiner politischen Selbstbiographie »W.L. Christiansen: Mit brogede politiske liv« (Hrsgg. von der Studiefdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, Flensborg 1990) so hat Dr. Johann Runge, der Leiter der Forschungsabteilung an der Dänischen Zentralbibliothek in Flensburg, mir auch dieses Mal mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Er hat mir viel Arbeit bei der Erstellung des druckreifen Manuskripts erspart. Ohne seine Hilfe wäre dieses Buch nicht das geworden, was es heute ist. Ich danke ihm für seinen großen Einsatz.

Ich hoffe, daß mein Buch eine Lücke in der Erforschung der Flensburger Nachkriegsgeschichte schließt.

Die von mir benutzten Quellen (Originale, Durchschläge und Kopien) befinden sich heute in meinem Privatarchiv im Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig in Flensburg. Sie sind allen Interessenten zugänglich.

Flensburg, den 15. Oktober 1991.

W.L. Christiansen

Die Vorgeschichte

Gebranntes Kind scheut das Feuer, sagt ein altes Sprichwort. Als »gebrannte Kinder« fühlten sich die Flensburger Sozialdemokraten nach dem zweiten Weltkrieg, als das deutsch-dänische Grenzproblem erneut aktuell wurde. Die Sozialdemokraten in Flensburg und auch im übrigen Südschleswig erinnerten sich der Geschehnisse von 1920 und der politischen Entwicklung der folgenden Jahrzehnte.

1920 war man aus Parteidisziplin willig den Parolen der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gefolgt. Das sollte nicht noch einmal geschehen. Die Grenzfrage sollte nach 1945 nicht noch einmal zu einer Partei- und Gewerkschaftsangelegenheit gemacht werden. Dieses Mal sollten sich diese Organisationen aus der nationalen Frage heraushalten und ihre Beantwortung dem einzelnen Partei- und Gewerkschaftsmitglied überlassen.

Wieso war man 1920 eigentlich – fast hörig – der Weisung der Partei gefolgt und hatte für Deutschland gestimmt, obwohl sehr viele der Parteimitglieder stärkere persönliche Bindungen zu Dänemark als zu Deutschland hatten?

Auch im Grenzland Schleswig, das 1867 gemeinsam mit Holstein eine preußische Provinz geworden war, lebte die Erinnerung an den Kampf der Sozialdemokratie um ihre nackte Existenz. Von 1878 bis 1890 galt das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«, das »Sozialistengesetz«. Parteiorganisationen, Gewerkschaften und deren Zeitungen und Druckschriften waren verboten, Versammlungen und andere öffentliche Veranstaltungen mit sozialdemokratischer Tendenz untersagt. Die Teilnahme an verbotenen Versammlungen wurde mit Geld- und Gefängnisstrafen geahndet. Obwohl das Sozialistengesetz formal erst am 30. September 1890 außer Kraft trat, hatte es nach den Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890, aus denen die SPD als größte Partei in Deutschland hervorging, und dem Sturz Bismarcks am 20. März 1890 keine Bedeutung mehr. Die Partei, die Gewerkschaften und Genossenschaften, vor allem die Konsumvereine, wuchsen und breiteten sich aus. Dieser nunmehr einigermaßen freien Entfaltung der Arbeiterpartei und ihrer Organisationen stand nach 1918 ein Verwaltungs- und Justizapparat gegenüber, der den Zusammenbruch des Kaiserreichs und den Übergang in die erste deutsche Demokratie nicht nur ungeschoren überlebte – sondern auch weiter wirken konnte, als wären in der politischen Führung keine Veränderungen eingetreten. Dieser Verwaltungs- und Justizapparat behielt sein konservatives Gepräge. Leider übersahen die Liberalen und auch die Sozialdemokraten in ihrer Euphorie über die Zerschlagung des Kaiserreichs dieses Detail, und

im Detail steckt bekanntlich der Teufel. – Die Mentalität der Beamten änderte sich erst lange, lange Zeit nach dem zweiten Weltkrieg.

Nach dem ersten Weltkrieg traten Regierungen mit sozialdemokratischer Beteiligung das schwere Erbe des geschlagenen Kaiserreichs an. Sie übernahmen eine politische Konkursmasse. Die SPD wurde Regierungspartei und der Sozialdemokrat Friedrich Ebert Reichspräsident. Die Linke in Deutschland glaubte, den Staat erobert zu haben. Das war allerdings ein fundamentaler Irrtum, wie sich bald herausstellen sollte.

Die alten herrschenden Schichten waren keineswegs ausgeschaltet worden. Sie überdauerten in den Amts- und Verwaltungsstuben und im Militär. Man paßte sich zunächst den demokratischen Gepflogenheiten an, die man hier und dort übernahm. Aber sehr schnell entwickelte man, außerordentlich geschickt, ein Eigenleben.

Die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919, eine der freiesten Verfassungen, die je geschrieben worden sind, wurde von konservativen und rechtsextremen Parteien unterhöhlt – und schließlich außer Kraft gesetzt. Viele glaubten anfangs an eine geistige Erneuerung des deutschen Volkes. Jedoch der Glaube allein konnte auch in diesem Fall keine Berge versetzen.

Als 1920 bei uns im Grenzland die Frage »deutsch oder dänisch« gestellt wurde, entschied sich die große Mehrheit der Flensburger Arbeiterschaft, den Parolen ihrer Organisationen folgend, für die deutsche Seite. Man hatte ihnen gesagt:

Dänemark ist noch immer Monarchie, die haben wir hier über Bord geworfen.

Deutschland ist eine Republik und ist deshalb Euer Staat.

Daß dieses Überbordwerfen von außen aufgezwungen und nicht aus eigener Kraft erreicht worden war, daran dachte niemand.

Angsteinflößende Parolen wurden verbreitet: Es wurde z. B. damit gedroht, den Werftbetrieb einzustellen.

Nahezu perfekt war die Nachrichtensperre während des Kapp-Putsches. So konnte ein kritisches Nachdenken über die deutsche Demokratie verhindert werden.

»Wenn der Kapp-Putsch ein paar Tage eher gekommen wäre, hätte er katastrophale Wirkungen auf die Abstimmung ausgeübt. So ist er in seiner ganzen wirtschaftlichen und politischen Verheerung glücklicherweise in großen Teilen des Abstimmungsgebietes gar nicht bekannt geworden. Und wo er es wurde – wie in Flensburg – war kaum Zeit, daß er sich auswirkte ...«, so schreibt der Reichsminister und ehemalige Staatskommissar der Provinz Schleswig-Holstein Dr. Adolf Köster in seinem 1921 erschienenen Buch »Der Kampf um Schleswig«. A. Köster war Sozialdemokrat. Seine Sprache im

Umgang mit politisch Andersdenkenden feierte nach 1945 bei einer Reihe deutscher Sozialdemokraten fröhliche Urständ.

Die Flensburger Sozialdemokraten entschieden 1920 nicht nach historischen Gesichtspunkten, selten nach persönlichen oder familiären Bindungen oder aufgrund der eigenen nationalen Gesinnung. Sie folgten der Parteidisziplin. *Die Organisationen dachten für ihre Mitglieder.*

Es darf durchaus davon ausgegangen werden, daß das Abstimmungsergebnis vom 14. März 1920 nicht völlig der nationalen Gesinnung der Flensburger Arbeiter entsprach. Es ist heute natürlich müßig, mit Zahlen zu spielen, oder gar zu fragen, wie anders das Flensburger Abstimmungsergebnis, 75%:25% zugunsten Deutschlands, ausgesehen hätte, wenn ... Tatsache ist: Das Zahlenverhältnis spricht eine eindeutige Sprache. Flensburg verblieb bei Deutschland. Die deutsch-dänische Grenze lag jetzt vor den Toren der Förde-stadt.

Die große Ernüchterung kam für die Gewerkschafter und die Anhänger der Linksparteien spätestens im Jahre 1933. Wer zu diesem Zeitpunkt noch nicht erkannt hatte, 1920 einen Fehler begangen zu haben, der merkte es nach der nationalsozialistischen Machtübernahme.

Der folgende, von persönlichen Erlebnissen und subjektiven Erfahrungen geprägte geschichtliche Rückblick und die Darstellung der Geschichte der kleinsten sozialdemokratischen Partei der Welt wird von einem geschrieben, der im deutsch-dänischen Grenzland aufgewachsen ist und lebt, die Zeit nach 1933 sehr bewußt erlebt und das Geschick der SPF nach 1946 mitgestaltet hat.¹

1. Vgl. meine Selbstbiographie *W.L. Christiansen, Mit brogede politiske liv*. Hrsgg. von Studiefdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, Flensborg 1990.

Wir erlebten die Diktatur hautnah

Meine Familie, Vater sozialdemokratisch eingestellt, stimmte 1920 für Dänemark. Nach der Abstimmung, nachdem die Wogen des Abstimmungskampfes sich einigermaßen geglättet hatten, traf mein Vater die persönliche Entscheidung, sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden: Er wollte dem neuen demokratischen Staat gegenüber, in dem er lebte und arbeitete, loyal sein.

Diese Loyalität ist ihm später sehr schlecht gedankt worden.

An meiner Familiengeschichte² kann man ablesen, wie Grenzbewohner im Laufe der Zeit aufgrund bestimmter Geschichtsabläufe aus nationalen Gründen ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft aufgaben und die des Gegners erwarben. Ein Großteil der Flensburger Arbeiterschaft mußte 1920 zu den sogenannten »Zweistromigen« gerechnet werden. Sie waren überwiegend Schleswiger, weder bewußt deutsch noch bewußt dänisch.

Anfang 1931, ich war gerade zehn Jahre alt geworden, wurde mein Schulbesuch der Anlaß einer nationalpolitischen Auseinandersetzung zwischen meinem Großvater und meinem Vater.

Mein Großvater väterlicherseits (nördlich der Königsau, in Øster-Vamdrup, als dänischer Staatsbürger geboren) war 1890 preußischer Untertan geworden, um Nordschleswig nicht verlassen zu müssen. 1907 zog er mit seiner Familie nach Flensburg, wo er sofort nationalpolitisch aktiv wurde. Sein größter Wunsch war, mich – nach den vier Grundschuljahren in der deutschen Volksschule – als Schüler der dänischen Duborg-Skolen zu sehen. Mein Vater lehnte jedoch ab. Seine Begründung war: Er sei Bediensteter der Stadt Flensburg in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein in der Republik Deutschland, und deswegen müsse sein Sohn eine deutsche Schule besuchen. Er wollte ein loyaler deutscher Staatsbürger sein!

1933, nur zwei Jahre später, kam der Schock und damit die Stunde der Besinnung. Die Frage »deutsch oder dänisch?« wurde aktuell. Von der »Straßenbahn der Stadt Flensburg«, mein Vater war dort als Elektromonteur angestellt, erhielt er ein den 24. November 1933 datiertes Kündigungsschreiben. Er wurde aufgefordert, seinen Arbeitsplatz sofort zu räumen. Die Kündigung erfolgte »wegen politischer Unzuverlässigkeit«. Man warf ihm u.a. vor (dieses bekamen wir allerdings erst nach 1945 zu wissen), daß er »während der Abstimmungszeit Däne gewesen sei«.

2. Vgl. auch meine Jugenderinnerungen in *Barn og ung i Sydslesvig 1900-1982*, redigiert von Jørgen Hamre und Johann Runge, Band 1, Seite 119ff: *W.L. Christiansen, Ung mellem dansk og tysk*. Hrsgg. von Studiefdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, Flensborg 1986.

Während eines kurzen Ferientaufenthalts bei Freunden der Familie auf Dybbøl Banke, es muß im Jahr 1934 gewesen sein, sagte mein Vater zu mir: »Hätte ich doch nur auf meinen Vater gehört und dich 1931 auf die Duborg-Skole geschickt. Aber nun ist es zu spät.«

Die Eltern meines Vaters waren »bedstefar« und »bedstemor«, die Eltern meiner Mutter »Opa« und »Oma«. Bedstefar hat die Nazizeit nicht mehr erleben müssen, er starb im Frühjahr 1931.

Nach seinem Rausschmiß gab es für meinen Vater nur noch das Warten auf das Ende der Nazidiktatur. Er hatte, wie bereits geschildert und was ihm von den Nazis vorgeworfen wurde, 1920 für Dänemark gestimmt. Viele andere aber, denen spätestens jetzt die Augen aufgingen, fragten sich, ob man nun für die Fehlentscheidung von 1920 zahlen müsse. Viele hofften auf eine neue Gelegenheit. Und dann wollte man sich nicht ein zweites Mal bevormunden lassen. Noch einmal, das schworen sie sich, sollte keine Partei oder Gewerkschaft in ihrem Namen eine Entscheidung fällen. Das nächste Mal wollten sie ihr Schicksal selbst bestimmen!

Zunächst verschwanden die Nazis jedoch nicht so schnell, wie sie gekommen waren. Erst nach 12 schweren Jahren war das »Tausendjährige Reich« vorüber.

Dieser kurze Ausflug in meine Familiengeschichte war erforderlich, um deutlich zu machen, welche Erfahrungen und Gefühle die Handlungen der Mehrzahl der Flensburger Sozialdemokraten im Frühjahr 1945 bestimmten. Unser Schicksal war nämlich kein Einzelfall, wie der 1947 von Viggo Petersen herausgegebene Band »Sydslesvigske Skæbner« (Südschleswigsche Schicksale) aufdeckt. Aus mehreren Lebensabrisse dieses Bandes spricht die Enttäuschung über die verpaßte Gelegenheit von 1920 und die verspätete Einsicht, sich damals nationalpolitisch verkehrt entschieden zu haben.

Sommer 1945: Der Aufbruch ins Dänentum: Weg von Deutschland

Ehe auf die Arbeiterbewegung eingegangen wird, soll zunächst kurz dargestellt werden, was sich in den ersten Tagen und Wochen nach der Befreiung in Flensburg abspielte. Die Fördestadt, zuletzt Sitz der Reichsregierung und des Reichssenders Flensburg, war mit Militär- und Nazigrößen aller Kaliber vollgestopft. Von hier gingen sie in die Gefangenschaft – oder irgendwie in Deckung oder gar in den Freitod.

Heute mag man sich darüber wundern, daß es damals überhaupt Menschen gab, die sich politisch äußerten. Die staatliche Ordnung war zusammengebrochen, die Ausweglosigkeit der Situation hatte bei der Bevölkerung zu politischer Gleichgültigkeit und Stumpfheit, ja zu einer antipolitischen Haltung geführt. Zur geistigen und politischen Apathie kamen die immensen Probleme der Ernährung, der Arbeitslosigkeit und der Beschaffung von Unterkünften für die Heimatvertriebenen aus dem Osten und die Bombengeschädigten. Nur der überschaubare, enge Kreis der nicht einmal immer intakten Familie zog in dieser Zeit der breiten Verunsicherung das Interesse auf sich. Und dennoch, in diesen Monaten der allgemeinen Erschöpfung und Politikmüdigkeit nahm auch Außergewöhnliches seinen Anfang. Die Anstöße zu einem neuen politischen Leben kamen überwiegend von denen, die 12 Jahre hatten schweigen müssen oder im Widerstand aktiv gewesen waren.

In diesem geistig-politischen Vakuum der letzten Kriegs- und ersten Friedensmonate entstand eine südschleswigsche, prodänische Bewegung, die nach und nach weite Bevölkerungsteile des Grenzlandes Schleswig ergriff.

Schon wenige Tage nach dem 5. Mai 1945 tauchte ein von 38 Flensburgern unterschriebenes Papier mit einem Programm über die dänische Zukunft Schlesiens auf. Am 19. Juni veröffentlichten 14 Personen eine Petition an das dänische Volk und die dänische Regierung, in der um die Eingliederung Südschlesiens in Dänemark gebeten wurde. Diese Eingliederung sollte nach einer Übergangszeit mit eigener Selbstverwaltung stattfinden. Die Zusammensetzung des Petentenkreises zeigt die bereits zu diesem frühen Zeitpunkt vollzogene Verbindung unterschiedlicher Parteirichtungen. Es hatten nämlich vier Vertreter der bürgerlichen Seite, vier Landwirte und sechs Repräsentanten der Arbeiterbewegung unterschrieben.

Im Anschluß an diese beiden Aktionen, die von sehr wenigen Personen verschiedener Parteirichtungen ausgingen, wurde zu einer ersten großen Volksbefragung aufgerufen. Es wurde eine Unterschriftensammlung gestartet. Man

sprach etwa 13.000 Personen an. Nachdem an die 12.000 Unterschriften gesammelt worden waren, stoppte die britische Militärregierung diese Aktion. Die Petition hatte folgenden Wortlaut:

An die dänische Regierung und das dänische Volk

Wir unterzeichneten Südschleswiger bitten hiermit die dänische Regierung um die Aufnahme des gesamten Landgebietes in die dänische Staatsgemeinschaft, und zwar bis zu der für Dänemark einzigen natürlichen Grenze, dem Kieler Kanal bezw. der Eider.

Wir sind damit bekannt gemacht worden, dass der überwiegende Teil der dänischen Bevölkerung z. Zt. einer Eingliederung nicht günstig gesonnen ist.

Dennoch hoffen wir gern, die dänische Regierung werde baldigst veranlassen, dass wir in diesem Gebiet von dem deutschen Reich abgetrennt und sofort unter dänisch-alliierte Oberhoheit gestellt werden.

Selbstverständlich wird eine geraume Zeit nötig sein, in der wir unter politischer und ökonomischer Selbstverwaltung uns bemühen müssen, die Bevölkerung der speciellen dänischen Mentalität und der freien demokratischen Weltanschauung ganz anzupassen.

Wir halten es weiter erforderlich, dass die dänische Regierung in der Zusammenarbeit mit den drei Grossmächten einen näheren Selbstverwaltungsplan entwerfe, durch dessen Durchführung wir gerüstet sein würden, in das dänische Reich aufgenommen zu werden.

Weiter sind wir darüber klar, dass wir mit der Vergangenheit aufräumen müssen.

Für die Elemente und Einzelpersonen, die uns tyrannisiert und vergewaltigt haben, darf kein Raum mehr sein. Sie müssen aus den öffentlichen Stellen entfernt und, wenn nötig, aus dem Lande gewiesen werden.

Die »Weg-von-Deutschland«-Bewegung in Südschleswig erregte natürlich ein weites Aufsehen. Der Kieler SPD-Mann Karl Ratz schrieb am 26. August 1945 an Dr. Kurt Schumacher in Hannover u. a.:

»... Eine andere große Gefahr macht sich hier in Schleswig bemerkbar. Separatistische Bestrebungen gegenüber Dänemark. In der Anlage übersende ich Dir eine Abschrift der Petition, welche man dem dänischen Außenminister überreicht hat. Das Traurige an dieser ganzen Sache ist, daß die führenden Genossen unserer Bewegung in Flensburg sich daran beteiligen. Gearbeitet worden ist in dieser Frage nach

richtigen Nazimethoden, wer nicht unterschreibt, wird später ausgewiesen nach Deutschland.

In der kommenden Woche werden Vertreter des Bezirksvorstandes nach Flensburg fahren und an Ort und Stelle die Nachprüfung vornehmen und eine Bewegung auf die Beine Stellen, die diesem Wahnsinn ein Ende bereitet. Es ist aber nicht nur in Flensburg, sondern der Wille dieser »Deutschen« ist es, die Grenze bis zur Eider zu setzen. Im Kreis Eiderstedt soll eine Bewegung bis zu 90% für den Anschluß sein. Du kannst hieraus ersehen, daß der Kampf für uns nicht leicht wird, aber wir hoffen alle deutschen Genossen wieder auf den rechten Weg zurück zu bringen. ...«.

Die Anlage, eine Abschrift der Petition vom 21. Juni 1945, hatte folgenden Wortlaut:

»Der dänischen Regierung und dem dänischen Volk überreichen die nachstehend unterzeichneten Einwohner Südschleswigs folgende Kundgebung mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Wir erklären hiermit, daß wir loyale Bürger des dänischen Staates werden wollen, und daß wir alles anzusetzen gewillt sind, unsere Nachkommen in diesem Sinne zu erziehen. Die Bildung einer deutschen Minderheit lehnen wir wegen der damit gemachten üblen Erfahrung für unsere Person für die Zukunft ab. Eine Wiederholung der Geschehnisse von 1848-1945 wird an der Haltung der Bevölkerung Südschleswigs scheitern, die zur Erkenntnis gelangt ist, daß sie trotz vorwiegend deutscher Sprache und Erziehung blutmäßig und geschichtlich zum dänischen Volk gehört.

Wir wenden unseren Blick nach dem Norden und wünschen, aufrichtig in nähere Beziehungen zu Dänemark und dadurch zu den übrigen nordischen Staaten zu treten. Daher bitten wir die dänische Regierung um die Rückgliederung des seit uralten Zeiten zu Dänemark gehörigen Südschleswiger Landes an den dänischen Staat.

Sollte indes die dänische Regierung aus staatspolitischen Erwägungen die Rückgliederung im gegenwärtigen Augenblick nicht für möglich halten, so bitten wir sie, die zeitweilige Verwaltung des südschleswigschen Gebietes in die Wege zu leiten, um auf diese Weise der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, zu zeigen, daß der Wunsch nach Rückgliederung dem objektiven Willen der Masse der Bewohner entspricht.

Wir bitten die dänische Regierung und das dänische Volk, diese Kundgebung in dem Geiste entgegenzunehmen, in dem sie verfaßt und von uns unterzeichnet wurde. Die Versicherung unserer Loyalität ent-

spricht nicht dem Wunsche, Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, die eines Tages ohnehin vorüber gehen werden, sondern der klaren Erkenntnis, daß das Leben in einem friedfertigen freundlichen Land mit freier Meinungsäußerung und freier Entwicklungsmöglichkeit dem Lebensideal ernster Menschen weitaus am meisten entspricht und damit unser Stamm- und Altvaterland Dänemark uns gerade die Erfüllung des Lebensideales bei treuer Pflichterfüllung jedes einzelnen von uns, ermöglichen wird.

Richtlinien zur Unterschriftenleistung.

1. Zur Unterschriftenleistung zugelassen sind alle Männer und Frauen, welche das 18. Lebensjahr vollendet haben und
 - a) vor dem 1. April 1933 in Südschleswig ansässig waren,
 - b) die zwar nach dem 1. 4. 1933 in Südschleswig ansässig geworden, aber nordischer Abstammung an sich sind oder die in Südschleswig oder anderen vor 1864 zu Dänemark gehörenden Landesteilen geboren wurden,
 - c) die Personen, welche zwar nach dem 1. 4. 1933 hier ansässig wurden, aber einen in Südschleswig oder den nordischen Ländern gebürtigen Ehepartner heirateten.
2. Ausgeschlossen sind:
 - a) alle Personen, insbesondere Parteimitglieder, die sich aktiv im nationalsozialistischen Sinn betätigt haben, oder von denen anzunehmen ist, daß sie sich innerlich der nationalsozialistischen Idee verbunden fühlen. Die bloße Parteizugehörigkeit schließt also die Möglichkeit einer Unterschrift nicht aus.
 - b) alle Personen, von denen bekannt ist, daß sie Dänemark durch gehässige und unwahre Behauptungen verunglimpft haben.

Die von uns an Sie zu richtende Frage ist folgende:

»Haben Sie aus Ihrer eigenen inneren Überzeugung heraus und ohne jede Beeinflussung den Wunsch, zu Dänemark zu kommen, wenn es möglich ist, so bitten wir Sie, sich in unsere Sammelliste eintragen zu wollen.«

Man versuchte sein Glück jedoch nicht nur bei der dänischen Regierung und dem dänischen Volk sondern auch bei der britischen Militärregierung. Am 12. Juli erhielt eine südschleswigsche Delegation Vortritt bei der Militärregierung in Kiel. Sie wurde von Oberstleutnant Thomas empfangen. Dieser Delegation gehörten folgende Herren an: Kaufmann Cornelius Hansen, Redakteur Tage Jessen, Steuerberater Thomas Andresen, der Vorsitzende der Industrie- und

Handelskammer zu Flensburg Direktor L. Iversen, alle aus Flensburg, und der Bahnobersekretär Hermann Clausen aus Schleswig. Die Delegation bat während der mündlichen Verhandlung u.a. um die Teilung der Provinz Schleswig-Holstein in zwei Regierungsbezirke mit einem eigenen Regierungspräsidenten für Schleswig in der Stadt Schleswig. Der britische Offizier forderte die Delegation auf, ihre Wünsche in einem Memorandum schriftlich vorzulegen. Die Flensburger Tage Jessen, Thomas Andresen und Peter Hattesen arbeiteten das geforderte Memorandum aus, das am 30. Juli 1945 dem Vertreter der Militärregierung in Flensburg zur Weiterleitung an die vorgesetzte Dienststelle überreicht wurde.

Das Memorandum vom 30. Juli wurde dann der Kern einer Petition, die im September desselben Jahres an die Militärregierung der britischen Zone in Bad Oeynhausen gesandt wurde. Der Wunsch nach Schlesiws Trennung von Holstein wurde wiederholt und ergänzt sowie mit geschichtlichen, geopolitischen und biologischen Argumenten begründet: Zum Wunsch nach verwaltungsmäßiger Trennung Schlesiws von Holstein und der Bildung eines Regierungsbezirks Schleswig mit einem gebürtigen Schlesiwiger als Regierungspräsidenten kam der Wunsch nach einheimischen Landräten, Bürgermeistern und anderen schlesiwschen Personen in der Verwaltung. Da man eine »biologische« Überfremdung des eigenen »nordischen Volkstums« und die Verpreußung der Heimat fürchtete, beantragte man die baldmöglichste Befreiung Südschlesiws von den Flüchtlingen. Die aus den »europäischen *Unruheherden*« stammende fremde Bevölkerung würde das friedliche Miteinander der deutsch-, dänisch-, friesischsprachenden Landbevölkerung des Grenzlandes und Minderheitsgebiets Südschleswig stören und gleichzeitig eine ernste Gefahr für das mit den Südschleswigern befreundete und verwandtschaftlich verbundene Dänemark bedeuten, zu dem Südschleswig vor 1864 stets gehört hatte.

Die Gedanken und Argumente dieser Petition mag man heute als zeitbedingt und längst überholt bezeichnen, sie waren aber zweifellos zeittypisch. Äußerst interessant sind die Personen, deren Namen unter dieser Petition stehen. Viele von ihnen hätten später gerne ihre Unterschrift unsichtbar gemacht. Es hatten nämlich auch Männer unterschrieben, die im harten Grenzkampf der folgenden Jahre auf der deutschen Seite stehen sollten. Einige dieser Namen müssen genannt werden, damit nicht der Eindruck entsteht, daß nur Sozialdemokraten sich damals national oder staatspolitisch nach Norden orientierten.

Die Namen der Mitglieder der Delegation vom 12. Juli 1945 sind bereits genannt worden. Sie standen für folgende Gruppierungen: Thomas Andresen für die bürgerlich-demokratischen Kreise, Hermann Clausen für die Sozialdemokratie, Ludwig Iversen und Cornelius Hansen für die Wirtschaft und Tage

Jessen, der Vorsitzende des Schleswigschen Vereins, für den dänischen Bevölkerungsteil.

38 Personen unterschrieben die Petition vom September 1945 an das »Britische Hauptquartier« in Bad Oeynhausen.

Im Namen von Verbänden und bürgerlichen Gruppen aus dem deutschen Teil der Bevölkerung unterschrieben Bäckermeister Wilhelm Hass für die Handwerkskammer, Direktor Ludwig Iversen für die Industrie- und Handelskammer, Druckereibesitzer und Ratsherr Christian Wolff, Großschlachter Karl Jensen, Steuerberater Thomas Andresen und die Baustoffhändler E. Rudolph und Christian Sönnichsen. – Soweit sie nicht Verbände vertraten, standen diese Namen für eine »Bürgerliche Demokratische Partei«.

Von den Flensburger Sozialdemokraten und Gewerkschaften unterschrieben Friedrich Drews, Hugo Hellwig, Max Beyreis, Hermann Olson und Hans Harloff, für die Schleswiger Sozialdemokraten unterzeichneten Hermann Clausen, Andreas Paysen und Peter Krey.

Es leisteten ihre Unterschrift Dr. Alexander Scharff, Vorsitzender der Ärztekammer, Dr. Max Scheel, Vorsitzender der Apothekerkammer, Dr. Hans Jacobsen, Sekretär der Industrie- und Handelskammer, Probst E. Petersen aus Sörup in Angeln und ferner der Gutsbesitzer Baron v. Hobe, Gelting, als Vertreter des katholischen Teils der Bevölkerung.

Den »Südschleswigschen Verein« repräsentierten die Flensburger Niels H. Christensen, Christian Fr. Vith, Julius Christensen, B. Bensch, Karl Haase und Peter Hattesen, die Schleswiger Hans Hinrichsen, Carl Söhren und Fritz Johannsen sowie die Husumer Greis Gramm, Louis Jacobs und Dr. L.C. Peters.

Für die Friesen unterschrieb Johannes Oldsen aus Lindholm.

Die Namen L.P. Christensen, Chefredakteur von Flensborg Avis, Tage Jessen, Redakteur bei Flensborg Avis und Vorsitzender des Schleswigschen Vereins, und Bernhard Hansen, Rektor der Duborg-Skolen und Konsulent für das dänische Schulwesen in Südschleswig vervollständigten die Unterschriftenliste.

Die Bittsteller betonten, daß sie einen bedeutenden Teil der Bevölkerung – und hier muß hinzugefügt werden: der einheimischen Bevölkerung – vertraten. Sie hatten mit dieser Behauptung keineswegs Unrecht, wie die Wahlen der kommenden Jahre zeigen sollten. Die Vertreter der südschleswigschen, dänisch orientierten Heimatbewegung vereinigten 1946 bereits 82.100 und 1947 sogar 99.500 Wählerstimmen auf sich. Über die Hälfte der einheimischen Bevölkerung bekannte sich zu den in der genannten Petition angestrebten nationalpolitischen Zielen. Die Grenzkampfstimmung der Nachkriegszeit bildete die Voraussetzung und den Hintergrund für die Entstehung und Entwicklung des im Folgenden zu schildernden Gegensatzes innerhalb der Sozialdemokratie.

Die Arbeiterschaft formiert sich

Die ersten zaghaften »Gehversuche« einer neuen Arbeiterorganisation fanden in Flensburg bereits Ende April 1945 statt. Die Engländer standen zu diesem Zeitpunkt am Nord-Ostsee-Kanal.

In der Werkstatt des Schuhmachers John Johann (Jonni) Kloppenburg in der Großen Straße versammelten sich einige Gewerkschaftler und Sozialdemokraten, die schon vor 1933 aktiv in der Parteiarbeit gewesen waren. Jonni Kloppenburg hatte sich vor 1933 in der SPD und in der Arbeitersportbewegung betätigt. Seine Frau war in Flensburg als überaus tatkräftige Mitarbeiterin der Arbeiterwohlfahrt bekannt gewesen. Der Ort der Zusammenkunft war keineswegs zufällig gewählt. In J. Kloppenburgs Werkstatt hatte sich bereits während des Krieges eine überwiegend aus ehemaligen Sozialdemokraten bestehende Widerstandsgruppe getroffen. Ihr Anführer war Peter Hattesen. Hugo Hellwig und Hans Harloff waren Mitglieder dieser Gruppe. Etwa 1943/44 sprach man hier bereits über Südschleswigs enge Verbindung mit Dänemark, und schon 1944 gründete man einen dänischorientierten Verein. Zur dänischen Minderheit hatte man damals aber noch keine Verbindung.

Die ersten Initiativen zur Erneuerung der Arbeiterorganisationen gingen nach Kriegsende von Friedrich Drews und Peter Hattesen aus. Zu den ersten Aktivisten zählten auch Männer aus der ehemaligen Widerstandsgruppe um P. Hattesen – und damit gehörte die Vorstellung von der dänischen Zukunft Südschleswigs mit zum Gedankengut der Flensburger Sozialdemokraten der ersten Stunde. Zum Kreis der dänisch gesinnten Sozialdemokraten gehörte auch Henri Prien, der schon vor 1933 gegen die Nationalsozialisten gekämpft hatte, nach der Machtübernahme sofort verhaftet wurde, kurze Zeit im Kz gewesen war und um 1934 nach Dänemark emigrierte. Er gehörte zu den ersten Emigranten, die ausgebürgert wurden. Nach dem 9. April 1940 flüchtete er nach Schweden. Am 8. Mai 1945 befand er sich (illegal) in Flensburg, wo er sich für eine dänische Orientierung der entstehenden Arbeiterpartei einsetzte.

Nach der deutschen Kapitulation ging es für die meisten Menschen um das nackte Überleben. Täglich drängte sich die Frage »wie werde ich morgen satt?« erneut auf. Daneben gewann das Thema »Flensburg deutsch oder dänisch?« immer stärker an Gewicht. In dieser Situation beschlossen die Flensburger Sozialdemokraten, baldmöglichst Verbindungen zur Leitung der dänischen Minderheit aufzunehmen. Ihr erster Gesprächspartner war der Flensburger Rechtsanwalt Christian Ravn, der seine Praxisräume im Gebäude der »Union Bank« in der Großen Straße hatte. Es kam zu einem freundschaftlichen Gespräch.

Das Gewerkschaftshaus in der Schloßstraße konnte erst Wochen nach der Kapitulation wieder von den Gewerkschaften übernommen werden. Deshalb fanden die ersten Zusammenkünfte der Gewerkschaftler in dänischen Versammlungshäusern statt, nämlich im »Flensborghus« in der Norderstraße und im »Hjemmet« in der Marienstraße. Dieses kann fast als ein Aufeinander-zugehen gedeutet werden.

Ende Mai 1945 schlug Hugo Hellwig vor, eine Reihe von alten Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zu einer Grenzdiskussion einzuladen. Diese Veranstaltung fand am 8. Juli 1945, also ziemlich genau zwei Monate nach der deutschen Kapitulation, statt. Man traf sich im »Flensborghus«. Diese Grenzlanddiskussion endete mit einer Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

Um Flensburgs Zukunft!

»Die unterzeichneten Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften aus der Zeit von vor 1933 geben nach dem völligen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des Hitler-Deutschland folgende Erklärung ab:

Nachdem alle seit 1920 gehegten Hoffnungen auf Errichtung eines demokratischen, kulturell hochstehenden Deutschlands zunichte geworden sind und die politischen Grenzen Mitteleuropas neu gezogen werden, wird auch die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres Grenzgebietes eine endgültige Regelung auf weite Sicht erfahren können, von der sowohl das heutige Dänemark, wie auch die Grenzbevölkerung südlich der jetzigen Grenze eine Liquidation der nationalen Gegensätze erwarten können. Die Unterzeichneten unterstützen alle Bestrebungen, die darauf abzielen, die im Jahre 1920 festgelegte Grenze nach Süden zu verlegen und die Stadt Flensburg und Südschleswig an Dänemark und damit an den großskandinavischen Raum anzuschließen. Sollten diese Bestrebungen erfolgreich sein, dann werden die Unterzeichneten alles bekämpfen, was zum Wiederaufleben nationaler Gegensätze führen könnte und bestrebt sein, alles zu fördern, was ein organisatorisches Zusammenwachsen des neuen Gebietes mit dem Stammland ermöglicht.«

Diese Resolution trägt – wie alle Papiere jener Zeit – unverkennbar Hugo Hellwigs Handschrift.

Alle 36 Teilnehmer unterschrieben. Es waren:

Friedrich Drews, Hugo Hellwig, Hermann Olson, Max Senf, Carl Neumann, Heinrich Kraack, Nicolaus Schröder, Wilhelm Asmussen, Ferdinand Köster, Ole Petersen, Henri Prien, Wilhelm Schmehl, Peter Furcht, Jonni Kloppenburg,

Peter Nielsen, Amandus Lützen, Johann Pageos, Wilhelm Rapp, Lothar Sennewald, Eduard Clasen, Richard Rösch, Max Funke, Hans Perplis, William Richter, Nicolaus Reiser, Gottlieb Schwarze, Sophie Lützen, Lucie Neumann, Paul Dölz, Hans Harloff, Hermann Bär, Heinrich Hansen, Peter Hattesen, Max Beyreis, Georg Beckmann und Adolf Kruse.

Eduard Clasen und Wilhelm Schmehl zogen später ihre Unterschrift zurück und verblieben im deutschen Lager. Eduard Clasen war ein äußerst moderater und angenehmer nationalpolitischer Gegner, während Wilhelm Schmehl später eine sehr aktive antidänische Linie in der Politik vertrat. Als langjähriger Bürgermeister der Gemeinde Harrislee hat er lange Zeit einer Verständigungspolitik im Wege gestanden. Paul Dölz zog sich ebenfalls, nach Rücksprache mit den Kieler Genossen, wieder auf die deutsche Seite zurück.

Die in der Resolution zum Ausdruck kommende Auffassung blieb in der folgenden Zeit in Flensburg, Schleswig und Husum die bestimmende Parteimeinung, jedoch nach wie vor mit dem Vorbehalt, daß sie bei einer Volksabstimmung keine bindende Richtlinie für das einzelne Parteimitglied sein oder werden sollte. Immer und immer wieder wurde unterstrichen, daß die Grenzfrage und eine eventuell mit ihr verbundene neue Entscheidung Sache des einzelnen Parteimitglieds sei.

Die Resolution vom 8. Juli 1945 ist dem Vorstand der dänischen Sozialdemokratie am 16. Juli 1945 mit der ausdrücklichen Bitte zugeleitet worden, erst nach einer Aussprache der Flensburger Sozialdemokraten mit den Sonderburger Genossen und deren Bericht eine Stellungnahme abzugeben. Am 27. Juli lag sie auf dem Schreibtisch des Vorsitzenden der dänischen Sozialdemokratie Hans Hedtoft. Und das war es dann auch: die Resolution wurde stillschweigend zu den Akten gelegt, man hat nicht einmal ihren Empfang bestätigt.

Die Einstellung der dänischen Sozialdemokraten sprach gegen solche Kontakte. Auf politischen Veranstaltungen erklärten führende dänische Sozialdemokraten, daß es für die dänische Sozialdemokratie kein Grenzproblem gäbe. Alle direkten oder indirekten Versuche, das überwiegend deutsche Südschleswig unter dänische Oberhoheit oder Verwaltung zu bringen, wurden abgelehnt. Man war dagegen bereit, alles zu tun, um die kulturellen Interessen der dänischen Minderheit südlich der Grenze zu sichern.

Flensburg, den 16. Juli 1945

An
den Vorstand
der sozialdemokratischen Partei
Dänemarks

K o p e n h a g e n

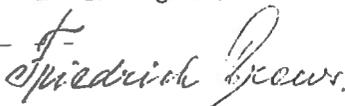
Werte Genossen!

Nachdem in der dänischen Öffentlichkeit das Problem Südschleswig wieder lebhaft diskutiert wird, haben auch wir alten Flensburger Parteigenossen uns mit dieser Frage auseinandergesetzt. Einstimmig, und ohne dass eine gegen-
teilige Meinung geäußert wurde, haben wir die anliegende Erklärung formuliert und sie einzeln unterzeichnet. Wir senden sie Euch zu mit der Bitte, sie zur Kenntnis zu nehmen und uns baldmöglichst Eure Einstellung mitzuteilen.

Gleichzeitig haben wir versucht, die maßgebenden Vertreter der Sonderburger Parteigenossen nach Flensburg zu bitten, um die Angelegenheit möglichst mit ihnen zu besprechen.-

Wir bitten Euch deshalb abzuwarten, bis diese Unterredung stattgefunden hat und die Sonderburger Genossen Euch Bericht erstatten können.

Mit Parteigruss!



z. Zt. 3. Bürgermeister von Flensburg

Reichsdänische Politiker in Flensburg

Etwa Mitte 1945 wurden die ersten Kontakte zwischen Flensburger Sozialdemokraten und reichsdänischen Persönlichkeiten geknüpft. Vertreter des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Stadt Flensburg wurden damals zu einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des dänischen Grenzvereins Holger Andersen ins »Flensborghus« gebeten. Bei dieser Gelegenheit sprach Hugo Hellwig im Namen der Flensburger Sozialdemokraten im Sinne der Resolution vom 8. Juli. Thomas Andresen ergriff ebenfalls das Wort. Seine Haltung entsprach der in der Stadt vorherrschenden Meinung: Wir wollen so schnell wie möglich weg von Deutschland.

Kurz nach dieser Zusammenkunft, am 17. und 18. August 1945, kam der damalige dänische Außenminister Christmas Møller nach Flensburg. Mit ihm trafen am 18. August 19 »deutsche Schleswiger«, wie Chr. Møller sie nannte, zusammen. Oberbürgermeister J.C. Møller leitete die Zusammenkunft, an der folgende Personen teilnahmen: Fr. Drews, Ludwig Iversen (Direktor der Flensburger Walzenmühle und Vertreter der Industrie- und Handelskammer), Wilhelm Hass (Bäckermeister, Präsident der Handwerkskammer), Hugo Hellwig (Sparkassenangestellter), Peter Hattesen (Kunsthändler), Wilhelm Ibsen (Rumfabrikant), Julius Christensen (Grossist), Heinrich Thiessen (Fabrikant), Hans Martensen (Grossist), Karl Haase (Kaufmann), Thomas Andresen (Steuerberater), Chr. F. Vith (Kohlenhändler und Reeder), Asmus Nielsen (Aalräucher), Bruno Bensch (Rektor), Hans Harloff (Malermeister), Dr. H.P. Jacobsen (Schriftsteller), Carl Nielsen (Grossist), Andreas Andersen (Fischhändler) und Karl Jensen (Direktor, ehem. Obermeister der Schlachterzunft, Ratsherr). Die Einladung an Fabrikant Fr. Klaus hatte den Adressaten zu spät erreicht, so daß er nicht an dieser Zusammenkunft teilnehmen konnte.

Chr. Møllers Referat ist sehr kurz und läßt keinen Zweifel an der Grundhaltung aller Teilnehmer: J. C. Møller eröffnete das Gespräch mit der Feststellung: »Es ist für alle Anwesenden eine Herzenssache, heim nach Dänemark zu kommen«. W. Ibsen betonte, daß man stets gegen den preußischen Militarismus gewesen sei und gute, loyale dänische Staatsbürger werden wolle. Fr. Drews wehrte sich dagegen, die Südschleswiger mit der deutschen Minderheit zu verwechseln. »Wir möchten mit der dänischen Kultur verbunden sein, und das nicht aus materiellen Gründen«, wir wollen heim. Hattesen unterstrich ebenfalls die überwältigende Mehrheit für Dänemark. H. Hellwig: »Wir stimmten 1920 deutsch, weil wir an ein demokratisches Deutschland glaubten. Wir sind bitter enttäuscht worden. Seit 1933 hat die Militärpartei die Macht gehabt. Alle Organisationen aus der Zeit von vor 1933, auch die sozialdemokra-

tische Gewerkschaft, wünschen eine Grenzrevision. Das ist keine berechnende Politik sondern ein Anschluß an den Norden«. Der Präsident der Handelskammer Iversen sprach als Flensburger. »Obwohl der Handel zurückgehen wird, wünschen wir eine Änderung der Grenze. Schleswig und Holstein haben unterschiedliche Interessen. Man wünsche Arbeitsfrieden und -ruhe und werde »ikke lave nogen Irredenta«. Wir wollen loyale Bürger sein«.

Auf das Gespräch mit Christmas Møller soll später eingegangen werden. Unstimmigkeiten zwischen diesem Referat und den Berichten der Teilnehmer werden deutlich werden. Auch diejenigen, die schon kurze Zeit später wieder zur deutschen Seite wechselten, scheinen am 18. August 1945 nicht gegen das von J.C. Møller in seinem Einleitungswort gegebene dänische Bekenntnis protestiert zu haben.

Die Kieler greifen in die Grenzdiskussion ein

Wir sind jetzt zu dem Zeitpunkt gelangt, der eine Zäsur bedeutet.

In Kiel hatten die Sozialdemokraten ebenfalls begonnen, eine Parteiorganisation aufzubauen. Sie schickten sich an, sich auf Bezirks- bzw. Provinzebene bemerkbar zu machen: sie begannen, sich in die nationalpolitische Debatte der Flensburger/Südschleswiger einzumischen.

Der Aufbau der sozialdemokratischen Partei, das muß immer wieder betont werden, vollzog sich in diesen Monaten außerhalb der Legalität, allerdings mit Duldung der Militärregierung, der diese Aktivitäten natürlich nicht verborgen bleiben konnten. Die Sozialdemokraten hatten es dabei leichter als bürgerliche Gruppierungen. Der zur Arbeiterbewegung gehörende Personenkreis war weniger oder gar nicht durch eine »braune Vergangenheit« belastet.

In Flensburg hatte man bereits im Mai 1945 einen Ausschuß gewählt, der sich aus Vertretern der Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaften zusammensetzte. Im August 1945 erfolgte dann, wenn auch ohne Genehmigung der britischen Militärregierung, die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Flensburg. Mitte September 1945 erging die offizielle Verordnung der Militärregierung über die Genehmigung von Parteien. Aber erst nachdem am 3. Dezember 1945 sämtliche Vorstandsmitglieder der im Wachsen begriffenen Sozialdemokratischen Partei von der Militärregierung vernommen worden waren, und ihre politische Unbedenklichkeit festgestellt worden war, wurde die Flensburger SPD am 4. Januar 1946 als Kreisverein zugelassen. Bei diesem »Verhör« spielte auch die Haltung der Partei zur Grenzfrage eine Rolle. Der Vorstand erklärte, wie es den Tatsachen entsprach, daß die nationale Entscheidung keine Parteiangelegenheit wäre, sondern von jedem Mitglied persönlich entschieden werden müsse.

Die Zulassung der Parteien auf Kreisebene entsprach dem Ziel der britischen Besatzungspolitik, den Staatsaufbau von »unten« zu vollziehen, durch die Förderung des föderativen Elements demokratische Strukturen zu errichten.

Wie in Flensburg, so hatten sich auch in anderen Orten Schleswig-Holsteins alte Sozialdemokraten zusammengefunden. Bald konstituierte sich eine Art Bezirksverband, der zunächst fast identisch mit dem Kieler Kreis- oder Ortsverein war. Zu den Männern der ersten Stunde gehörten u.a. Theodor Werner, Wilhelm Kuklinski und Dr. Richard Schenck. Etwas später kamen dann Karl Ratz, Andreas Gayk und Heinrich Fischer hinzu.

Schon lange vor der am 1. Mai 1946 erfolgten offiziellen Zulassung des Bezirksverbandes durch die britische Militärregierung waren zahlreiche Ortsvereine gegründet worden. Es handelte sich in der Hauptsache um Wiedergründungen. Von den 1954 bestehenden Ortsvereinen der SPD hatten 85% schon vor 1933 bestanden. Von ihnen waren 1945 73% und 1946 weitere 23%, also in eineinhalb Jahren 96%, wiedererstand. Am 20. August 1945 wurde in Kiel ein provisorischer Bezirksvorstand gebildet. Dieses geschah im Gebäude der ehemaligen Druckerei der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung in der Bergstraße. Theodor Werner und Wilhelm Kuklinski wurden hier zu Sprechern bestimmt. Das erste Treffen mit Dr. Kurt Schumacher hatte bereits am 12. August 1945 in Hamburg stattgefunden. Der kommende Parteiführer der SPD hatte sein Büro in Hannover.

Am 27. und 28. Oktober 1945 sollte in Kiel die erste Bezirkskonferenz abgehalten werden. Das mußte hinter verschlossenen Türen und verhängten Fenstern geschehen, da die Engländer nach zunächst gezeigter Duldung dann doch ein Verbot aussprachen. Wilhelm Kuklinski und Andreas Gayk hielten die Referate. Der bisherige provisorische Vorstand wurde bestätigt. Die Anwesenden stimmten den Satzungsentwürfen und Statuten zu.

Der erste reguläre Bezirksparteitag, mit regulären Vorstandswahlen, fand am 10. März 1946 in Neumünster statt – also vor der offiziellen Zulassung des Bezirksverbandes durch die Militärregierung am 1. Mai 1946. Der Bezirksverband zählte damals 35.000 Mitglieder in 315 Ortsvereinen.

Wenn man sich darüber wundern sollte, daß die Sozialdemokraten schon kurz nach der deutschen Kapitulation mit ihrer Organisationsarbeit – wobei auf die mißglückten Bestrebungen der Sozialdemokraten und Kommunisten, eine Einheitspartei zu gründen, nicht eingegangen wird – einsetzen konnten, dann sei auf ein Rundschreiben vom 20. August 1945 verwiesen, in dem der an diesem Tag gebildete (provisorische) Vorstand des (provisorischen) Bezirksvorstandes über ein Gespräch mit Dr. Otto Hoevermann, von Mai bis November 1945 Oberpräsident von Schleswig-Holstein, berichtet: *»In einer heute stattgefundenen Besprechung mit dem Oberpräsidenten vertrat dieser die Ansicht, daß die vorbereitenden Arbeiten für die Neugründung der SPD ohne weiteres erlaubt und ungefährlich sind, soweit sie nicht öffentlich sind.«*

Nach seiner Rückkehr von der Besprechung mit dem dänischen Außenminister Christmas Møller am 18. August 1945 wurde Hugo Hellwig, der sich in Begleitung von Fritz Drews und Peter Hattesen befand, in seiner Wohnung von den Kieler Parteifreunden Dr. Richard Schenck, ein gebürtiger Flensburger, und Erich Arp erwartet. Hellwig erklärte den beiden Kieler Abgesandten, daß

man soeben von einer Unterredung mit dem dänischen Außenminister komme, und daß man sich innerhalb der Flensburger Sozialdemokratie für eine Grenzregulierung einsetzen wolle. Die Kieler nahmen die Standpunkte der Flensburger zur Kenntnis – man ging ohne große Diskussion auseinander.

Dr. Schenck berichtete am 4. September 1945 in einem Schreiben an den Bezirksvorstand über den »Hergang der berühmten Aussprache Flensburger Separatisten mit dem dänischen Außenminister Christmas Møller am 18. August«. Da von den anwesenden Sozialdemokraten wohl niemand Dr. Schenck über den Hergang der Besprechung, so wie Schenck sie schildert, berichtet hatte, kann sein Gewährsmann nur einer der bürgerlichen Vertreter gewesen sein.

»Anwesend waren etwa 20 Personen, zur Hauptsache die Vorkämpfer der berüchtigten Petition.³ ... darunter sämtliche Vorstandsmitglieder des »Sozialdemokratischen Wählervereins«. Außer diesen war eine kleine Gruppe deutschgesinnter Mitbürger durch den (der dänischen Minderheit angehörenden) Oberbürgermeister I.C. Møller eingeladen worden und erschienen. Sie stand unter der Führung des Präsidenten der Handelskammer Iversen, eines Bruders des verstorbenen Landtagsabgeordneten Iversen-Munkbrarup. Iversen ist Demokrat. Ein Sozialdemokrat war in dieser Gruppe nicht vertreten.

Da der Minister sich nur informieren wollte, hatten zuerst die Separatisten das Wort. Am eifrigsten drängte sich unser Hugo Hellwig vor, ein Mann, der nach seinem eigenen Bekenntnis 'jeden Glauben an Deutschland verloren hat'. Er sprach zuerst. Sein Auftreten wird mir als widerwärtige Speichelleckerei geschildert. Ihm folgte Drews. ... Hattesen, das dritte Vorstandsmitglied des Sozialdemokratischen Wählervereins, das in dieser Versammlung gesprochen hat, (brachte) einige Zahlen über den Erfolg 'seiner' Petition, zu deren Urhebern er ja gehört. Danach wurden in Flensburg gut 10.000 Unterschriften erzielt, d.h. über 25% der schätzungsweise zurzeit hier ortsanwesenden ortsbürtigen erwachsenen Personen. Die echte dänische Minderheit umfaßt 7%. Als vierter aus dem Separatistenlager sprach noch ein Bürgerlicher namens Ipsen. Zum Schluß brachte Iversen für die kleine deutsche Gruppe zum Ausdruck, warum die deutschen Flensburger die Petition nicht unterschrieben hätten. Sie würden, sollte die Stadt zu Dänemark kommen, zwar loyale Bürger sein, aber auch Deutsche bleiben und fortfahren, ihre Kinder in deutscher Sprache und Kultur zu erziehen. Unter Berufung auf die bekannten Ausschreitungen gegen die

3. Es handelt sich hier um die große Petition vom Juni/Juli 1945.

deutsche Minderheit in Nordschleswig wagte er sogar eine höfliche Kritik an der vielgelobten dänischen Demokratie.

Der Minister erklärte sich stark beeindruckt und versprach, die Frage Südschleswig innerhalb seiner Regierung erneut zur Diskussion zu stellen. ...«

Chr. Møller, der der Südschleswigfrage sehr kritisch und ablehnend gegenüberstand, hat in seinem Bericht die deutschen Einwände nicht erwähnt, was überrascht und zu Zweifeln an R. Schencks Darstellung berechtigt.

Richard Schenck verliert hier kein Wort über das Zusammentreffen in Hugo Hellwigs Wohnung.

Es sollte jedoch nicht lange dauern, bis Dr. Schenck erneut in Flensburg und bei Hugo Hellwig auftauchte, um eine ultimative Forderung zu überbringen. Diese Forderung ist einem Brief der »Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirksverband Schleswig-Holstein« an die »sozialdemokratischen Genossen und Genossinnen« zu entnehmen. In diesem Brief vom 25. August 1945 heißt es:

Werte Genossen! Durch die Genossen Schenck und Arp sowie auch von anderen Mitgliedern des Bezirks sind wir über die Lage im schleswigschen Grenzgebiet unterrichtet.

Wir verurteilen die separatistischen Umtriebe in Schleswig und beklagen ganz besonders, daß diese volksverräterischen und parteischädigenden Bestrebungen auch in sozialdemokratische Kreise Eingang gefunden haben. Der Bezirksvorstand hat für diese Bestrebungen kein Verständnis und erwartet, daß unsere Genossen sich von dieser Bewegung distanzieren. Wir erwarten insbesondere von unseren führenden Genossen, daß sie sich gegen diese Bestrebungen wenden.

Der Bezirksvorstand wird Euch darin mit allen Mitteln unterstützen, und wir werden nichts unversucht lassen, um auch die Wirtschaft im schleswigschen Gebiet wieder anzukurbeln. Der Genosse Schenck, der in unserem Auftrag nach Flensburg geht, genießt unser volles Vertrauen. Wir erwarten, daß alle diesbezüglichen Fragen im Einvernehmen mit ihm geregelt werden, im Interesse unseres Staates, den wir für die Arbeiterklasse erobern wollen.«

Unterschrieben war der Brief von Th. Werner, 1. Vorsitzender, und W. Kuklinski, 2. Vorsitzender.

Hugo Hellwig sprach der Bezirksleitung das Recht ab, sich in Flensburger Angelegenheiten zu mischen und wies erneut darauf hin, daß man in der Grenzfrage keine parteioffizielle Stellungnahme wünsche, sondern es dem einzelnen Parteimitglied überlassen wolle, sich – wie auch immer – zu entscheiden. Der Fehler von 1920, nämlich die Partei bestimmen zu lassen, solle

nicht wiederholt werden. Dr. Schenck drohte daraufhin mit der Neugründung einer Sozialdemokratischen Partei in Flensburg. Seinem Schreiben vom 3. September 1945 an die Flensburger Sozialdemokraten lagen Kurt Schumachers Thesen zugrunde, die dieser Mitte August unter dem Titel »Für ein neues, besseres Deutschland!« an seine Parteifreunde versandt hatte.

Schon zu diesem frühen Zeitpunkt hatte die SPD in der Deutschlandfrage eine nationale, gesamtdeutsche Position bezogen. Dr. Schumacher erklärte, daß die SPD die einzige Partei Deutschlands sei, die sich vor dem Richterstuhl der Geschichte bewährt habe, deshalb sei sie die einzige Partei, die die moralische Kraft habe, ein neues und besseres, ein demokratisches Deutschland aus den von den Nazis hinterlassenen Trümmern aufzubauen.

Dieses Deutschland sollte das ganze Deutschland umfassen, denn, so verkündete Schumacher Mitte August 1945: »Das deutsche Reich muß als *staatliches und nationales Ganzes erhalten bleiben!* Wir können und wollen nicht verzichten auf das fundamentale Grundrecht, das die Welt jedem Volk zubilligt. Wir Sozialdemokraten sind die Todfeinde aller Ablösungsbestrebungen, die um angeblicher Tagesvorteile willen und wegen des Eigennutzes und der Ehrsucht bankrotter Reaktionäre betrieben werden.«

Damit waren die Leitlinien einer nationalen Politik vorgegeben, die die schleswig-holsteinische SPD auch im Grenzland zu vertreten hatte.

Obwohl Kurt Schumacher für die Deutschen das fundamentale »Grundrecht jeden Volkes« (das nationale Selbstbestimmungsrecht?) einforderte, wollte er dem einzelnen Südschleswiger das nationale Selbstbestimmungsrecht vorenthalten; es wurde umgedeutet in »Ablösungsbestrebungen« »bankrotter Reaktionäre«.

Die nationalen Gedanken und die nationale Zielsetzung dieses Schumacher-Papiers tauchten in Richard Schencks Schreiben vom 3. September 1945 an den Vorstand des »Sozialdemokratischen Wählervereins für Flensburg« zum Teil wörtlich wieder auf.

Hier einige Passagen aus dem an Hugo Hellwig adressierten Brief:

»... In dem Bewußtsein, die einzige deutsche Partei zu sein, deren Politik der Demokratie und des Friedens vor dem Richterstuhl der Geschichte die Probe bestanden hat, steht heute die S.P.D. vor ihrer größten Aufgabe: Aus den Trümmern Deutschlands ein neues, besseres Reich aufzubauen. Dieses Werk kann aber nur gelingen, wenn Deutschland als ein staatliches und nationales Ganzes erhalten bleibt. Wir Sozialdemokraten sind daher Todfeinde aller Ablösungsbestrebungen. Daher ist es uns besonders schmerzlich, daß im schleswigschen Grenzgebiet und insonderheit in Flensburg der wiederaufgelebte Separatis-

mus unter sozialdemokratischer Flagge zu segeln versucht. Das geht gegen die Ehre der Partei und wird mit allen Mitteln unterbunden werden.

Die deutsche Bevölkerung im Grenzgebiet, die unter Ausnutzung ihrer begreiflichen Verwirrung und des hier derzeit herrschenden dänischen Monopols der Meinungsbildung verleitet worden ist, einer würdelosen Petition ihre Unterschrift zu geben, wird unter unserer Führung und mit unserer tatkräftigen, auch wirtschaftlichen Hilfe den Glauben an Deutschland wiederfinden.

...

Die S.P.D. wird also nicht darauf verzichten, wie überall, so auch in Flensburg ihre Organisationen aufzubauen und sie auf aktiven Einsatz gegen alle separatistischen Bestrebungen festzulegen. Wer das nicht mitmachen kann, weil er entweder an Deutschland nicht mehr glaubt oder einen individuellen Ausweg aus der Krise sucht, muß abfallen. Eine Spaltung der Partei in Flensburg wollen wir, wenn irgendmöglich, vermeiden; wenn es nicht anders sein kann, nehmen wir sie in Kauf. Die separatistische Gruppe freilich muß sich darüber klar sein, daß sie dann völlig isoliert dastände und bei der Aussichtslosigkeit ihrer Bestrebungen weder auf Einfluß noch auf längere Lebensdauer rechnen könnte. Auch ist zu bedenken, daß die Anerkennung einer Parteigruppe nur örtlicher Bedeutung durch die Militärregierung wenig wahrscheinlich ist.

...«

Das Schreiben verrät eine eindeutige Haltung. Schenck hatte Schumachers Programm auf die Flensburger Verhältnisse verkürzt, indem er dessen Kritik an den »Ablösungsbestrebungen« im Reich auf den Flensburger »Separatismus« bezog. Es war nur logisch, daß Schenck eine neue konstituierende Versammlung des Wählervereins forderte, und zwar an einem neutralen Ort – d.h. nicht in einem Lokal, das der dänischen Minderheit gehörte. Auf dieser Versammlung wollte er dann für eine deutsche S.P.D. werben, um eine »klare Scheidung der Geister herbeizuführen«. Derjenige, der die weitere Entwicklung der Flensburger Sozialdemokratie kennt, wird aus diesem Brief vom 3. September 1945 die gedanklichen Ansätze für die »Auflösung« des Flensburger Ortsvereins der SPD vom Anfang Juli 1946 herauslesen können. Und Dr. Schenck ging noch einen Schritt weiter. Bereits am 5. September wandte er sich an die Militärregierung in Flensburg. In seinem Schreiben machte er die Briten darauf aufmerksam,

»... daß der derzeitige Bürgermeister Drews und sein Anhang, der Stadtrat Hellwig, der Kreishandwerksmeister Harloff und der Photo-

graph Hattesen nicht berechtigt sind, ihre von uns schärfstens abgelehnten, auf die Abtrennung Südschleswigs von Deutschland zielenden Bestrebungen unter dem Namen der Sozialdemokratischen Partei zu verfolgen. Die Benennung des von den genannten Personen bei der Militärregierung angemeldeten separatistischen Vereins als »Sozialdemokratischer Wählerverein für Flensburg« ist eine große Irreführung. Die genannten haben nichts mit der Sozialdemokratischen Partei zu tun, die Partei nichts mit ihnen.

Für einen Ortsverein Flensburg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands S.P.D.

wird demnächst durch hier ansässige deutschgesinnte Sozialdemokraten die Genehmigung der Militärregierung nachgesucht werden.«

Erfolg war diesem Schreiben nicht beschieden: die Neugründung einer deutschen SPD kam nicht zustande, und die Haltung der Flensburger Sozialdemokraten änderte sich nicht, das wird auch der weitere Briefwechsel der Flensburger mit Dr. Schenck deutlich zeigen.

Nicht sehr lange nach Schencks zweitem Besuch in Flensburg erhielten die Flensburger Sozialdemokraten die Mitteilung, daß man auf einem demnächst stattfindenden Parteitag für die britische Zone in Hannover den Ausschluß der Flensburger Fritz Drews, Hugo Hellwig und Peter Hattesen beantragen werde. – Es blieb jedoch bei dieser Drohung.

Im amtierenden Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei in Flensburg gab es zu diesem Zeitpunkt nur ein Mitglied, das sich nicht zur dänischen Seite hingezogen fühlte: Eduard Clasen votierte – mit Ausnahme des einen »Ausrutschers« vom 8. Juli 1945 – klar und eindeutig für die deutsche Seite. Auch die ernannten Stadtverordneten und die Mitglieder des Vertrauenskörperapparats vertraten alle die dänische Linie.

Kiel gab indes keine Ruhe.

Erich Arp, der spätere Landwirtschaftsminister, versuchte mehrere Male, Ausschlußanträge gegen die bereits genannten Flensburger einzubringen. Sein Vorhaben wurde vor allem durch Nicolaus Reiser, ab 12. September 1945 der SPD-Vorsitzende in Flensburg, und durch den Flensburger Delegierten in Kiel Hermann Olson verhindert. H. Olson war ab Oktober 1945 Mitglied des provisorischen Bezirksvorstandes und vom 26. Februar 1946 an Mitglied des ernannten schleswig-holsteinischen Provinziallandtages. – Doch mit dieser Mitteilung sind wir der Zeit vorausgeeilt. Noch gilt es, Richard Schencks Kampf um die deutsche Seele der Flensburger Sozialdemokraten zu schildern.

Mit seinem Brief vom 3. September an Hugo Hellwig hatte er »Drews und seinem Anhang die Kriegserklärung überbracht« und mit seinem Schreiben vom 5. September »in dieser Stadt der Intrigen und Denunziationen« »auch bei

der Militärregierung (in Flensburg) seine Karte abgegeben«, wie er am 5. 9. an den Bezirksvorstand in Kiel berichtete.

Das Schreiben vom 3. 9. 45 an Hugo Hellwig wurde am 6. 9. von Fr. Drews beantwortet. Dieser betonte zunächst, daß politische Vereinigungen noch nicht erlaubt werden können – »mithin auch keine SPD in Flensburg«, dasselbe gelte logischerweise auch für den Bezirksvorstand. Aber ein »sog. vorläufiger Bezirksvorstand der SPD ist ein leerer Begriff« solange dessen Mitglieder unbekannt sind. Und ein »sog. Abgeordneter dieses sog. vorläufigen Bezirksvorstandes ist nicht nur ein leerer Begriff, sondern sogar eine merkwürdige Erscheinung, solange er einen Ton anzuschlagen beliebt, der dem preußischen Ton des 3. Reiches auf ein Haar gleicht«. Drews verbat sich jede Einmischung von außen, alle vorschnellen Urteile und Werturteile über das Geschehen im Grenzgebiet. »Grenzprobleme sind zu ernst, sind zu tief, als dass sie diktatorisch von sog. *Sozial-Demokraten* abgetan werden können«.

Richard Schenck, der immerhin seit 1920 Parteimitglied war, wies in seiner Antwort vom 9. September die Bezeichnung »sog. Sozialdemokrat« zu recht zurück – und auch die Unterstellung, »als Außenstehender vorschnell über die Grenzfrage« zu urteilen, denn er hatte schon 1920 aktiv am Abstimmungskampf teilgenommen. Er kannte die Geschichte seiner Heimat. Er hob hervor, daß er nicht seine Privatmeinung zum Ausdruck gebracht hatte, sondern den Standpunkt der Partei.

»Dies gilt insbesondere von dem Kernsatz: 'Wir Sozialdemokraten sind Todfeinde aller Ablösungsbestrebungen', aus dem sich die Folgerungen in Hinsicht auf die von Ihnen und Ihren Flensburger Anhängern verfolgte Separationspolitik von selbst ergeben. Der zitierte Satz gilt allgemein für alle separatistischen Bestrebungen. ...«.

Dem Schreiben war eine Abschrift des »*Grenzabkommen der deutschen und dänischen Sozialdemokratie vom 25. November 1923*« (Stauning-Wels-Abkommen) beigelegt. In diesem Abkommen nahmen die beiden sozialdemokratischen Parteien gemeinsam Abstand von der »chauvinistischen Agitation, die sowohl von deutschen wie von dänischen Kreisen betrieben wird«. Die dänische Partei erklärte, daß sie einer Verschiebung der dänischen Grenze bis zu einem südlicheren Punkt als 1920 vereinbart, Widerstand leisten werde, und die deutsche Sozialdemokratie wollte »kategorisch alle auf eine Wiedereroberung des jetzt Dänemark zugesicherten Gebiets abzielenden Pläne« ablehnen. Zu diesem Zweck sollten beide Parteien eine stärkere Kontrolle über die Staatsmittel ausüben, die zur Unterstützung der beiden Minderheiten ausgegeben wurden. Beide Parteien bestätigten »in voller Übereinstimmung ..., daß die nach dem Friedensschluß 1920 auf Grund stattgehabter Volksabstimmun-

gen vereinbarte Grenze zwischen Dänemark und Deutschland als gesetzlich geltende Grenze anerkannt wird«. Und man nahm auch Stellung zur Behandlung der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze. Man war sich einig, daß nur die staatliche Gesetzgebung die Minderheiten wirklich schützen könne, deshalb sollte man der moralischen Pflicht genüge leisten und für die bisher fehlenden Gesetzesbestimmungen eintreten, die den berechtigten Forderungen der Minderheiten entsprachen, und die die beiden Minderheiten in ihren kulturellen Rechten gleichstellten.

Schenck verweist auf dieses Abkommen:

»Die deutsche Sozialdemokratie steht zu diesem Abkommen auch heute und in Zukunft. Sie wird das, sobald möglich, öffentlich erklären, und sie wird eine entsprechende Erklärung der dänischen Bruderpartei herbeizuführen suchen.

Demgegenüber fordern Sie und die von Ihnen geführte Gruppe die Loslösung Südschleswigs vom Reich. Es muß Ihnen doch klar sein, daß Sie dieses politische Ziel nicht innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vertreten können! ...

Hier hilft nur eine klare Trennung. Die SPD verzichtet nicht darauf, in Flensburg ihre Organisation aufzubauen. Sie können diese Vertretung nicht sein. Also wird hier ein Ortsverein der SPD unabhängig von Ihnen und Ihrer Gruppe gebildet werden. ...«.

Das waren klare Worte gegen die Haltung des amtierenden Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei in Flensburg.

Der Wunsch nach Fortsetzung der Grenzpolitik der zwanziger Jahre verriet eine eindeutige politische Zielsetzung: Anerkennung der bestehenden deutsch/dänischen Grenze und damit Ablehnung aller Aktivitäten für eine Grenzverschiebung sowie Kontrolle der Mittel, die den Minderheiten – 1923 der deutschen und der dänischen, nach 1945 natürlich vor allem der dänischen Minderheit – zuflossen. Ferner erstrebte man eine Festlegung der dänischen Sozialdemokratie auf diese grenzpolitische Linie.

Es muß noch ein weiterer Punkt dieses langen Briefes an Drews erwähnt werden, denn er kennzeichnet wahrscheinlich keineswegs unrichtig die »Partnersuche« der Flensburger Sozialdemokraten. Schenck kritisierte mit aller Schärfe, daß Drews bisher nur Verbindung mit der dänischen Partei und Regierung gesucht habe und jeder Fühlungnahme und Aussprache mit deutschen Sozialdemokraten aus dem Wege gegangen sei. Schenck erklärte sich nun bereit, Drews den Weg zur deutschen Parteiführung zu ebnet, ihm eine Zusammenkunft mit den Genossen Severing und Schumacher zu vermitteln.

Dr. Schenck legte eine Abschrift seiner Antwort an Drews seinem Schreiben

vom 9. September 1945 an den Bezirksvorstand in Kiel bei, ebenso den Wortlaut des »Grenzabkommen« vom 25. November 1923. Das Stauning-Wels-Abkommen, so meinte er, werde in der nächsten Zeit »unsere schärfste Waffe sein«.

»Wir werden es freilich propagandistisch erst verwerten können, wenn wir formell zugelassen sind. Es ist aber jetzt schon möglich und scheint mir geboten, daß wir die dänische Partei um eine Bestätigung ersuchen.«

Über den Weg, wie diese Bestätigung zu erreichen sei, hatte Dr. Schenck sich auch schon Gedanken gemacht: ein von ihm entworfener und von Carl Severing (1875-1952, Reichsminister Juni 1928 – März 1930) zu unterschreibender »diesbezüglicher« Brief sollte über das dänische Generalkonsulat in Flensburg an Staatsminister Vilh. Buhl gesandt werden.

Beachtenswert ist noch eine andere Bemerkung in diesem Brief. R. Schenck kündigte an, Kuklinski mit einem »sehr interessanten Genossen Beckmann« zusammenbringen zu wollen. Hier sollte Schenck jedoch eine arge Enttäuschung erleben. Georg Beckmann schwenkte zur dänischen Seite über. Allerdings hatte man hier dann nicht viel Freude an ihm. Beckmann war ein »Wanderer zwischen zwei Welten«, der eigentlich nicht richtig wußte, wohin er gehörte. Als er einmal von der Husumerin Ina Carstensen (Schulrätin in Flensburg 1948-62) gefragt wurde, ob er wieder die Seite wechseln werde, wenn die dänische Bewegung in der Mehrheit sein sollte, antwortete er: »Ja, das kann sein.«

Dr. Schenck unterrichtete durch Briefe und Durchschläge seiner Schreiben an die Flensburger und den Bezirksvorstand in Kiel regelmäßig die Parteiführung in Hannover. Am 15. September 1945 dankte Kurt Schumacher ihm wärmstens für seinen Einsatz an der Grenze.

»Sie sind der erste Genosse, der seine wichtige Arbeit auf diesem besonders heiklen Gebiet in regelmäßigen konkreten und durchsichtigen Darstellungen auch jeweils niederlegt«,

schrrieb er und wies auf andere separatistische Erscheinungen in der Britischen Zone hin, u.a. auf die Loslösungsbestrebungen der Welfen in Niedersachsen. In einer bestimmten Angelegenheit konnte Schenck allerdings bei Schumacher nicht zum Zuge kommen: In der Frage des neuen Grenzabkommens der deutschen und dänischen Sozialdemokratie ließ R. Schenck nicht locker. Am 12. September 1945 wandte er sich an den Bezirksvorstand (und sandte wie üblich einen Durchschlag an Schumacher) und verlangte, diese Angelegenheit voranzutreiben. Er legte einen Entwurf des Abkommens bei und wiederholte seinen Vorschlag, daß Genosse Severing für die deutsche Partei unterschreiben sollte. Mit diesem Vorschlag stieß er keineswegs auf Gegenliebe. Kurt Schuma-

cher hatte formale Einwände. »Einen eigentlichen Vorstand der S.P.D. haben wir in den drei westlichen Besatzungszonen nicht«, und deshalb müßten vorerst einige Zuständigkeiten geklärt werden. Auch wenn Schumacher es bestreitet, so läßt sich doch die Vermutung nicht verdrängen, daß er nicht helfen wollte, einen Rivalen für die Führungsposition innerhalb der neuen SPD aufzubauen. Aber wahrscheinlich gab es auch in Kiel Widerstände gegen einen Mann, der zu den »geschlagenen Generälen« der Weimarer Zeit gerechnet wurde und deshalb nicht politisch »exponiert« werden sollte (Kuklinski/Gayk am 15. Nov. 1945). Die Kieler erkannten auch, daß es in der Britischen Besatzungszone noch keine einheitliche sozialdemokratische Führung – in der Person des Genossen Severing aber eine sehr einflußreiche »Nebenregierung« gab.

Es muß noch kurz auf Dr. Schencks »Neues Grenzabkommen der deutschen und dänischen Sozialdemokratie« vom 12. September 1945 eingegangen werden, denn es enthält bereits alle wesentlichen Punkte der späteren Minderheitenpolitik der schleswig-holsteinischen SPD: a) die 1923 vereinbarten Grundsätze sind »heute und in Zukunft« bindend und verpflichtend. b) Schenck versucht das Prinzip der Gegenseitigkeit einzuführen: Da die deutsche Minderheit in Nordschleswig unter der Wirkung nazistischer Verhetzung ihre Loyalitätspflicht gegen Dänemark gröblich verletzt hatte – wollte die SPD nicht dagegen protestieren, daß die den Deutschen 1920 zugestandenen Minderheitsrechte für eine begrenzte Übergangszeit außer Kraft gesetzt wurden. »Die dänische sozialdemokratische Partei ... erklärt, daß diese Rechte wieder in Kraft gesetzt werden sollen, sobald für künftiges loyales Verhalten der deutschen Minderheit die erforderlichen personellen Garantien geschaffen sind.« Dr. Schenck vergaß allerdings zu versprechen, daß die deutschen Sozialdemokraten für die Rechte der dänischen Minderheit südlich der Grenze eintreten wollten. c) Wie wichtig für Schenck die Isolierung der dänisch gesinnten Sozialdemokraten in Flensburg war, zeigt der nächste Absatz. Richard Schenck verlangt hier, daß beide Parteien sich jeder Grenzänderung »entschieden widersetzen« und »schärfstens die sowohl von Seiten dänischer Privatpersonen, als auch von deutsch-separatistischer Seite neuerdings wieder entfachte Agitation für die Abtrennung Südschleswigs von Deutschland« verurteilen sollten. Das war die Forderung, die propagandistisch besonders wertvoll gewesen wäre, denn die Unterschrift der dänischen Sozialdemokraten unter diesem Dokument hätte vor allem gegen die Flensburger und die anderen südschleswigschen »separatistischen« Sozialdemokraten ausgespielt werden können.

Auch ohne den Weg über das Konsulat in Flensburg erfuhren die dänischen Sozialdemokraten den Wunsch ihrer deutschen Genossen. Am 21. Oktober

**Neues Grenzabkommen der deutschen und
dänischen Sozialdemokratie.**

Die unterzeichneten Vertreter der deutschen und dänischen Sozialdemokratie verweisen auf den nochmals hier mitgeteilten Wortlaut des Grenzabkommens der beiden Parteien vom 25. November 1923. Sie erklären dazu, dass die in diesem Abkommen vereinbarten Grundsätze für ihre Parteien auch heute und in Zukunft bindend und verpflichtend sind.

Zu ihrem Bedauern muss die sozialdemokratische Partei Deutschlands anerkennen, dass starke Teile der deutschen Minderheit in Nordschleswig unter der Wirkung nazistischer Verhetzung ihre Loyalitätspflicht gegen Dänemark gröblich verletzt haben. Die Partei kann daher nicht widersprechen und erachtet es nicht als Verstoß gegen das Abkommen, wenn nunmehr das dänische Volk die Sistierung der den Deutschen in Nordschleswig 1920 zugestandenen Minderheitsrechte für eine begrenzte Zeit des Übergangs und der Prüfung für erforderlich hält. Die dänische sozialdemokratische Partei hingegen erklärt, dass diese Rechte wieder in Kraft gesetzt werden sollen, sobald für künftiges loyales Verhalten der deutschen Minderheit die erforderlichen personellen Garantien geschaffen sind.

Beide Parteien erklären feierlich, dass sie sich jeder Veränderung des in Schleswig 1920 nach Volksabstimmungen geschaffenen staatsrechtlichen Status, sei es durch Machtspruch, sei es durch erneute Abstimmung, entschieden widersetzen. Das Land braucht Frieden, Ordnung und Arbeit, nicht neuen nationalen Streit. Beide Parteien verurteilen daher schärfstens die sowohl von Seiten dänischer Privatpersonen, als auch von deutsch-separatistischer Seite neuerdings wieder entfachte Agitation für die Abtrennung Südschleswigs von Deutschland.

Für die deutsche Sozialdemokratie:

Für die dänische Sozialdemokratie:

Anlage: Grenzabkommen der deutschen
und der dänischen Sozial-
demokratie vom 25.11.1923.

1945 erhielt Ritzaus Bureau von seinem entsandten Korrespondenten ein Telegramm vom SPD-»Parteitag« in Bielefeld. Die endgültige Fassung des Berichts wurde mit Hans Hedtoft besprochen und von ihm »abgesegnet«. Der Berichterstatter hatte ausdrücklich gewünscht, daß der Abschnitt über das Grenzproblem von einem »kompetenten dänischen Sozialdemokraten« gebilligt werden sollte. Das Telegramm beginnt mit dem bereits bekannten Satz: »Die deutsche Sozialdemokratie ist Gegner einer jeden Ablösungstendenz«, erklärte der bekannte sozialdemokratische Politiker Dr. Carl Severing. Der dritte Abschnitt wurde – auf Wunsch Hedtofts ? – gekürzt: »Das Programm der Partei tritt für die Bewahrung der staatlichen und nationalen Einheit Deutschlands ein.« »Der Rest des Abschnitts wurde ausgelassen«, steht in der Anlage zum Telegramm. Und dieser »Rest« ist interessant! Ursprünglich hieß der Text nämlich: »In Übereinstimmung mit dem Programm der Partei für die Bewahrung der staatlichen und nationalen Einheit Deutschlands wünscht man eine baldigst mögliche Erneuerung des Abkommens von 1923 mit der dänischen Sozialdemokratie über die Anerkennung der jetzigen deutsch-dänischen Grenze. Von deutscher Seite sollen Dr. Schumacher und Severing unterschreiben.« Das wollte Hedtoft sicherlich nicht in den dänischen Zeitungen lesen, denn dann hätte er öffentlich Stellung nehmen müssen.

Die dänischen Sozialdemokraten reagierten erst Mitte 1946. Hans Hedtoft erklärte damals: solange die Verhältnisse an der Grenze sich nicht geklärt hätten, wünschte er keine Verhandlung über dieses Thema – und so verhielt sich die dänische Sozialdemokratie auch in den folgenden Jahren. Sie betonte, daß sie keine Verbindungen zur deutschen oder schleswig-holsteinischen SPD habe, (was, wie wir heute wissen, nicht stimmte), daß es kein Abkommen gäbe, und daß sie in dieser Frage völlig frei handeln könne. Doch auf der anderen Seite muß hervorgehoben werden, daß sie nach 1945 im Sinne des Abkommens vom 25. November 1923 handelte. Sie wandte sich gegen die Einverleibung eines »überwiegend deutschen Südschleswig« und trat für den Schutz der kulturellen Rechte der dänischen Minderheit in Südschleswig ein. Aber sie suchte keinen Kontakt zu den dänisch gesinnten Sozialdemokraten in Südschleswig. Noch am 22. September 1946 beklagte Hugo Hellwig sich darüber, daß es nicht gelungen sei, mit der dänischen Sozialdemokratie persönliche Verbindungen aufzunehmen. Dabei zeigen die Papiere in Hedtofts Archiv, daß man in Kopenhagen die Entwicklung in Südschleswig mit wachen Augen verfolgte. Man hielt sich jedoch bedeckt.

Ihre abweisende Haltung begründeten die dänischen Sozialdemokraten mit der Programmklärung der Regierung Buhl vom 9. Mai 1945: »Die Grenze liegt fest.«

Es läßt sich nicht bestreiten, daß Dr. Richard Schenck äußerst aktiv war. Er

spannte Drähte nach Kiel und Hannover, und er versuchte auch in Flensburg, seinen Einfluß geltend zu machen. Aber hier schwamm er gegen den Strom; er kämpfte gegen den »Zeitgeist«.

In Flensburg löste Nicolaus Reiser am 12. September 1945 den bisherigen Sprecher Fritz Drews als Vorsitzenden des Vorstandes ab. Er sollte diese Position bis 1956 behalten, also über den Bruch mit der SPD hinaus und auch noch nach der Wiedervereinigung mit der SPD. 1956 ernannte man ihn zum Ehrenvorsitzenden der SPD in Flensburg.

Dr. Schenck versuchte am 14. September den neuen Vorsitzenden auf die deutsche Parteilinie einzuschwören. In einem Schreiben vom 15. September 1945 an den »Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Wählervereins, Genossen Reiser« faßte er das Ergebnis der Aussprache, an der auch Eduard Clasen teilgenommen hatte, zusammen.

Für den heutigen Leser des Briefs ist besonders auffallend, daß hier »Versprechen« und Forderungen nebeneinander stehen, die unvereinbar sind.

Nicolaus Reiser soll erklärt haben, daß der Verein unter seiner Führung den »separatistischen Kurs verlassen« und künftig »keine Initiative in dieser Richtung entfalten, allerdings auch jeder aktiven Gegenwirkung sich enthalten« werde. Dieses Versprechen stand durchaus in Einklang mit der bisher behaupteten Neutralität der Parteiorganisation in der Grenzfrage. Das Wort »separatistisch« dürfte auf Schencks Konto zu verbuchen sein. Fraglich ist, ob Reiser sich wirklich so eindeutig den in Hannover auszuarbeitenden Partei Richtlinien in der Grenzfrage unterwerfen wollte, wie R. Schenck behauptet, denn dann hätte er seine eigene Neutralitätserklärung sogleich wieder aufgehoben. Dr. Schenck verlangte »einige unerläßliche persönliche Garantien für das künftige Festhalten des Vereins an seinem neuen Kurs«, d.h. bisher außerhalb stehende Personen zur Mitarbeit im vorläufigen Kreisvorstand heranzuziehen, damit der »Wählerverein« als »Ortsverein Flensburg der SPD« anerkannt und die Spaltung der Sozialdemokratie in Flensburg vermieden werden konnte. Doch in diesem Punkt wurde keine »volle« Verständigung erreicht, denn Reiser wünschte, daß die Partei »diese persönliche Sache ganz den Flensburger Genossen selbst« überlasse. Schenck versuchte also, die personelle Zusammensetzung von Vorstand und Ausschüssen zu beeinflussen, mußte aber zurückstecken, da Personalfragen Sache der Flensburger Parteiorganisation waren. Er versuchte einen anderen Weg: er war nicht bereit, auf die Entfernung der »Separatisten«, d.h. jener Personen zu verzichten, die öffentlich für die Petition vom August 45 eingetreten waren und an der Zusammenkunft mit Christmas Møller teilgenommen hatten. Diese Personen, Drews, Hellwig und Hattesen, waren für die Partei »untragbar«. Um Reiser die Erfüllung dieser Forderung zu erleichtern, wollte Schenck in Kiel einen Parteitagsbeschuß

beantragen, den Reiser dann »lediglich auszuführen« hätte. Mit dem Ausschluß dieser Personen, d.h. nahezu aller aktiven Flensburger Sozialdemokraten!, wäre »die Angelegenheit endgültig bereinigt«. Abschließend stellt Schenck fest, daß Reiser sich bereit erklärt hatte, den Verein bei den Engländern unter dem Namen »Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Flensburg« anzumelden.

Das Schreiben wirkt wie ein erneuter Versuch, Reiser auf die Linie »wir sind Todfeinde aller Ablösungsbestrebungen« einzuschwören. Es kann davon ausgegangen werden, daß Eduard Clasen bereit war, Schenck zu folgen. Reiser hat das nicht getan.

Richard Schencks grenzpolitischem Einsatz in Flensburg war kein Erfolg beschieden. Daher wundert es auch nicht, daß Schencks Schreiben vom 16. September an Kurt Schumacher von Resignation geprägt ist. Schenck teilte mit, daß in Flensburg »nicht weiter zu kommen« sei, und daß man sich mit dem Erreichten begnügen müsse. Er empfahl jedoch, den Flensburger Vorstand, der immer noch aus lauter »Petenten« bestand, fortgesetzt unter »dem Druck der Partei« zu halten. Den Ausschluß der »hauptsächlich Belasteten« durch die Parteikonferenz hatte er noch nicht aufgegeben, und er hoffte auch, daß es gelingen werde, bei den Neuwahlen durch die Mitgliederversammlung, einige »zuverlässige Genossen« aus dem Kreis, um den er sich bemüht hatte, in die Organe des Ortsvereins zu bringen.

Am 15. September 1945 trat eine Reihe von Verordnungen der »Militärregierung Deutschland – Britisches Kontrollgebiet« in Kraft. Die Verordnung 10 ermöglichte es, auf Antrag politische Versammlungen abzuhalten. Die Verordnung 12 erlaubte die Bildung politischer Parteien auf Kreisgrundlage. Der »Vorläufige Bezirksvorstand der SPD – Schleswig-Holstein« reagierte umgehend. Schon am 19. 9. 45 schrieb er an die Kreisvereine, darunter auch an den »Stadtkreis« Flensburg, daß die Partei jetzt auf der »Grundlage der Kreisvereine aufzubauen« sei. In dieser offiziellen Aufbauphase mußte der Bezirksvorstand natürlich auch seine Haltung in der »Separatisten«-Frage erneut zu Papier bringen. Er wiederholte am 28. September in einem Schreiben an Dr. Kurt Schumacher seinen Antrag

»auf Nichtaufnahme von Flensburger Genossen aus Separatistenkreisen. Wir rechnen damit, daß sich die Parteikonferenz in Hannover aus Zuständigkeitsgründen einer Entscheidung darüber enthalten und unseren Bezirksvorstand damit betrauen wird. Wir bitten um Bescheid in diesem Sinne und hoffen nach der letzten Entwicklung auch darauf, daß wir die Sache von uns aus regeln können. ...«.

Der Mitteilung über Organisationsfragen vom 30. September, die an alle sich in Gründung befindlichen Parteiorganisationen im Lande ging, ist dann zu

entnehmen, daß unter gleichzeitiger Festlegung der Tagesordnung zur Bezirkskonferenz eingeladen wurde. Die Konferenz, an der der »Vorbereitende Bezirksvorstand« und je ein gewählter Vertreter der 21 angemeldeten schleswig-holsteinischen Kreisorganisationen der S.P.D. teilnahmen, mußte dann allerdings noch einmal verschoben werden und fand erst am 28. Oktober 1945 statt. Dr. Schumacher hielt seine Rede schon einen Tag vorher.

Die »Mitteilungen über Organisationsfragen« vom 12. November berichten über die Ergebnisse dieser Bezirkskonferenz. Es wurden sechs Unterbezirke gebildet. Besonders interessant ist dabei, daß man die Stadt Flensburg mit den Kreisen Flensburg-Land, Schleswig, Südtondern, Husum und Eiderstedt zusammenfaßte. Der Sitz dieses Unterbezirks wurde Tönning, wo auch der Bezirksleiter, Paul Dölz, wohnte.

Dr. Richard Schenck referierte über den »Separatismus in Schleswig«. Er sprach über die nationale Selbstbehauptung als unverzichtbare Bedingung für die Existenz des deutschen Volkes. »Für die arbeitenden Massen ist die Reichseinheit auch klassenpolitisch eine Notwendigkeit«. Deshalb habe die SPD aller Besatzungszonen jeglichem Separatismus den Kampf angesagt. In der Schleswig-Frage, so betonte er, sei die SPD an das Stauning-Wels-Abkommen vom 25. November 1923 gebunden und bekenne sich »erneut und feierlich zu den damals übernommenen Verpflichtungen«. Deshalb werde die Partei jeder Veränderung der Grenze von 1920 und jeder Agitation für die Abtrennung »Süd-schleswigs« von Deutschland entschieden entgegentreten. Die SPD sei andererseits auch entschlossen, »das Heimatrecht und die Freiheit der echten Minderheit« nachdrücklich in Schutz zu nehmen. Dr. Schenck schlug vor, den Bezirksvorstand zu beauftragen, dem Vorstand der dänischen Sozialdemokratie eine nochmalige Bestätigung der 1923 festgelegten Grundsätze vorzuschlagen.

Zuletzt beantragte Schenck noch »eine Empfehlung an den Ortsverein Flensburg«, die aus den Beschlüssen der Bezirkskonferenz sich ergebenden personellen Konsequenzen zu ziehen, d.h. diejenigen seiner Vorstandsmitglieder, die durch *öffentliches* Eintreten für die Separation 'Südschleswigs' unsere Partei bloßgestellt haben, mindestens aus dem Vorstand zurückzuziehen«. Gemeint waren, wie Schenck ausdrücklich feststellte, die Vorstandsmitglieder Fritz Drews und Hugo Hellwig.

Dieser Antrag wurde mit drei Gegenstimmen angenommen; die Flensburger lehnten ab, sich nach dieser Empfehlung zu richten.

Dr. Schencks Schilderung dieses Treffens in einem Brief an Georg Beckmann, Husum, vom 1. November 1945 ist zu entnehmen, daß er meinte, daß der »Fall Flensburg« nun bereinigt sei, da folgende EntschlieÙung, die im großen und ganzen Schencks Referat entsprach und von ihm stammen dürfte, *ein-stimmig* angenommen worden war:

»Die nationale Selbstbehauptung ist für das deutsche Volk unverzichtbare Bedingung seiner Existenz. Für die arbeitenden Massen ist die Reichseinheit auch klassenpolitisch eine Notwendigkeit. Ihr politischer und wirtschaftlicher Freiheitskampf wäre ohne diese Grundlage zur Erfolglosigkeit verurteilt. Darum hat die Sozialdemokratische Partei aller Besatzungszonen jeglichem Separatismus den schärfsten Kampf angesagt.

Dieser Grundsatz bestimmt auch die sozialdemokratische Haltung zu den wieder aufgelebten separatistischen Bestrebungen in Schleswig. In der Schleswigschen Frage ist die Partei überdies durch das am 25. November 1923 in Flensburg geschlossene Grenzabkommen der deutschen und dänischen Sozialdemokratie gebunden. Nachdem die dänische Bruderpartei in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen dieses Abkommens die 1920 gezogene Grenze nochmals als gültig anerkannt hat, bekennt sich auch die Sozialdemokratische Partei Schleswig-Holsteins erneut und feierlich zu den damals übernommenen Verpflichtungen.

Die Partei wird daher jeder Veränderung des in Schleswig 1920 auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes geschaffenen Status und jeder Agitation für die Abtrennung »Südschlewigs« von Deutschland entschieden entgegnetreten, wie sie andererseits entschlossen ist, das Heimatrecht und die Freiheit der echten dänischen Minderheit nachdrücklich in Schutz zu nehmen. Die Parteikonferenz fordert diese Haltung insbesondere von den sozialdemokratischen Organisationen im Grenzgebiet selbst.«

Schencks Behauptung, daß diese Entschließung einstimmig angenommen worden sei, muß bezweifelt werden, denn wie bei der »Empfehlung« so dürften auch bei der »Entschließung« die Flensburger dagegen gestimmt haben.

Der Kampf der Landes-SPD »gegen alle separatistischen Bestrebungen« wurde auch in das neue Parteiprogramm geschrieben.

Ein kleines Wörtchen in Richard Schencks Vortrag am 28. Oktober und in der »Entschließung« läßt aufhorchen: Er wollte das Heimatrecht und die Freiheit der *echten* Minderheit in Schutz genommen sehen. Wenn von einer »echten« Minderheit gesprochen werden konnte, dann mußte es auch eine »unechte« Minderheit geben. Die »Echten« waren diejenigen, die schon in den 1920'er und 1930'er Jahren zur Minderheit gehört hatten. Das waren um 1945/46 etwa 4.000 Personen, überwiegend Handwerker und Arbeiter, die schon aufgrund ihres sozialen Status politisch zur Sozialdemokratie tendierten. Zu den »unechten« Dänen zählte Schenck – und mit ihm die schleswig-holsteinische SPD – die Zig-tausende, die sich erst nach 1945 zum Dänentum

bekanntem und 1947 über 50% der einheimischen Bevölkerung ausmachten. Das neu gewonnene nationale Bekenntnis dieser »Unechten« galt es anzuzweifeln und immer wieder anzufechten, um diese Menschen wieder für die deutsche Seite zurückzugewinnen. Ihr Heimatrecht konnte man ihnen nicht bestreiten. Die Freiheit, sich politisch und national zum Dänentum zu bekennen, gestand man ihnen erst ab 1949 zu. Bereits im Spätsommer 1945 hatte die schleswig-holsteinische SPD die Haltung gegenüber den Neudänen in Schleswig eingenommen, die ihre Politik der kommenden Jahre bestimmen sollte.

Georg Beckmann, der damals noch in Flensburg wohnte, stand mit Schenck in engem Briefkontakt und berichtete diesem eingehend über die Vorgänge in Flensburg. Er bezweifelte in einem Schreiben vom 9. November, daß der Fall Flensburg bereinigt sei. Hellwig und Drews waren keineswegs bereit, aus dem Vorstand des Flensburger Ortsvereins auszutreten. Diese beiden Männer waren der Ansicht, daß der Bezirksvorstand keine anerkannte Körperschaft sei und deshalb auch nicht die Kompetenz besäße, solche Empfehlungen auszusprechen. Das sei eine Angelegenheit des Ortsvereins. »Der hiesige Vorstand weiß nicht, was er machen soll. Der Genosse Reiser möchte am liebsten sein Amt als Vorsitzender niederlegen«. Er »ist nicht bereit, Drews oder Hellwig fallen zu lassen« und »meint, mit einer Aussöhnungstaktik weiterzukommen«. Beckmann sah deutlich, daß die Stellung des Bezirksvorstandes in dieser Angelegenheit immer schwächer wurde.

Am 10. März 1946 fand in Neumünster der erste Landesparteitag der SPD statt. Obwohl allen Hermann Olsons prodänische Haltung in der Grenzfrage bekannt gewesen sein dürfte, wurde dieser Flensburger mit hoher Stimmenzahl (131) als Beisitzer in den Bezirksvorstand gewählt. Wilhelm Kuklinski wurde mit 128 Stimmen Vorsitzender.

Im Rückblick ist es schwierig zu verstehen, daß der »Separatist« Hermann Olson Mitglied des Bezirksvorstandes wurde. Hermann Olson kannte das Parteiprogramm – und die Landes-SPD kannte seinen Standpunkt in der Grenzfrage. Doch Tatsache ist: Olson ließ sich aufstellen – und wurde gewählt. Für ihn und für die Flensburger war das ein taktischer Sieg.

Erste Kontakte mit der dänischen Minderheit und mit den Schleswiger Sozialdemokraten

Die Mitglieder der Flensburger SPD – aber auch die noch außerhalb stehenden Sympathisanten der im Werden begriffenen Parteiorganisation forderten jetzt Klarheit über den offiziellen Kurs der Partei in der Grenzfrage. Man verlangte eine offizielle Antwort der Partei auf die Frage, ob die nationale Entscheidung dem einzelnen Genossen frei überlassen sei, oder ob – wie 1920 – eine Parteiparole die Haltung eines jeden Mitglieds bestimmen sollte. In Flensburg wollte man diese Diskussion, die früher oder später doch kommen mußte, nicht länger hinauszögern. Eine Entscheidung mußte gefällt werden, denn eine Reihe sozialdemokratisch eingestellter Bürger zögerte ihren Parteieintritt bis zur Klärung eben dieser Frage hinaus.

Die Kieler waren mit einer Parteidiskussion über dieses Problem nicht einverstanden. Für sie gab es nur die von Richard Schenck bereits formulierte Auffassung. Die Parteiorganisation in Flensburg hatte den Richtlinien aus Hannover und Kiel zu folgen. Es versteht sich – so wie die Dinge in Flensburg lagen – fast von selbst, daß die Kieler ihre Vorstellungen nicht durchsetzen konnten.

Die lokale Organisation der Sozialdemokratie in der Stadt Flensburg war am 4. Januar 1946 von der britischen Militärregierung zugelassen worden. In diesem Zusammenhang gilt es jedoch noch einen Begriff zu klären: In den bisherigen Veröffentlichungen zu diesem Thema liest man mal SPD-Ortsverein, mal SPD-Kreisverein, mal SPD-Kreisverband. Das zeigt, daß die später festgelegten Begriffe und Bezeichnungen zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht feststanden. Zugelassen wurde die Partei unter der Bezeichnung »Sozialdemokratische Partei, Kreisverein Flensburg-Stadt«. Im Januar 1946 wurden von der Militärregierung keine »Ortsvereine« der Parteien sondern nur »Kreisvereine« zugelassen, die sich organisatorisch in Ortsvereine untergliederten, was aber für Flensburg wegen der Größe der Stadt nicht zutraf.

Bereits einen Tag nach der offiziellen Zulassung fand im »Großen Saal« des Deutschen Hauses in Flensburg eine von etwa 1.600 Personen besuchte Parteikundgebung mit Dr. Tschadek, Bürgermeister aus Kiel, statt. In seinem Referat ging der Redner mit keinem einzigen Wort auf die Grenzfrage ein.

Auf einer weiteren Großveranstaltung im Deutschen Haus am 8. März 1946 sprach Kurt Schumacher. Ausfälle gegen die »Separatisten« sind nicht überliefert – was zunächst überraschen mag. Doch den Sozialdemokraten war inzwischen die Behandlung der Grenzfrage verboten worden. Schumacher erhielt für seine allgemein-politischen Ausführungen Beifall.

Am 5. April 1946 wurde die erste ordentliche Mitgliederversammlung abgehalten, auf der man einen regulären Vorstand wählte. Und am 3. Mai folgte dann eine Parteiversammlung, auf der die Grenzfrage diskutiert wurde. Die Flensburger Parteiführung legte ihren Standpunkt dar und sprach die Absicht aus, nunmehr offiziell mit der dänischen Seite in Verbindung treten zu wollen. Es zeigte sich auf dieser Versammlung, daß der bisherige provisorische Vorstand die Meinung der Mitglieder korrekt wiedergegeben und vertreten hatte. Der neue Vorstand konnte jetzt ruhigen Gewissens und mit dem Einverständnis der Mitglieder Verhandlungen mit den Vertretern der dänischen Minderheit aufnehmen.

Einer der in diesem Sinne aktiven Männer im Flensburger Parteivorstand war Georg Ruser. Er stammte aus Mecklenburg, war also Landsmann von Fritz Drews. Er hatte schon jahrzehntelang in Flensburg gewohnt und war vor 1933 vor allem gewerkschaftlich aktiv gewesen. G. Ruser hatte in seinen jungen Jahren in Dänemark gearbeitet und sprach dänisch. Er wollte, daß die Partei offiziell erkläre, daß jedes Mitglied der SPD sich in der Grenzfrage frei entscheiden könne. Außerdem forderte er den Vorstand auf, wegen eines Wahlabkommens mit der dänischen Minderheit Fühlung zu nehmen. Die Briten hatten nämlich damals durchblicken lassen, daß sie im Spätherbst 1946 erste Kommunalwahlen abhalten lassen wollten.

Eine Kommission, zu der die Vorstandsmitglieder Ruser, Olson, Beyreis, Harloff, Hellwig und Reiser gehörten, wurde beauftragt, mit dem Schleswischen Verein Kontakt aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde am 16. Mai 1946 in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Stadtverordnetenfraktion gefaßt. Die erste Zusammenkunft fand im Juni im »Hjemmet« in der Marienstraße statt. Der SPD-Kreisverein Flensburg Stadt und die »dänische Minderheit« wurden sich sehr schnell einig, für die Wahl im Herbst ein Wahlabkommen zu vereinbaren. Näheres konnte man jedoch nicht beschließen, da Einzelheiten über Wahlmodalitäten und weitere Bestimmungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlagen.

In diese Zeit fällt eine weitere wichtige Begebenheit. Kurz nach dem 3. Mai erhielten die Flensburger Besuch von dem alten dänischen Sozialdemokraten I.P. Nielsen aus Dynt/Broager. I.P. Nielsen hatte nach dem ersten Weltkrieg den Beinamen der »Kindervater« erhalten, weil er damals im besiegten Deutsch-

land Kinderbespeisungen organisiert hatte. I.P. Nielsen wollte sich über die Situation innerhalb der Flensburger Sozialdemokratie unterrichten. Er wünschte Informationen aus erster Hand. Selbst gab er keine Stellungnahme ab. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er in Kopenhagen über seinen Besuch berichtet hat.

Nachdem der Flensburger SPD-Vorstand auf der Parteiversammlung am 3. Mai befugt worden war, den bisher vertretenen Standpunkt in der Grenzfrage künftig auch im Namen der Mitglieder vertreten zu dürfen, begann Kiel von sich aus auf eine Entscheidung zu drängen. Man verlangte nun eindringlich, die Grundsätze der Bezirkskonferenz vom 28. Oktober 1945 anzunehmen.

In einer gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand und Stadtverordnetenfraktion wurde die Lage eingehend erörtert. Auf dieser Zusammenkunft am 4. Juni 1946 berichtete Hermann Olson über eine Sitzung des Bezirksvorstandes am 1. Juni in Kiel. Wie immer, wenn man auf die Verhältnisse in Flensburg zu sprechen kam, berichtete er, seien die Flensburger auch diesmal wüst beschimpft worden, und der Bezirksvorstand habe beschlossen, für den 19. Juni 1946 eine Bezirkskonferenz nach Flensburg einzuberufen, »um die Grenzfrage zu klären«. – Allein diese Formulierung bezeugt, wie wenig die Kieler sich in die Flensburger Situation versetzen konnten: als ob man »die Grenzfrage« auf einer Bezirkskonferenz hätte »klären« können!

Auf der Sitzung des Bezirksvorstandes am 1. Juni hatte Kurt Schumacher eine programmatische Rede über die Ziele der SPD gehalten, in der er zum ersten Mal nach langer Zeit, in der die Militärregierung verboten hatte, über die Flensburger Ereignisse zu sprechen, die Gelegenheit benutzte, seinem wachsenden Ärger über die Verhältnisse in Flensburg Luft zu machen. Er sagte: »Ich respektiere jeden Dänen in dieser Provinz, genau wie jeden Deutschen, aber wir Sozialdemokraten können nicht respektieren die Speckdänen deutschen Geblüts.« Das war die Parole, mit der er einen Monat später die Konsequenzen aus seiner Verärgerung ziehen sollte.

Hugo Hellwig wurde am 4. Juni beauftragt, mit den Schleswiger Parteifreunden Kontakt aufzunehmen, und diese zu einer gemeinsamen Besprechung am 16. Juni nach Flensburg zu bitten.

Wie in Flensburg so hatten auch in Schleswig kurz vor der deutschen Kapitulation einige geheime Zusammenkünfte ehemaliger Sozialdemokraten stattgefunden. Und schon in den ersten Maitagen 1945 trafen sich zwischen 20 und 30 alte Sozialdemokraten, zu denen auch die später in der dänischen Minderheit aktiven Mitglieder Hermann Clausen, Johannes Vollertsen, Peter Krey und Andreas Paysen gehörten.

Hermann Clausen schildert in seiner Selbstbiographie⁴, wo er zum ersten Mal die Rückkehr Südschleswigs nach Dänemark diskutierte und sich zum Dänentum bekannte. »Hitler hatte eine gewaltsame »Heim ins Reich«-Politik getrieben. Sudetenland, Memelgebiet, Österreich und Teile von Polen waren »heim«gebracht ins »großdeutsche Hitlerreich«, und viele Deutsche in Nordschleswig träumten von der Königsau-Grenze und führten eine kräftige Sprache. Viele deutschgesinnte Nordschleswiger hatten auf das falsche Pferd gesetzt. Warum sollte es nicht mal »andersrum« gehen. In Neuengamme hatten wir die Frage mit den dänischen Polizeibeamten, die im September 1944 als Gefangene in unserem Block 18 wohnten, diskutiert. Halb im Scherz hatten wir gefragt: »Wie steht Ihr denn zu der Südschleswig-Frage? Auch wir wollen gerne »heim«, heim ins Reich, und unser altes Reich ist Dänemark. Nach dem ersten Weltkrieg hat Dänemark nur die Hälfte bekommen, die andere Hälfte könnt ihr jetzt bekommen, wenn Ihr wollt.«

Es war ein amüsanter großpolitisches Gespräch innerhalb des Stacheldrahts unter der Oberaufsicht der SS. Polen, Holländer, Franzosen, Belgier und Russen waren dabei und hatten gar nichts dagegen.«

Innerlich gehörte Hermann Clausen im Mai 1945 schon lange dem dänischen Volkstum an. In den Augenblicken, da er kniend in der Nazi-Hölle des KZs Neuengamme seine weißen Haare verlor, und wo er gezwungen wurde, in schäbiger Verbrecherkleidung, ohne etwas Unrechtes getan zu haben, seinem Sohn entgegentreten mußte, da war das Maß voll. »Ich wußte, wo in Zukunft mein Platz war und tat trotz meines fortgeschrittenen Alters den Schritt, der unumgänglich war. In dieser Frage ist man in unserem Grenzland nur seinem eigenen Gewissen verantwortlich. Kein Außenstehender hat ein Recht, ein Urteil zu fällen. Ich wurde Mitglied der Organisationen der dänischen Minderheit in Südschleswig.«

Am 15. Mai 1945 versammelten sich dann an die 120 Vertrauensleute der SPD von vor 1933 in der dänischen Ansgar-Schule. Hier diskutierte man den Wiederaufbau der Demokratie in der Stadt Schleswig. Es wurde beschlossen, Kontakte zur dänischen Sozialdemokratie aufzunehmen. Am 30. Mai 1945 schrieb der Vorsitzende der Schleswiger SPD einen Brief an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks. Das heikle Grenzproblem berührte er nur kurz: »... Die Frage der Zukunft von Süd-Schleswig bewegt hier die Gemüter. Aus den verschiedensten Beweggründen wird die Frage in Stadt und Land diskutiert, sicher am eifrigsten in den bürgerlichen Kreisen, die nun in einen sicheren Hafen einlaufen mögten (sic.). Im Kreise unserer Parteifreunde

4. *Hermann Clausen: Der Aufbau der Demokratie in der Stadt Schleswig nach den zwei Weltkriegen. Erinnerungen. Flensburg 1966, S. 175 und 179f.*

wird die Frage gleichfalls mit ruhiger Sachlichkeit behandelt. Es besteht der lebhafteste Wunsch zu einer Fühlungnahme mit den Parteigenossen Dänemarks, um den Standpunkt unserer Freunde kennen zu lernen. ...«. Grenzänderungswünsche wurden nicht einmal angedeutet, dennoch kamen keine Kontakte mit den dänischen Genossen zustande. Das Schreiben wurde in Kopenhagen ad acta gelegt.

Obwohl die Grenzfrage in Schleswig nicht so schnell wie in Flensburg auf eine Spaltung hinauslief, fanden die Kieler die Situation in Schleswig gefährlich genug für die SPD. Nachdem sich im Spätsommer und im Herbst 1945 abzeichnete, daß eine Reihe führender Sozialdemokraten wie Hermann Clausen, Hans Steppat, Peter Krey und Andreas Paysen zur dänischen Seite tendierten, bekamen die Schleswiger Besuch. Ende August und Mitte September 1945 hielten sich Dr. Schenck und Kuklinski zu Gesprächen in Schleswig auf. Sie verlangten von den Schleswiger Sozialdemokraten, daß diese sich in erster Linie dem Wiederaufbau der SPD widmen – und jede Verbindung zur Minderheit unterlassen sollten. Die Schleswiger betonten, daß sie sich in der nationalen Frage neutral verhalten wollten, und es jedem einzelnen Mitglied überließen, sich der Minderheit anzuschließen – oder nicht. Ihnen war bewußt, daß nur die Neutralität in der nationalpolitischen Frage eine Spaltung der Schleswiger SPD verhindern konnte. Und da sie sich als internationale Sozialisten verstanden, war ihnen die Einheit der Partei wichtiger als die Stellungnahme »deutsch oder dänisch«. Schenck und Kuklinski gaben nach, allerdings nur kurzfristig und schwankend, denn wenige Wochen später wurde wieder Druck auf die Schleswiger Sozialdemokraten ausgeübt. Da die Schleswiger schließlich damit drohten, eine dänischorientierte sozialdemokratische Partei gründen zu wollen, erklärte Schenck am 18. April 1946, daß ein jeder, der in diesem Landesteil geboren ist, das Recht habe, zwischen deutscher und dänischer Kultur zu wählen. Als Gegenleistung für diese vage Erklärung mußten die Schleswiger Sozialdemokraten ihren Vertrauensleuten verbieten, Vertrauensposten innerhalb der dänischen Minderheit zu übernehmen.

Die Schleswiger vertraten in der Grenzfrage dieselbe Haltung wie die Flensburger.

Hermann Olson sprach am 5. Juni mit Hermann Clausen, der versprach, zusammen mit einigen Parteifreunden zu kommen.

Am 16. Juni 1946 trafen sich die Vertreter der Flensburger und Schleswiger Sozialdemokraten mit dem Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen SPD Wilhelm Kuklinski im Gewerkschaftshaus in der Schloßstraße in Flensburg. Hugo Hellwig trug den Standpunkt der Flensburger und Schleswiger vor, daß nämlich jedes Parteimitglied in der Grenzfrage persönlich, also nach eigenem Ermessen entscheiden sollte, und daß daher eine Parteiempfehlung entschieden

abgelehnt werde. Kuklinski legte eine Resolution der schleswig-holsteinischen SPD auf den Tisch, in der ganz eindeutig festgestellt wird, daß Schleswig deutsch sei, und daß die unechte dänische Bewegung im Landesteil Schleswig eine Folge materialistischer Gesinnung sei usw usf – da dieselbe Resolution drei Tage später zur großen Überraschung und Enttäuschung der Flensburger und Schleswiger erneut und unverändert vorgelegt wurde und dadurch einen offiziellen Charakter erhielt, soll im nächsten Abschnitt näher auf sie eingegangen werden. Die Wiedervorlage zeigt deutlich: die Kieler waren in keinem Falle bereit, die »separatistische Haltung« der Flensburger und Schleswiger zu dulden. Die schleswig-holsteinische SPD war deutsch und wollte kein neutrales Verhalten in der Grenzfrage zulassen. Alle Sozialdemokraten hatten sich für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein und einheitliches Deutschland zu entscheiden. Für Alle galt, was Kuklinski am 12 November 1945 in seine »Mitteilungen«, 5. Ausgabe, geschrieben hatte: »... Sauberkeit der *Gesinnung*, *Idealismus*, *Solidarität*, *Disziplin* muß uns wieder im Großen wie im Kleinen beherrschen. ... *Wer zu uns gehören will, muß unserer Gesinnung sein!*«

Die Flensburger und die Schleswiger Sozialdemokraten verharrten auf ihrem Standpunkt, daß nämlich die Grenzfrage keine Parteifrage sondern eine private Entscheidungsfrage sei.

Offene Konfrontation mit Kiel

Die Erklärung vom 19. Juni 1946

Die Konfrontation mit Kiel begann bereits – wie schon geschildert – am 18. August 1945 als Richard Schenck und Erich Arp mit Hugo Hellwig, Friedrich Drews und Peter Hattesen zusammenstießen, nachdem diese mit dem dänischen Außenminister Christmas Møller gesprochen hatten. Erst zehn Monate später wurde der Gegensatz zwischen Flensburg und Kiel parteioffiziell.

Eine gewisse Vorentscheidung für das kommende Geschehen war schon Anfang April 1946 vollzogen worden. Denn der mit seiner Arbeit in Flensburg gescheiterte Dr. Richard Schenck verfaßte am 2. April 1946 einen Bericht an Hannover. In diesem Bericht zieht er bereits die folgenschwere Folgerung, daß die »Dinge in Flensburg« so »schlimm« sind, »daß wir mit dem Ausschluß von Einzelpersonen jetzt wahrscheinlich nicht mehr auskommen, sondern den gesamten Ortsverein ausschließen müssen, um danach die deutschgesinnten Sozialdemokraten neu zu sammeln. Der Verlust ist nicht sehr groß.« Ob dies dann der entscheidende Anstoß für Schumacher gewesen ist, vermag ich nicht zu sagen.

Am 19. Juni 1946 versammelten sich in Flensburg etwa 50 Personen zu einer Bezirkskonferenz. Die Teilnehmer waren der Bezirksvorstand und alle Kreisvorsitzenden der Provinz sowie andere Repräsentanten der neu entstandenen SPD. Bei dieser Funktionärssitzung waren die Flensburger und Schleswiger in der Minderheit.

Der damalige Parteivorsitzende in Schleswig-Holstein, Wilhelm Kuklinski, eröffnete die Versammlung. Er leitete die Diskussion ein mit einer, wie Hugo Hellwig sich ausdrückte, mehr als mangelhaften Darstellung der Begebenheiten an der Grenze von 1920 bis zur Gegenwart. Dann legte er, bevor die Diskussion überhaupt eröffnet worden war, eine Erklärung mit dem Titel »*Die SPD und die Schleswig-Frage*« vor. Es war dieselbe Resolution, die die Flensburger und Schleswiger Sozialdemokraten bereits am 16. Juni verworfen hatten.

Die »Erklärung« setzte mit der Feststellung ein, daß die Grenze von 1920 zu recht besteht, und daß die SPD jede irredentische Bewegung entschieden ablehnt und jede »Veränderung des staatsrechtlichen Standes, sei es durch Machtspruch oder erneute Abstimmung« bekämpft. Der nächste Punkt ist besonders bemerkenswert, denn er zeigt deutlich, welchen Kreis die schleswig-holsteinische SPD bereit war, als dänische Minderheit anzuerkennen:

» ... *Die Abstimmung vom 14. März 1920 ergab das Vorhandensein*

einer echten wenn auch zahlenmäßig nur unbedeutenden dänischen Minderheit. Wir werden die Rechte dieser Minderheit mit allen Mitteln schützen und handeln damit im Geiste des Grenzabkommens (vom 25. November 1923) ...«.

Für die schleswig-holsteinische SPD war die Geschichte 1920 und 1923 stehen geblieben, für sie waren die Volksabstimmung von 1920 und das Stauning-Wels-Abkommen der endgültige Schlußpunkt der nationalen Geschichte Schleswigs. Die schleswig-holsteinische SPD tat so, als ob es weder die NS-Diktatur noch die Niederlage von 1945 mit ihren in Südschleswig verheerenden Folgen für das deutsche Nationalgefühl gegeben hatte. Sie nahm die volklich/nationale Zweiströmigkeit der Schleswiger einfach nicht zur Kenntnis. Da die »echte«, »zahlenmäßig unbedeutende dänische Minderheit« für die SPD eine konstante Größe war, konnte ihr Bezirksvorsitzender – und mit ihm seine schleswig-holsteinischen Gesinnungsgenossen – auch davon sprechen, daß nach dem »Zusammenbruch des nationalsozialistischen Terrorstaates von dänischer, wie von deutsch-separatistischer Seite mit unkorrekten Methoden eine umfassende Agitation für die Abtrennung Schleswigs entfacht« worden sei. Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten konnten oder wollten nicht sehen, daß der Wunsch nach einem dänischen Schleswig vor allem aus der Bevölkerung Schleswigs selbst kam, sie wollten nicht wahrhaben, daß gerade alte Sozialdemokraten, die bereits vor und während des Krieges im Widerstand zusammengearbeitet hatten, schon lange vor Kriegsende allein in der Eingliederung Schleswigs in Dänemark eine Möglichkeit gegeben sahen, ihre sozialen und demokratischen Vorstellungen zu verwirklichen. Diesen alten Sozialdemokraten war das Vertrauen zu und der Glaube an Deutschland verlorengegangen.

Hermann Olson hatte am 4. Juni berichtet, daß der Bezirksvorstand die Flensburger wüst beschimpft hatte. Indem der Bezirksvorstand Einzelfälle verallgemeinerte, die strengen Aufnahmebedingungen des Schleswigschen Vereins bewußt übersah und die halb- und ganzjährigen Wartezeiten für den Empfang von Lebensmittelpaketen für die neuen Mitglieder verschwieg, wurden seine Behauptungen vom Speckdänentum zu böartigen Unterstellungen. Der Bezirksvorstand reduzierte das Neudänentum auf eine materialistische Gesinnung und Landesverrat. Die »Erklärung« vom 19. Juni 1946 spiegelt, wenn auch gedämpft, die haßerfüllte Stimmungslage der Zeit um 1946 wider.

Die »unkorrekten«, die Bevölkerung Schleswigs korrumpierenden Methoden, von denen der Bezirksvorstand in seiner Erklärung sprach, waren die Auslieferungen von Lebensmittelpaketen, denen die unechten Anhänger der dänischen Minderheit aufgrund ihrer materialistischen Gesinnung – nach Ansicht der Schleswig-Holsteiner – verfallen waren. Zu dieser These vom Speck-

dänentum kam dann noch die Behauptung, daß viele der »unechten Dänen« als Flüchtlinge und Ausgebombte ins Land gekommen seien, »kein Wort dänisch (könnten) und Dänemark nie gesehen« hätten. Fast die Hälfte der Nachkriegsbevölkerung Südschleswigs stammte aus dem deutschen Osten. Die Flüchtlinge hatten schwere Schicksalsschläge erlitten, ihre Not war unbestritten größer als die der Einheimischen. Das allzu enge Zusammenleben von Einheimischen und Flüchtlingen, die als Fremde empfunden wurden, führte oft zu Spannungen und Reibereien. Die Angst vor der Überfremdung der Heimat und die Bedrohung der eigenen Identität gehörte zu den damaligen Grunderlebnissen der Einheimischen. Heute erkennen wir, der Verlust der Heimat und der Kampf um die Erhaltung der eigenen Identität wog auf Seiten der Flüchtlinge viel schwerer. Der meist nicht nur schwelende Gegensatz Einheimische-Flüchtlinge war ein schwerer Anklagepunkt in der »Erklärung«: »... Besonders die bodenständigen Überläufer wollen sich der Flüchtlinge entledigen und den Lasten des verlorenen Krieges entziehen, den sie zumeist selbst verschuldet haben. Schon im Jahre 1932 stimmten in vielen Orten Schleswigs, in denen jetzt die Minderheitsbewegung großen Anhang hat, der weitaus größte Teil der Wähler für Hitler!«. Man unterstellte also, daß die NS-Wähler von vor 1933 identisch mit den dänisch orientierten Südschleswigern von 1945/46 waren. Die Hoffnung auf eine friedliche und demokratische Zukunft, denn dieses war der politische Inhalt der neuen prodänischen Haltung in Südschleswig, der erst später die nationalpolitische Entscheidung folgte (die übrigens viele der 1945 national Verunsicherten wieder in das deutsche Lager zurückführte), wird in der »Erklärung« umgedeutet in eine Fortsetzung nordischer Gesinnung nationalsozialistischer Herkunft. Das empfanden die Flensburger als eine unerhörte Beleidigung.

Aber auch die positiv klingenden Punkte der »Erklärung« mußten bei den Flensburgern Empörung hervorrufen:

»Wir stellen uns somit zu der von unserem Fraktionsvorsitzenden in der Sitzung vom Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtag vom 12. Juni 1946 veranlaßten und vom Landtag angenommenen Erklärung, »daß Schleswig deutsch ist und daß die vorhandene echte dänische Minderheit jeden Minderheitenschutz wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft genießen wird.«!

Nur wenige Zeilen vorher war die echte Minderheit als zahlenmäßig unbedeutend bezeichnet worden, und damit kam nur ein ganz kleiner Kreis der dänisch orientierten Südschleswiger in den Genuß des Minderheitenschutzes. Und mit diesem war es weder in der Weimarer Republik noch im »Dritten Reich« sonderlich weit her gewesen. Stets hatte man versucht, die Minderheit als Organisation in enge Schranken und ein unpolitisches Ghetto zu verweisen.

Die einzelnen Mitglieder der Minderheit waren vor und vor allem nach 1933 den Übergriffen der Lokalbehörden ausgesetzt gewesen. Die Gegenwart von 1945/46 sah auch nicht gerade vielversprechend aus. Die Formel, »daß Schleswig deutsch ist«, konnte überhaupt nicht akzeptiert werden. Das Neudänentum hatte das Geschichtsbild der alten Minderheit übernommen, und nach diesem Geschichtsbild war Schleswig ein altes dänisches Land, daß durch die enge Verbindung mit Holstein, die Ritterschaft, die Pastoren und Lehrer sowie durch die aus dem Süden eingewanderten Kaufleute eingedeutscht und 1864 von Preußen erobert worden war. Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten verwarfen dieses Geschichtsbild:

»Wir weisen alle Versuche der Geschichtsklitterer ab, die ihr jetziges Überlaufen mit Argumenten aus der elfhundertjährigen Dynastien-geschichte unseres Landes entschuldigen wollen. Wir betonen, daß aus unserer Geschichte sowohl das Für und das Wider belegt werden kann.«

Man hatte immerhin zugestanden, daß Schleswig eine dänisch-deutsche Geschichte hatte.

Die Forderungen der dänisch gesinnten Südschleswiger nach verwaltungsmäßiger Trennung Schleswigs von Holstein beantwortete der sozialdemokratische Bezirksvorstand mit Gegenforderungen:

Anerkennung der durch Volksabstimmung festgelegten gegenwärtigen Grenze

Verhinderung jeder überlebten nationalistischen und chauvinistischen Agitation

Sicherung des Minderheitenschutzes

Achtung des Volkstums und der Kultur der anderen

Die Sozialdemokratische Partei wird diese Forderung mit aller Leidenschaft und Loyalität vertreten. Ihre Erfüllung ist die unerläßliche Voraussetzung für ein von engstirniger nationalistischer Verhetzung und von sinnlos gewordenen Katastrophen und Kriegen endlich befreites, befriedetes, geeintes Europa.

Dieses geeinte, befriedete Europa war und ist unser Ziel. ...«.

Ein wesentlicher Beweggrund für die nationale Neuorientierung der Südschleswiger war die Sehnsucht nach einer gesicherten friedlichen Zukunft für sich selbst und vor allem für die Kinder. In der politischen Auseinandersetzung jener Tage spielte der Gegensatz »Kriegerisches Deutschland 1870-71, 1914-18, 1939-45 – Friedliches Dänemark« eine große Rolle. Es überrascht daher nicht, daß der Bezirksvorstand sich auch gegen dieses Argument wandte:

»Wir weisen auch die zurück, die ihre Flucht aus dem deutschen Volkstum mit pazifistischen Motiven bemänteln und aus den »ewigen deutschen Kriegen« fliehen wollen. Es gibt keine deutschen Kriege mehr! Der deutsche Militarismus hat sich mit seiner letzten wahn-sinnigen Übersteigerung selbst erledigt. ...«.

Da die Flensburger den Standpunkt vertraten, daß die Grenzfrage Sache des einzelnen Parteimitglieds sei, mußte der Abschluß der »Erklärung« als eine Herausforderung empfunden werden:

»Von unseren Parteimitgliedern aber erwarten wir, daß sie sich, soweit sie nicht der echten Minderheit angehören, eindeutig und unter Ablehnung aller Bestechungsversuche für die Ziele der Sozialdemokratischen Partei einsetzen, das heißt für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein, für ein einheitliches Deutschland, für ein vereinigtes Europa!«

Wie 1920 sollten die Mitglieder der SPD auch jetzt wieder der Parteidisziplin unterworfen werden. Erneut wurde von einer »echten« und damit indirekt auch von einer »unechten« Minderheit gesprochen, und die Mitglieder dieser unechten Minderheit waren durch Bestechungen (Speckpakete) gewonnen worden. Diese Darstellung mußte die anwesenden Flensburger Sozialdemokraten schwer treffen.

Für Hugo Hellwig wie auch für alle anderen Sozialdemokraten aus dem schleswiger Raum war diese »Erklärung« eine große Enttäuschung. Die süd-schleswigschen Sozialdemokraten hatten erwartet, daß man eine so wichtige Erklärung vorher mit den Parteigenossen aus dem Grenzland besprochen hätte, um Formulierungen zu finden, die für alle annehmbar gewesen wären. Nun war man jedoch vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Hellwig faßte sich deshalb auch kurz. Er mißbilligte das Verhalten der Kieler nachdrücklich und erklärte, daß eine Resolution dieses Inhalts für die Flensburger und Schleswiger Sozialdemokraten unannehmbar sei. Die vorgelegte »Erklärung« sei in ihrer ganzen Struktur verfehlt, sie könne auch durch Abänderungen nicht mehr verwendungsfähig gemacht werden.

Die Debatte dauerte bis in den späten Nachmittag. Alle Flensburger und Schleswiger bestätigten Hellwigs Ausführungen. Als man zum Schluß der Debatte kam, schlug Hellwig vor, die »Erklärung« als nicht zu Ende diskutiert zur Seite zu legen. Das wurde abgelehnt. Die »Erklärung« wurde dann gegen die Stimmen der Flensburger und Schleswiger Sozialdemokraten angenommen und am 22. Juni 1946 im Flensburger Tageblatt veröffentlicht.

Die Flensburger Sozialdemokraten antworten auf die »Erklärung« des Bezirksvorstandes

Die Öffentlichkeit wurde auf den Zwist innerhalb der Sozialdemokratischen Partei aufmerksam. Und damit nahmen weite Kreise der Bevölkerung in steigendem Maße an der nun immer mehr vor aller Augen und Ohren geführten Auseinandersetzung der Flensburger und Schleswiger Sozialdemokraten mit der Kieler Bezirksleitung der SPD teil.

Die Deutsche Sozialdemokratische Partei verlor in der schleswigschen Bevölkerung an Sympathie. Erinnerungen an 1920 wurden wach. Man erinnerte sich daran, daß die deutsche Sozialdemokratie für den Verbleib Schleswigs bei Deutschland eingetreten war. Man erinnerte sich an eine Entscheidung, deren Konsequenz so viel Leid auch über viele Familien des Grenzlandes gebracht hatte: Inflation, Arbeitslosigkeit, Verfolgung, Krieg und dessen Folgelasten. All das schob man jetzt zu einem großen Teil den Sozialdemokraten in die Schuhe, »weil sie sich parteioffiziell in die Abstimmung eingemischt hatten«. Der Flensburger Kreisverein erhielt starken Zulauf. Die neuen Mitglieder wollten die Position der Flensburger Parteiführung gegenüber Kiel und Hannover stärken. Die überaus große Beteiligung Flensburger Sozialdemokraten am dänischen Jahrestreffen am 22. und 23. Juni 1946 konnte man schon als eine erste öffentliche Demonstration gegen Kiel auffassen. Und sollte auch so verstanden werden.

Die Hauptaufgabe des Flensburger Kreisvereins war, sich von Kiel zu distanzieren und gleichzeitig die Flensburger Organisation fest in der Hand zu behalten. Im Vorstand befand sich zu dieser Zeit nur ein Mitglied, das bereit war, dem Kieler Kurs bedingungslos zu folgen. Das war Eduard Clasen, ein alter Sozialdemokrat aus der Zeit vor 1933, etwa 45 Jahre alt. Er konnte sich auch öffentlich Gehör verschaffen. Wie in so vielen schleswigschen Familien, so entschied man sich auch in der Familie Clasen in der Grenzfrage gegensätzlich: ein in Tönning wohnender Bruder wählte die dänische Seite, er spielte später eine wichtige Rolle im eiderstedter SSW.

Gegen Eduard Clasens Stimme beschlossen der Flensburger Kreisvorstand und die Stadtverordnetenfraktion eine Parteiversammlung einzuberufen. Sie sollte am 28. Juni 1946 stattfinden. Auf dieser Versammlung wollte man zur »Erklärung« vom 19. Juni Stellung nehmen. Es sollte eine Gegenresolution vorgeschlagen und zur Abstimmung gebracht werden.

Hugo Hellwig schrieb einen Entwurf. E. Clasen tat dasselbe. Sein Entwurf

hatte aber im Gegensatz zu Hellwigs keinerlei Aussicht auf eine Mehrheit. Trotzdem setzte man einen Redaktionsausschuß ein, um zu versuchen, beide Entwürfe zu einem zusammenzuarbeiten. Der Ausschuß trat zusammen – und ging sehr schnell wieder auseinander, denn Hugo Hellwig erklärte, daß er einer Abschwächung seines Entwurfs nicht zustimmen könne.

Fairerweise unterrichteten die Flensburger den Bezirksvorstand über die weitere Entwicklung in Flensburg. Auf Wunsch der Kieler nahmen der Bezirksvorsitzende W. Kuklinski und der damalige zweite Bürgermeister von Kiel und Vertraute Schumachers Andreas Gayk am 28. Juni an der Versammlung teil. Sie meinten fordern zu können, den Parteimitgliedern den Standpunkt des Bezirks direkt darlegen zu dürfen. Von seiten der Flensburger hatte man keine Bedenken. Man wollte ja offen diskutieren.

Der Flensburger Vorsitzende Nicolaus Reiser, der bis zur Verabschiedung der »Erklärung« vom 19. Juni immer noch zu vermitteln versucht hatte, eröffnete die fast 500 Personen zählende Versammlung im Gewerkschaftshaus. In seiner Rede schilderte er klar und deutlich den Flensburger Standpunkt. Er erhielt stürmischen Beifall!

Nach Hugo Hellwigs Meinung, und er kannte die Parteigeschichte der Sozialdemokratie, war es das erste Mal, daß sich ein Kreisverein der SPD nahezu geschlossen gegen den Beschluß einer oberen Parteinstanz stellte.

Von den Kielern sprach zunächst Kuklinski, später Gayk. Von den Flensburgern ergriffen noch Lucie Neumann, eine Schwägerin von Fritz Drews, Heinrich Ladewig, Hugo Hellwig und noch einige andere das Wort. Andreas Gayk stieß auf starke Ablehnung, als er, in Anspielung auf das Argument verwandtschaftlicher Bindungen an Dänemark, die Bemerkung machte, »auch ich habe eine Tante in Tondern, ohne daß ich mich zur dänischen Volksgruppe hingezogen fühle«.

Die Kieler hatten immer noch nicht begriffen, worum es eigentlich ging, nämlich um die Freiheit des einzelnen, in der Frage deutsch oder dänisch nach eigenem Ermessen entscheiden zu dürfen. Die nationale Entscheidung sollte nicht zu einer Frage der Parteipolitik gemacht werden. *Die Partei sollte sich in der nationalen Frage neutral verhalten.* Allein darum ging es. Wenn man die Sache im Nachhinein überdenkt, kann man sich fragen, wie stark hätte die Sozialdemokratische Partei im Landesteil Schleswig werden können, und wie hätte sich diese Stärke der SPD später auf die Mitgliederzahl des 1948 gegründeten SSW (Südschleswigscher Wählerverband) ausgewirkt, wenn die SPD 1946 der Flensburger Linie gefolgt wäre?

Die Flensburger und Kieler trugen noch einmal ihre bereits bekannten Standpunkte vor. Dieses Mal jedoch in aller Öffentlichkeit vor einer großen Versammlung. Eine gegenseitige Annäherung der Standpunkte wurde aller-

dings nicht erreicht. Nachdem sich die Versammlung bis gegen 23 Uhr hingezogen hatte, mußte vertagt werden. Es bestand ja noch die von den britischen Militärbehörden verhängte Sperrstunde, die zu diesem Zeitpunkt um 24 Uhr einsetzte.

Die Fortsetzung wurde auf den 5. Juli anberaumt.

Ich habe an dieser Versammlung teilgenommen – und wurde an diesem Tage Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Mein Eintrittsdatum war der 1. Juli 1946. Daß ich bereits sieben Tage später wieder ausgeschlossen wurde, konnte ich im Moment des Eintritts natürlich nicht ahnen.

An der Veranstaltung am 5. Juli 1946 nahmen aus Kiel Andreas Gayk, Karl Ratz und Heinrich Fischer teil. Nic. Reiser stellte einleitend die Sicht der Flensburger dar und unterstrich, daß die Flensburger Partei sich die Politik in der nationalen Frage nicht von Kiel diktieren ließe und daß die »Erklärung« vom 16. Juni unannehmbar sei. Seine Ausführungen zeigten, daß er, der sich bisher möglichst neutral verhalten hatte, durch die Politik des Bezirksvorstandes in die Reihe der dänisch orientierten Flensburger gedrängt worden war. Die Haltung der Kieler war eindeutig: sie waren gegen Hellwigs Entwurf. Karl Ratz sagte klipp und klar, daß die Flensburger sich außerhalb der Partei stellten, wenn sie die vorgelegte Resolution annähmen. Andreas Gayk forderte Parteidisziplin.

Da H. Hellwigs Text die damalige Situation und die Vorstellungen des Flensburger Vorstandes in einfacher und verständlicher Form darstellt, soll sein Entwurf in vollem Wortlaut wiedergegeben werden:

Die Flensburger Sozialdemokratie zur Südschleswig-Frage

Der Kreisverein Flensburg-Stadt der Sozialdemokratischen Partei bedauert, daß der Bezirksvorstand Schleswig-Holstein in Verbindung mit den Kreisvorsitzenden der übrigen Kreisvereine der Provinz gegen die Stimme der Flensburger und Schleswiger Vertreter die Resolution zur Grenzfrage am Mittwoch, den 19. Juni 1946, angenommen und im »Flensburger Tageblatt« veröffentlicht hat.

Diese Resolution trägt weder der Einstellung des größten Teiles der Flensburger Sozialdemokratie, noch der nationalpolitischen Einstellung der Gesamtbevölkerung des Grenzgebietes Rechnung.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat bisher die nationale Frage aus der Parteidiskussion ferngehalten und das Problem des Sozialismus in den Vordergrund gestellt, die nationale Einstellung aber jedem Parteigenossen freigestellt.

Nur dadurch war es überhaupt möglich, eine sozialdemokratische Parteiorganisation in Flensburg aufzubauen.

Nachdem nun aber der Bezirksvorstand die Grenzfrage zu einer Parteifrage gemacht hat, sieht sich der Kreisverein Flensburg-Stadt veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

Der Sozialdemokratische Kreisverein Flensburg-Stadt lehnt es ab, auf seine Mitglieder in nationalpolitischer Hinsicht einen Druck auszuüben. Er stellt es vielmehr jedem Parteigenossen frei, sich in nationalpolitischer Hinsicht nach eigenem Ermessen zu entscheiden.

Das in der Resolution des Bezirksvorstandes angeführte Argument, daß der Großteil der dänisch eingestellten Flensburger den Lebensmittelpaketen verfallen sei, weist der Kreisverein Flensburg mit Entschiedenheit zurück. Die Wandlung in der nationalpolitischen Gesinnung der Grenzbevölkerung ist bereits in den 20er Jahren unter dem wachsenden Einfluß der Nationalsozialisten eingetreten. Ein offenes Bekenntnis war aber unter der Naziherrschaft nicht möglich, deswegen erfolgte es spontan nach Eintritt der Katastrophe im Frühjahr 1945. Es handelt sich demnach durchaus nicht um eine Konjunkturanlegenheit.

Da von dieser Entwicklung nur das durch Abstammung und Familienbeziehung mit dem Norden verbundene Grenzland betroffen ist, lehnen wir Flensburger Sozialdemokraten es ab, uns durch Beschlüsse binden zu lassen, die gegen unseren Willen von Angehörigen der südlichen Kreise gefaßt worden sind.

Eine endgültige Regelung der Südschleswig-Frage kann nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Grenzbewohner durch eine Volksabstimmung erfolgen, nach der auch die in wirtschaftlicher Hinsicht verfehlte Grenzziehung vom Jahre 1920 eine Korrektur erfahren kann. Ob diese Abstimmung sofort oder nach Ablauf einer gewissen Zeit erfolgt, ist unerheblich.

Die Versammlung hatte am frühen Abend begonnen, man wollte nicht noch einmal unter Zeitdruck geraten. Und wieder waren etwa 500 Personen gekommen. Gegen 21.30 Uhr wurde die Diskussion beendet, man konnte zur Abstimmung übergehen.

Auch ich hatte an diesem Abend an der Diskussion teilgenommen. Gemeinsam mit meinem Vater und einem Onkel war ich zur Versammlung gegangen. Plötzlich riß es mich vom Stuhl, ich hatte mich zu Wort gemeldet. Mein Onkel fiel vor Schreck fast um. Woher ich den Mut nahm, weiß ich nicht. Immerhin war es das erste Mal, daß ich es wagte, vor so vielen Leuten mit so Wortgewaltigen wie Gayk und Ratz zu diskutieren. Mein Beitrag war nicht besonders lang. Ich brachte die Enttäuschung eines jungen Menschen zum Ausdruck, der,

nach Rückkehr aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft, nun Friede, Freiheit und Selbständigkeit erhoffte – und jetzt erleben mußte, daß kurz nach Überwindung einer Diktatur hier eine Partei eine neue Diktatur, wenn auch nur für ihre eigenen Mitglieder, errichten wollte.

Das Ergebnis der Abstimmung brachte einen eindrucksvollen Vertrauensbeweis für den Flensburger Vorstand: Mit 386 gegen 96 (überwiegend Heimatvertriebene aus dem Osten) Stimmen, bei fünf ungültigen Stimmzetteln, wurde Hugo Hellwigs Resolution von den Mitgliedern angenommen.

Innerhalb des Landes, ja über dessen Grenzen hinaus, im Norden und im Süden, hatte man den Verlauf der Auseinandersetzung aufmerksam verfolgt und dieser Abstimmung mit Spannung entgegengesehen. Jetzt war alles klar, zumindest für die Flensburger: *Mitglieder und Vorstand waren einig!*

Der Vorstand konnte künftig mit Fug und Recht »im Namen der Mitglieder sprechen und verhandeln«.

Sollte diese Einigkeit nicht auf Kiel und Hannover Eindruck gemacht haben? Die Reaktion kam schneller und anders als wir erwartet hatten – obwohl die Resolution weder in der deutschen noch in der dänischen sozialdemokratischen Presse erwähnt worden war. Nur das Flensburger Tageblatt war auf sie eingegangen.

Die Antwort der SPD kam mündlich, sie war laut und eindeutig.

Der Husumer Bannstrahl gegen die »Speckdänen deutschen Geblüts«

Dr. Kurt Schumacher, seit Anfang Mai 1946 der Vorsitzende der SPD, sollte am Sonntag dem 7. Juli 1946 auf einer größeren Freiluftveranstaltung in Husum sprechen. Man erwartete 15 bis 20 000 Teilnehmer. »Die Welt« schrieb am 9. Juli von 15 000 Zuhörern, das »Flensburger Tageblatt« am 10. Juli von mehr als 15 000 Menschen. Teilnehmer sprachen von höchstens 4 000, andere meinten etwa 5 000. Auch das war für Husum eine beachtliche Zahl. Die Kieler baten die Flensburger ausdrücklich, mit einer Delegation nach Husum zu kommen. Es reisten Nicolaus Reiser, Max Beyreis, Hermann Olson und Hugo Hellwig. Sie gingen davon aus, mit Schumacher sprechen zu können. Denn was lag näher, als daß Schumacher sich endlich einmal aus erster Hand zu unterrichten wünschte. Aber weit gefehlt. Es fand keine Aussprache statt. Der alte Juristengrundsatz vom »rechtlichen Gehör« galt hier nicht.

Dagegen kam es zu Dr. Schumachers Schimpfkanonade und Verunglimpfung der Flensburger Genossen. Hugo Hellwig spricht in seinen Aufzeichnungen von einer Rede, »die sich in nichts von einer Führerrede Adolf Hitlers unterschied«. Er meinte natürlich Schumachers Ton – und der macht ja bekanntlich die Musik. Daran sollte man denken, wenn man den folgenden Auszug aus der Rede liest.

»Ich möchte mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, national sein ist Ehrensache, international sein ist Aufgabe, aber Nationalist sein, heißt heute, ein Todfeind des deutschen Volkes sein. ... Wir lassen uns unsere Auffassung von der nationalen und der internationalen Idee von niemandem vorschreiben. Wir leiten dies ab aus unserer Mission als sozialdemokratische Partei. An diese Mission als Sozialdemokratische Partei glaube ich überall im Reich. Lange bevor diese Herrschaften, die heute nationalistische Töne teils offen, teils hintenrum wagen, lange bevor diese Herrschaften den Mund aufzumachen wagten, haben wir für die Erhaltung Deutschlands als ein geschlossenes Ganzes in den Jahren der Niederlage bereits unsere Lanze gebrochen. Das gilt für Bayern, für die Pfalz, für die Rheinlande. Und jetzt frage ich Sie: Soll das auch für Schleswig-Holstein gelten? Ich möchte erklären, wir respektieren jeden Dänen, wir respektieren jeden Deutschen, aber wir haben keinen Respekt vor den Speckdänen deutschen Geblüts. ... Speck

und Volksbewußtsein sind Dinge, die niemals auf einen gemeinsamen Generalnenner gebracht werden können und die man trennen muß. Die Tradition der Grenzkämpfe und der Grenzvölker zeigt schon immer die Neigung zu gewissen Variationen, aber daß dieses Südschleswig ein Stück deutschen Landes ist, das wissen wir alle, und wenn wir erklären, wir wollen ein neues Deutschland nicht als einen neuen Nationalismus, sondern als einen gleichgeachteten und gleichberechtigten Bestandteil der Vereinigten Staaten von Europa, dann soll in diesem neuen Deutschland auch Südschleswig mit dabei sein. Durch die Presse geht jetzt die Nachricht, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei eine sozialdemokratische Organisation mit großer Mehrheit die Frage der Zugehörigkeit zu unserem Lande in einem Sinne offen gelassen hat, daß es ein Bekenntnis zur anderen Seite bedeutet. Das ist die erste schwere Beschimpfung, die unsere Partei in der nationalen und internationalen Frage aus unseren Reihen erlitten hat. Mit Zustimmung und im Einverständnis mit dem Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins erkläre ich als erster Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratische Verein Flensburg ist hiermit aufgelöst und wird neu gegründet. Die Argumentation, mit der operiert wird, ist doch einfach kläglich. Die Deutschen, die mit einer unheilvollen, schweren und blutigen Geschichte zu Gunsten ihrer fürstlichen Potentaten und Militärs belastet sind, diese Deutschen, sie haben die Neigung, in der Vergangenheit herumzustochern, und jetzt wird einmal nicht zu Gunsten, sondern zu Ungunsten Deutschlands in der Vergangenheit herumgestochert. Wann dieses Land einmal dänisch war, ist uns gleichgültig. Es ist heute dem Empfinden seiner Bewohner nach und dem Volkstum seiner Bewohner nach deutsch, und die Menschen, die hier leben, wollen das schwere, gemeinsame Schicksal Deutschlands mittragen. Die meisten der Leute, die heute von Deutschland weg wollen, sind diejenigen, die es sich auf unsere Kosten am besten haben gehen lassen und die jetzt, wo es ans große Bezahlen geht, sich drücken wollen. Aus der Frage, um die in Südschleswig gekämpft wird, wird trotz aller Schulmeisterei keine Volkstumsfrage. Die Frage ist gestellt, sie wird von den Deutschen beantwortet werden, hier in Südschleswig ist sie klar und eindeutig. Südschleswig ist deutsch, deutsch nicht aus einem hysterischen Nationalismus, sondern aus demselben Nationalbewußtsein, das ein englischer Labourmann oder Franzose für sich und sein Volk in Anspruch nimmt. Ich glaube nicht an eine Annektierung,

ich glaube, daß die Leute, die in Flensburg den Beschluß gefaßt haben, grausame Dummköpfe gewesen sind. Sie haben sich außerhalb ganzer Stuhlreihen niedergesetzt. ...«.

Ein Detail, das Schumachers Eigenmächtigkeit aufdeckt, soll sofort angeführt werden. In seinem Handexemplar des Wortprotokolls der Schumacher-Rede kommentierte Kuklinski das »Mit Zustimmung und im Einverständnis mit dem Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins« kraftvoll mit: »Schwindel! Vorstand ist nicht befragt worden!« Die Landespartei hat dann auf ihrer Tagung Anfang August in Eutin die »Auflösung« einstimmig bestätigt.

Schumachers Rede war kompromißlos und ehrlich. Man darf jedoch bezweifeln, daß sie taktisch klug war. Fehlendes Fingerspitzengefühl für die politische Situation in Südschleswig bewies Schumacher auf jeden Fall – aber das hatten die Kieler ihm ja bereits vorgemacht. Kurt Schumacher hat durch seine Husumer Rede viel politisches Porzellan zerschlagen, und er hat an Ansehen verloren. Er setzte als Redner eine Tradition fort, die der der NS-Redner nicht unähnlich war: Er brüllte lautstark und schneidend, machte seine Gegner verächtlich, er wirkte fanatisch, unversöhnlich und rechthaberisch. Er beurteilte nicht, sondern verurteilte. Gerade dieser Rednertyp verkörperte eine politische Vergangenheit und einen politischen Stil, von denen sich die Mehrzahl der Südschleswiger in diesen Jahren abgestoßen fühlte und abwandte. Viele Südschleswiger verabscheuten diesen Mann – und das hat der Nachkriegs-SPD nicht wenig geschadet. Und zwar nicht nur im Grenzland sondern auch in Dänemark und im übrigen skandinavischen Raum. Eine norwegische Zeitung sprach später von »einer Stimme, die klar wie kalter Stahl aus dem Äther kam«.

Schumachers Rede deckte auf, daß die SPD eine disziplinierte Partei zu sein hatte, die geschlossen hinter ihrem autoritären Vorsitzenden/Führer stehen mußte. Aber gerade dieser Typ einer Partei hatte die tonangebenden Flensburger und Schleswiger Sozialdemokraten 12 lange Jahre in die innere Emigration oder den Widerstand getrieben. Wie während der Abstimmungszeit vor 1920 verriet die SPD die Ideologie der Arbeiterbewegung, nach der sie in der nationalen Frage eine neutrale Haltung zu vertreten hatte. 1919 mußte der Flensburger Arbeiterführer Waldemar Sörensen sein Bekenntnis zum Mellem-slesvigsk Udvalg mit dem Ausschluß aus der SPD büßen. Jetzt war es ein ganzer Kreisverein, der vor die Tür gesetzt wurde, weil er nicht den irrealen und nationalistischen Parolen vom »Reich« folgen wollte.

Schumachers maßlose Polemik griff weit daneben, auf jeden Fall soweit es die Gruppe der führenden Flensburger Sozialdemokraten betraf. Hugo Hellwig

Rede

Dr. Schumachers

des Vorsitzenden
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
auf der Großkundgebung des SPD.-Kreisvereins HUSUM,
am Sonntag, dem 7. Juli 1946, auf der „Freiheit“ in Husum.

Wir haben in Deutschland eine merkwürdige Entwicklung der geistigen Haltung unseres Volkes erlebt. Es hat gewiß auch in anderen Ländern die Kräfte des Militarismus, des Nationalismus und des Imperialismus gegeben, und wir sind diesen Stimmen in anderen Ländern ebenso feindlich gegenüber wie den Ideen, die nicht in Deutschland entstanden sind, aber in Deutschland haben diese Ideen eine

Menachen bekommen wie in keinem

Es sind in letzter

Endes nicht

dem großen

130 Jahren ist Europa eine ökonomische und soziale Einheit geworden. Wir müssen das begreifen, und die anderen müssen das begreifen. Wenn wir es begreifen, dann müssen wir sagen: Es gibt keine deutsche Lösung ohne die Berücksichtigung der europäischen Notwendigkeiten (Befall). Es gibt aber umgekehrt auch keine antideutsche Lösung, die nicht in Wirklichkeit auch eine antieuropäische Lösung wäre (Befall). Es ist nicht der Gedanke

mit den großen Notwendigkeiten

und internationaler Zusammen

International ist

Sonderdruck der Schumacher-Rede. Druck: Friedrich Petersen, Husum

und Hans Harloff hatten während des Krieges zur »Annagrup«, der »Antinazistischen« Widerstandsgruppe um Peter Hattesen gehört. Sophie und Amandus Lützen waren mehrere Male verhaftet worden. Ihr Café »Waldheim« in Harrislee war für über 100 Flüchtlinge aus dem sozialistischen Lager die Durchgangsstation auf der Flucht nach Dänemark gewesen. 1941 mußte Amandus Lützen für diese Arbeit, »Vorbereitung zum Hochverrat« nannte das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg diesen Einsatz, 18 Monate ins Gefängnis. Sophie Lützen erhielt acht Monate und zwei Wochen Gefängnis. Nur weil der Gestapo die Beweise fehlten, und das Ehepaar der Tortur widerstand, kamen sie mit der für die damalige Zeit relativ glimpflichen Strafe davon. Ein ähnliches Schicksal für denselben Einsatz hatte der schon seit 1933 zur dänischen Minderheit gehörende Flensburger Gewerkschaftsführer Hans Nielsen über sich ergehen lassen müssen.

Henri Prien (1904-83), ein Holsteiner, der schon in jungen Jahren aktiver Sozialdemokrat gewesen war, 1933-34 im KZ gesessen hatte und 1934 nach

Dänemark und 1940 nach Schweden geflohen war, schrieb 1947: Schumachers Auflösung der Flensburger SPD entsprach der Praxis, »die die nationalsozialistischen Führer anzuwenden pflegten. Dr. Schumachers Gedankengang und auch sein undemokratisches Auftreten, seine ganze Führermentalität ... harmonierte völlig mit der nazistischen Mentalität des totalitären Denkens.«⁵ So urteilten auch wir anderen Flensburger Sozialdemokraten damals über den Vorsitzenden der SPD, der die Verhältnisse im Grenzland nicht kannte und für das liberale, antiautoritäre skandinavische Denken kein Gespür hatte.

Für die Flensburger Sozialdemokraten war Schumachers Rede eine riesengroße Beleidigung und Herabwürdigung. Sogar der 2. Vorsitzende des Kreisvereins Flensburg-Stadt, Eduard Clasen, der nicht die dänische Linie vertrat, schrieb am 10. Juli 46 im Flensburger Tageblatt: Schumachers »Husumer Rede wird jedenfalls lange unangenehm nachklingen«.

Im ersten Teil seiner Lebenserinnerungen »Links und frei« (1982) kommentiert Willy Brandt die verhängnisvolle Schumacher-Rede vom 7. Juli 1947. Er verweist auf den parteigeschichtlichen Hintergrund: Keine drei Monate vor Schumachers Rede hatte sich die SPD in der sowjetisch besetzten Zone unter massivem Druck der Besatzungsmacht aufgelöst. Sie war mit den Kommunisten zur SED verschmolzen worden. Einer entsprechenden Vereinigung in den Westzonen hatte Schumacher sich kategorisch widersetzt, auch auf die Gefahr hin, daß ein einseitiges Fortbestehen der SPD im Westteil Deutschlands mit zur Spaltung der Nation beitragen konnte. Anders verhielt er sich gegenüber dem SPD Kreisverein Flensburg-Stadt. Hier sollte das Parteiinteresse der deutschen Sache untergeordnet werden. »Da Schumacher an den eigentlichen Fragen deutscher Einheit nichts zu ändern vermochte, sah er hier wohl eine Möglichkeit, etwas zu bewirken. Das war eine Ersatzhandlung«. – Eine nicht uninteressante Interpretation. Bemerkenswert ist auch die Mitteilung, daß Brandt in Kopenhagen einen Hans Hedtoft erlebte, »der vor Wut über die Rede schäumte«. – W. Brandt berichtet ferner über seine Vermittlungsversuche zwischen den deutsch und dänisch orientierten Sozialdemokraten in Flensburg und merkt ironisch die fehlenden dänischen Sprachkenntnisse der dänisch orientierten Sozialdemokraten an. Ich weiß nichts von diesen »Vermittlungsversuchen«. Willy Brandt konnte mir 1983, ich hatte ihn in dieser Angelegenheit angeschrieben, nicht die Namen seiner Kontaktpersonen nennen.

Zu Brandts Mitteilung über Hedtofts Reaktion wäre zu sagen, daß Hedtoft ein ganz anderer Politikertyp als Schumacher war: Im Gegensatz zu Schumachers konsequentem und ungeschmeidigem Vorgehen bevorzugte Hedtoft das

5. *Henri Prien*: *Er det Demokrati?* Aabenraa 1948. S. 134.

Hinauszögern von endgültigen Entscheidungen und zwar auch durch unklare Kompromisse. Viele Probleme, so seine Überlegung, verlieren mit der Zeit ihre Aktualität, und dann sind Lösungen leichter zu erreichen – oder ergeben sich sogar von sich selbst. In bezug auf die SPF sollte seine inhaltliche Politik sich als richtig erweisen. Hedtoft erkannte, daß erst durch Schumachers überzogene Reaktion die parteioffiziell neutrale Haltung der Flensburger Sozialdemokraten in der nationalen Frage umgewandelt wurde in eine dänisch orientierte Einstellung des gesamten Kreisvereins, und auch die Parteigenossen, die bisher abseits gestanden hatten, in diese Richtung drängte. Hedtoft ahnte sicherlich, daß große Probleme auf ihn und die dänischen Sozialdemokraten zukamen, denn jetzt wurden sie für die isolierten Flensburger Sozialdemokraten zu einem möglichen Partner.

Nach seiner Schimpftirade würdigte Schumacher die Flensburger tatsächlich eines Wortes. Hätte er das nur vorher getan. Er fragte, was man denn nun zu tun gedenke. Hugo Hellwig gab die Antwort: »Wir Flensburger Sozialdemokraten bleiben zusammen, auch ein Schumacher kann uns nicht auflösen. Das können nur wir selber oder die britische Militärregierung. Ob sie dieses tut, müssen wir abwarten.« Hier mischte Kuklinski sich in das Gespräch und sagte, daß man bereits mit der Britischen Militärregierung gesprochen habe, nämlich mit dem Gouverneur persönlich. Die Auflösung wird kommen. Euer Geld ist beschlagnahmt. Untersteht Euch nicht weiterzuarbeiten.

Die Folgen der »Auflösung«

Die kleinste Sozialdemokratische Partei der Welt entsteht und setzt sich durch

Die Formulierung Schumachers über den Rauschmiß der Flensburger Sozialdemokraten war damals umstritten. Für mich gilt auch heute noch die von Hugo Hellwig überlieferte Fassung. Sie lautet: »Hiermit erkläre ich den Ortsverein Flensburg für ausgeschlossen und aufgelöst«. Hugo Hellwig fährt dann fort: »Das erste konnte er, aber mit der »Auflösung« hat sich Schumacher unsterblich blamiert«.

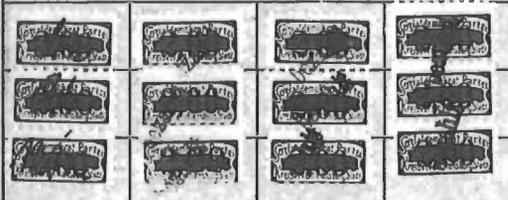
Die Flensburger Parteiorganisation wurde, wie bereits angedeutet, in der bisherigen Literatur mit unterschiedlichen Namen bedacht. Wie meinem Parteibuch zu entnehmen ist, hieß sie Mitte 1946: *Sozialdemokratische Partei Kreisverein Flensburg-Stadt*.

Das Parteibuch – vier DIN A6-Seiten, also Postkartengröße, Mitgliedsnummer 1114 – enthält für den Monat Juli 1946 eine Marke auf der »SPD RM 1.-« zu lesen ist. Ab August 46 stand auf den Marken »Sozialdemokratische Partei Kreisverein Flensburg-Stadt«, und sie hatten den Aufdruck »2.00«. Ab 1. Januar 1952 wurde der Beitrag auf 5.00 DM erhöht, ab 1. Oktober aber wieder auf DM 2.00 herabgesetzt. Erst ab Januar 1954, also kurz vor der Wiedervereinigung mit der SPD, taucht eine Marke mit dem Aufdruck »SPF 2.-« auf.

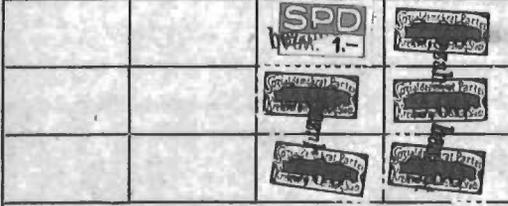
Durch die räumliche Nähe des Parteibüros im alten Gewerkschaftshaus in Flensburg (Schloßstraße) mit dem Geschäftszimmer der neugegründeten Angestellten-Gewerkschaft, bei der ich als Büroleiter angestellt war, hatte ich fast täglich Kontakt mit Nicolaus Reiser und Max Beyreis. Außerdem hielt sich Hermann Olson oft bei uns im Hause auf. Der Vorsitzende der Angestellten-Gewerkschaft, Siegmund Jürgensen (Stellvertretender Leiter des Arbeitsamtes) und weitere führende Personen unserer Gewerkschaft, wie z. B. Heinrich Ladewig, gehörten ebenfalls zur Sozialdemokratie und waren Mitglieder der SPF. Die engen Verflechtungen von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaft und die vielen persönlichen Kontakte verhalfen mir zu vielen Informationen. Außerdem wurde ich kurz nach dem dramatischen Geschehen des Juli 1946 Vorsitzender der Flensburger Jungsozialisten.

Nach dem Bannstrahl aus Husum folgte Sitzung auf Sitzung. Es war eine turbulente Zeit. Die Reaktionen auf Schumachers Vorgehen waren unterschiedlich. Verzweiflung gab es nirgends. Bei denen, die sich bereits vorher für die dänische Seite entschieden hatten und der dänischen Minderheit beigetreten

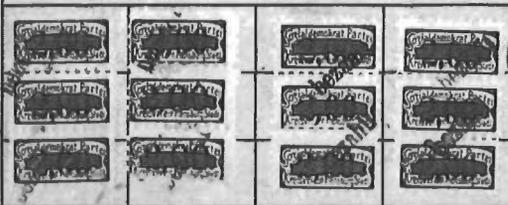
1945



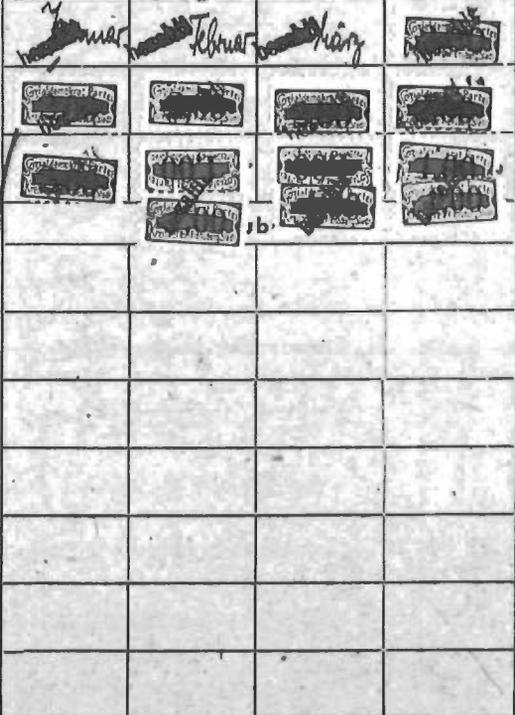
1946



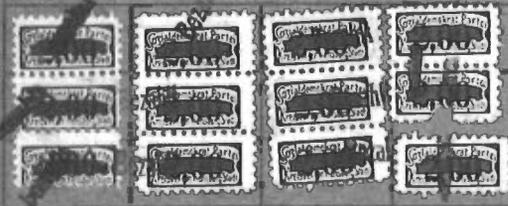
1947



1948



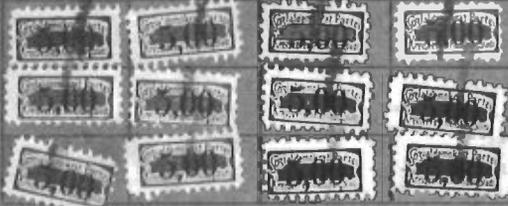
1950



1951



1952

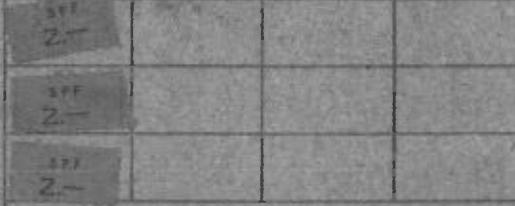


2239

1953



1954



Sonderbeiträge



waren, war Erleichterung spürbar. Die Fronten waren nun geklärt. N. Reiser war enttäuscht. Er war kein Däne, stand aber fest zu uns. Für ihn schien die Welt nicht mehr zu stimmen: seine von ihm heißgeliebte Partei hatte ihn verstoßen. Wie ihm ging es einigen anderen. Aber man darf wohl sagen, daß die Enttäuschung schnell einer Trotzreaktion wich: Nun erst recht!

Unter Berufung auf die am 15. September 1945 in Kraft getretene Verordnung 12 der Britischen Militärregierung, durch die die Gründung von Parteien auf *Kreisebene* erlaubt worden war, die den Zusammenschluß auf Bezirks- und Zonenebene aber noch untersagte, und aufgrund der Bestätigung als Kreisverein Flensburg-Stadt der Sozialdemokratischen Partei setzten die Flensburger ihre Arbeit fort als sei nichts geschehen. Was hätte man auch anderes tun sollen? Sollten die Briten wirklich die Absicht haben, uns zu verbieten, würden wir das schon früh genug erfahren. Auf der anderen Seite konnten wir uns keine Unterbrechung der Parteiarbeit leisten, denn im Oktober 1946 standen Wahlen ins Haus.

Kam kein Verbot, dann waren wir eine selbständige Partei, die wohl kleinste sozialdemokratische Partei der Welt.

Die Zusammenkünfte in den Tagen nach Husum resultierten in einer Verlautbarung, die der Vorstand herausgab. Sie wurde am 13. Juli 1946 im Flensburger Tageblatt veröffentlicht.

»In seiner Rede in Husum am Sonntag, den 7. Juli 1946, erklärte der Vorsitzende der SPD der britischen Zone, daß er hiermit den Kreisverein Flensburg ausschließe und auflöse. Der Kreisverein denkt gar nicht daran, sich von Herrn Dr. Schumacher auflösen zu lassen. Man kann den Kreisverein Flensburg aus der Gesamtorganisation ausschließen, wenn der Bezirksvorstand und der Bezirksparteitag diesen Beschluß sanktionieren. Die Auflösung aber ist eine Angelegenheit, die weder der Befehlsgewalt des Herrn Schumacher noch der Beschlußfassung einer Parteiinstanz untersteht. Auflösen kann sich der Kreisverein selbst, oder er kann durch ein Dekret der Militärregierung aufgelöst werden. Der Kreisverein denkt gar nicht daran, sich selbst aufzulösen, im Gegenteil. Nach Klärung der Lage laufen Beitrittserklärungen in verstärktem Maße ein. Daß sich die Militärregierung dazu bereitfinden wird, den Kreisverein auf Ersuchen des Bezirksvorstandes aufzulösen, bezweifeln wir noch, denn weder die Entschliebung, die sich lediglich gegen den Bezirksvorstand richtet, noch die Haltung des Kreisvereins Flensburg in politischer Hinsicht verstoßen gegen die Statuten, die von der Militärregierung genehmigt sind, noch gegen die von der Militärregierung erlassenen Anordnungen. Ein Streit innerhalb der Organi-

sation aber bietet keine Rechtsgrundlage für ein Auflösungsdekret. Der Kreisverein Flensburg ist von der Militärregierung zugelassen als »Sozialdemokratische Partei, Kreisverein Flensburg-Stadt«, ohne die Verpflichtung, sich dem Bezirksverband oder der Gesamtpartei anzuschließen. Demnach ist gegen ein Weiterbestehen ohne Anschluß an den Bezirk formalrechtlich nichts einzuwenden.«

Querschüsse blieben natürlich nicht aus. So versandte ein Gründungsmitglied des kommenden neuen Kreisverbandes der SPD am 13. Juli, also an demselben Tag, an dem die SPF ihre erste Stellungnahme veröffentlichte, ein Rundschreiben, in dem behauptet wurde, daß der alte, jetzt als SPF firmierende Kreisverein von der Militärregierung aufgelöst worden sei. Und man verbreitete das Gerücht, wir hätten uns wegen des Weiterbestehens hinter die Militärregierung »geklemmt«. Nichts dergleichen war geschehen. Innerhalb der Partei demonstrierte man Geschlossenheit. Etwas anderes konnten wir uns in dieser Zeit der Wahlvorbereitung auch gar nicht leisten.

Unbestritten scheint, das verrät Kuklinskis Äußerung im Anschluß an Schumachers Rede, daß die Kieler alles versucht haben, um über die Briten ein Verbot der SPF zu erreichen.

Die SPF erwies sich als sehr lebensfähig. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe der nächsten Jahre auf 2 000 an. Nach der Gründung des SSW und nach der ersten Auseinandersetzung wegen der Wiedervereinigung mit der SPD bröckelte die Mitgliederzahl jedoch wieder ab.

Bis zur Gründung des Südschleswigschen Wählerverbandes [SSW] am 25. Juni 1948 war die SPF die größte politische Organisation in Flensburg. Daß sie bedeutend stärker war als die »neue« SPD erwies sich bereits bei den Kommunalwahlen im Herbst 1946.

Die Flensburger Sozialdemokraten brauchten ab Juli 1946 keine Rücksicht mehr auf übergeordnete Parteinstanzen zu nehmen. Der Vorstand, die Parteileitung der SPF, war nur ihren Mitgliedern gegenüber Rechenschaft schuldig. Eine mit Sicherheit unbeabsichtigte Wirkung des Rauswurfs war der enge Schulterschuß der Flensburger Sozialdemokraten mit den dänischen Organisationen.

In der Stadt Schleswig versuchte W. Kuklinski die Parteidisziplin durchzusetzen. Es kam zu einer Erklärung, in der die volle Gleichberechtigung und Freiheit der beiden (der deutschen und der dänischen) Sprachen gefordert wurde. Man verwarf die schleswig-holsteinische Methode des Beschimpfens und Verhöhnens des Gegners und bezeichnete das Abstimmungsergebnis von

1920 als veraltet. Die bestehende Grenze sollte nicht durch Machtanwendung verändert werden sondern nur in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts, für das die SPD doch stets eingetreten war. Diese gegen Kiel gerichtete Erklärung wurde mit 208 gegen 102 Stimmen angenommen. Doch dies war kein Sieg auf Dauer. Mit Hilfe der Flüchtlinge gelang es, die dänisch orientierten Einheimischen aus der Partei hinauszudrängen. Ähnlich verlief die Entwicklung im übrigen Südschleswig. Die Sozialdemokraten, die der Flensburger Richtung beipflichteten, verließen die SPD – oder traten ihr erst gar nicht bei. Man wandte sich dagegen verstärkt den dänischen Organisationen zu. Dieses kam nach Juni 1948 besonders dem Südschleswigschen Wählerverband zugute. Ein Großteil seiner führenden Männer und Frauen stammte aus den Reihen der südschleswigschen Sozialdemokraten.

Die Neugründung der SPD in Flensburg

Der Vorstand der Gesamtpartei für die britische Zone in Hannover billigte im Nachhinein Kurt Schumachers Vorgehen gegen die Flensburger. Das teilte Andreas Gayk auf dem Bezirksparteitag am 3. und 4. August 1946 mit. Außerdem sah man sich noch einmal veranlaßt, den Begriff »echte Minderheit« zu definieren. Danach gehörten folgende Personen zu diesem Kreis:

Wer durch Abstammung von dänischen Eltern dazu gehört,
wer vor dem 1. Januar 1945 einer anerkannten kulturellen Minderheitenorganisation angehörte, und
wer in allen Fällen der dänischen Sprache in Schrift und Wort mächtig ist.

Dieser Kreis kann vollberechtigtes Mitglied der SPD sein, wenn er sich verpflichtet, sich nicht für eine verwaltungsmäßige oder dauernde Trennung Schleswigs von Deutschland einzusetzen und nicht für eine Volksabstimmung über die Abtretung zu werben.

In Flensburg kam es dann zu einem neuen Kreisverband der SPD. Die Neugründung fand am Sonnabendvormittag dem 13. Juli 1946 im Flensburger Gewerkschaftshaus statt. Der Bezirksvorsitzende Wilhelm Kuklinski betonte in seiner Ansprache, daß die Neugründung der Parteiorganisation »nach der in Husum durch den Parteivorsitzenden erfolgten Auflösung (!) notwendig ist.« In dieser Versammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt. Hans Riethmüller wurde Vorsitzender. Weitere Persönlichkeiten in der neuen SPD-Führung waren Eduard Clasen, Jens Hansen und Dr. Hermann Karl. Hugo Hellwig geht in seinen Aufzeichnungen davon aus, daß etwa 20 Einheimische und ungefähr 150 Heimatvertriebene den Grundstock der neuen Partei bildeten.

Die Kommunalwahlen vom Herbst 1946

Es galt, die für September und Oktober 1946 angesetzten Kommunalwahlen zu bestehen. Die SPF schloß ein Wahlabkommen mit dem Sydslesvigsk Forening [SSF] ab. Die kulturelle Vereinigung der dänischen Minderheit hatte das Recht erhalten, unabhängige Kandidaten aufzustellen. Die beiden Organisationen einigten sich auf je zwei SSF- und einen SPF-Kandidaten für jeden Wahlkreis. Der Wahlkampf wurde gemeinsam geführt. Die drei Kandidaten stellten sich gemeinsam ihrem jeweiligen Wahlkreis vor.

Zu Beginn des Wahlkampfes wurden Rednertagungen veranstaltet, auf denen die Kandidaten Material für ihre Wahlreden erhielten. Man tauschte Informationen aus und besprach die besonders hervorzuhebenden Schwerpunkte. Natürlich ging es in erster Linie um kommunalpolitische Themen. Aber aufgrund der Gesamtsituation konnte es nicht ausbleiben, daß die Grenzfrage auch im kommunalpolitischen Wahlkampf eine zentrale Rolle spielte.

Die größten Probleme waren der fehlende Wohnraum und die völlig unzureichende Ernährung der Bevölkerung. Flensburg, das 1940 noch 68 907 Einwohner gezählt hatte, war inzwischen auf etwa 100 000 Einwohner angewachsen. Deshalb war die Forderung nach gleichmäßiger Verteilung der Flüchtlingsmassen auf die Westzonen ein großes Wahlthema.

Unsere Wahlversammlungen hatten starken Zulauf. Gegenmeinungen wurden so gut wie nicht geäußert. Nach Klärung der Verhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie gab es auch keine Meinungsverschiedenheiten in der Grenzfrage mehr.

Am 22. September 1946 schrieb Hugo Hellwig, daß man wegen des Wahlausgangs ein gutes Gefühl haben könne. – Die Stimmauszählung am 13. Oktober bestätigte dieses Gefühl: von 39 Sitzen in der neuen Flensburger Ratsversammlung gingen 33 an die gemeinsame Liste von SSF und SPF, die etwa 66,4% (SPF 22,2, SSF 44,2%) der Stimmen hatte auf sich vereinigen können. Die SPD erzielte damals an die 13,4%.

Ich gehörte zu den Kandidaten, wurde aber nicht gewählt.

Nun muß man allerdings wissen, daß die Mehrzahl der Heimatvertriebenen zum Zeitpunkt der Wahl noch kein Wahlrecht hatte. Das Wahlgesetz bestimmte nämlich, daß jeder Wähler mindestens sechs Monate an seinem damaligen Wohnort gemeldet sein mußte, um das passive oder aktive Wahlrecht erhalten zu können. Es war also nahezu eine Wahl unter Einheimischen.

In der ersten Sitzung des neugewählten Stadtparlaments bestätigte man den

Der Südschleswigsche Verein **SSV** und die
Sozialdemokratische Partei Flensburg SPF
empfehlen, folgende Kandidaten zu wählen

Im 7. Wahlbezirk:

1	Jens Matthiesen, Flurstr. 26	Unab-SSV	X
2		
3		
4	Georg Ruser, Waltzstr. 2	SPF	X
5	Charlotte Schubert, Südergraben 36	Unab-SSV	X
6		

Setzt das Kreuz wie oben bei Nr. 1, 4, 5.

-DC41 - 3367 5000 10 46 C

Der Südschleswigsche Verein **SSV** und die
Sozialdemokratische Partei Flensburg SPF
empfehlen, folgende Kandidaten zu wählen

Im 8. Wahlbezirk:

1	Sophus Gregersen, Norderstr. 125	Unab-SSV	X
2		
3	Heinrich Ladewig, Brixstr. 15	SPF	X
4		
5	Franz-Wilh. Wingender, Südermarkt 4	Unab-SSV	X
6		

Setzt das Kreuz wie oben bei Nr. 1, 3, 5.

-DC41 - 3367 5000 10 46 C

am 16. Mai 1945 von den Briten ernannten dänisch gesinnten Großkaufmann J.C. Møller in seinem Amt als Oberbürgermeister und wählte den Vorsitzenden der SPF, Nicolaus Reiser, zum Bürgermeister.

Innerhalb der SPF kam es wegen der Bürgermeisterwahl zu ersten Spannungen zwischen N. Reiser und M. Beyreis. Diese Spannungen sollten sich später bei den Wahlen der hauptamtlichen Stadträte noch verschärfen. Beide Männer waren sehr fleißig – aber auch ehrgeizig, und Beyreis war darüber hinaus noch recht eitel. Beyreis hatte keine Hausmacht hinter sich; Reiser brauchte keine, denn die Partei stand geschlossen hinter ihm. Er galt unbestritten als der erste Mann der SPF. Hugo Hellwig hielt sich zurück, obwohl auch er gewisse Ambitionen hatte. Alle drei gehörten zu den intelligenten SPF'lern. Hellwig war in diesem Trio in dieser Hinsicht jedoch die Nummer eins. Beyreis und Hellwig wurden dann in den Magistrat gewählt.

In dieser ersten gewählten Ratsversammlung hatte der SSF 22 Sitze, die SPF 11, die SPD und CDU je 2, FDP und KPD je 1 Sitz.

Die vorläufige Kommunalverfassung und das Wahlgesetz waren von den Briten nach englischem Vorbild gegeben worden. Die Stellungen der Oberbürgermeister und der Bürgermeister waren damals nur für die Legislaturperiode wahrzunehmen. Sie waren aber mit mehr Kompetenzen als die heutigen Stadt- und Kreispräsidenten ausgestattet. Auch die ehrenamtlichen Stadträte verwalteten damals Dezernate. In den kreisfreien Städten war der Oberstadtdirektor der Chef der Verwaltung. In den kreisangehörigen Städten und Gemeinden waren es die Stadt- oder Gemeindedirektoren, in den Landkreisen der Oberkreisdirektor. Diese Regelung gilt heute noch in den anderen Ländern der ehemaligen Britischen Zone. Nur in Schleswig-Holstein trat 1950 eine Änderung ein. Am 24. Januar 1950 verabschiedete der Landtag eine neue Gemeinde- und Kreisordnung. Dieses geschah auf Anregung von Andreas Gayk. Er, ein leidenschaftlicher Kommunalpolitiker, wollte hauptamtlicher Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel werden. Die neue Kommunalverfassung war eine »lex Gayk«.

Kontaktsuche nach dem Norden und reichsdänische Reaktionen

Wenig zufriedenstellend für uns war die Reaktion von reichsdänischer Seite, zumindest soweit es die dänische Sozialdemokratie betraf. Sie hielt sich sehr bedeckt. Kontakt mit den parteipolitisch Gleichgesinnten, den wir Flensburger suchten, konnte, vorläufig wenigstens, nicht geknüpft werden. Die – zumindest zunächst – passive Haltung der dänischen Sozialdemokratie war für einen Großteil der dänisch gesinnten Flensburger besonders schmerzlich, da immerhin viele Parteifreunde zu uns gehörten, die bereits ein halbes Leben und mehr für die Sozialdemokratie gekämpft hatten.

Aufgeweicht wurde die Front erst nach 1948. Aber auch nur, soweit es die kulturelle Unterstützung der dänischen Arbeit südlich der Grenze betraf. Doch davon später. Hier soll nur angedeutet werden, wie die dänische Sozialdemokratie 1945-47 zur Südschleswig-Frage stand. Die Parteiführung war in ihrer Stellungnahme zum Südschleswig-Problem relativ ungebunden, sie brauchte, da sich um 1946 weniger als die Hälfte aller Sozialdemokraten für Südschleswig interessierte, in dieser Frage keine Rücksicht auf ihre Stammwähler zu nehmen.

Für die Existenz der SPF war die Haltung der dänischen Sozialdemokratie in der Südschleswig-Frage von lebenswichtiger Bedeutung. Denn wenn die dänischen Sozialdemokraten sich unseren Annäherungen verweigerten, drohte uns die Isolation. Dann kamen wir zwischen der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie zu sitzen. Schumachers »Sie haben sich außerhalb ganzer Stuhlreihen niedergesetzt« konnte für uns bittere Wahrheit werden. Hinterher ist man fast immer klüger. Hinterher kann man feststellen, daß uns dieses Schicksal von Anfang an vorbestimmt war.

Vilhelm Buhl sagte in seiner Thronrede am 9. Mai 1945: »Die Regierung, die auf dem Grund des nationalen Selbstbestimmungsrechts steht, ist der Auffassung, daß Dänemarks Grenze fest liegt. Die beim Ende des Krieges völlig veränderten Verhältnisse bewirken, daß sowohl die Frage der Stellung der dänischen Minderheit südlich der Grenze als auch die Frage der Stellung der deutschen Minderheit in Dänemark überdacht werden müssen«. Diese Erklärung sollte Klarheit schaffen, aber das tat sie keineswegs. In Südschleswig überhörte man das »Grænsen ligger fast«. Voller Hoffnung stützte man sich auf den ersten Relativsatz, in dem steht, daß die Regierung am Grundsatz des nationalen Selbstbestimmungsrechts festhält, und man legte in den Satz, daß

die Lage der dänischen Minderheit südlich der Grenze überdacht werden sollte, mehr hinein, als er enthielt.

Doch nicht die Interpretation der Südschleswiger sollte entscheidend werden, sondern die der dänischen Parteien, in unserem Zusammenhang vor allem die Auslegung der dänischen Sozialdemokraten.

Der Sozialdemokrat Vilhelm Buhl war dafür eingetreten, daß eine Aussage über die dänische Südgrenze in die Regierungserklärung aufgenommen wurde. Und er stand völlig im Einklang mit den Vorstellungen seiner Partei, und zwar sowohl in bezug auf das nationale Selbstbestimmungsrecht, das für die Sozialdemokraten ein unbestreitbares demokratisches Grundrecht war, als auch in bezug auf die deutsch-dänische Grenze, die unverrückbar fest lag. Das klingt wie ein Widerspruch in sich. Doch für die dänischen Sozialdemokraten war mit dem eindeutigen Ergebnis der Volkabstimmung von 1920 dem nationalen Selbstbestimmungsrecht ein für alle Mal genüge getan. Die in den Jahrzehnten nach 1920 nördlich und südlich der Grenze von kleinen Kreisen gemachten Versuche, mit historischen Argumenten oder Thesen von der dänischen Abstammung der Bevölkerung für eine Grenzverschiebung zu werben, war für sie eine bürgerlich-nationalistische Agitation, die nichts mit dem nationalen Selbstbestimmungsrecht zu tun hatte. Alle dänischen Parteien, auch die Mehrheit der dänischen Südschleswigaktivisten, hatten vor dem Kriege den Deutschen gegenüber den Standpunkt vertreten, »at grænsen ligger fast«, daß mit der Grenzziehung von 1920 dem nationalen Selbstbestimmungsrecht genüge getan worden war. Diese Grenze hatte dem Ansturm der Nationalsozialisten widerstanden, sie hatte sich bewährt, und deshalb wollte man an ihr festhalten. Das galt auch für den Herbst 1946.

Am 9. September 1946 überreichte die britische Regierung dem dänischen Außenminister ein Memorandum, in der Dänemark drei Lösungsmöglichkeiten der Südschleswig-Frage angeboten wurden: 1. Einen Austausch der Bevölkerung, d.h. der Minderheiten, 2. Eine Volksabstimmung mit nachfolgender Grenzregulierung, oder 3. Eine Grenzverschiebung ohne Volksabstimmung.

Die dänische Antwort erfolgte am 19. Oktober 1946.

Im Vorfeld der Diskussion um die Note vom 19. Oktober 1946 vertraten der Geschäftsausschuß und die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei Dänemarks den Standpunkt, daß an der Grenze von 1920 nicht gerüttelt werden dürfe. Die Sozialdemokraten wandten sich gegen jede Politik, die als Machtpolitik gedeutet werden konnte, und gegen jede staatspolitische Forderung in bezug auf Südschleswig. Man war nicht bereit, die Rechtsgrundlage zu verlassen, die durch die Entscheidung von 1920 anerkannt worden war. Dänemark war damals ein Nationalstaat geworden, und diesen Status mußte man bewah-

ren. Die dänische Südschleswigpolitik konnte deshalb nur eine Minderheitenpolitik sein. Die Schwierigkeiten, die man mit den Engländern wegen Südschleswig habe, so die Sozialdemokraten, seien allein durch nationalistische dänische Grenzaktivisten verschuldet. Die Führung der dänischen Sozialdemokratie war damals fest entschlossen, sich gegen alle direkten und indirekten Versuche zu wehren, die darauf abzielten, ein in ihren Augen überwiegend deutsches Schleswig unter dänische Oberhoheit oder Verwaltung zu bringen. Auch in der Frage der Verwaltungstrennung nahm man eine ablehnende Haltung ein: Ein Eintreten für die Forderung der dänisch gesinnten Südschleswiger nach Schleswigs verwaltungsmäßiger Trennung von Holstein sei eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten.

Doch dies ist der Wissensstand von 1991. Wir blickten damals optimistisch in die Zukunft.

Die praktische Politik besteht aus vielen Kompromissen, und da die dänischen Sozialdemokraten dann zur Oktober-Note standen, sah ihre Haltung für uns viel freundlicher aus, als sie in Wirklichkeit war. Die Trennung der Verwaltung Schleswigs von der Holsteins tauchte in dieser Note immerhin als ein Ersuchen an die Engländer auf. In bezug auf die von den Engländern vorgeschlagenen Grenzänderungen wollte Dänemark keine Vorschläge machen, denn, so wird in der Note festgestellt, »es hängt von der Bevölkerung Südschleswigs ab«, wieweit sie »ihrem natürlichen Recht auf die Durchführung einer Volksabstimmung Geltung verschaffen will«.

Die vagen Aussagen der dänischen Note vom 19. Oktober 1946 legten die Verantwortung für die politische Zukunft unserer Heimat auf unsere Schultern. Nur wir konnten beweisen, daß der nationale Gesinnungswandel in Südschleswig echt und von Dauer war. Von uns Südschleswigern mußten die Initiativen für kommende staatsrechtliche und verwaltungsmäßige Veränderungen ausgehen. Daß die dänischen Sozialdemokraten in ihrer Südschleswig-Politik allein auf eine Sicherung der -vor allem kulturellen- Minderheitenrechte ausgerichtet war, übersahen wir damals wohl mehr oder weniger.

In das Vorfeld der Beratungen über die dänische Oktobernote gehören auch einige Aktivitäten in Südschleswig. Es ging darum, seinen Einfluß im Königreich geltend zu machen. Am 23. September 1946 versammelten sich unter der Leitung Samuel Münchows 26 dänisch orientierte Sozialdemokraten aus dem Landesteil Schleswig im Slesvighus in der Stadt Schleswig. Sie wollten die Haltung der dänischen Sozialdemokratie diskutieren und zugleich nach Wegen suchen, auf denen Verbindungen zu den dänischen Sozialdemokraten hergestellt werden konnten. Diese Zusammenkunft endete mit einer Verlautbarung an die dänische Sozialdemokratie. Es wurde in ihr von einer einzigartigen Gelegenheit, einer nie wieder kehrenden politischen Situation gesprochen.

»Helft Euren südschleswigschen Partei-Kameraden in ihrem Kampf für die Freiheit!«, lautet der letzte Satz dieses Appells an die dänischen Genossen. Nic. Reisers Name stand an der Spitze der Unterschriftenreihe. Der Husumer Stadtdirektor Georg Beckmann, der nicht an der Versammlung in Schleswig teilgenommen hatte, schrieb dann am 24. September 1946 einen Brief an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks Hans Hedtoft. Dieses Schreiben schließt mit der Bitte: »Nehmt uns auf in den Verband Eures Landes und fördert damit den sozialistischen Aufbau Europas!«.

Der Appell aus Schleswig wurde am 29. September auf einer Hauptvorstandssitzung der dänischen Sozialdemokratie, an der auch die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teilnahmen, behandelt. Und schon am 3. Oktober verfaßte man (Hans Hedtoft?) eine »orientierende« Antwort an S. Münchow. Von einer Veröffentlichung des »Appells« riet man ab, denn sie würde die dänischen Sozialdemokraten zwingen, gegen einige Punkte des Appells zu polemisieren und »ganz offenherzig unsere Meinung« zu sagen, und so eine öffentliche Diskussion zwischen den dänischen und den südschleswigschen Sozialdemokraten könne kaum von Nutzen sein. Doch gegen nicht-offizielle, vertrauliche Gespräche zwischen Vertretern der dänischen Sozialdemokratie und Sozialdemokraten aus Südschleswig hatte man nichts einzuwenden, und war bereit, Zusammenkünfte in Sønderborg oder einem anderen Ort in Nordschleswig zu organisieren, wenn die Engländer die Ausreisegenehmigungen gäben, an denen bisher alle Zusammenkünfte gescheitert seien. Denn »wir sind zu keinem Zeitpunkt gegen Gespräche mit Vertretern Südschleswigs gewesen«. Und wie diesem Schreiben zu entnehmen ist, war Münchow schon am 28. September 46 in Kopenhagen gewesen (um den Appell persönlich zu überreichen?). Der Schleswiger Appell an die dänischen Sozialdemokraten verpuffte nicht völlig wirkungslos: aus verschiedenen Gegenden Dänemarks meldeten sich Sozialdemokraten, die ihr Interesse für Südschleswig bekundeten. Außerdem bekamen N. Reiser, Samuel Münchow und Hermann Clausen eine Gelegenheit, am 7. Dezember 1946 mit der Führung der dänischen Sozialdemokratie zu sprechen. Auf dänischer Seite nahmen Vilhelm Buhl, Hans Hedtoft, Alsing Andersen, Frede Nielsen und H.C. Hansen an diesem Gespräch teil.

Vor dieser Aussprache erhielt Hans Hedtoft einen Brief von J.P. Nielsen. Er schrieb, daß S. Münchow, H. Clausen und N. Reiser am 4. Dezember die Grenze überschritten hätten, um sich nach Kopenhagen zu begeben. Und dann gibt er Ratschläge für das kommende Gespräch: »... Gib ihnen nicht die Spur einer Hoffnung, daß die Sozialdemokratie für eine Grenzentscheidung in Form einer Volksabstimmung eintritt. Wir übernehmen dabei eine Verantwortung – wenn wir ihnen nur den kleinsten Finger reichen, die wir nicht tragen können,

denn damit würden wir eine Hoffnung am Leben erhalten, die nicht in Erfüllung geht, und die nur Unglück über die dort unten und auch unser Land bringen kann. Und wie oft soll, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu erfüllen, eine Volksabstimmung abgehalten werden? Die da unten stimmten 1920 – nun wollen sie wieder abstimmen, und wenn sie zu Dänemark kämen und es bereuten, dann wünschten sie wohl erneut eine Abstimmung ...«. Auch in der Frage der Entfernung der Flüchtlinge aus Südschleswig und der verwaltungsmäßigen Trennung Schleswigs von Holstein fordert er größte Zurückhaltung: »Dänemark hat kein Recht, sich in diese beiden Dinge zu mischen.« Die Trennung Schleswigs von Holstein sei eine innerdeutsche Angelegenheit, die Dänemark nichts angeht. Überhaupt: es würde vor allem ein Unglück für die Arbeiter werden, wenn wir mit Südschleswig belastet würden. Ihnen scheinen die Verbindungen zu den deutschen Sozialdemokraten wichtiger zu sein. »Ich werde bald nach Deutschland reisen. Ich will mit Kurt Schumacher, Gayk in Kiel und Schönfelder in Hamburg sprechen. Ich kenne sie alle. Und es ist am besten, daß ich das Eis breche. Wir sollen doch einmal all diesen patriotischen, chauvinistischen Widerstandsunsinn abschließen.« Das war eine überaus deutliche Sprache, die wir damals aber nicht hören konnten, da diese Sätze in einem Privatbrief an den Parteivorsitzenden standen.

Das Ergebnis der Aussprache vom 7. Dezember 1946 liegt in einem Referat vor. Hedtoft betonte in seiner Begrüßung, daß die Verhandlung vertraulich sei und wünschte, auch etwas über das Verhältnis der südschleswigschen Sozialdemokraten zu den deutschen Sozialdemokraten zu hören, da »man als Däne über die Entwicklung besorgt sein müsse, falls der Graben zwischen Dänemark und den vernünftigen Deutschen vertieft werde«. Hermann Clausen berichtete zu diesem Thema, daß die Verbindungen mit Kiel völlig unterbrochen seien. Bis Februar 46 sei er mit Kuklinski und Gayk einer Meinung gewesen, daß die Partei das Primäre zu sein habe, während der nationale Gesichtspunkt zweitrangig sei. »So zu verstehen, daß beide nationalen Haltungen in der Partei vertreten sein konnten«. So sei es bis zum Mai 46 gewesen. Doch dann habe sich die Einstellung in Kiel geändert, ohne daß die Parteileitung in Kiel, wie vorher abgesprochen, mit den südschleswigschen Sozialdemokraten verhandelt habe. Clausen gab dann einen Abriß der Vorgänge in Südschleswig. Die Schuld für die Schwierigkeiten sah er bei Kurt Schumacher – und den Flüchtlingen. »In der deutschen Sozialdemokratie gibt es viel zu viele Leute, die von nationalsozialistischen Gedanken beeinflußt sind, das liegt an den vielen Flüchtlingen, deren politische Vergangenheit und Haltung überhaupt nicht kontrolliert werden können. Die autoritäre Ideologie ist bei viel zu vielen tief verwurzelt«. N.Reiser kam auf die »verfehlt« Grenzziehung von 1920 zu sprechen und auf die damalige Stellungnahme der SPD. Die Parteidisziplin

habe eine große Rolle gespielt, Partei und Gewerkschaften hätten damals mit der Parole gearbeitet: Stimm deutsch, und du bekommst Arbeit und Brot. Doch nach der Abstimmung wurde Flensburg eine tote Stadt mit konstanter Arbeitslosigkeit. V. Buhl lehnte diese Argumentation mit materiellen Vorteilen ab, sie sei eine unsolide Grundlage für eine nationale Gesinnung. H. Clausen versuchte zu retten. Er sprach erneut über autoritäre Strömungen und Untertanengeist auch in der SPD. Eine Annäherung an Kiel könne nur geschehen, wenn Kiel bereit sei, das Recht zur (nationalen) Gesinnungsänderung anzuerkennen. »Wir können nicht nach Kiel gehen. Sie haben uns rausgeworfen. Doch wenn Kiel zu uns kommt, um zu verhandeln, sind sie herzlich willkommen.« S. Münchow verglich die Vorgänge in Südschleswig mit denen in Nordschleswig. Bereits 1920 habe gezeigt, daß die große Mehrheit der dänisch gesinnten Arbeiter und andere kleine Leute in Schwierigkeiten gerieten, weil die Arbeitgeber sie verfolgten. Jetzt erlebe man in Südschleswig dasselbe, wie die Nordschleswiger während der Köller-Zeit. Deshalb »wollen wir uns, solange wie die Besatzungszeit dauert, selbst regieren. Während dieser Übergangszeit soll den Menschen eine Gelegenheit gegeben werden, sich zu besinnen. Danach sollte eine Volksabstimmung stattfinden. Nach der Abstimmung sollte die Reichsgrenze dem Abstimmungsergebnis entsprechend neu gezogen werden, die kulturelle und wirtschaftliche Grenze sollte dagegen nicht sofort verändert werden, wie es 1920 geschah. Die Bevölkerung in Südschleswig müsse eine gewisse Zeit bekommen, um sich den dänischen Verhältnissen auf diesen Gebieten anpassen zu können. Wir müssen jedoch eine Gelegenheit für eine Volkabstimmung auf demokratischer Grundlage bekommen.« H. Clausen ergänzte, indem er auf den dringenden Wunsch nach einer verwaltungsmäßigen Trennung Schleswigs von Holstein verwies. Da im schleswig-holsteinischen Landtag 4 Südschleswiger sich nicht gegen 56 Schleswig-Holsteiner behaupten könnten, war es unmöglich, diese Trennung aus eigenen Kräften zu erreichen. »Wir brauchen Unterstützung und Hilfe«. S. Münchow kehrte dann zum eigentlichen Thema zurück. Er wünschte für den Aufbau einer eigenen Parteiorganisation den engen Kontakt mit der dänischen Sozialdemokratie und die Verteilung der Parteizeitung »Social-Demokraten« in Südschleswig, und zwar auf dieselbe Weise, wie »Nationaltidende« nach Südschleswig gelangte, und wie sie für »Politiken« z. Zt. vorbereitet wurde. H. Hedtoft gab die Antwort auf die »offenherzige« Darstellung der Probleme durch die Gäste aus Südschleswig. Er klagte einleitend über die nationalistischen Typen in Dänemark, die die Südschleswiger zu oft umarmten und an deren Versammlungen, wie man erzürnt hatte feststellen müssen, die dänisch gesinnten Sozialdemokraten teilgenommen hatten. Die Sozialdemokraten hätten volles Verständnis für das, was man ehrliches Dänentum nennen kann, und

man wolle keineswegs das Recht zum Gesinnungswechsel bestreiten, und man wolle auch keineswegs behaupten, daß all das, was in Südschleswig geschehen ist, nur Konjunktur sei. Dennoch sei die allgemeine Auffassung der dänischen Arbeiter und Sozialdemokraten, daß sie nicht glauben, daß alles echt ist, daß viel zu viel von dem, was in Südschleswig geschieht, aufgrund der augenblicklichen wirtschaftlichen und materiellen Verhältnisse konjunkturbedingt ist. Wir sind skeptisch. Über die Vorgänge in Südschleswig will man ebenfalls mit der SPD sprechen; das sei doch natürlich. Den Gedanken einer Volksabstimmung wies er zurück. Hedtoft riet den südschleswigschen Genossen, kein Gesuch an die dänische Regierung zu richten, in dem um Unterstützung für eine Forderung oder Sicherung einer Volksabstimmung zu einem jetzigen oder späteren Zeitpunkt gebeten wird. Denn: »Unsere Partei wird dagegen sein, daß Dänemark sich hier einmischt«. Es wird im Folketing keine Mehrheit geben. Die Entscheidung in dieser Frage kann nur davon abhängen, wieweit das Dänentum in Südschleswig über eine längere Reihe von Jahren hinweg die dafür erforderliche Lebenskraft aufbringt. »Wir werden niemals einer Volksabstimmung zustimmen, die nicht unter gleichen Bedingungen (für beide Seiten) stattfindet, das heißt, (wir werden erst dann zustimmen) wenn die materiellen Motive nicht mehr für die nationale Gesinnung entscheidend sein können.«

Trotz dieser kalten Dusche, ich weiß allerdings nicht, ob das Gespräch so empfunden wurde, versprach man uns die regelmäßige Zusendung von 500 Exemplaren von »Social-Demokraten«. Die Erfüllung dieses Versprechens sollte aber keineswegs so ganz einfach werden. Das Hauptquartier der Militärregierung in Kiel gab (Anfangs Januar 1947?) eine Lizenz für den Import von 4.000 Exemplaren täglich. Doch da wir keine Kronen zur Verfügung hatten und deshalb die Zeitung nicht bezahlen konnten, erklärte man in Kopenhagen am 24. Februar 47, daß man nur bis zu 100 Zeitungen täglich zu senden bereit sei. Ich glaube nicht, daß wir »Social-Demokraten« jemals bekommen haben. Ich habe nie eines dieser zugesicherten Exemplare gesehen.

Frede Nielsen, der Experte der dänischen Sozialdemokratie in Sachen »Südschleswig«, besuchte uns am 12. Dezember 1946. Er wurde vom SPF-Vorstand und der Fraktion im Rathaus empfangen und sprach vor diesen Gremien. Allerdings kam er, wie er sagte, eher um »zu hören als zu sprechen«. Das war eine Untertreibung, wie ein Nachlesen seines Vortragsmanuskripts aufdeckt.

Frede Nielsen besuchte Schleswig am 11. und Flensburg am 12. Dezember. In beiden Städten hielt er denselben Vortrag. In Schleswig hörten ihn etwa 30 führende Sozialdemokraten aus der Stadt und dem Landkreis, in Flensburg waren es ungefähr 25, ebenfalls aus der Stadt und dem Landkreis. So steht es in

seinem »Verhandlungsprotokoll«. Die Notiz auf seinem Manuskript berichtet, daß er seinen Vortrag »auf deutsch vor den dänisch gesinnten, südschleswigschen Sozialdemokraten ...« gehalten hat. Das knapp fünfeinhalbseitige Manuskript ist auf dänisch verfaßt! Im Nachhinein kann man sich darüber seine Gedanken machen: Eineinhalb Jahre nach dem nationalen Gesinnungswechsel mußte der dänische Sozialdemokrat sich der deutschen Sprache bedienen, damit die dänisch gesinnten Genossen in Flensburg und Schleswig ihn verstehen konnten. Das kann Frede Niensens Begeisterung nicht gerade gehoben haben.

Da es schwierig war, und fast ein Jahr gedauert hatte, einen Paß zu bekommen, sollte wohl bedeuten, eine Einreisegenehmigung zu erhalten, fand sein Besuch bei den südschleswigschen Sozialdemokraten so spät statt. Er war als »Korrespondent« gekommen, der über die dänische Bewegung, deren Verhältnisse und Möglichkeiten, die sozialen Zustände und Lohnverhältnisse sowie die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Sozialdemokraten schreiben wollte. Damit motivierte er einleitend das mehr »Hören als Sprechen«-Wollen. Dann folgte seine »Botschaft«, die einen zwiespältigen Eindruck hätte hinterlassen müssen, aber wir Südschlewiger hörten wohl nur das, was wir aus seinen Worten heraushören wollten.

Frede Nielsen überbrachte die Grüße der dänischen Sozialdemokratie und die persönlichen Grüße von Hans Hedtoft, V. Buhl, Alsing Andersen und H.C. Hansen. So erhielt sein Vortrag einen »offiziellen« Anstrich. Sie alle wünschten uns das Beste für unsere Arbeit »auf dem nationalen Gebiet« und beim Aufbau unserer Organisationen.

Es ging nicht nur darum, sagte er, die »national richtigen Grenzen« zu bekommen. Es galt auch, die Kräfte zu fördern, die die beste Garantie für Demokratie, (gegenseitiges) Verstehen und Fortschritt bieten. »Siegen die desperaten Kräfte, haben wir früher oder später wieder das Chaos«.

Auch die südschleswigschen Sozialdemokraten haben eine große Mission zu erfüllen. Sie haben nicht nur ihr dänisches, nationales Ziel, sondern auch das soziale Ziel.

»Ich weiß natürlich genau, was zur Zeit Euer großes Problem ist, und deswegen will ich die großen Linien der dänischen Politik in der Südschleswig-Frage aufzeigen. Ich will ganz offen sein, auch wenn nicht alles für Euch erfreulich sein wird.«

Bei der Grenzentscheidung von 1920 verzichtete Dänemark auf »das geschichtliche Recht«. »Dänemark wählte, nur das entgegenzunehmen, was von Herzen dänisch war und dänisch stimmte«. Dänemark wurde damals ein so reiner Nationalstaat, wie es überhaupt möglich war. Eine deutsche Minderheit kam nach Dänemark, eine dänische verblieb in Deutschland. In der Zeit zwischen 1920 und 1945 spürte man außerhalb dieser kleinen dänischen Min-

derheit keine Sehnsucht nach Dänemark. Deshalb war es verständlich, daß man bei der Befreiung nicht mit einer größeren dänischen Bewegung rechnete. Das erklärt, daß die dänische Regierung im Mai 1945 die Formulierung »Die Grenze liegt fest« benutzte. Vielleicht hätte man andere Wörter benutzen können, aber es gab damals kein (Grenz-)Problem.

Außerhalb des Reichstags entstand eine heftige Südschleswig-Diskussion. Das war nicht die Schuld der Politiker. Die Kreise müssen die Verantwortung tragen, die eine sofortige dänische Aktion oder wenigstens eine »staatspolitische Intervention« forderten. Die aktivistischen Kreise nannten uns, die eine abwartende Haltung einnahmen, Feiglinge und warfen uns fehlende Liebe zum Dänentum vor. Die südschleswigschen Sozialdemokraten sollten jedoch bedenken, daß sie überwiegend mit Kreisen in Dänemark in Verbindung stünden, die die Aussagen der Sozialdemokratie kaum korrekt wiedergegeben haben. Fast alle Politiker und Journalisten, die nach Südschleswig kommen, sind Gegner der Sozialdemokratie und bekämpfen sie.

Auch die Sozialdemokraten seien von Anfang an bereit gewesen, auf allen praktischen Gebieten Hilfe zu leisten. »Das zeigt unsere positive Einstellung. Wir sind bereit gewesen, der dänischen Arbeit jede Chance zu geben, das Dänentum zu festigen«.

Frede Nielsen betonte, daß die dänische Sozialdemokratie, zusammen mit den anderen alten demokratischen Parteien Dänemarks, die Regierungspolitik mit bestimmt hatte und hinter der Oktobernote an England steht. In der Antwort an England wird auf die Flüchtlingsgefahr hingewiesen. »Wenn nur dem Hauptteil der 300.000 Flüchtlinge gestattet wird, sich hier im Landesteil auf Dauer anzusiedeln, wird das den Charakter des Landes vollständig verändern, und das Ergebnis kann leicht zu einem volklichen Druck auf die dänische Grenze führen.« »Wir meinen, daß wir ein moralisches Recht haben, auf diese Gefahr hinzuweisen.«

Es wird in der Note darauf verwiesen, »daß Dänemark die verwaltungsmäßige Trennung Schleswigs von Holstein für wünschenswert hält«. Und er verdeutlichte: »Ich mache darauf aufmerksam, daß dieses keine Forderung ist, die gestellt wird, sondern es ist ein Ersuchen.« Es besteht bei der großen Mehrheit in Dänemark Einigkeit darüber, keine Forderungen zu stellen, die Eingriffe in die Verhältnisse eines anderen Landes bedeuten, solange wir nicht wissen, »ob die Stärke des Dänentums (in Südschleswig uns) das Recht gibt, solche Forderungen zu stellen«.

»Wir machen geltend, daß dem Dänentum in Südschleswig die Freiheit gesichert wird, seine volkliche, kulturelle und nationale Arbeit zu tun, und daß die demokratischen und politischen Freiheiten und Rechte gesichert werden müssen.« »Wir haben das moralische Recht dieses zu tun. Der Vertrag der

Vereinten Nationen gesteht allen Menschen solche Rechte zu, und wir haben sie seit 1920 den Deutschen in Nordschleswig zugestanden. Wir verlangen nichts anderes für das Dänentum, als was wir dem Deutschtum stets gegeben haben.«

»Aber Dänemark stellt in der Note an England keine staatspolitische Forderung. Man meint, daß man auch nach der Wahl vom 13. Oktober nicht sagen kann, daß das, was in Südschleswig geschieht, echt und haltbar ist. Das kann nur die Zeit zeigen – mit Zeit ist hier natürlich eine längere Reihe von Jahren gemeint –, und unter diesen Bedingungen will Dänemark keine Forderungen stellen.«

»Im Zusammenhang hiermit steht, daß es von den Südschleswigern selbst abhängen muß, ob sie Forderungen unter Hinweis auf ihr 'natürliches Selbstbestimmungsrecht' zu stellen wünschen. Das ist eindeutig. Wir können den Südschleswigern weder gebieten noch verbieten, das eine oder andere zu tun.

Ihr dürft dieses aber nicht als eine Aufforderung von dänischer Seite an Euch auffassen. Ihr dürft hierin auch kein Versprechen sehen, daß Dänemark, wenn Ihr jetzt oder in naher Zukunft die Forderung stellt, sich verpflichtet fühlen wird, Euch zu helfen. Erinnert Euch stets an die Formulierung, daß nur die Zeit zeigen kann, wie echt und dauerhaft die Bewegung hier unten ist.«

Und Frede Nielsen betonte noch einmal, daß fast alle Parteien Dänemarks hinter dieser Regierungspolitik stünden – auch wenn der Staatsminister und einzelne andere Politiker in Reden weit über die hier skizzierte Linie hinausgingen. Das sei ein schädliches Verhalten, daß dem Ausland das Recht gäbe, von »unklarem Reden« der führenden dänischen Politiker zu sprechen. Das war eine sehr deutliche Kritik an der aktiven Südschleswig-Politik des damaligen »statsministers« Knud Kristensen.

Daß sehr viele Jahre vergehen müßten, ehe eine Abstimmung aktuell werden könnte, war ein zentrales Thema dieser Rede.

»Alle sprechen von einer langen Reihe von Jahren«. »Wir alle sind Anhänger des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung, doch eine bestimmte Voraussetzung muß erfüllt sein, damit dieses Recht zur Ausführung kommen kann. Es muß bei einem sehr großen Teil der Bevölkerung des Landesteils von einer festen und dauerhaften, klar feststellbaren nationalen Einstellung gesprochen werden können, und ob dies der Fall ist, kann erst die Zeit zeigen.« Die nationale Neuorientierung sei ein lange währender und schwieriger Prozeß, der bedeutet, daß jeder Einzelne und seine Familie sich aus einem Kulturkreis heraus- und in einen anderen hineinlebt.

Wenn das nationale Selbstbestimmungsrecht jederzeit ausgeübt werden könnte, würde die Mehrzahl in Südschleswig sich jetzt vielleicht nach Dänemark stimmen, eine andere Mehrheit sich in 10 oder 20 Jahren aber vielleicht wieder zurück nach Deutschland. Und »wer weiß, ob man dann nicht verlangen

wird, den südlichen Teil Nordschleswigs mit in die Abstimmung einzubeziehen«. So ein Vorgehen würde zu fließenden Grenzen und dauernden harten und bitteren Kämpfen mit den gefährlichsten Konsequenzen für eine kleine Nation führen. »Die stärkste Waffe der kleinen Nationen ist das Recht. Dänemark muß stets auf der Grundlage des Rechts stehen. Deshalb ist man sich bewußt, daß Dänemark nur so weit gehen darf, wie die dänische Kultur (in Südschleswig) zu tragen vermag«.

Frede Nielsen bekundete sein Verständnis für die Gefühle der südschleswigschen Sozialdemokraten, für ihre persönliche Notsituation, für ihre Sehnsucht nach Frieden und Demokratie. »Wir können Euch unterstützen, Euch in der nationalen, kulturellen und volklichen Arbeit helfen, d. h. Euch die politischen und demokratischen Rechte sichern – solche Freiheiten und Rechte, wie sie z. B. die Deutschen in Nordschleswig haben.«

»Wenn Ihr diese Freiheit für Eure Arbeit erhalten habt, könnt Ihr auf allen Gebieten für die Festigung des Dänentums kämpfen. Ist das Bekenntnis zu Dänemark dann so wahr und echt, daß es gute und schlechte Zeiten überdauert hat, ja, dann wird das Problem (der Abstimmung) zu seiner Zeit aktuell werden.« »Die dänische Sozialdemokratie fühlt sich nicht durch die Abkommen von 1921 und 1923 gebunden. Die Grenzentscheidung von 1920 kann natürlich nicht für alle Zeit und Ewigkeit gelten, wenn wirklich eine dauernde und haltbare nationale Gesinnungsänderung stattgefunden hat. Sogar Dr. Schumacher hat sich in London zum Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts bekannt.«

»In den Jahren bis es soweit ist, sollt Ihr Euch darüber freuen, daß Ihr so viele seid, daß Ihr die Stärke habt, eine große und lebendige Gemeinschaft zu bilden.« Auch wenn die südschleswigschen Sozialdemokraten der Ansicht sein sollten, daß dies ein langer und harter Weg sein wird, so gibt es keine andere Möglichkeit. Doch Dänemark »steht auf Eurer Seite. Ihr habt auf allen Gebieten unsere Unterstützung«.

»Ihr steht nun in der dänischen Bewegung. Auch wir Sozialdemokraten wünschen jedes wahre Dänentum so viel wie möglich gestärkt, wir sehen es mit Freuden wachsen und sich vertiefen.«

»Doch denkt daran, daß Ihr zugleich Sozialdemokraten seid. Ihr nehmt teil an der gemeinsamen Arbeit für Freiheit und soziale Gerechtigkeit«. Mit Hilfe der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sollen die Möglichkeiten für Fortschritt und eine bessere Welt geschaffen werden. Die Zukunft von »ganz Europa, ja der ganzen Welt, hängt davon ab, ob die Demokratie siegt«.

Nach 1920 ließ man die demokratischen Kräfte in Deutschland und in Österreich im Stich. Diese Dummheit wird man nicht wiederholen, heute will

man Verständnis zeigen und die Zusammenarbeit suchen, auch mit den ehemaligen Feindländern. »Auch die dänische Sozialdemokratie muß an dieser Arbeit teilnehmen. Auch wir müssen Kontakte zur deutschen Sozialdemokratie haben. Ihr sollt davor keine Angst haben und Befürchtungen hegen. Vielleicht können wir gewisse Mißverständnisse ausräumen. Vielleicht können wir helfen, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen.«

»Auch die dänische Bewegung in Südschleswig hat ihre Mission bei einer solchen zwischenvolklichen Arbeit. Und die habt Ihr ebenfalls.«

»Wir kommen Euch mit Freundschaft und Vertrauen entgegen. Wir kommen Euch mit dem Willen zum Helfen und zur kameradschaftlichen Zusammenarbeit entgegen.«

Das war eine Rede, die uns sowohl »voran« als auch »zurück« sagte. Es war deutlich, daß die dänischen Sozialdemokraten sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten mischen wollten und sich deshalb von allen »Forderungen« distanzieren. Die Entscheidungen mußten in Südschleswig von den Südschleswigern gefällt werden, aber nicht jetzt sondern in einer fernen Zukunft. Erkennbar war die abwartende Haltung unserer dänischen Genossen. Für sie handelte es sich in Südschleswig um einen langwierigen Prozeß nationaler Umbeziehung, dem sie skeptisch gegenüberstanden. Auch wenn sie sich nicht an die Abkommen aus den zwanziger Jahren gebunden sahen, fürchteten sie bei unzeitiger Anwendung des nationalen Selbstbestimmungsrechts das Entstehen einer »fließenden Grenze«. Sie waren bereit, die volklich-kulturelle Arbeit in Südschleswig durch das Eintreten für politische und kulturelle Freiheitsrechte zu unterstützen. Aber spürbar war auch, daß nach ihrer Ansicht, die nationale Neubesinnung in Südschleswig nicht zu Gegensätzen führen durfte, die der europa-, ja weltweiten Zusammenarbeit für eine bessere, demokratische Welt hinderlich werden konnten. Die SPD gehörte zu den Partnern dieser neuen Welt. Die dänische Bewegung und die dänisch gesinnte Sozialdemokratie in Südschleswig waren Glieder der zukünftigen weltweiten zwischenvolklichen Zusammenarbeit. Der Zwist zwischen SPD und SPF beruhte wahrscheinlich nur auf Mißverständnissen, die auszuräumen waren.

Nicht zu überhören waren die Zweifel unseres Gastes an der Echtheit des Dänentums der Südschleswiger. Der Zweifel an der Echtheit und damit auch am Fortbestand des Neudänentums in normalen Zeiten sowie die internationale Solidarität der Sozialdemokraten waren die entscheidenden Faktoren, die die Haltung der dänischen Sozialdemokratie uns gegenüber bestimmen sollten.

Sowohl in Schleswig, am 11. Dezember, als auch in Flensburg, am 12. Dezember nachmittags und abends, fand eine Aussprache statt.

Hugo Hellwig gab einen kurzen Abriß der Geschichte der SPD in Flensburg

nach 1945 bis zum Rausschmiß durch Schumacher, und betonte dann, daß die Südschleswiger der dänischen Sozialdemokratie nicht in den Rücken fallen wollten. Er mußte also diesen Vorwurf aus Frede Niensens Vortrag herausgehört haben. Natürlich machte er auch darauf aufmerksam, daß die Partei sich in der nationalen Frage neutral verhalte, diese sei Privatsache jedes einzelnen Mitglieds. Zur derzeitigen Situation berichtete er, daß man bei den Wahlen mit dem Südschleswigschen Verein zusammenging, um keine Stimmen zu »vergeuden«. Es gäbe allerdings kein politisches Abkommen sondern nur eine rein technische Zusammenarbeit, da die Sozialdemokraten auch weiterhin politisch selbständig sein wollten. »Von dänischer Seite werden Millionen von Kronen für die dänische Arbeit gegeben. Welches Ziel sollte man haben, wenn nicht eine Grenzregulierung?«. Damit formulierte er eine in Südschleswig weit verbreitete Meinung. In allen Kreisen werden dänisch gesinnte Sozialdemokraten Anträge stellen, um eigene Vereine zu bilden.

Reiser nannte drei Ursachen für die dänische Einstellung: 1. Das dänische Element ist hier größer als in den südlichen Gebieten. »Rechnet man bei der Abstimmung von 1920 nur die Stimmen der Einheimischen, dann stimmte praktisch eine Mehrheit hier in Flensburg für Dänemark (!) (Ausrufungszeichen von Frede Nielsen). 2. Die politische Erkenntnis, daß die Situation in Deutschland hoffnungslos ist. 3. Die Hoffnungslosigkeit auf dem wirtschaftlichen Gebiet für Flensburg. Vor dem Kriege war es schlimm, jetzt wird es schlimmer. Aus reinen Vernunftgründen komme er zu dem Schluß, daß wir Dänen werden müssen. Südschleswig muß die Selbstverwaltung bekommen.«

Drews verwies auf die verwandtschaftlichen Verbindungen mit dem Norden, »und die reinen Vernunftgründe spielen auch mit«.

Heinrich Ladewig freute sich darüber, daß die dänische Sozialdemokratie sich nicht durch das Grenzabkommen von 1923 gebunden fühlte. Die Haltung der dänischen Sozialdemokratie hatte nicht enttäuscht. – »Ein Hinausschieben der Grenzentscheidung ist unhaltbar.«

Hellwig zeigte sein Verständnis für die vorsichtige Haltung der dänischen Sozialdemokraten. Daß man jetzt miteinander in Verbindung gekommen sei, freute ihn, das hätte die Flensburger Sozialdemokraten »gewaltig« gestärkt. »Wir verstehen ebenfalls, daß die dänische Sozialdemokratie sich nicht feindlich zur deutschen stellen könne.« Wenn wir frei arbeiten können, können wir auch loyal mit der SPD verhandeln. »Wir können das Bindeglied zwischen Nord und Süd sein.«

In seiner Antwort hob Frede Nielsen noch einmal hervor, daß man sich von dänischer Seite nicht in Vereinsfragen mischen könne. Man sei bereit, die Flensburger Sozialdemokraten zu unterstützen – wolle aber auch die Verbindung zur SPD suchen. »Über die Echtheit und Dauer der dänischen Bewe-

gung kann niemand etwas wissen.« Die Zahlen der Wahl vom 13. Oktober machten einen sehr bedenklich und unsicher.

Frede Nielsen schrieb auch ein Referat über die Aussprache in Schleswig. Hier berichtete Paysen, daß die Flüchtlinge die alten (einheimischen) Sozialdemokraten verdrängten. »Wir sind unseren Weg mit gutem Gewissen gegangen, wir stehen im Kampf um unsere südschleswigsche Heimat. Wir denken überhaupt nicht daran, daß wir von einem zum anderen Jahr mit Dänemark vereint werden können.« Die Flüchtlinge dürfen kein Stimmrecht haben.

Sophus Gottschalck aus Süderbrarup hatte kein Vertrauen zur deutschen Sozialdemokratie. »Die Demokratie in Deutschland braucht eine längere Zeit, um sich durchzusetzen, als wir zum Nationalitätenwechsel brauchen. Wir rufen um Hilfe.« Wir müssen weg von Preußen, sonst ist der Kampf zu ungleich. Der Gesinnungswechsel ist echt.

Hermann Clausens Problem war die Verwaltungseinheit zwischen Schleswig und Holstein. Von ihr mußte man befreit werden, sonst sei alles aussichtslos. Das Politische war ihm das Primäre, das Nationale sekundär. Deutschland kann sich vom autoritären System nicht lösen. Die Gefahr liegt in der Verwaltung, in die die Flüchtlinge immer stärker eindringen.

Der namentlich nicht genannte Dirigent der Versammlung schloß mit der Bemerkung: »Wir wollen das Bollwerk zwischen Deutschland und Dänemark sein.«

Auch hier versuchte Frede Nielsen die Genossen auf den Boden der sozialdemokratischen Wirklichkeit zurückzuholen. Er unterstrich, daß Dänemark sich nicht in die Frage des Stimmrechts für die Flüchtlinge einmischen könne. Für die Engländer waren die Flüchtlinge deutsche Bürger mit denselben Rechten, wie sie die anderen Deutschen hatten. Dänemark könne sich nur für die demokratische und politische Freiheit und Gleichheit des Dänentums einsetzen, und nicht mehr für das Dänentum verlangen, als es stets den Deutschen in Nordschleswig gegeben habe.

»Wieweit der plötzliche und sehr zahlreiche Gesinnungswechsel in Südschleswig echt und dauerhaft ist, kann heute niemand wissen. Die dänische Sozialdemokratie hält es für notwendig und richtig, eine abwartende Haltung einzunehmen.«

Erst das späte Lesen des Redemanuskripts und der Verhandlungsprotokolle von damals hat mir für die 1946 vorgetragenen, damals aber überhörten, Vorbehalte uns gegenüber die Augen geöffnet. Mein heutiger Eindruck ist: Im Grunde waren wir ein Ärgernis, dem man seine Unterstützung jedoch nicht ohne weiteres verweigern konnte.

Den Verhandlungen in Kopenhagen und dem Gespräch mit Frede Nielsen in Flensburg konnten wir entnehmen, »daß wir (die dänisch gesinnten Sozial-

demokraten) aussprechen, was auch die anderen (die bürgerlichen Parteien) denken!«. Ein vielleicht unklarer aber vielsagender Ausspruch. Man warf uns eine bürgerlich nationale Haltung vor. Ob wir dieses damals verstanden haben, verstehen wollten, weiß ich nicht mehr. Die Haltung der dänischen Sozialdemokraten uns gegenüber wurde mir erst ein Jahr später deutlich.

Im Dezember 1947, während meines Aufenthalts auf der dänischen Volkshochschule Ryslinge, bekam ich eine kleine Broschüre in die Hand. Es war die von Frede Nielsen im Oktober 1946, also kurz vor seinem Besuch in Flensburg, herausgegebene Schrift »Sydslesvig. Redegørelse og Argumentation« (Südschleswig. Darstellung und Argumentation). Auf dieses Heftchen von 39 Seiten soll hier kurz eingegangen werden, da es die Vorstellungen und Argumente der dänischen Sozialdemokraten ungeschminkt zeigt, als wir uns um sie bemühten. Die Grundgedanken dieser Südschleswig-Schrift lauten:

Nordschleswig hat sein ursprüngliches Dänentum bis in die Gegenwart bewahrt. Südschleswig ist dagegen im Laufe der Jahrhunderte einge-deutscht worden. 1920 war das Dänentum in Flensburg und in der 2. Zone zahlenmäßig nur von geringer Bedeutung. Zwischen 1920 und 1945 fühlten sich die Südschleswiger – die kleine dänische Minderheit ausgenommen – nicht zu Dänemark hingezogen.

In den Jahren kurz nach der Volksabstimmung von 1920 waren die schleswigschen Sozialdemokraten schleswig-holsteinische Aktivisten. Die SPD stellte durch das Grenzabkommen von 1923 Ruhe und Ordnung her. Aber die schleswigschen Parteigenossen waren weiterhin ausgesprochen deutsch. Nach 1933 galt ihre Sehnsucht einem neuen Deutschland – und nicht Dänemark.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß Schleswig-Holstein eine der allerersten Provinzen mit nationalsozialistischer Mehrheit war, und Südschleswig machte hier keine Ausnahme. Die Südschleswiger sind also äußerst konjunkturanfällig.

Nach Deutschlands Zusammenbruch erleben wir das sehr schnelle Anwachsen der dänischen Bewegung in Südschleswig – und zwar auch in Gebieten, in denen es seit Jahrhunderten kein Dänentum mehr gegeben hat. Daraus kann man schließen, daß die »Südschleswiger stets eine leichte Beute von Konjunkturen zu sein scheinen«.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom Herbst 1946 sind verblüffend – und »kompromittierend«.

Auch wenn man nicht den gesamten Zustrom zum Dänentum als konjunkturbedingt ansehen darf, sind doch Zweifel berechtigt. Es gibt

noch keine sichere Grundlage für eine Beurteilung der Echtheit und der Dauer des südschleswigschen Dänentums.

Ein Südschleswig, das aus der deutschen unter die dänische Oberhoheit wechselt, würde zu einer neuen, gefährlichen Eiderpolitik und zu einer großen deutschen »5. Kolonne« innerhalb des dänischen Staates führen. Das wäre für Dänemark ein tödliches Risiko und würde mit dem Verlust von ganz Schleswig enden.

Dänemark hat 1920 definitiv den Versuch aufgegeben, ganz Schleswig zurückzugewinnen. Die Entscheidung der Volksabstimmung war eindeutig, ihr Ergebnis ist bisher nie angefochten worden. Das nationale Selbstbestimmungsrecht kann nicht alle 10 Jahre sondern nur nach längeren Perioden stabiler Verhältnisse wieder angewendet werden, sonst würde man stets wechselnde, konjunkturbestimmte Grenzen bekommen.

Die dänische Sozialdemokratie wird auch weiterhin an der Entscheidung von 1920 festhalten.

Die dänischen Sozialdemokraten werden stets die »folkelige«, die kulturelle Arbeit der dänischen Südschleswiger unterstützen und das »echte Dänentum« südlich der Grenze sichern helfen. Diese Aufgabe hat auch ohne das Ziel der Grenzverschiebung einen Sinn.

Der Streit zwischen den deutschen und den schleswigschen Sozialdemokraten ist ein bitterer und beklagenswerter Konflikt.

Frede Niensens Text zeigt, daß er und die dänische Sozialdemokratie uns gegenüber voller Vorbehalte waren, und daß er in Flensburg und Schleswig mit seiner Kritik an uns sehr zurückgehalten hatte. In mancher Hinsicht vertrat er nämlich in seiner vor seinem Südschleswig-Aufenthalt verfaßten Schrift die Argumente und Gedankengänge unserer schleswig-holsteinischen Gegner. Das war natürlich eine brüchige Grundlage für die von uns angestrebte Zusammenarbeit. 1946 erkannten wir diese Schwierigkeit jedoch nicht.

Eines ließen die dänischen Sozialdemokraten von Anfang an alle wissen: soweit es die Unterstützung der kulturellen Arbeit der dänischen Minderheit betraf, wollten sie mit den übrigen Parteien im Folketing zusammenstehen. Ausgeschlossen für sie war, sich für eine Grenzrevision und die verwaltungsmäßige Trennung Schlesiws von Holstein einzusetzen, sie wollten sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten mischen, und als eine solche sahen sie auch unseren Konflikt mit der SPD an. Dieser beruhte auf Mißverständnissen, die auszuräumen waren.

Frede Nielsen in Kiel

Nach seinem Besuch in Flensburg reiste Frede Nielsen nach Kiel, wo er mit Wilhelm Kuklinski sprach. Daß die beiden, wie das Flensburger Tageblatt behauptete, auch die Grenzfrage diskutierten, wurde von Frede Nielsen bestritten.

Seinen Gesamteindruck von dieser Reise schilderte Fr. Nielsen in einem Artikel in der Zeitung »Sønderjyden« (4. Jan. 47): »... Ich war, als ich nach Hause kam, genau so kritisch eingestellt wie vor der Abreise. ... Die neuen Erfahrungen bestätigten vollauf meine bisherige Einstellung und Auffassung. Es wächst viel (in Südschleswig), was für das Dänentum sicherlich Frucht bringen wird. Auf alle Fälle wird ein sehr gestärktes Dänentum aus diesem Kampf hervorgehen, aber die Bewegung heute – ? ...«.

Frede Nielsen hatte keineswegs an der Wahrheit vorbei gesprochen sondern sie sehr genau genommen. Denn wie sein Gesprächsprotokoll zeigt, hatte er am 13. Dezember 1946 in Kiel wohl das »Südschleswig-Problem« aber nicht »die Grenzfrage« diskutiert. Fr. Nielsen unterstrich schon am Anfang des Gesprächs dessen vertraulichen und unverbindlichen Charakter. Es diene der Orientierung und sei zugleich eine freundschaftliche Geste der Führung der dänischen Sozialdemokratie.

Zuerst sprach man über die Schulverhältnisse in Nordschleswig. Fr. Nielsen mußte hier feststellen, daß Kuklinskis Wissen auf diesem Gebiet sehr mangelhaft war.

In bezug auf Südschleswig hatte Kuklinski Verständnis dafür, daß die dänischen Sozialdemokraten nicht anders konnten, als sich den südschleswigschen Sozialdemokraten gegenüber kameradschaftlich zu verhalten. Er fragte allerdings, ob nicht das sozialistische Moment für die dänische Sozialdemokratie wesentlicher sei. Er kannte die Stellungnahmen der dänischen Partei, die von ihr vertretenen Gesichtspunkte und anerkannte ihre »prinzipielle Haltung«. Da Kurt Schumacher keine Verbindungen nach Dänemark hatte, war der schleswig-holsteinische Versuch gescheitert, über die SPD die Grenzabkommen aus den zwanziger Jahren von der dänischen Schwesterpartei bestätigt zu bekommen. Frede Nielsen hörte sich dieses an, ohne zu kommentieren. So jedenfalls nach seinem eigenen Referat. Dann kam man auf die dänische Minderheit zu sprechen:

»Kuklinski: Wir sind bereit, der echten, dänischen Minderheit die volle Freiheit zu geben.

Fr. Nielsen: Was versteht Ihr darunter?

Kuklinski: Wir verstehen darunter alle diejenigen, die von dänisch

gesinnten Eltern abstammen, oder der dänischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind, oder die vor dem 1. Januar 1946⁶ einer dänischen kulturellen Organisation angehört haben. Für alle diese ist die Anerkennung von Minderheitsrechten eine Selbstverständlichkeit. Niemand kann den plötzlichen und gewaltigen Zustrom zur dänischen Bewegung ernst nehmen. Am 5. Mai 1945 hatten die dänischen Organisationen 2780 Mitglieder, am 1. Juni 1946 waren es etwa 46.000. Fast alle diese Menschen sind Mitläufer, sie sind Verräter am deutschen Volkstum. Sie wollen sich vor dem Zusammenbruch Deutschlands retten, sie wollen sich persönlich retten. Ich halte das für verachtungsvoll und spießbürgerlich. Ich würde keine Menschen in die Partei aufnehmen, die sich dadurch absichern oder daran verdienen wollen.

Wir lehnen alle Machtgrenzen ab. Ich habe immer wieder betont, daß die 1920 gezogene Grenze anerkannt werden müsse.

Einigkeit ist notwendig. Die Sozialdemokratie will versuchen, Deutschland zu retten und will versuchen, eine gute sozialistische Politik zu machen. Bei den Wahlen am 13. Oktober erhielt die SPD in Schleswig-Holstein 41,1% aller Stimmen. Wenn die südschleswigschen Sozialdemokraten bei uns blieben, könnten wir die Mehrheit erringen, doch nun fallen sie ab und erschweren uns die Arbeit.

Wir sichern den Dänen in Südschleswig jede mögliche Freiheit zu, aber sie dürfen uns die Arbeit nicht erschweren.

Fr. Nielsen: Ich erklärte offen, daß wir uns -wie er ja wisse- der großen nationalen Umbesinnung in Südschleswig nicht sicher wären, und daß wir erklärt hätten, daß die Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts überhaupt nicht aktuell sei, doch daß wir wünschten, die kulturelle und volkliche Arbeit zu unterstützen und die demokratischen und politischen Freiheiten zu sichern, und wir hätten ja auch unsere taktischen Schwierigkeiten in dieser Frage, die Geschmeidigkeit von uns verlange. Es war für uns notwendig, die Verbindung zu den südschleswigschen Sozialdemokraten aufrechtzuerhalten. Er (Kuklinski) erklärte, daß er für all dies Verständnis habe. ...«.

Kuklinskis Behauptung, daß die Flensburger Sozialdemokraten »abgefallen« seien, mag ja noch hingehen, Frede Nielsen wußte es sicherlich besser. Sonst scheint das Gespräch der beiden offen gewesen zu sein. Bemerkenswert ist, daß die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten die Südschleswig-Politik der dänischen Schwesterpartei ständig verfolgt und studiert hatten. Sie

6. Hier muß ein Hör- oder Gedächtnisfehler des Referenten vorliegen, denn es muß 1945 heißen.

kannten schon vor diesem Gespräch die schwierige Lage der dänischen Sozialdemokraten, die einerseits Rücksicht auf die nationale Stimmung in Dänemark nehmen mußten, und schon deshalb die dänisch gesinnten Sozialdemokraten nicht einfach fallen lassen konnten, und andererseits jede Grenzrevisionspolitik ablehnten und für die internationale Solidarität aller Sozialdemokraten eintraten. Die Kompromißformel hieß dann: Unterstützung der kulturell-volklichen dänischen Arbeit in Südschleswig. Das konnte auch von den schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten akzeptiert werden. Diese standen dem Neudänentum jedoch noch skeptischer gegenüber als es die dänischen Genossen taten – Frede Nielsen scheint Kuklinskis Definition der Minderheit allerdings nicht kritisiert zu haben, was vielleicht auf eine gewisse Übereinstimmung hindeutet.

Selbstverständlich drückte Kuklinski zum Schluß seine Freude über diesen Besuch aus, an den er große Erwartungen für die Zukunft knüpfte.

Der Versuch, eine Sozialdemokratische Partei Südschleswig [SPS] zu gründen, scheitert

Nach dem gemeinsamen Wahlkampf mit dem SSF und dem sehr guten Wahlausgang im Herbst 1946 ging man wieder zur Tagesordnung über. Der politische Alltag begann. Der harte Wahlkampf hatte die nationalpolitischen Gegensätze in Südschleswig vertieft. Viele, die vorher noch auf ein Einlenken der SPD oder vielleicht sogar auf einen Widerruf der Husumer Erklärung gehofft hatten, stellten sich jetzt auf die neue Situation ein.

Selbstverständlich ist es einigen alten Parteimitgliedern, die zum Teil schon seit Jahrzehnten aktiv in der Gewerkschaft oder der Partei gearbeitet hatten, sehr schwer gefallen, sich an die neue Lage zu gewöhnen. Das galt vor allem für diejenigen, die sich daran erinnerten oder aus Berichten ihrer Eltern wußten, daß die deutsche Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg meist auf der Seite der Minderheiten gestanden hatte. Die Sozialdemokraten hatten gegen die preußische Gewaltpolitik in Nordschleswig protestiert.

Das alles war jedoch Geschichte und half uns jetzt herzlich wenig. Wir mußten die vor uns liegenden Probleme meistern. Die wichtigste Frage war, ob wir uns auf Flensburg beschränken sollten, oder ob wir eine Partei auf Südschleswig-Ebene bilden sollten. Anfragen aus den anderen südschleswigschen Ortschaften lagen genügend vor.

Wir beschlossen, uns über ganz Südschleswig auszubreiten. Es sollte eine *Sozialdemokratische Partei Südschleswig* aufgebaut werden. Mit diesem Ziel vor Augen versammelten sich am 4. November 1946 Sozialdemokraten aus ganz Südschleswig in Husum. Unser Vorhaben wurde von Samuel Münchow (SSF Flensburg) unterstützt. Auf der Husumer Versammlung, der später noch eine ähnliche in Eckernförde folgte, wurde beschlossen, in den Orten Schleswig, Eckernförde, Rendsburg, Tönning, Husum und Niebüll sowie im Kreis Flensburg-Land sozialdemokratische Organisationen zu gründen. Sie sollten sich dann zu einem Landesverband zusammenschließen.

In der Stadt Schleswig wurde die Arbeit von Bürgermeister Hermann Clausen und dem ehemaligen Vorsitzenden der Schleswiger SPD Peter Krey geleitet. Sie waren für die Posten des 1. und 2. Vorsitzenden vorgesehen. In Husum und Eiderstedt wurde die Parteigründung ebenfalls vorbereitet. Doch unser Traum war schnell ausgeträumt. Die Anträge auf Anerkennung durch die Militärregierung wurden vor Weihnachten 1946 eingereicht – und im Januar

1947 abgelehnt. Die britische Militärregierung verbot zugleich jede weitere Tätigkeit dieser Art. Es gelang also nicht, über die Grenzen Flensburgs hinauszuwachsen.

Besonders gut dokumentiert ist das Geschehen in Husum. Es mag deshalb als Beispiel für die Vorgänge in den anderen schleswigschen Städten stehen.

Bereits vor Schumachers Husumer Rede, nämlich am 26. Juni 1946, erklärte der damalige Husumer Stadtdirektor Georg Beckmann (geb. 1907), den wir bisher als Richard Schencks engen Vertrauten in Flensburg kennengelernt haben, seinen Austritt aus der SPD. G. Beckmann, der schon 1933 im KZ und dann von 1934 bis 1935 erneut in Gestapohaft gewesen war, schrieb an die S.P.D., Ortsverein Husum:

»Der Wiederaufbau der S.P.D. nach der Kapitulation des nationalsozialistischen Regimes erfüllt nicht die in ihn gesetzten Erwartungen. Anstatt den Aufbau von der Basis der Mitgliedschaft vorzunehmen, entwickelt sich eine Diktatur der Parteiführung, die die politische Meinungsbildung der Parteimitglieder beeinflusst und den Zwiespalt zwischen den leitenden Funktionären und Mitgliedern hervorruft ... Die Übernahme bismarckischer Ideologien, die zur Gründung eines neuen Deutschlands mit Expansionsbedürfnissen führen, entfernt die Partei weit und unerreichbar von dem vordringlichen Ziel der Demokratisierung und Dezentralisierung des öffentlichen Lebens. Die dauernden Versuche, großdeutsches Denken dem Volke einzuimpfen, stehen zu dem historischen Ideengut der sozialdemokratischen Parteigeschichte im schreienden Widerspruch. – Während der vergangenen Jahre des Terrors galt mein Kampf dem nationalsozialistischen Denken. Ich habe nicht die Opfer dieser Kampfzeit auf mich genommen, um heute in einer Partei, deren Organisationen ich schon 26 Jahre angehöre, der schon meine Vorfahren dienten, der Renaissance nationalsozialistischer Führerprinzipien zum Leben zu verhelfen.

Ich erkläre deshalb meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dieser Austritt wurde zwei Tage später vom Husumer Kreisverein bestätigt. Für die anderen dänischorientierten Husumer Sozialdemokraten stellte sich die Frage des Austritts und der Bildung einer »SPH« erst nach der Husumer Rede. Eine »vorbereitende Besprechung« fand am 19. November 1946 statt. An diesem Tag wurde ein Gesuch an die Militärregierung in Husum gesandt:

»Die am 19. November 1946 in Husum in einer vorbereitenden Besprechung anwesenden Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben beschlossen, die Militärregierung zu bitten, ihnen

auf Grund der Verordnung über den Aufbau politischer Parteien die Bildung der Sozialdemokratischen Partei Husums (SPH) zu genehmigen.

Die unterzeichneten Männer stellen sich auf Grund der politischen Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu dieser Partei in einen bewußten Gegensatz und sind der Ansicht, dass ihre politischen Belange nicht mit Erfolg in der SPD vertreten werden können. Sie haben sich daher entschlossen, die Gründung der SPH vorzubereiten. Die unterzeichneten Beauftragten überreichen der Militärregierung die nach der obigen Verordnung erforderlichen Unterlagen.

Richard Schulze Emil Otto Willi Ström

Zu den Unterlagen gehörte ein Entwurf der Satzungen und des Programms der neuen Partei. Einige Punkte des für den heutigen Leser stark sozialistischen »Parteiprogramms« sollen zitiert werden. Aufmerksamen Augen wird der Gegensatz der Einheimischen zu den Flüchtlingen nicht entgehen:

»Südschleswig ist Grenzland. Die Beurteilung der nationalen und kulturellen Verhältnisse in einem Grenzland erfordert einen anderen Maßstab wie in Gebieten, die von nationalen und kulturellen Gegensätzen unberührt bleiben.

Die Haltung der SPD gegen den Teil der einheimischen werktätigen Bevölkerung, der sich zum Norden bekennt, hat bewiesen, dass sie diesen Grundsatz nicht begriffen hat oder nicht begreifen will. Ihre Haltung, die sowohl zu dem Prinzip echter Demokratie, wie auch zu der Forderung internationaler Verständigung und Verständnisses im Widerspruch steht, hat den überwiegenden Teil der in Südschleswig beheimateten Sozialdemokraten veranlasst, ihre Mitgliedschaft in der SPD aufzugeben.

Die in ihrer Heimat politisch heimatlos gewordenen Sozialdemokraten haben sich deshalb entschlossen, eine eigene Partei zu gründen, in der alle Kreise der Bevölkerung Aufnahme finden, die sich zum Programm der SPH bekennen.

Über ihre allgemeinen programmatischen Forderungen hinaus fühlt sich die SPH zu folgenden Grundsätzen und Aufgaben verpflichtet.

1.) Die SPH lehnt den preussischen Geist in allen seinen Erscheinungsformen ab, auch da, wo er scheinbar im demokratischen Gewande auftritt. Sie bekennt sich entschieden zur Demokratie des Nor-

dens und der durch ihr Wirken bedingten ruhigen, sachlichen und besonnenen Lebensform.

2.) Die SPH bekämpft alle Bestrebungen, die darauf hinausgehen, die nationalen und kulturellen Gegensätze im Grenzland Südschleswig zu missbrauchen, den Hass gegen Andersdenkende zu schüren und die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Sie fordert die Gleichberechtigung aller heimatgebundenen kulturellen Strömungen in Südschleswig und ihre Förderung in der Form eines edlen Wettstreits.

3.) Die SPH lehnt den Nationalismus und Chauvinismus ab, da sie in ihnen die zerstörenden Kräfte des friedlichen Zusammenlebens der Grenzlandbevölkerung sieht. Sie ist bestrebt, die Freiheit des nationalen Bekenntnisses als eines fundamentalen Rechts demokratischer Lebensäußerung zu schützen. Sie vertritt die volle politische, nationale und kulturelle Freiheit einer nationalen Minderheit.

4.) Die SPH steht auf dem Boden der internationalen Verständigung u. des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung eines Grenzlandes über ihre staatliche Zugehörigkeit. Als Partei der Werktätigen Südschleswigs will sie eine Brücke der Verständigung zwischen den Arbeiterparteien Deutschlands und Dänemarks sein. ...

Verwaltung.

Die SPH will eine Selbstverwaltungs-Organisation, die das Volk auf der Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert:

Restlose Säuberung der Verwaltung von Nazis und nazistischen Einflüssen. Völlige Beseitigung des selbtherrlichen preussischen Geistes in der Verwaltung.

Auf die örtlichen Besonderheiten ist bei der Besetzung der höheren Verwaltungsstellen Rücksicht zu nehmen.

Den Kreisen, Städten und Landgemeinden ist weitgehend Selbstverwaltung einzuräumen.

Für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse ist Volksabstimmung einzuführen. ...

Wirtschaftspolitik.

Im Kampf gegen das kapitalistische System fordert die SPH:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation

der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Beseitigung der kapitalistischen Interessengemeinschaft, Kartelle und Trusts und Umgestaltung in gemeinnützige Genossenschaften und Unternehmungen.

Verstaatlichung der Großbanken und schärfere Kontrolle der übrigen Banken und Börsen. ...

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Bauwuchers.

....

Justiz.

Die SPH bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter...

....

Sie fordert ...

Im Strafrecht Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung

Im Strafvollzug den Geist der Humanität und das Erziehungsprinzip

...

Finanzen und Steuern.

....

Gleichmässige und einheitliche Steuerveranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten.

....

Steuerfreiheit für ein ausreichendes soziales Existenzminimum. Weitgehende Schonung des Massenverbrauchs.

Internationale Politik.

Die SPH ... fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte. Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Die Antwort der Militärregierung auf diesen Antrag ging am 14. Januar 1947 ein: Das Hauptquartier in Kiel teilte Georg Beckmann »persönlich und vertraulich« mit, »dass eine solche Partei nicht anerkannt werden wird und infol-

gedessen auch keine entsprechenden vorbereitenden Versammlungen abgehalten werden dürfen«, gezeichnet H. Lewis, Oberstleutnant, Kreisoffizier der Landkreise Husum und Eiderstedt. Das Flensburger Tageblatt wußte am 25. Januar 1947 zu berichten, daß man auch in Eiderstedt »ein solches Verbot von der Militärregierung erhalten hatte«. Beckmann lud daraufhin Samuel Münchow, N. Reiser, Hermann Clausen und den Husumer Richard Schulze zu einer Besprechung am 13. Februar ein. Am Abend dieses Tages entwarf man ein langes Schreiben an den Alliierten Kontrollrat in Berlin, in dem gegen die »ablehnende und sogar unbegründete« Behandlung der SPS-Anträge durch das Hauptquartier der Militärregierung 312 in Kiel protestiert wurde. Das Protestschreiben sollte von dem dänischen Verbindungsoffizier Oberstleutnant Hans Lunding befürwortet und an die Militärregierung geleitet und auch der dänischen Sozialdemokratie vorgelegt werden. Die dänischen Sozialdemokraten reagierten nicht. Hans Lunding sandte das Schreiben jedoch nicht an die Militärregierung, weil der Südschleswigsche Verein »sich stärkstens darum bemühte«, das ganze Vorhaben zu »sabotieren«, wie eine Notiz Beckmanns aus dem Jahr 1948 verrät. Deshalb wandte die »SPS« sich Mitte Mai 1947 direkt an den Alliierten Kontrollrat.

Flensburg Avis hatte schon am 21. Februar 1947 mitgeteilt, daß keine der außerhalb Flensburgs bestehenden dänischgesinnten sozialdemokratischen Gruppen anerkannt worden sei. Es handelte sich um die »Parteiabteilungen« im Landkreis Flensburg, in Schleswig, Husum, Eiderstedt und Eckernförde. Vom Landkreis Südtondern und dem nördlichen Teil des Landkreises Rendsburg waren keine Anträge eingereicht worden. Trotz der Proteste kam es nie zur Bildung der Sozialdemokratischen Partei Südschleswig.

Der Alltag kehrt ein

Innerhalb der SPF entfalteten wir nun ein reges Parteileben. Mindestens einmal im Monat tagten jeweils der Vorstand, das Vertrauensmännnergremium und die Parteiversammlung. Die Stadtverordnetenfraktion kam gewöhnlich einmal in der Woche zusammen. Sehr oft fanden auch gemeinsame Sitzungen von Parteivorstand und Fraktion statt.

Ich habe, auch später nicht, keine Organisation erlebt, die ihre Vertrauensmänner und Mitglieder so umfassend über die Lage unterrichtet und auf dem Laufenden gehalten hat, wie die SPF. Hier herrschte im wahrsten Sinne des Wortes Basisdemokratie.

Trotz aller Aktivitäten stand allerdings eines unumstößlich fest: wir waren in unserer Arbeit auf die Stadt Flensburg beschränkt. Offen für uns war dagegen die Zusammenarbeit mit den dänischen Organisationen.

Kurz nach der Gründung der SPF wurde ich Vorsitzender der Jungsozialisten. Es sollte aber nicht lange dauern, bis ich direkt in den Vorstand der SPF gewählt wurde, ab 1951 war ich ihr zweiter Vorsitzender.

Unstimmigkeiten zwischen den Jungsozialisten und dem Parteivorstand gab es nicht. Die etwa 30 Mitglieder starke Gruppe, darunter einige Ehepaare, setzte sich aus jüngeren Personen zusammen, die zu diesem Zeitpunkt ausnahmslos dem Kurs der Partei folgten. Im Kampf um Südschleswigs nationale Zukunft standen sie eindeutig auf der Seite der SPF.

Veränderungen innerhalb der Partei oder des Vorstandes mußten der britischen Militärregierung mitgeteilt werden. Der Sitz dieser Besatzungsbehörde war das Hotel Woest am Neumarkt. Hier residierte u.a. ein Mister Walker, der mich, nach meiner Wahl zum Vorsitzenden der Jungsozialisten, zum Verhör bestellte. Ich war »clean«. Mein Entnazifizierungspapier lautete auf »*Nicht betroffen*«.

Wenn hier vom Alltag die Rede ist, so ist dies natürlich aus der damaligen Sicht zu verstehen. Erst in der Erinnerung wird einem deutlich, wie turbulent die ersten Nachkriegsjahre waren. Aber solange man mitten im Geschehen steckt, erkennt man nicht, daß man an der »Geschichte« teilhat – oder sogar »Geschichte macht«.

Die Probleme verschwanden nicht, sie wurden nicht einmal weniger. Um die Begrenzung auf Flensburg zu sprengen, waren wir auf die Zusammenarbeit mit den Organisationen der dänischen Minderheit angewiesen. Dieser Zusammenarbeit standen keine Schwierigkeiten entgegen. Es gab nicht viele SPF-Mitglieder, die nicht auch Mitglied einer der zahlreichen dänischen Organisationen waren. Das galt ab August 1948 sogar für den SSW [Südschleswigscher

Wählerverband]. Auf der ersten Sitzung des Landesvorstandes des SSWs und des Geschäftsausschusses des Südschleswigschen Vereins am 6. August 1948 in Flensburg Hus wurde das Problem SSW-SPF kurz angeschnitten. Samuel Münchow und Hermann Clausen betonten dabei, daß die SPF als Partei unbedingt weiterbestehen müsse, »und zwar aus Prestige Gründen gegenüber den deutschen Sozialdemokraten«. In den Satzungen der SPF und des SSW wurde dann ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die gleichzeitige Mitgliedschaft in diesen beiden politischen Organisationen toleriert werde. Außerdem hatten die meisten Eltern ihre schulpflichtigen Kinder in den dänischen Schulen.

Über die Taktik, den Weg und die Wirkungsmöglichkeiten der SPF in dieser Zusammenarbeit mit den dänischen Organisationen waren keine Diskussionen erforderlich. All das ergab sich von selbst. Ohne Schwierigkeiten konnte der SPF-Mann Hermann Olson als SSF-Kandidat für den Wahlkreis 1, Flensburg-Nord und West, nominiert und auf der Landesliste abgesichert werden. Der SSF-Kandidat im Wahlkreis 2, Flensburg-Ost, Samuel Münchow, war ebenfalls SPF-Mitglied. Er galt jedoch in erster Linie als SSF-Mann. Der SSF erhielt für die Zeit der Landtagswahl im April 1947 den Status einer politischen Partei. Das gab ihm die Möglichkeit, eine Landesliste aufzustellen. Über diese Liste zogen dann neben den beiden in Flensburg direkt gewählten Kandidaten vier weitere SSF-Leute in den Landtag ein. Unter diesen befand sich Berthold Bahnsen aus Lindholm, der Vertreter der nationalen Friesen.

Doch auch Kritisches ist anzumerken. Wenn ich vom Schulter schluß zwischen der SPF und den dänischen Organisationen spreche, so muß ich leider hinzufügen, daß unsere enge Anlehnung an die dänischen Organisationen von dänischer Seite nicht immer genügend gewürdigt worden ist. Zu den Verhandlungen der dänischen Führung in Südschleswig mit reichsdänischen Verbänden oder Parteien, mit Repräsentanten der dänischen Regierung und wichtigen Behörden wurden nie SPF-Vertreter hinzugezogen. Die SPF wurde hinterher unterrichtet. Aber das war nicht genug und konnte ein gewisses Unbehagen nicht ausräumen. – Ich kann mich allerdings nicht beklagen. Das lag jedoch an meiner besonderen Position zwischen SPF und SSF/SSW. Als Vertreter der SPF gehörte ich ab 1948 dem Rat der Stadt Flensburg an. Gleichzeitig war ich der erste Landessekretär des 1948 gegründeten Südschleswigschen Wählerverbandes [SSW]. Danach war ich dann der vom SSF vorgeschlagene und von der Landesregierung angestellte Sekretär des im Zusammenhang mit der Kieler Erklärung gebildeten Verständigungsausschusses für den Landesteil Schleswig. Darüber hinaus war ich mehrere Jahre hindurch Mitglied des SSW-Landesvorstandes. Ich bekam also so gut wie alle Informationen aus erster Hand. Natürlich gab ich sie umgehend an unseren Parteivorsitzenden N. Reiser

WAHLSPRUCH

des
S S V

Die Heimat Euch erhalten,
Die Zukunft selbst gestalten,
Die Stände Hand in Hand
und frei im freien Land!



Südschleswig

den

Südschleswigern!



S. S. Flensburg DC 99 11989 70000 4.47 Kl. C 4/78

Kandidaten

des

Südschleswigschen Vereins

I. Kandidaten zur direkten Wahl:

Wahlkreis:

1. Ehemal. Redakteur **Johs. Oldsen, Lindholm**
2. Pächter **Carsten Boysen, Risum**
3. Geschäftsführer **H. Olson, Flensburg**
4. Schlossermeister **S. Münchow, Flensburg**
5. Graf **Reventlow-Criminil, Glücksburg**
6. **Dr. L. C. Peters, Husum**
7. Bürgermeister **H. Clausen, Schleswig**
8. Rektor **Svend Johannsen, Schleswig**
9. Hofbesitzer **Heinrich Lau, Söby**
10. Hofbesitzer **Otto Andresen, Vollerwiek**
11. Hofbesitzer **Ferd. Timm, Seeth**
12. Hofbesitzer **Hans Hauser, Bargstall**
13. Pensionist **Th. Schwerdt, Büdelsdorf**
14. Kohlenhändler **Karl E. Petersen, Eckernförde**

II. Kandidaten zur Landesliste:

1. Schlossermeister **S. Münchow, Flensburg**
2. Graf **Reventlow-Criminil, Glücksburg**
3. Bürgermeister **H. Clausen, Schleswig**
4. Geschäftsführer **H. Olson, Flensburg**
5. Hofbesitzer **Chr. Mahler, Haurup**
6. Zweigstellenleiter **Berth. Bahnsen, Leck**
7. Rektor **Svend Johannsen, Schleswig**
8. Rektor **Niels Bøgh-Andersen, Harrisleefeld**
9. Bürgermeister **H. Wiebner, Tönning**
10. Pächter **Carsten Boysen, Risum**
11. **Dr. L. C. Peters, Husum**
12. Hausfrau **Lissi Neumann, Flensburg**
13. Hofbesitzer **H. Lau, Söby**
14. Hofbesitzer **Otto Andresen, Vollerwiek**
15. Hofbesitzer **Ferd. Timm, Seeth**
16. Hofbesitzer **Hans Hansen, Bargstall**
17. Pensionist **Th. Schwerdt, Büdelsdorf**
18. Kohlenhändler **Karl E. Petersen, Eckernförde**
19. Ehemal. Redakteur **Johs. Oldsen, Lindholm**
20. Hofbesitzer **August Lorenzen, Löwenstedt**
21. Viehhändler **Louis Jacobs, Husum**
22. Hofbesitzer **A. L. Büchert, Billschau**
23. Kaufmann **Wilhelm Rerup, Flensburg**
24. Hofbesitzer **Detlef Lassen, Strucksdorf**
25. Hofbesitzer **Jacob Thomsen, Norwegen, Mohrkloch**
26. Bürgermeister **H. Mader, Friedrichstadt**
27. Mühlenbesitzer **Fr. Wüstenberg, Gyby**
28. Hofbesitzer **Chr. Marcussen, Brarup**
29. Hofbesitzer **Theodor Schlör, Missunde**

weiter. Meine eigenen sehr guten Verbindungen zu SSF und SSW dürften der Grund dafür gewesen sein, daß mir der fehlende offizielle Kontakt zwischen SSF/SSW und SPF damals nicht immer aufgefallen ist. Nachdenklich wurde ich erst später, nämlich nach einem Gespräch mit Iver Callø aus Eckernförde. Er hatte innerhalb des SSF und des SSW immer wieder darauf gedrängt, die SPF stärker in gemeinsame Aktionen einzubinden. Unser Gespräch hat wahrscheinlich kurz nach Abschluß der »SPF-Geschichte« stattgefunden, also viel zu spät.

Daß man die SPF-Vertreter nicht mehr als geschehen berücksichtigt hat, mag u.a. an Sprachproblemen gelegen haben. Außer Erwin Schöllhorn, Richard Vosgerau, Georg Ruser und mir sprachen die anderen führenden SPF-Politiker kaum oder überhaupt nicht dänisch. Zwischen SSF und SPF gab es sonst keine Sprachprobleme. Es konnte sie überhaupt nicht geben. Auf allen Distrikts- und Vertrauensmännerversammlungen sprach man deutsch. Deutsch war in den ersten Jahren auch die Verhandlungssprache des SSW Landesvorstandes. Hier hat sich in den letzten Jahrzehnten natürlich vieles geändert.

Schulprobleme in Flensburg

Bereits ab Sommer 1946 bereitete die britische Militärregierung sich darauf vor, der Landesregierung größere Verantwortung und weitere Kompetenzen zu übertragen. Um eine Neuordnung des mächtig angewachsenen dänischen Schulwesens durchführen zu können, setzten die Briten einen Ausschuß ein. Er bestand aus Vertretern der dänischen Minderheit und der Kieler Regierung.

Nach mehreren Sitzungen lief dieser Ausschuß am 2. Mai 1947 wieder auseinander, ohne zu einem Ergebnis gekommen zu sein.

Daraufhin plante die sozialdemokratische Kieler Regierung ein Umschulungsverbot, also den Wechsel der Schüler von deutschen zu dänischen Schulen zu verbieten. Dieses veranlaßte die Flensburger Ratsversammlung, am 16. Mai 1947 zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten. Hugo Hellwig gab für die SPF eine Erklärung ab.

Er würdigte zunächst die Bemühungen während der Weimarer Zeit, in der man von allen Seiten bestrebt gewesen war, »eine Befriedung im Grenzgebiet zu erzielen«. Die Minderheitenrechte wurden in einer Zeit geregelt, »als noch der Geist von Weimar vorherrschend war, und Duldsamkeit und Toleranz auch im politischen Leben Geltung hatten«. »Als die Schulfrage geregelt wurde, stellte man weder von der einen noch von der anderen Seite die Frage, ob Vorteil oder Nachteil damit verbunden sei, sondern man fragte nur: Was ist Recht.« Er beklagte dann den Niedergang der politischen Moral in Deutschland. Die kurze Geschichtsperiode demokratischer Versuche wurde »infolge des Durchbruchs des alten preußisch-militaristischen Geistes, dem das Prinzip der Staatsmacht und der Staatsgewalt obenan steht«, beendet. Das deutsche Volk verscherzte sich jeden außenpolitischen moralischen Kredit, den das neue Deutschland heute wieder zurückgewinnen müsse. Es müsse daher dem Ausland das Gefühl geben, daß »Toleranz und Duldsamkeit in Deutschland zur Grundlage des öffentlichen Lebens werden«. Er bedauerte zutiefst, daß die derzeitige minderheitenfeindliche Initiative von einer sozialdemokratischen Regierung ausging und forderte die Kieler Regierung auf, zu Verhandlungen nach Flensburg zu kommen, ehe sie ihre Absichten in einem Gesetz verankere.

Beendet wurde dieser Streit durch ein Übergangsregulativ der Britischen Militärregierung vom 23. Mai 1947. Es war ein Kompromiß, mit dem wir leben konnten.

Die SPD in der deutschen Einheitsfront

Im Zuge der Wiederbelebung der Presselandschaft in Schleswig-Holstein ließ die britische Militärregierung auch für Flensburg eine überparteiliche Zeitung zu. Das *Flensburger Tageblatt* erhielt seine Lizenz am 4. April 1946. Die Lizenzträger waren Ludwig Iversen, Thomas Andresen und Hans Harloff.

Auf Betreiben der Kieler Sozialdemokraten wurde Hans Harloff, der sich zur SPF bekannte, im Sommer 1947 durch den linientreuen Sozialdemokraten Dr. Werner Petersen ersetzt. Georg Macknow kam als vierter Lizenzträger hinzu.

Der »Fall Harloff« war für die Partei ein Anlaß, die Öffentlichkeit zu alarmieren. In einer ordentlichen Mitgliederversammlung am 4. Juli 1947 im Gewerkschaftshaus wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Mitglieder der SPF Hans Harloff ihr Vertrauen aussprachen: »Die Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Flensburg (SPF) nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Entziehung der ihrem Vertreter erteilten Lizenz als Firmenträger des Flensburger Tageblattes. Sie erblickt in dieser Handlung eine mit demokratischen Grundsätzen nicht zu vereinbarende Maßnahme«. Es wurde betont, daß dieser Lizenzentzug einer politischen Entrechtung eines großen Teils der Flensburger Bevölkerung gleichkomme. Presse- und Meinungsfreiheit seien die Grundlage der Demokratie. Gegen sie werde mit dieser Maßnahme in einer Weise verstoßen, die das Zutrauen zum demokratischen Aufbauwillen schwer erschüttere.

Der Protest war vergebens. Die SPF blieb weiterhin von der Teilhabe an dem »überparteilichen« Flensburger Tageblatt ausgeschlossen.

Hier und da wurde nun über die Möglichkeit diskutiert, eine eigene Zeitung herauszugeben. Hugo Hellwig, der bis 1933 Redakteur der Flensburger Volkszeitung gewesen war, und Hermann Olson zeigten sich besonders interessiert. Man blieb aber in den Vorgesprächen stecken.

Soweit mir bekannt ist, versuchte Flensborg Avis damals eine deutschsprachige Beilage herauszugeben. Aber auch diese Bemühungen blieben erfolglos. Wahrscheinlich verweigerten die für diese Frage zuständigen Engländer ihre Zustimmung.

Die SPD unterschied sich in ihrer Haltung uns gegenüber in nichts von den bürgerlichen Parteien. Sie stand mit in der deutschen Einheitsfront gegen uns. Für die SPD waren wir nichts anderes als Irredentisten, Vaterlandsverräter und Speckdänen. Immer wieder wurde zwischen »echten« und »unechten« Dänen unterschieden. Diese kritisch/feindliche Einstellung gegen die SPF prägte auch

einen Artikel, der am 24. September 1947 in der in Kiel erscheinenden sozialdemokratischen »Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung« veröffentlicht wurde. Der Verfasser dieses Artikels, ein Dr. P. (der Harloff-Nachfolger?) aus Flensburg, glaubte feststellen zu können, daß das Ausbleiben dänischer Lebensmittelpakete viele Flensburger zur Rückbesinnung veranlaßt habe, und daß diese Flensburger sich in Kürze sicherlich wieder der SPD anschließen würden. Wir, die noch den Klang der lautstarken Schumacher-Rede im Ohr hatten, stutzten natürlich über die Behauptung, die »dänisch gesinnte Gruppe der Sozialdemokraten« hat »sich im Juli 1946 .. von der SPD abgespalten«. Verletzend war der Vorwurf, die SPF würde »die proletarische Solidarität verleugnen«. Die positiv klingende programmatische Feststellung, daß die SPD das Recht der kulturellen Autonomie der echten Minderheit anerkenne und fördere, konnten wir kaum auf uns beziehen, da wir von der schleswig-holsteinischen SPD als »unechte Dänen« angesehen wurden.

Der Vorstand der SPF reagierte umgehend. Seine Stellungnahme wurde am 30. September 1947 in dänischer Sprache in Flensburg Avis veröffentlicht. Es handelte sich um eine polemische Gegendarstellung, dies erklärt den ironischen Unterton der auf der Titelseite der Zeitung abgedruckten Antwort an Kiel »Vi holder fast ved vort Standpunkt!«.

Die fehlende Sachkenntnis des neuen Grenzkämpfers -so die SPF- erklärt, warum er die Lebensmittelpakete zum Mittelpunkt des Südschleswig-Problems macht. Das sei ihm verziehen, er weiß es eben nicht besser und hat sich wahrscheinlich auch nicht um tiefergehende Einsichten bemüht. Da er von einer Abspaltung schreibt, kann ihm nicht einmal Schumachers klassische Wort »Ich erkläre hiermit den Kreisverein Flensburg für ausgeschlossen und aufgelöst« bekannt sein. Damals verrechnete man sich, man glaubte einen kleinen Kreis leitender Funktionäre zu treffen – und mußte dann feststellen, daß – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – eine geschlossene Mitgliederschar an ihrer Entscheidung in der Grenzfrage festhielt. Was den in das »deutsch-nationale Fahrwasser« geratenen SPD-Grenzkämpfern ständig Kopfschmerzen bereitet, ist die Tatsache, daß die alten Flensburger Genossen auch ihre sozialdemokratische Gesinnung nicht aufgegeben hatten. Da man sich auf der Seite der SPD durch die politische Einheitsfront (mit den bürgerlichen) und durch Teilnahme am neu gegründeten Schleswig-Holsteinischen Heimatbund belastet hat, dürfte der Nachweis schwer fallen, daß der Begriff Sozialdemokratie in der SPD in einer besseren und höheren Form als bei der SPF verwirklicht wird. Aber die SPD ist ja großherzig, sie bietet den SPF-Mitgliedern die Möglichkeit an, ihre Einstellung zu revidieren. Diese Möglichkeit hat man allerdings auch innerhalb der SPF – und zwar mit und ohne Zustimmung der SPD. Die Überredungsversuche der SPD werden jedoch nur geringe Chancen haben,

»denn sämtliche Mitglieder der SPF halten unverändert an ihrer Resolution vom 5. Juli 1946 fest«.

Der SPF-Vorstand tat noch einen weiteren Schritt, um sich die Zustimmung seiner Mitglieder zu sichern. Auf einer stark besuchten Parteiversammlung am 3. Oktober 1947 wurde folgende Resolution angenommen:

»Die Sozialdemokratische Partei Flensburg hält unverändert an ihren in der Resolution vom 5. Juli 1946 formulierten Forderungen fest.

Das sind

- 1) Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für die Bevölkerung Südschleswigs.*
- 2) Durchführung einer Volksabstimmung, ob sofort oder nach Ablauf einer gewissen Frist ist unwesentlich.*

Weder die wirtschaftliche oder die politische Entwicklung in den deutschen Ländern, noch die Behandlung der Südschleswig-Frage in Dänemark können die SPF veranlassen, ihre Formulierungen vom 5. Juli 1946 zu revidieren. Eine so tief in das Leben jedes einzelnen Grenzlandbewohners wie in das politische Leben beider beteiligten Staaten einschneidende Angelegenheit kann nicht einer zeitbedingten Zufallsentscheidung überlassen werden, sondern die Lösung muß den Abschluß einer organischen Entwicklung bilden. Eine solche endgültige Lösung wurde im Jahre 1920 nicht erreicht. Da es sich damals um den ersten Versuch handelte, das Selbstbestimmungsrecht zur Anwendung zu bringen, Erfahrungsgrundsätze aber fehlten, erkennt die SPF das Ergebnis von 1920 nicht als die endgültige Lösung des deutsch-dänischen Grenzproblems an. Es hat sich im Laufe der Jahre gezeigt, daß im Jahr 1920 eine Scheidung der Bevölkerung Südschleswigs nach Volkszugehörigkeit nicht in befriedigender Weise erreicht worden ist. Nur wenn eine solche Scheidung in bestmöglicher Weise durchgeführt ist, kann man von einer endgültigen Liquidierung der deutsch-dänischen Grenzfrage sprechen.

Flensburg, den 3. Oktober 1947«

In der Hitze des Gefechts fiel wohl keinem auf, daß in dieser Resolution wesentliche Formulierungen der Erklärung vom 5. Juli 1946 fehlten. Die zentrale Botschaft vom Juli 1946, daß nämlich die nationale Frage aus der Parteidiskussion herausgehalten werden sollte und daß auf die Mitglieder in nationalpolitischer Hinsicht kein Druck ausgeübt werden durfte, wurde 1947 durch die Forderung nach einer – irgendwann einmal erneut abzuhaltenden – Volksabstimmung verdrängt. Das entsprach der Zeitlage, das entsprach dem

Willen der fast einhunderttausend dänisch orientierten Wähler, die bei der Landtagswahl im April 1947 ihre Stimme den Kandidaten des SSF gegeben hatten.

Die prodänische Bewegung in Südschleswig näherte sich ihrem Höhepunkt – und damit verschärfte sich auch der deutsch-dänische Gegensatz. Die Resolution macht drüber hinaus noch sichtbar, daß sich die SPF gegen die in der »Oktobernote« (1946) formulierte dänische Regierungspolitik sträubte.

Die Parteispitzen der SPD und der dänischen Sozialdemokratie treffen sich in Nürnberg

Vom 29. Juni bis zum 2. Juli 1947 fand in Nürnberg der zweite Parteitag der SPD nach 1945 statt. Auf diesem Parteitag hielt Dr. Schumacher sein zweistündiges Referat mit dem Thema »Von der Freiheit zur sozialen Gerechtigkeit«. Diese Rede galt lange Zeit als Richtschnur sozialdemokratischer Politik. Sie wurde in Hunderttausenden von Exemplaren in den Westzonen und in der Ostzone verteilt. Ihr Inhalt waren Antikommunismus, der Glaube an die Sonderstellung der SPD in der demokratischen Erneuerung Deutschlands und die Verachtung der »Cliques« eines längst überholten Wirtschaftssystems, dazu kamen dann noch einige Themen der aktuellen Politik wie Lob des Marshallplans als eine vernünftige Hilfsaktion der Amerikaner, die Forderung nach Abbau der Demontagen u.a. Die SPD diskutierte auf diesem Parteitag die zukünftige Verfassung einer Deutschen Republik, die nach der Literatur über diesen Parteitag ein westdeutscher und kein gesamtdeutscher Staat sein konnte. In unserem Zusammenhang ist wichtig, daß am 1. Juli H.C. Hansen und Frede Nielsen mit Dr. Schumacher und Erich Ollenhauer sowie mit den Schleswig-Holsteinern Ministerpräsident Hermann Lüdemann, Landesminister für Volksbildung Wilhelm Kuklinski, Kiels Oberbürgermeister Andreas Gayk, Rudolf Katz und Heinrich Fischer sprechen konnten. Es ging dabei, wie die dänische Seite betonte, nicht um prinzipielle Fragen sondern um sechs konkrete Probleme, die diskutiert werden sollten.

Zuerst griffen die dänischen Vertreter die Frage der Anerkennung des Südschleswigschen Vereins als politische Partei auf. Die letzten Wahlen in Südschleswig hatten ergeben, daß über die Hälfte der Einheimischen sich zum SSV/SSF [Südschleswigscher Verein/Sydslesvigsk Forening] bekannt hatte, schon aus diesem Grund drängte sich eine Anerkennung des SSF als Partei auf. Aus prinzipiellen Gründen müßten die politischen Rechte aller gesichert sein. Die Deutschen in Nordschleswig besitzen die volle Gleichberechtigung, also auch das Prinzip der Gegenseitigkeit fordert die Anerkennung des SSF, so die Argumente der dänischen Sozialdemokraten. Lüdemann wehrte ab, »die Anerkennung hängt von der Besatzungsmacht ab. Wir haben sie nicht verhindert«. Kuklinski: »Wir haben an und für sich nichts dagegen. Wenn die Zulassung (als politische Partei) nicht gegeben worden ist, dann wahrscheinlich deshalb, weil die Engländer nicht an die Echtheit und Dauer der dänischen Bewegung

glauben. Sie behaupten, daß viele Flüchtlinge Mitglieder des SSF seien.« Katz meinte: »Der Kern ist, wie echt ist die Bewegung.« Wir (die dänischen Vertreter): »Nein, der Kern ist, daß in Nordschleswig die Deutschen aufstellen können, und daß wir nicht danach fragen, wer Mitglied der Minderheit ist. Wenn wir solange warten sollen, bis sich die Lage in Südschleswig geklärt hat, dann kann es geschehen, daß wir fünfzehn bis zwanzig Jahre warten müssen. Für uns ist entscheidend, daß die SPD nichts gegen eine Anerkennung hat.« Gayk: »Die SPD hat nichts mit der Sache zu tun.« Fischer: »Für eine politische Anerkennung sind die Voraussetzungen in Nord- und Südschleswig völlig verschieden. Was in Nordschleswig möglich ist, ist bei uns nicht möglich.« Katz: »Wenn wir gefragt werden, ist es zweifelhaft, was wir antworten werden.« Da Katz zu prinzipiellen Betrachtungen überging, mischte Ollenhauer sich ein, unterbrach ihn und unterstrich, daß die Dänen Recht hätten, daß man nicht über die Probleme der großen Politik reden sollte. H.C. Hansen und Frede Nielsen betonten, daß, wie man deutlich zu erkennen gegeben habe, auch die dänische Sozialdemokratie den großen Zahlen nicht so ohne weiteres traut. Dänemark stelle ja keine staatspolitischen Forderungen, das schaffe einen anderen Hintergrund und sollte (der SPD) eine Anerkennung der politischen Gleichberechtigung erleichtern. Doch Lüdemann war noch nicht zufrieden: »Sind die Deutschen in Nordschleswig eine separatistische Partei? Sie sind es nicht, und da haben wir den Unterschied.« Die dänischen Vertreter protestierten: »Nein, nicht ganz. In der Zeit von 1933 bis zum Krieg forderten die Nordschleswiger die Loslösung des Landesteils von Dänemark, und die Dänen dachten nicht im geringsten daran, ihnen die politische Gleichberechtigung zu nehmen. Diese Angelegenheit sollte nicht nur eine Sache für Schleswig-Holstein sein sondern eine der Sozialdemokratie ganz Westdeutschlands.« Lüdemann: »Die Verhältnisse in Südschleswig beruhen, so wie sie sich entwickelt haben, auf der Not Deutschlands. Für viele stellte sich die Frage, ob sie ihre Kinder in eine Schule mit Butter oder in eine ohne Butter senden sollten.« – Weiter kam man nicht.

Die nächsten Themen, zu viele Flüchtlinge verdrängen die Einheimischen in der Verwaltung des Landes und die in der Zwischenzeit, wie bereits geschildert, durch die Engländer gelöste Schulfrage, sind hier nicht so wichtig.

Bei dem fünften Problem ging es um eine deutschgeschriebene, dänische Zeitung. Flensburg Avis hatte schon früher eine deutschgeschriebene Beilage gehabt. (»Der Schleswiger«, der am 19. August 1937 von Goebbels Reichspropagandaministerium verboten worden war.) Nun wünschte »Flensburg Avis« diesen Schleswiger wieder aufleben zu lassen. »In Nordschleswig durften die Deutschen die Sprache benutzen, die sie wünschten«, war das dänische Argument. Gayk konnte den Unschuldsbeweis antreten: »Diese Sache wird

ausschließlich von den Engländern entschieden. Die Presse ist ihnen direkt unterstellt.«

ad 6, Wiederaufnahme der Verbindung (zwischen SPD und SPF).

Wir (die dänische Seite): Wir möchten die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Verbindung zwischen SPD und der Sozialdemokratie in Südschleswig zur Sprache bringen. Ihr Ausschluß war keine kluge Handlung, und es wäre gut, wenn die Verbindung wieder hergestellt werden könnte. Wir sehen gerne eine Initiative von Eurer Seite.

Lüdemann: Die Verhältnisse haben sich seit damals, als der Ausschluß vollzogen wurde, wohl kaum geändert.

Dr. Schumacher: Es ist ein allgemeiner und entscheidender von uns getroffener Beschluß, daß die Mitgliedschaft in einer separatistischen Bewegung mit der Mitgliedschaft in der SPD nicht zu vereinen ist, und dieses Prinzip ist von der englischen Militärregierung anerkannt worden. Wir hätten sie überaus gerne als Mitglieder, wenn es sich um echte Dänen handelte.

Gayk: Die Südschleswiger sind so fest entschlossen, für die Loslösung zu arbeiten, daß es kaum eine Brücke zwischen ihnen und uns geben wird.

Kuklinski: Man ist auf der dänischen Seite so fanatisch, daß man in einem oder vielleicht auch mehereren Fällen Mitglieder aus dem Südschleswigschen Verein ausgeschlossen hat, weil der Sohn des Mitglieds bei uns aktiv gewesen ist.

(Es wurde beschlossen, daß man von Kieler Seite diese Behauptung durch Beweise belegen soll).

Dr. Schumacher: Die dänische Kultur, eine echte dänische Minorität erkennen wir an, die unechten Dänen nicht.

— — —

Das Ergebnis des Zusammentreffens (wahrscheinlich für die Presse):

...

2. Über die Anerkennung als politische Partei kann nichts gesagt werden.

3. Was die Wiederaufnahme der Verbindung zwischen Kiel und Südschleswig betrifft, wird die sehr schwierige Situation unterstrichen und es wird gesagt, daß die Sache nicht reif ist.

Am selben Tag führten H.C. Hansen und Frede Nielsen auch noch ein Gespräch mit Vertretern der schleswig-holsteinischen SPD. Es drehte sich um nahezu

dieselben Probleme wie vorher: Es ging um die vielen Flüchtlinge in leitenden Stellungen der Verwaltung in Schleswig und die Versetzung von Einheimischen nach Holstein, die von den Engländern geregelte Schulfrage und um die Entfernung der Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet.

»Wir besprachen schließlich rein parteimässig die Frage einer Wiederherstellung der organisatorischen und mitgliedsmässigen Verbindung zwischen den schleswigschen Sozialdemokraten und der offiziellen deutschen Sozialdemokratie. Dazu scheint es im Augenblick keine große Möglichkeit zu geben, denn man wünschte nicht, eine separatistische Haltung anzuerkennen, mit anderen Worten, dieses Verhältnis war für eine Entscheidung nicht reif, man betonte sorgfältig, daß die Partei sich selbstverständlich überall gegenüber Minderheitsgruppen wie gegenüber Deutsche im Allgemeinen verhalten werde, seperatistische Loslösungsbestrebungen ließen sich jedoch nicht mit der Hauptlinie der deutschen Sozialdemokratie vereinen, diese erstrebe eine Sammlung Deutschlands auf dem Gebiet der Weimarer Republik (paa Weimar Republikkens arealmæssige grund).«

Die dänischen Sozialdemokraten bemühten sich also um unsere Wiedervereinigung mit der SPD. Für die Kieler und für die gesamte SPD waren wir jedoch Separatisten, zählten auch nicht zu einer nationalen »Minderheitsgruppe« und waren damit nicht würdig, der SPD anzugehören. Über das wirklichkeitsfremde Deutschlandbild, ein Deutschland innerhalb der Grenzen der Weimarer Republik, zumindest der Kieler Sozialdemokraten soll kein Wort verloren werden. – Wir hegten ja unsere eigenen Vereinigungsillusionen.

Verbindungen zu dänischen Sozialdemokraten

Am 24. August 1947 besuchte der dänische Sozialdemokrat Svend Sørensen, Kopenhagen, uns in Flensburg. Er gehörte zu den Sozialdemokraten, die uns gegenüber positiv eingestellt waren. Er riet uns im Laufe des Gesprächs, innerhalb der Parteiorganisation dänische Sprachkurse einzurichten. Außerdem empfahl er uns die Gründung einer sozialdemokratischen Frauengruppe. Diese Maßnahmen, so meinte er, könnten Ausgangspunkte für bessere Verbindungen zu dänischen sozialdemokratischen Kreisen sein. Das war ein Anfang, der uns aber vorläufig nicht weiter brachte.

Wir freuten uns natürlich über jeden Kontakt mit Dänen und besonders mit der dänischen Sozialdemokratie und den Organisationen der dänischen Arbeiterbewegung – wie zu den Gewerkschaften, den Arbeitervolkshochschulen und ihren anderen Bildungseinrichtungen. Es sollte aber noch bis Mitte Mai 1948 dauern, bis unsere Bemühungen von Erfolg gekrönt wurden.

Mir war inzwischen ein fünfmonatiger Aufenthalt auf einer Volkshochschule in Dänemark genehmigt worden. Vorgesehen war die Zeit von November 1947 bis März 1948. Ich war – schon wegen meiner Zweisprachigkeit – im SPF-Vorstand die treibende Kraft in Sachen »Außenpolitik«, aufgrund meines kommenden Volkshochschulaufenthalts wollte ich vor dem Frühjahr 1948 jedoch nichts mehr groß in Gang setzen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs mit Sørensen erinnerten wir ihn daran, daß Hans Hedtoft (am 7. Dezember 1946) Reiser in Kopenhagen versprochen hatte, uns mit der Parteizeitung »Social-Demokraten« zu versorgen. Diese Angelegenheit war also damals trotz mehrerer Briefe noch nicht geregelt, obwohl die Engländer, wie bereits berichtet, bereits im Januar 1947 die Erlaubnis zur Einfuhr gegeben hatten. Außerdem baten wir ihn, die Partei zu veranlassen, uns mit Informationsmaterial zu versorgen, damit wir über alles, was in Dänemark geschah, über Fragen der Innen- und Außenpolitik, aus sozialdemokratischer Sicht unterrichtet werden konnten, denn die Sozialdemokraten waren ja unsere natürlichen Ansprech- und Gesprächspartner.

Der Anfang der neuen Zusammenarbeit mit dänischen sozialdemokratischen Organisationen sollte auf einer Vorstandssitzung am 29. April 1948 gemacht werden. Ich hatte zu diesem Zweck mehrere Tagesordnungspunkte angemeldet. Aber nur zwei von ihnen wurden behandelt. Ich war natürlich sehr verärgert und gab in erster Linie den »Multifunktionären« die Schuld. Zu diesem Zeitpunkt konnte ich noch nicht ahnen, daß auch ich bald einer sein

würde. – Allerdings möchte ich gleich anmerken und unterstreichen, daß ich durchgeführt habe, was ich übernahm. Ich mochte keine Halbheiten. Keine Funktion hat unter einer anderen gelitten. Dann verzichtete ich lieber auf den Posten.

Es gelang dann ziemlich schnell, in Dänemark eine ganze Reihe von Kontakten herzustellen.

Am 1. Mai 1948 nahmen wir an einer 1. Mai-Feier in Tønder teil. Sie wurde von den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten gemeinsam veranstaltet. Anwesend waren neben anderen auch Frede Nielsen. Bei dieser Gelegenheit gab der damalige Bürgermeister der Stadt, Bankdirektor Johann Jessen Paulsen, für uns Flensburger und einige Tonderaner ein Essen.

Vorsitzender der Sozialdemokraten in Tønder war der Vizebürgermeister Svend Aage Ørneborg. Bei diesem Besuch lernte ich Robert Huhle kennen, der damals Redakteur bei Sønderyjden war. Später wurde er Chefredakteur dieser in Sønderborg erscheinenden sozialdemokratischen Zeitung.

Während meines Volkshochschulaufenthalts hatte ich einen Artikel in der Zeitung Social-Demokraten gelesen, den der sozialdemokratische Landstingsabgeordnete Edwin Dose über eine Reise nach Bayern verfaßt hatte. Er war von einem Korrespondenten gefragt worden, ob er sich nicht vorstellen könne, auch einmal eine Reise nach Südschleswig zu machen. Er hatte geantwortet, daß er bisher für einen solchen Besuch noch keine Einladung bekommen hätte. Dem konnte nun abgeholfen werden. Ich ließ mir von unserem Vorsitzenden eine Einladung geben und schickte sie nach Kopenhagen. Edwin Dose kam nie zu uns!

Für den 26. und 27. November 1949 erhielten wir für unsere Jungsozialistengruppe eine Einladung zu einer Veranstaltung der dänischen Jungsozialisten nach Sønderborg. Hier sollten u.a. Frede Nielsen und Hermann Clausen sprechen. Außerdem war Gruppenarbeit vorgesehen, die von Per Hækkerup und Valdemar Paaskesen geleitet werden sollte. Leider hatten wir Paß- und Visumschwierigkeiten. Aus unserer Teilnahme wurde nichts.

Aber in den folgenden Wochen und Monaten gelang es uns, Verbindung mit Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, den Jungsozialisten [Danmarks socialdemokratiske Ungdom, DSU] und zu Arbejdernes Oplysningsforbund, AOF (dem dänischen Arbeiter-Bildungsverband, eine Organisation der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft), aufzunehmen. Persönliche Bekanntschaften und Freundschaften verstärkten diese Verbindungen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einige Personen nennen, die sich für uns besonders eingesetzt haben: Carl Petersen, Klavs Mølholm, Aage Poulsen, Peter Møller, Josefa Leißner, Bernhard Tastesen, Ib Linden, Per Hækkerup, Frede Nielsen, H.C. Hansen und Hans Hedtoft. Bei einigen Freundschaften

wurden die Kontakte auf die Familien ausgedehnt, hier seien vor allem Grethe Hækkerup und Ella Hedtoft genannt. Etwas später kam dann noch die wertvolle Freundschaft mit K.B. Andersen hinzu, dem späteren dänischen Außenminister und Folketingsvorsitzenden. Damals war er Leiter der Arbeiter-Volkshochschule in Roskilde.

Der Durchbruch vollzog sich eigentlich durch einen Brief von Per Hækkerup an Hermann Clausen, der das Schreiben umgehend an mich weiterleitete und bat, mich der Sache anzunehmen. Dieser Brief trägt das Datum vom 22. November 1949. Der Inhalt des Briefes diente auf der bereits erwähnten Zusammenkunft am 26. und 27. November 1949, zu der Hermann Clausen ohne uns reisen mußte, für Per Hækkerup und H. Clausen als Diskussionsgrundlage für eine künftige Zusammenarbeit mit uns.

Der Brief hat aus späterer Sicht eine, wenn auch kleine, historische Bedeutung. Von diesem Zeitpunkt an gestalteten sich die Verbindungen nach drüben immer enger. Kurz nach diesem für uns so wichtigen Kontakt wurde die deutsche Sozialdemokratie, zumindest deren Jugendorganisationen, in die Zusammenarbeit mit einbezogen. Die dänische Sozialdemokratie wollte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Südschleswig mit der SPF *und der SPD*.

Das erste Zusammentreffen mit Per Hækkerup fand in Kiel statt. Auf seiner Rückreise von Speyer, wo er in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des Internationalen Jungsozialistenverbandes zu tun gehabt hatte, nahm er am 12. oder 13. Dezember 1949 auf der Zuschauertribüne an einer Sitzung des Landtages in Kiel teil, anschließend besuchte er Hermann Clausen und mich.

Doch nun zu dem bereits genannten Brief vom 22. November 1949: Per Hækkerup schrieb an Hermann Clausen, »Mitglied des Bundestages«, teils weil sie 1948 bereits wegen eines Zusammentreffens in Flensburg in Briefkontakt gestanden hatten, und teils weil er die Adressen von SPF-Mitgliedern nicht kannte. Außerdem »erscheint es mir natürlich, mich an dich, den politischen Vertreter der dänisch gesinnten Südschleswiger, zu wenden, da die angesprochene Sache auch eine politische Seite hat«.

Die DSU plante damals ein gemeinsames deutsch-dänisches Seminar durchzuführen, an dem Vertreter aus dem Gebiet nördlich der Grenze und »dänisch gesinnte sowie deutsch gesinnte Vertreter aus dem Gebiet südlich der Grenze« teilnehmen sollten. Per Hækkerup begründete den Wunsch nach einer solchen Veranstaltung folgendermaßen:

1. DSU hatte zusammen mit anderen dänischen Jugendorganisationen einer Sammelaktion zugunsten der dänischen Jugendarbeit südlich der Grenze zugestimmt. Gleichzeitig hatte man empfohlen, bis die gemeinsame Aktion Er-

gebnisse erzielt hatte, mit Hilfe der Tagespresse Mittel, d.h. Geld, zu demselben Zweck zu beschaffen.

»Auf die gleiche Weise haben wir schon bei früheren Gelegenheiten, zusammen mit anderen dänischen Jugendorganisationen, unsere Unterstützung und Sympathie für die dänische Jugendarbeit in Südschleswig gezeigt. Wir wissen allerdings, daß einzelne dänische Jugendorganisationen eigene Kontakte mit ihren Bruder- oder Schwesterorganisationen in Südschleswig aufgenommen haben. Deshalb erscheint es uns natürlich, daß auch wir die Verbindung zur dänisch gesinnten sozialdemokratischen Jugend in Südschleswig suchen.

2. DSU hat seit dem Kriege eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den deutschen Jugendorganisationen DIE FALKEN und den Jungsozialisten erreicht. Diese Zusammenarbeit ist allerdings mit den (Bundes-) Verbänden eingegangen worden und durch die Zusammenarbeit zwischen einigen unserer Kreisorganisationen und einzelnen Bezirksorganisationen in Deutschland ergänzt worden. In dieser Zusammenarbeit ist Schleswig-Holstein die ganze Zeit als ein Vakuum betrachtet worden, das man umging. Dieser Zustand ist natürlich nicht haltbar, und schon gar nicht, wenn man daran denkt, daß vor 1933 eine enge Zusammenarbeit zwischen unserer Kreisorganisation in Nordschleswig und dem SAJ Bezirk Schleswig-Holstein bestanden hat. Sowohl bei unserer Kreisorganisation in Sønderjylland als auch bei den schleswig-holsteinischen Bezirksorganisationen der FALKEN und der Jungsozialisten besteht der starke Wunsch, zur Zusammenarbeit aus der Zeit von vor 1933 zurückzukehren. Wir sind der Auffassung, daß die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit unseren Kameraden in Schleswig-Holstein eine natürliche Sache ist, aber wir empfinden es als genau so natürlich, daß wir gleichzeitig den Kontakt zu den jungen dänischen Sozialdemokraten (in Südschleswig) aufnehmen.«

Nach der Verabschiedung der Kieler Erklärung vom 26. September 1949, so meinte Per Hækkerup, seien bedeutend bessere Voraussetzungen für die Abhaltung solcher Seminare geschaffen. »Der Geist der Versöhnung, für den das Abkommen stehen dürfte, muß weiter entwickelt werden.« »Wir müssen anfangen, so einen Kursus abzuhalten, auf dem deutsche Jungsozialisten sich mit dänischen Jungsozialisten von nördlich und südlich der Grenze treffen.«

Der Briefschreiber Per Hækkerup begnügte sich nicht mit historischen Rückblicken und Zukunftswünschen, er wurde auch konkret. Er regte an, ein Seminar zu veranstalten, auf dem eine Reihe von Grundsatzthemen erörtert werden sollte, und er schlug auch gleich die Anzahl der Teilnehmer vor und die

Organisationen, die vertreten sein sollten: 14 Teilnehmer der DSU, je 10 der SPF, der deutschen Jungsozialisten und deren Studentenorganisation aus der Bundesrepublik und Schleswig-Holstein. Ferner sollten noch je zwei Vertreter der Jungsozialisten der anderen nordischen Länder teilnehmen. Per Hækkerup strebte nämlich eine Zusammenarbeit an, die den gesamten nordischen Raum abdecken sollte. Die Themenkreise entsprachen der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises: Es sollte die Zusammenarbeit zwischen den nordischen und den deutschen Jugendorganisationen behandelt werden, hierzu gehörte auch die Zusammenarbeit zwischen Sønderjylland und Schleswig-Holstein. Die speziellen Probleme der Studenten, Sønderjylland nach 1920, die aktuelle Situation in Südschleswig (ein deutscher, ein dänischer und ein dänisch-südschleswigscher Referent!), die deutsche und die dänische Arbeiterbewegung waren einige der anderen Themen. Aufhorchen wird man bei dem Themenvorschlag: Die vereinigten Staaten von Europa. Der enge lokale Gegensatz in Südschleswig sollte also im weiten sozialdemokratisch-internationalen Rahmen eines kommenden europäischen Staatenbundes gesehen und wohl auch relativiert werden. Die Rednerwahl, dänische, deutsche und südschleswigsche Referenten, unter ihnen Frede Nielsen, Andreas Gayk und Hermann Clausen, macht deutlich, daß Per Hækkerup eine Aussprache anstrebte, die die gegensätzlichen Standpunkte nicht unter den Teppich kehrte.

Der Rahmen war damit abgesteckt. Nun galt es, an die Durchführung zu gehen. Die bisherigen Haupthindernisse waren Paß- und Visumschwierigkeiten gewesen. Ganz ausgeräumt waren sie auch damals noch nicht – aber überwindbar.

Mitte Februar 1950 erhielt ich Post aus Kopenhagen. In einem Brief vom 11. 2. 1950 bat Per Hækkerup mich, ein Treffen in Flensburg vorzubereiten. Es sollte eine Vorberechnung für das geplante Seminar sein. Er wünschte je zwei Vertreter der Jusos und der Falken, je einen aus Schleswig-Holstein und aus der Bundesrepublik, sowie je zwei Vertreter der DSU und der SPF eingeladen. Er selber wollte natürlich der eine Vertreter aus Kopenhagen sein, der andere war Ib Linden, DSU-Geschäftsführer. Als Termin schlug Per Hækkerup den 15. und 16. April 1950 vor. Außerdem bat er um die Möglichkeit, sich über »die dänische Bewegung unterrichten zu können«. Zusammen mit Ib Linden wollte er zwei Tage länger in Flensburg bleiben, um sich ein Bild über die Vorgänge südlich der Grenze machen zu können. Diesem Wunsch kam ich natürlich gerne nach. Gemeinsam mit dem Generalsekretariat des Südschleswigschen Vereins stellte ich ein Besuchsprogramm zusammen.

Konkrete grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die Vorbereitungen fanden dann wie geplant am 15. und 16. April 1950 im Magistratszimmer des Rathauses am Holm in Flensburg statt. Von deutscher Seite nahmen u.a. der Vorsitzende der Falken Erich Lindstädt und der spätere Bundestagsabgeordnete Werner Buchstaller, damals Vorsitzender der



*Jungsozialistentreffen 1950 auf der Arbeitervolkshochschule in Roskilde.
Carl Hagens (SPF), Per Hækkerup, W.L. Christiansen (SPF), und Børge Jensen (DSU).*

deutschen Jungsozialisten, teil. Neben Per Hækkerup und Ib Linden war noch Børge Jensen, Sekretär im Kopenhagener DSU-Büro, gekommen, da Ib Linden vorzeitig abreisen mußte.

Ziemlich am Anfang der Zusammenkunft gab es einen Mißton, auf den Per Hækkerup energisch reagierte. Diese Episode wird mir unvergeßlich bleiben.

Einer der deutschen Teilnehmer, der spätere Lübecker Senator Erich Riedel, meinte, der Teilnahme der SPF an dem geplanten Seminar, das im September stattfinden sollte, nicht ohne Genehmigung der Parteizentrale in Hannover zustimmen zu können. Diese Bemerkung rief bei Per Hækkerup einen Gefühlsausbruch hervor. Sinngemäß antwortete er E. Riedel, daß es unter anderen wohl auch die dänische Sozialdemokratie gewesen sei, die der deutschen Sozialdemokratie den Weg zur Normalisierung im Verkehr mit den übrigen europäischen Sozialdemokraten geebnet hätte. Und dann sagte er wörtlich: »Über eines müßt ihr euch klar sein, der Weg zu euch geht über Flensburg!«. Betretenes Schweigen. – Ich weiß nicht, ob Erich Riedel noch in Hannover nachgefragt hat.

Hauptgegenstand der Verhandlungen war die Vorbereitung des Seminars. Per Hækkerups Vorschläge wurden von allen Teilnehmern bestätigt und angenommen. Sie wurden in eine feste Form gegossen. Der Ton des Gesprächs entwickelte sich nach Hækkerups Klärung der »Episode« schnell freundschaftlich und kameradschaftlich.

Etwas über die damalige Situation sagt aber die Tatsache aus, daß die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung in ihrem Bericht über diese Zusammenkunft in Flensburg die Teilnahme der SPF verschwieg. Ich sandte diesen Zeitungsausschnitt an Per Hækkerup. Er war empört, weil ausdrücklich beschlossen worden war, daß *alle* teilnehmenden Gruppen in der Presseverlautbarung genannt werden sollten.

Im weiteren Verlauf der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verbesserte sich dann die Haltung der Presse zusehends.

Weitere Treffen mit praktischen Schwierigkeiten

Die Vorbereitung für die in Flensburg beschlossene Tagung sollte über ein halbes Jahr in Anspruch nehmen. Während dieser Zeit begann für uns ein reges Austauschprogramm mit der dänischen Sozialdemokratie.

Wir bekamen Besuch von prominenten Sozialdemokraten – und auch von vielen einfachen Mitgliedern der dänischen Sozialdemokratie. Unter anderen konnten wir Frede Nielsen, inzwischen schon fast ein alter Bekannter von uns, H.P. Sørensen, Oberbürgermeister von Kopenhagen, und den späteren Ministerpräsidenten Jens Otto Krag bei uns begrüßen.

Auch der Austausch zwischen unseren Jungsozialisten und den DSU-Gruppen gleich nördlich der Grenze gewann an Stärke. Trotz gelegentlich auftretender Paß- und Visumschwierigkeiten konnten wir unsere Aktivitäten ausweiten. Die Schwierigkeiten auf unserer Seite waren darauf zurückzuführen, daß wir für jede Einzelreise ein Visum benötigten. Die leitenden Persönlichkeiten der dänischen Minderheit hatten längerfristig laufende Pässe und Visa. An und für sich hätte ich als Landessekretär des Südschleswigischen Wählerverbandes ebenfalls so ein Dauervisum bekommen können. Aber ich wollte unter denselben Bedingungen wie meine Kollegen im SPF-Vorstand arbeiten, ich wünschte keine Sonderrechte.

Das in Flensburg vorbereitete Seminar kam dann erst zwei Monate später als ursprünglich geplant zustande. Es wurde vom 12. bis 18. November 1950 in Gråsten abgehalten. Die Vorfreude auf diese Veranstaltung wurde für uns noch durch die Mitteilung versüßt, daß DSU für »sämtliche Unkosten ab Grenze« aller SPF-Teilnehmer aufkommen werde.

Das Seminar konnte programmgemäß abgewickelt werden, obgleich nicht alle gewünschten Referenten zusagen konnten. So fand die grenzlandpolitische Diskussion nach einleitenden Referaten von Frede Nielsen, dem gerade abgewählten Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein Bruno Diekmann (für Andreas Gayk) und mir (für Hermann Clausen eingesprungen) statt. Die von den einzelnen vertretenen Standpunkte entsprachen den schon bisher aufgezeigten Positionen. Sie sollen deshalb nicht wiederholt werden.

Arild Hvidtfeldt, Social-Demokraten Redakteur für den außenpolitischen Stoff, leitete die Diskussion über die »Vereinigten Staaten von Europa« und sozialdemokratische Nationalitätspolitik ein. Es wurde diskutiert, ob die Grenzprobleme durch ein vereinigtes Europa besser gelöst werden könnten. Und man diskutierte einen dänischen Vorschlag, in Straßburg richtungswei-

sende Vorschläge über den Schutz von Minderheiten vorzulegen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Paul Bromme aus Lübeck sprach über die deutsche Arbeiterbewegung.

Das Seminar diente lediglich dem Gedankenaustausch. Irgendwelche Resolutionen oder andere offizielle Aussagen waren nicht vorgesehen.

Interessant war das Presseecho. Die sozialdemokratische Zeitung Sønderyden brachte ein Interview mit Per Hækkerup. Vor der Tagung hatte man von einem Experiment gesprochen, nach Abschluß des Seminars stellte man fest, daß das Experiment gelungen sei.

Auf unseren regelmäßigen Versammlungen der Jungsozialisten und auf den Versammlungen der SPF konnten wir laufend über neue Aktivitäten berichten. Die Parteiversammlung im Mai 1951 sei hier besonders hervorgehoben. Auf ihr wurde ein sehr umfangreicher Bericht der Jugendgruppe vorgelegt. Unsere Bilanz konnte sich sehen lassen, zumal die Jugendarbeit nach anfänglich guter Aktivität ab August 1946 durch meine Abwesenheit im Winter 1947/48 doch etwas gelitten hatte.

In den Monaten vor Mai 51 konnten folgende Kontakte wahrgenommen werden: Drei Mitglieder hatten einen Kursus des dänischen Arbeiter-Bildungsverbandes [AOF] besucht. Drei Mitglieder hatten an einem internationalen Jungsozialisten-Treffen in Stockholm teilgenommen. Acht Mitglieder unserer Gruppe waren für ein Woche in Roskilde auf der Arbeiter-Volkshochschule gewesen. Am gleichen Ort hatte ein Gruppenleiterseminar stattgefunden, zu dem wir zwei Vertreter hatten entsenden können. Hinzu kam dann die große Gruppe, die das bereits erwähnte Seminar in Gråsten mit den dänischen und deutschen Jungsozialisten und Falken sowie den sozialdemokratischen Studentenorganisationen beider Parteien besucht hatte.

In der Berichtszeit waren wir fast jeden Montag zusammengekommen. Auf diesen »Montagstreffen« waren die Berichte der Teilnehmer an den verschiedenen Veranstaltungen vorgelegt und Vorträge über eine bunte Themenreihe gehalten worden. Über die Arbeiterbewegung, Europas Zukunft, die historische, politische und wirtschaftliche Entwicklung unserer engeren Heimat, Kommunalpolitik, Außenpolitik, moderne Heilmethoden, die sozialdemokratische Arbeit in anderen Ländern u.s.f. waren einige der von uns behandelten Themen.

Vom 6. bis 8. August 1951 besuchten Erwin Schöllhorn, der später nach Amerika auswanderte, und ich einen großen Jungsozialistenkongreß in Göteborg. Die Einladung verdankten wir der DSU. An diesen Besuch erinnere ich mich nicht nur wegen der inhaltsreichen Tagung sondern auch wegen privater Erlebnisse im Zusammensein mit Per Hækkerup und einigen schwedischen Freunden. Es war in den Tagen der Krebsaison – und wir konnten dieses

Ereignis gebührend fröhlich und auch feucht feiern, was damals in Schweden gar nicht so einfach war. Ich feierte zugleich ein privates Wiedersehen mit Per Hækkerup, der während seines Aufenthalts in Flensburg bei mir zu Hause mein Gast gewesen war.

Erwähnenswert ist, daß Per Hækkerup zu jener Zeit nicht nur der Vorsitzende der dänischen Jungsozialisten sondern auch der Generalsekretär des internationalen Zusammenschlusses der Jungsozialisten war.

Carl Hagens, der spätere Chefredakteur der Südschleswigschen Heimatzeitung, und ich hatten in diesem Zeitraum ein DSU-Seminar der Arbeiter-Volkshochschule in Roskilde besucht. Zum Winterkursus 1951/52 lud der Leiter dieser Schule, K.B. Andersen, sechs junge SPF'ler ein. Doch leider kam die Einladung so spät, daß wir die Paß-, Visum- und Finanzprobleme nicht rechtzeitig lösen konnten.

Die überaus gute Zusammenarbeit mit den dänischen Jungsozialisten war sicherlich nicht zuletzt ein Ergebnis der persönlichen Freundschaft zwischen Per Hækkerup und mir. Neben harter Arbeit schätzten wir beide auch die fröhliche Geselligkeit. Das hat uns wohl, neben dem politischen Gleichklang, miteinander verbunden. Vielleicht motivierten auch die Nachwirkungen der Schumacher Rede und Handlung vom Juli 1946 die dänische Sozialdemokratie, trotz all ihrer aufgezeigten Vorbehalte, zur engen Zusammenarbeit mit uns.

Die Kieler SPD steigt aus dem Grenzkampf aus Erste Schwierigkeiten zwischen SSW und SPF

In ihrer Verteidigungspolitik gegen die neudänischen »Separatisten« hatte die SPD-Landesregierung in Kiel, wie bereits angedeutet, nach 1946 ein ausgeklügeltes System einer üblen Nadelstichpolitik entwickelt, die an preußische Zeiten erinnerte: die Umschulung der Kinder dänisch gesinnter Eltern von der deutschen in die dänische Schule wurde verboten oder stark verzögert. Südschleswigsche Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, die ihre dänische Einstellung offen bekannt hatten, wurden entlassen oder nach Holstein versetzt. Die politische Vergangenheit einzelner Mitglieder des Südschleswigschen Vereins wurde durchleuchtet, da man hoffte, das Ansehen des Vereins bei den Briten durch den Nachweis untergraben zu können, daß der SSF gegen Bestimmungen der Militärregierung verstoßen hatte, indem er NS-belastete Personen aufgenommen hatte. Heute erkennen wir, daß es sich damals um ein letztes Aufflackern eines aggressiven Grenzkampfs der SPD gegen die dänische Minderheit, und damit auch gegen die SPF, gehandelt hat. Denn bereits Ende 1948 wechselte die SPD-Landesregierung, vielleicht unter dem sanften Druck der Briten, zu einer gemäßigeren Politik über. Doch es gab auch konkrete Gründe für die neue Haltung der SPD.

Die Kreistagswahl vom 24. Oktober 1948 hatte den ersten Rückgang der bis dahin lawinenartig angewachsenen dänischen Wählerstimmen gebracht. Die Bundestagswahl vom August 1949 bestätigte dann die stark rückläufige Tendenz der dänischen Wählerzahlen. Innerhalb von zwei Jahren hatte die dänische Partei mit über 24.000 Stimmen etwa ein Viertel ihres Wählerpotentials eingebüßt. Die schleswig-holsteinische SPD gewann den Eindruck, daß von den dänisch orientierten Südschleswigern keine Gefahr mehr für die nördliche Grenze der Bundesrepublik ausging, und daß sich damit die Zeit des Grenzkampfes ihrem Ende zuneigte. Die SPD sah aber auch, daß die Spaltung der Partei im nördlichen Landesteil zu einer Schwächung geführt hatte, die überwunden werden mußte. Andreas Gayk kündigte deshalb das im Norden eingegangene Wahlbündnis mit den bürgerlichen deutschen Parteien auf. Nun konnte die SPD in Flensburg die nationalen Parolen über Bord werfen und

wieder sozialdemokratische Vorstellungen in die politische Auseinandersetzung einbringen. – Diese von Gayk angeregte Politik, die gegen Richard Schenck durchgesetzt werden mußte, sollte sich in den folgenden Jahren als für die SPD richtig erweisen, und das, obwohl die SPD bei der nächsten Kommunalwahl in Flensburg (am 29. April 1951) keine Mandate erzielte, denn Gayks neue Politik der nationalen Versöhnung ebnete die Gegensätze ein, die den Weg der SPF zur SPD versperrten.

Der entscheidende Anstoß zu einer ersten friedlichen Regelung in Schleswig kam jedoch von außen. Die britische Regierung zeigte im Oktober 1948 den Weg auf, der zu einer Lösung des nationalen Gegensatzes in Südschleswig führen konnte, nämlich direkte Verhandlungen zwischen der Landesregierung und der Minderheitenführung. Diese Verhandlungen begannen im März 1949. Ihr Ergebnis war die »Kieler Erklärung« vom 26. September 1949. Sie bestätigte vor allem die Grundrechte, die jedem Bürger der Bundesrepublik Deutschland durch das »Grundgesetz« vom 23. Mai 1949 zugesichert worden waren. Von entscheidender Bedeutung für die weitere SPD-Politik war der Absatz II der »Erklärung«, denn er enthält den wichtigen Satz: »Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden«. Den Unterschied zwischen »echten« und »unechten« Dänen gab es (offiziell) damit nicht mehr, und damit war auch ein wesentlicher Streitpunkt zwischen der SPD und der SPF aus der Welt. Aus der scharfen Konfrontation deutsch-dänisch nach 1945/46 war zumindest für die SPD-Landesregierung unter Bruno Diekmann nach 1949 (wenigstens) eine Duldung des Dänentums in Südschleswig geworden. Das neue politische Klima mußte sich auch auf das Verhältnis zwischen den verfeindeten Brüdern SPD und SPF auswirken. Einem Protokoll einer Versammlung der Repräsentanten der Flensburger SSW-Distrikte am 21. Oktober 1949 ist dann auch zu entnehmen, daß die Kieler die ersten Fühler nach Flensburg ausstreckten. Hermann Olson berichtete nämlich über die »schwierige Situation« der SPF nach der Kieler Erklärung. Andreas Gayk hatte, da es nun ja keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben sollte, um eine Verhandlung mit der SPF gebeten. Doch noch verhielt sich der »Kern« der SPF ablehnend. Olson, der im SSW und in der SPF zu den Spitzenfunktionären gehörte, wünschte sich eine bessere Zusammenarbeit der beiden Parteien. Sicherlich um einem Abdriften der SPF vorzubeugen.

Die stärkere Einbindung der SPF in die Zielsetzung des SSWs gelang bereits am 7. Dezember 1949, denn an diesem Tag bekannte sich die SPF in einer gemeinsamen Resolution mit dem SSV, dem SSW, dem Verein der nationalen Friesen, der SSW-Landtagsfraktion und des Bundestagsmitglieds zu einem Programmpunkt, der eigentlich ein Bruch mit ihrer bisherigen Politik war, nach

der die nationale Entscheidung eine private Sache und keine Angelegenheit der Partei sein sollte. Der Punkt 1 dieser Resolution lautet nämlich:

»Wir wollen dafür arbeiten, dass jeder Südschleswiger sich mehr als bisher seiner dänischen bzw. friesischen Zugehörigkeit bewusst wird und sich über die historische Verbindung Südschleswigs mit Dänemark und dem Norden klar wird.«

Nic. Reiser hat diese Resolution für die SPF unterschrieben.

Damit war der Keim für Gegensätze jedoch nicht behoben worden. Schon auf einer Vorstandssitzung von SSW, SSV und SPF am 20. März 1950 tauchte ein Problem auf, daß eine beginnende Entfernung zwischen den dänischen und den nur sozialdemokratischen Gruppierungen aufdeckt. Die gleichzeitige Mitgliedschaft im SSW und in der SPF war bisher kein Grund für Auseinandersetzungen gewesen. Das galt auch für die Zusammenarbeit der Parteivorstände. Doch eine Vermengung der Parteizugehörigkeiten oder eine Aufhebung der Grenzen zwischen den beiden Parteien wurde wenigstens ab 1950 von der SPF-Seite nicht mehr geduldet.

Am 26. Februar 1950 war Hermann Olson »in seiner Eigenschaft als S.P.F.-Vertreter« als Beisitzer in den Vorstand des SSWs gewählt worden. Dagegen protestierte N. Reiser am 20. März energisch. Er argumentierte richtig: Es sei unmöglich, »dass ein Mann einer Partei als Vertreter dieser Partei in den Vorstand einer anderen Partei hineingewählt werden kann.« Er könne nur als SSW-Mitglied in den Landesvorstand des SSWs gewählt werden. Samuel Münchow schlug deshalb vor, daß der SSW zukünftig einen »offiziellen Vertreter« der SPF als Gast zu den Vorstandssitzungen einladen solle. Das Protokoll dieser Sitzung verrät, daß der SSW bemüht war, einer »Spaltung«, dieses Wort wird von Münchow benutzt, entgegenzuwirken und die Zusammenarbeit mit der SPF enger als bisher zu gestalten, indem SPF-Vertreter auf SSW-Distriktsversammlungen sprechen sollten. Reiser wünschte dann sogar noch, daß die SSF-, SSW- und SPF-Vorstände auch außerhalb der Wahlvorbereitungen gemeinsame Sitzungen abhalten sollten, »um jederzeit in enger Verbindung zu stehen und brennende politische Fragen miteinander zu besprechen und in gemeinschaftlicher Arbeit zu lösen«. Die Delegiertenversammlung des SSW, die am 24. März stattfand, war unwillig, das Olson-Problem zu diskutieren. Sie tat es als eine Frage ab, für die die SPF zuständig sei. Was keineswegs stimmte. Man war jedoch dafür, daß die gute Zusammenarbeit zwischen dem SSV und dem SSW auf die SPF, und zwar auch auf der untersten Ebene der politischen Arbeit, ausgeweitet werden sollte.

Die ersten Schwierigkeiten der SPF mit SSV und SSW hatten also vorläufig zu einem engeren Schulterschuß mit den beiden dänischen Organisationen geführt.

Die ersten Wiedervereinigungsgerüchte und SPD – SPF-Kontakte

Anfang des Jahres 1951 begann es zu »gerüchten«. Die SPF blieb als Gesprächsthema ein Dauerbrenner. Daß diese kleine Partei nicht ewig in der Luft schweben konnte, war eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die zentrale Streitfrage war: soll die SPF mit der SPD wiedervereinigt werden, oder soll die SPF sich auflösen? In der innerparteilichen Diskussion spielte dann noch die Frage nach dem Zeitpunkt, zu dem man ernsthafte Gespräche mit der SPD aufnehmen sollte, eine große Rolle.

Ausgelöst wurde die Debatte in der Öffentlichkeit durch einige Zeitungsartikel. Das Flensburger Tageblatt bezog sich am 6. Januar 1951 auf einen Bericht der Kopenhagener »Berlingske Tidende« und fragte »Fusion SPD-SPF?«. Am 8. Januar bestritt Nic. Reiser in der Südschleswigschen Heimatzeitung, daß es Fusionsverhandlungen gäbe. Der zweite Artikel des Tageblatts erschien drei Tage später, am 9. Januar. In ihm konnte man lesen »Unklarheit über SPD-SPF-Gespräch«. Das Flensburger Tageblatt zitierte erneut »Berlingske Tidende« und fügte die Stellungnahme der SPF hinzu. Die Hamburger »Die Welt« und andere Presseorgane nördlich und südlich der Grenze beteiligten sich an dieser Diskussion. Es muß sich also um ein aktuelles und weite Kreise interessierendes Thema gehandelt haben.

Es ging um den Besuch des ehemaligen SPD-Ministerpräsidenten Bruno Diekmann und des zweiten Vorsitzenden der SPD in Schleswig-Holstein Max Kukil in Flensburg. Dieser Besuch hatte am 4. Januar 1951 stattgefunden. Frede Nielsen, der sich zur gleichen Zeit in Flensburg aufhielt, hatte an den Gesprächen zwischen SPD und SPF nicht teilgenommen, so das Tageblatt – und die Bestätigung durch die SPF.

Aber in der Gerüchteküche brodelte es. Am 6. Januar konnte man lesen: »Man geht mit Plänen um, die SPF in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder aufzunehmen. Die SPF hat vier Unterhändler zu diesen *von Seiten der SPF* vorgebrachten Plänen ernannt.« »Führende dänische Sozialdemokraten in Flensburg weisen auf die Tatsache hin, daß die SPF jetzt fünf Jahre lang ganz allein als lokalgebundene Parteiorganisation bestanden habe«. »Es muß etwas geschehen«, sagen sie, »um die SPF in die dänischen oder deutschen Reihen zu überführen.«

Und am 9. Januar schrieb das Tageblatt, sich wieder auf Berlingske berufend: Bruno Diekmann ist wieder nach Kiel zurückgefahren, »von Flensburg, wo er mit dem Vorstand der dänisch gesinnten Sozialdemokraten, SPF, ver-

handelt hat über eine Wiederaufnahme der Flensburger Partei in die deutsche Sozialdemokratie..« »Die Verhandlungen führten im ersten Stadium zu keinen konkreten Ergebnissen, aber die Tür ist für weitere Gespräche offen gehalten.« »In SPF-Kreisen erklärt man, daß die dänische Sozialdemokratische Organisation *Verbindung sucht* mit der Hauptorganisation in Richtung auf eine größere Gemeinschaft zwischen den Sozialdemokraten, daß aber dieser Kontakt nicht unbedingt nach Süden hergestellt zu werden braucht.« ... »Wenn die SPD in Grenzfragen und anderen Angelegenheiten, an denen die dänischen Sozialdemokraten interessiert sind, korrekt auftritt, will man doch vielleicht bei neuen Wahlen zu einer engen Zusammenarbeit gelangen.« Für die kommende Kommunalwahl (29.4.51) sähe man jedoch noch keine Möglichkeit der Zusammenarbeit.

Es folgte dann im selben Artikel die Richtigstellung der SPF: »Die SPF stellt hierzu berichtend fest, daß nicht »von seiten der SPF« – wie Ihre Zeitung betonte – auf die Verhandlungen gedrängt wurde. Es *stimmt*, daß der frühere Ministerpräsident Diekmann und der 2. Bezirks-Parteivorsitzende Kukil bei ihrer Anwesenheit in Flensburg Gespräche mit führenden Personen der SPF hatten. Die von der SPD gesuchte Aussprache hatte in der Hauptsache die Klärung und Bereinigung kommunalpolitischer Fragen zum Ziel. Führende dänische Sozialdemokraten von jenseits der Grenze haben an diesem Gespräch nicht teilgenommen.«

Dieses erste direkte Gespräch zwischen der schleswig-holsteinischen SPD und uns war also auf Wunsch der Kieler zustande gekommen, und es gab für uns keinen Grund, diesem Wunsch nicht zu entsprechen.

Die Besprechung fand am 4. Januar 1951 in Flensburg im SPF-Parteibüro im alten Gewerkschaftshaus in der Schloßstraße statt. Meiner Erinnerung nach nahmen von unserer Seite Nico Reiser, Max Beyreis, Hermann Olson und ich teil.

Der Wunsch der Kieler – wie auch der der Bundes-SPD war eindeutig. Man wollte in Flensburg innerhalb der Sozialdemokratie »reine Linien« schaffen.

Schon vor dem Treffen mit den Genossen aus Kiel hatte ich fünf Punkte genannt, die ich gerne mit den Kielern diskutiert haben wollte. Es waren folgende Fragen: 1. Rücknahme der Erklärung Schumachers. 2. Den südschleswigschen Ortsverbänden (der SPD) bleiben Koalitionsmöglichkeiten nach allen Seiten offen. Sie bestimmen selbst, ob und wie weit Kandidaten aufgestellt werden sollen. 3. Der dänisch gesonnene Teil der SPD im Wahlkreis Flensburg stellt einen Kandidaten, der an hervorragender Stelle auf der Landesliste zu stehen hat. 4. Der Flensburger Bundestagsabgeordnete wird von der SPD-Bundestagsfraktion als Delegierter für den Europarat genannt. 5. Wie stellt sich die SPD zu einer Volksabstimmung?

Parteiintern wurden wir dann einig, daß zunächst die Punkte 1 und 5 geklärt werden sollten. Die anderen Punkte sollten zurückgestellt und erst im SPF-Vorstand diskutiert werden. Dabei konnte man davon ausgehen, daß Reiser dafür gesorgt hätte, daß ich mit diesen drei die Wiedervereinigung mit Sicherheit erschwerenden Punkten im Vorstand keine Zustimmung bekommen hätte. Denn Nic. Reiser war auf eine schnelle Rückkehr in die SPD eingestellt. Ich wollte dagegen mit allen Mitteln einer vorschnellen Entscheidung vorbeugen. Mir schwebte eine ganz andere Lösung vor. Ich wollte auf keinen Fall die Wiedervereinigung mit der SPD sondern zog die Selbstaflösung der SPF vor. Dies hielt ich für den saubersten Weg. Eine Mehrheitsentscheidung für oder gegen die Wiedervereinigung hätte aber automatisch bedeutet, daß die unterlegene Gruppe dem Sieger der Abstimmung zu folgen hatte.

Nun zum Treffen mit den Kielern. Von ihnen forderten wir als Voraussetzung für weitere Gespräche die Aufhebung von Schumachers »Husumer Bannstrahl« und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts. Beides wurde ohne Diskussion angenommen. Der Wunsch nach unserer Wiedervereinigung mit der SPD war während des ganzen Zusammenseins unterschwellig vorhanden – wurde aber von keiner Seite angesprochen. Anstelle der nicht vorgelegten Punkte 2-4 kamen andere Probleme auf den Tisch. Durch meine Tätigkeit als Sekretär des deutsch-dänischen Verständigungsausschusses, der im Zusammenhang mit der »Kieler Erklärung« geschaffen worden war, hatte ich Kenntnis über das nichtfriedliche Verhalten einiger Sozialdemokraten im Landesteil Schleswig. Der Verständigungsausschuß, der aus drei von der Landesregierung und drei von dänischer Seite (zwei dänisch gesinnte Südschleswiger und ein nationaler Friese) eingesetzten Personen bestand, hatte gerade die Aufgabe, Streitfragen und Übergriffe gegen Personen und Institutionen der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen gütlich zu regeln, sofern dieses auf dem Verhandlungswege möglich war. Ich brachte nun einige Beispiele für »sozialdemokratisches« Fehlverhalten. Man sagte mir darauf hin zu, im Rahmen der Möglichkeiten von Kiel aus auf die entsprechenden Personen und Parteinstanzen einwirken zu wollen.

Das war der Inhalt unseres Gesprächs, das die Wiedervereinigungsgerüchte in die Welt gesetzt hatte.

Wir schieden in Freundschaft. Es darf nicht verschwiegen werden, daß die Kieler dann ernsthaft versucht haben, friedentiftend auf ihre eigenen Genossen einzuwirken. Der Theorie der Kieler Erklärung sollte nun die Praxis folgen.

Ein Flensburger Zwischenspiel

In diese Zeit fiel auch die Wahl eines Flensburger hauptamtlichen Stadtrats. Am 25. Juli 1950 hatte Nico Reiser das 65. Lebensjahr vollendet, deswegen mußte er als hauptamtlicher Stadtrat ausscheiden. Die Fraktion SSW/SPF schlug als seinen Nachfolger den Leiter des Krankenhauswesens der Stadt Flensburg, Richard Vosgerau, vor. Der Nominierung waren im Vorstand der SPF und bei den SPF-Ratsmitgliedern heftige Debatten vorausgegangen. Max Beyreis hatte immer noch nicht verwinden können, daß Nico Reiser seinerzeit Bürgermeister und später hauptamtlicher Stadtrat geworden war, und daß die Partei nicht ihn gewählt hatte. Er fühlte sich zurückgesetzt und verletzt. Als ich nun in der »Nominierungssitzung« Richard Vosgerau vorschlug, vergaß Beyreis sich und vergriff sich ziemlich ungebührlich im Ton. Es bedurfte einiger Anstrengungen, die Atmosphäre wieder zu bereinigen. Von diesem Zeitpunkt an behandelte Beyreis mich mit bedeutend mehr Respekt als vorher. Er war der Typ, der jeden testen mußte, um herauszufinden, wie viel der andere sich gefallen ließ. Zwischen uns waren die Fronten nun abgesteckt.

Richard Vosgerau war der Sohn von Richard Vosgerau aus Borby, führender Gewerkschaftler und vor der Eingemeindung in Eckernförde der letzte Bürgermeister von Borby. Richard Vosgerau sen. wurde später von den Nazis festgesetzt. Er überlebte das KZ Neuengamme, kam dann aber kurz vor Kriegsende bei dem Untergang des KZ-Schiffes Cap Arcona in der Lübecker Bucht ums Leben. R. Vosgerau jun. war 1938 in Kiel »wegen Verächtlichmachung von Partei und Staat« aus dem Krankenkassendienst entlassen worden und nach 1945 in Flensburg gelandet. Er hatte früh den Weg zu den dänisch gesinnten Sozialdemokraten gefunden.

Richard Vosgerau wurde also am 29. Dezember 1950 mit unseren 21 Stimmen zum hauptamtlichen Stadtrat gewählt. Gegen ihn stimmte die CDU (10), die neun SPD-Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme.

Die seit September 1950 amtierende CDU-BHE-FDP-DP-Landesregierung unter Dr. Walter Bartram (CDU) legte gegen diese Wahl Widerspruch ein. Eine Entscheidung, die nur Kopfschütteln hervorrufen konnte, wenn man bedenkt, daß – mit Ausnahme der Akademiker – Richard Vosgerau der einzige bis dahin gewählte hauptamtliche Stadtrat war, der beide Beamtenprüfungen vorweisen konnte. Wir wandten uns an das Landesverwaltungsgericht. Dieses entschied zu unseren Gunsten und gegen die Landesregierung. Der Widerspruch wurde aufgehoben. Die geladenen Zeugen, auch die der Landesregierung, konnten nicht umhin, Vosgerau die allerbesten Beurteilungen zu geben.

Der BHE [Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten] hatte für den

Eintritt in die Kieler Regierungskoalition kommunale Neuwahlen gefordert. Diese fanden am 29. April 1951 statt – und veränderten die politische Landschaft in Flensburg entscheidend. Nach der Wahl verfügte die WDF [Wählergemeinschaft Deutsches Flensburg] über 21 Mandate, die SSW/SPF-Fraktion dagegen nur über 18. Die SPD war nicht mehr im Rat vertreten. Die deutsche Mehrheit wurde gleich nach der Wahl dazu benutzt, die Zahl der hauptamtlichen Magistratsmitglieder zu reduzieren, so daß die Wahl von R. Vosgerau hinfällig wurde. Die Klage der Stadt Flensburg wurde von der neuen Mehrheit zurückgezogen.

Wir versuchten die Angelegenheit dann auf dem Klageweg weiter zu verfolgen. Aber weder das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg noch das Bundesverfassungsgericht fanden, daß Richard Vosgerau in seinen verfassungsmäßigen Rechten beeinträchtigt worden sei.

Gespräche in Kopenhagen

26. Juni 1951

Wir hatten im Frühjahr 1951 gegenüber einigen dänischen Parteifreunden in und aus Kopenhagen den Wunsch geäußert, mit der Spitze der dänischen Sozialdemokratie, soweit dem Briefwechsel zu entnehmen ist, vor allem mit Hans Hedtoft, ein eingehendes Gespräch über unsere Lage zu führen. In einem in deutscher Sprache geschriebenen Brief von Nic. Reiser an Frede Nielsen vom 5. Mai (nach Inhalt des Briefes allerdings vom 5. Juni) wird der 26. Juni als Termin abgesprochen, und zwar weil einer der Flensburger am 24. und 25. Juni noch an einer Gewerkschaftstagung in Süddeutschland teilnehmen wollte. Also auch diese Kontakte bestanden noch, denn Max Beyreis war der hauptamtliche Flensburger Kreisvorsitzende des DGB [Deutscher Gewerkschaftsbund].

Vor der Kopenhagen-Reise kam es noch zu einer Begegnung mit dem dänischen Sozialdemokraten Robert Huhle aus Sønderborg. Er war inzwischen Chefredakteur von »Sønderjyden« geworden. Durch Artikel, die ich für seine Zeitung schrieb, stand ich bereits in guter Verbindung mit ihm. Er besuchte uns am 3. Juni und informierte sich über unsere Arbeit.

An der Reise nach Kopenhagen im Juni 1951 nahm ich als zweiter Vorsitzender der SPF teil. Auf der Generalversammlung am 18. Januar 1951 war ich in diese Position gewählt worden. Während dieser Wahl passierte eine kleine, lustige Episode. Kurz vorher, im November 1950, war ich 30 Jahre alt geworden. Ein Sammlungsteilnehmer meinte nun, daß ich doch recht jung für den Posten des zweiten Vorsitzenden der SPF sei. Daraufhin erfolgte ein Zwischenruf aus dem Saal: »Dat givt ook ole Esels!«. Damit war die Diskussion über das Altersproblem beendet. Ich wurde gewählt.

Es fuhren nach Kopenhagen Nicolaus Reiser (1. Vorsitzender der SPF), Max Beyreis (Vorsitzender des DGB in Flensburg), der Landtagsabgeordnete Hermann Olson (Beisitzer in der SPF) und ich (2. Vorsitzender der SPF). Unsere wichtigsten Gesprächspartner waren Hans Hedtoft, Vilh. Buhl, Frede Nielsen und weitere Mitglieder des Hauptvorstandes der dänischen Sozialdemokratie wie Ernst Christiansen (Mitarbeiter bei Social-Demokraten, Minister 1955-57), Peder Tabor (verantw. Redakteur von Social-Demokraten) und Oluf Carlsson (Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks). Das Treffen fand in bester freundschaftlicher Atmosphäre am Vormittag des 26. Juni im Parteikontor der dänischen Sozialdemokratie statt. Es war eine Freude, auch gegensätzliche Standpunkte auszutauschen.

Die größte Schwierigkeit für die reichsdänischen Genossen lag darin, neutral

zu bleiben, sich nicht als Makler für eine zukünftige Wiedervereinigung der SPF mit der SPD anzubieten, solange dieser Wunsch nicht von den Flensburgern geäußert worden war. Reiser verstand während des Gesprächs, daß Südschleswig als politisches Problem mehr und mehr in den Hintergrund rückte. Die Zukunft war auf Europa ausgerichtet, für die SPF wurde daher ihr Verhältnis zur SPD das Hauptproblem, deshalb sah er es als einen Vorteil an, wenn Hedtoft in diesem Part die Maklerrolle übernehmen wolle. Daß auf Seiten der Kopenhagener Parteispitze der Wunsch nach einer Bereinigung der Verhältnisse in Flensburg lebendig war, lag auf der Hand und war deutlich spürbar. Aber man hielt sich zurück. Wartete auf eine Entscheidung der Flensburger. Man versprach schließlich, bei Zusammenkünften mit der SPD nur die Eindrücke zu referieren, die man von den Verhältnissen in Kiel und Flensburg habe, »aber zum derzeitigen Zeitpunkt keine Vermittleraktionen anzubieten«. Die Lage sollte zuerst von den Flensburger Genossen mit der SPF-Führung diskutiert werden.

Hans Hedtoft eröffnete das Gespräch, indem er es bei den Begrüßungsworten beließ. Eine Tagesordnung gäbe es nicht, da das Gespräch auf Wunsch der Flensburger zustande gekommen sei, deshalb wolle man unsere Diskussionsbeiträge und Fragen abwarten.

Danach ergriff Reiser das Wort. Er schilderte die Entwicklung in Flensburg und in Südschleswig seit dem ersten Weltkrieg. Die Tendenz dieser Darstellung war: Die Abstimmung von 1920 hatte eine große deutsche Mehrheit ergeben, aber durch die zwei Kriege und den Nationalsozialismus hatte bei den Flensburger Arbeitern eine Entwicklung eingesetzt, die ein wachsendes Verständnis und Interesse für Dänemark und dänische Verhältnisse erzeugt hatte. Ausführlich kam er dann auf Schumachers Husumer Rede und die Entstehung der SPF als einer »selbständigen sozialdemokratischen Organisation« zu sprechen. Wenn es eine Möglichkeit geben sollte, die Verbindung mit Hannover erneut zu knüpfen, »dann müsse die frühere Entscheidung umgestoßen werden, das Selbstbestimmungsrecht anerkannt und den Flensburger Genossen die Freiheit, sich zur deutschen oder dänischen Kultur zu bekennen, gegeben werden«. Zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts machte er weitere Erläuterungen: dieses könnte in Verbindung mit Flensburg und dem übrigen Südschleswig (getrennt!) gesehen werden. Reiser wollte wissen, wie sich die dänische Sozialdemokratie zu einer Abstimmung in Flensburg alleine stelle. Ihm sei bewußt, sagte er, daß das übrige Südschleswig dagegen reagieren werde, aber er fände dennoch, daß man diesen Plan verantworten könne. »Wenn die Grenze nach Süden verschoben werde, werde das Dänentum umso stärker auf die angrenzenden Gebiete wirken, so daß diese eventuell später die Kraft erhalten, eine Abstimmung durchzuführen«. Hedtoft meinte hierzu, das sei für ihn eine

neue Situation. Erst auf die von mir konkret gestellte Frage, ob man einer Abstimmung in der »2. Zone«, also in Flensburg und Umgebung, zustimmen könne, gab er die klare Antwort, daß diese Frage, ebenso wie eine Abstimmung im ganzen Landesteil, zur Zeit nicht aktuell sei. Das »Grænsen ligger fast« gelte nach wie vor. Dieses bedeute aber keineswegs, daß die dänische Sozialdemokratie nicht weiter für das Selbstbestimmungsrecht eintreten und arbeiten wolle.

Es war deutlich, eine Ausübung des Selbstbestimmungsrechts stand überhaupt nicht zur Debatte. Hedtoft fast wörtlich: *Ein* Schmidt-Oxbüll im Folkeeting ist genug. Einen zweiten Schmidt aus Flensburg wollen wir nicht.« (Gemeint war der allseits bekannte Dr. Hanno Schmidt, CDU, Chefredakteur des Flensburger Tageblatt). Hedtoft war natürlich auch gegen eine isolierte Aktion für Flensburg, sie war nicht in Übereinstimmung mit der Südschleswig-Politik der dänischen Sozialdemokratie. Frede Nielsen machte deutlich, daß dieser Gedanke in den dänischen Organisationen nie diskutiert worden sei, auch wenn einzelne Personen der bürgerlichen Kreise sich eine isolierte Abtretung Flensburgs vorstellen könnten, gäbe es dafür keine Mehrheit, denn fast alle führenden Persönlichkeiten hätten für Südschleswig als Ganzes gearbeitet. »Vom südschleswigschen Dänentum außerhalb Flensburgs werde man auf einen erbitterten Widerstand stoßen, dort werde man sich als verraten fühlen.« Damit schwand für uns jede Aussicht auf eine Angliederung Südschleswigs oder wenigstens eines Teils Südschleswigs an Dänemark. – Dieses Thema war abgehandelt.

Interessant war Hedtofts Bemerkung, daß der konservative Außenminister der bürgerlichen Regierung Erik Eriksen, Ole Bjørn Kraft, die Südschleswig-Politik der Sozialdemokraten billige.

In der Beurteilung des Hinauswurfs der Flensburger Sozialdemokraten im Juli 1946 waren wir uns einig. Kurt Schumachers Handlungsweise entsprach einfach nicht dem skandinavischen Demokratieverständnis.

Indem Hedtoft noch einmal auf die Vorgänge vom Jahre 1946 einging, berichtete er, daß er in der zurückliegenden Zeit unter anderen auch mit den Kieler SPD-Leuten Max Kukil und Richard Hansen, den Hedtoft als Emigrant in Dänemark kennengelernt hatte, gesprochen hätte. Diese hätten Kuklinskis Fehler, und damit auch Schumachers Fehlinformierung, unumwunden zugegeben. Daß in dieser Verbindung nur der Name Kuklinski fiel, ist interessant. Wollte man sich, d.h. unter anderen auch Andreas Gayk, aus der Mitverantwortung für Schumachers Rede vom 7. Juli 1946 stehlen? Hatte man den Hauptakteur der ersten Nachkriegszeit, Dr. Richard Schenck, bereits vergessen?

Ausgehend von der Schumacher-Rede sprach ich dann über die Kieler

Erklärung und ihre Auswirkungen. Ich nannte besonders einige Begebenheiten, in denen SPD-Genossen auf kommunaler Ebene eine negative Rolle spielten. Zusammenfassend stellte ich fest: Da Theorie und Praxis der SPD zu oft zu weit auseinanderklafften, konnten wir die Begeisterung in Dänemark für diese »Erklärung« nicht immer teilen.

Wir sprachen ebenfalls über das Flüchtlingsproblem. Hedtoft warnte uns vor zu großen Illusionen in dieser Frage. Keiner könne glauben, daß *alle* Flüchtlinge entfernt werden würden. Trotzdem sollten wir weiter dafür arbeiten, daß so viele wie möglich umgesiedelt werden würden.

Und auch die Klage, daß wir zu selten die Sozialdemokraten dafür aber um so öfter die nationalen Kreise besucht hatten, kam auf den Tisch. Beide Seiten bedauerten, daß das heutige Gespräch nicht schon viel früher stattgefunden hatte, und versprachen, künftig in Verbindung zu bleiben. Hans Hedtoft fragte, ob er den deutschen Sozialdemokraten über dieses Treffen berichten sollte. Wir kamen überein, daß er dieses »gesprächsweise« doch ohne ausdrücklichen Auftrag tun könne.

Für den Abend hatte man uns zu einem Essen ins Tivoli geladen. Neben Frede Nielsen und Gastgeber Hans Hedtoft nahm an diesem Essen auch der Chef des dänischen Abwehrdienstes, Oberstleutnant Hans Lunding, teil. Lunding war in den ersten Nachkriegsjahren dänischer Verbindungsoffizier bei der britischen Besatzungsmacht in Flensburg gewesen und uns bestens bekannt. Während wir tafelten, wurde sehr viel über Begebenheiten aus der Vergangenheit gesprochen. Besonders Hans Hedtoft, der die deutschen Verhältnisse aus der Zeit vor 1933 sehr gut kannte, glänzte mit Erzählungen. – Da war die Geschichte von einem Zusammentreffen in Frankfurt, wo Hedtoft seinen alten Freund aus Jungsozialistenzeiten, den nicht zuletzt wegen seiner Leibesfülle bekannten Oberbürgermeister Walter Kolb, nach vielen Jahren wiedertraf. Hedtoft begrüßte ihn mit den Worten, daß er seit ihrem letzten Zusammentreffen aber sehr stark zugenommen hätte. Originalton Hedtoft: »Er war sehr böse, daß ich auf sein Gewicht anspielte, ich war doch etwas entsetzt darüber, daß er, wie viele Deutsche, so wenig Humor hatte.«

Fazit unseres Besuchs in Kopenhagen: Es war sehr deutlich zu spüren, daß von vielen Seiten auf eine Entscheidung über unsere Zukunft hingearbeitet wurde. Und es war unschwer festzustellen, daß zwischen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie mehrfach über uns gesprochen worden war. Im Nachhinein kann man sicher davon ausgehen, daß die SPF-SPD Wiedervereinigungsanhänger in unseren Reihen gerade dieser Feststellung bedurften, um die Rückkehr zur SPD voranzutreiben. – Für mich war von diesem Zeitpunkt an die Frage einer Verschiebung der Grenze gegenstandslos geworden. Ich stellte mich nun darauf ein, als Däne in der Bundesrepublik zu leben.

Die Kontakte zwischen Nord und Süd, zwischen der dänischen Sozialdemokratie und der SPD, aber jetzt unter Einbeziehung der SPF, rissen nicht mehr ab.

Einen Monat nach unserem Besuch in Kopenhagen hatte ich ein Gespräch mit Frants Thygesen, dem damaligen Generalsekretär des Südschleswigschen Vereins. Im Laufe dieser Unterhaltung erzählte mir Thygesen von einem Gespräch, das er mit dem dänischen Sozialdemokraten Svend Sørensen geführt hatte, der ja auch schon einmal unser Gast gewesen war. Sørensen war im Februar 1951 zusammen mit Hans Hedtoft bei Kurt Schumacher in Hannover gewesen. Während eines Gesprächs soll Schumacher angeboten haben, an der nördlichen Grenze der Bundesrepublik eine Volksabstimmung abzuhalten. Hedtoft habe auf dieses Angebot mit einem empörten »Nein!« geantwortet.

Diese Begebenheit soll sich bereits im Februar 1951, also vor unserem Besuch in Kopenhagen, zugetragen haben. Weder vor noch während unseres Aufenthalts in Kopenhagen erfuhren wir etwas über dieses Angebot Schumachers, das weiter ging als alles, was Hans Hedtoft und die dänischen Sozialdemokraten sich wünschten, ja, es ging weit über ihre Vorstellungskraft hinaus.

Beyreis und ich

Auf der Rückreise von Kopenhagen kam es dann zwischen Max Beyreis und mir noch zu einer Auseinandersetzung über den Begriff »Demokratie«. Während Beyreis die Ansicht vertrat, daß man nicht über deutsche, dänische oder eine andere Demokratie reden könne, war ich der Meinung, daß man sehr wohl differenzieren könne. Man könnte sogar sagen, daß es unterschiedliche Auffassungen von Demokratie gäbe, und daß die Demokratie dort am stärksten sei, wo der Begriff Demokratie am wenigsten strapaziert werde.

Nun, es war keine Kunst mit Max Beyreis uneinig zu sein. Beyreis war ein Mensch, der sich mit der Meinung anderer schwer tat. Anlässlich einer Zusammenkunft in einem größeren Kreis, ich glaube es war Beyreis' 50. Geburtstag, formulierte ich in einer kleinen Ansprache das Verhältnis zu ihm so: »Man wünscht sich mitunter, Dich auf der anderen Seite zu haben, durch weniger Rücksichten – auf die Parteidisziplin – wäre das Diskutieren mit Dir in vielen Fällen leichter.« Es traf ihn besonders, wenn er zu irgendeiner Reise nicht vorgeschlagen wurde. Auch bei solchen Anlässen gab es genügend Stoff für Unstimmigkeiten. Er war einfach zu gerne unterwegs. Natürlich fand er meistens jemand, der ihn vorschlug. War aber gerade einmal keiner zur Hand, dann schlug er sich selber vor.

Max Beyreis tat sich schwer, auf der »dänischen Seite« zu stehen. Daß er, wie er selber von Zeit zu Zeit betonte, kein Däne sei, war allgemein bekannt. Er war ja auch nicht der einzige in dieser Zwitterstellung. Nur kam das zu Beginn der deutsch-dänischen Auseinandersetzung nicht immer so deutlich zum Ausdruck, wie es später immer öfter geschah.

Ganz anders bei Nicolaus Reiser. Er hatte von Anfang an gesagt, daß er, schon von seiner geographischen Herkunft her, nicht Däne sein konnte. Während aber bei ihm die Verärgerung über Kurt Schumachers Verhalten im Jahr 1946 der Grund war, zur SPF zu halten, war es bei Beyreis wohl eher der Wunsch, bei der Mehrheit zu stehen. Frede Nielsen äußerte sich einmal Hermann Olson und mir gegenüber, M. Beyreis trage den Hut wohl auf beiden Schultern. Das war eine recht treffende Umschreibung, die aber unter keinen Umständen Beyreis Verdienste als Kommunalpolitiker und Gewerkschaftler schmälern soll. Im Gegenteil, mehr als ein Mal stand ich mit ihm zusammen allein auf weiter Flur gegen »den Rest der Welt«. Wenn es um reine Sachfragen ging, konnte er auch auf der Seite der Minderheit stehen. Trotz aller Gegensätze kann man nicht sagen, daß Feindschaft oder gar direkte Gegnerschaft zwischen uns geherrscht hat. Wir raufte uns zusammen.

»SPF am Scheideweg«?

Der »Nordschleswiger« brachte am 11. August 1951 einen Artikel mit der Überschrift »SPF am Scheideweg«. Waren wir wirklich schon so weit?

Für den 3. August 1951 hatten wir auf einer Parteiversammlung Max Kukil, den zweiten Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen SPD, als Gastredner eingeladen. Er berichtete über die kürzlich in Frankfurt stattgefundene Wiederbelebung der Sozialistischen Internationale und forderte, daß bei Sozialdemokraten die internationale Solidarität an erster Stelle zu stehen habe. Dem stimmte die Versammlung zu. Der »Nordschleswiger« berichtete über diese Versammlung.

Der Artikelverfasser brachte dann einen Vergleich, der nicht nur hinkte – sondern sogar humpelte. Er meinte nämlich, die Absonderung der SPF von der sozialdemokratischen Partei des Landes aufgrund eines anderen nationalpolitischen Vorzeichens sei ebenso unlogisch, »wie es die Bildung einer sozialdemokratischen Partei unter deutschem Vorzeichen in Nordschleswig wäre«. Das war keineswegs verkehrt, wenn die Voraussetzungen beachtet worden wären. Wir waren ja nicht die »Täter« sondern das »Opfer«. In Nordschleswig wäre der Rausschmiß, wie wir ihn erleben mußten, nicht geschehen, weil eine Reaktion wie die Schumachers bei dänischen Sozialdemokraten einfach unvorstellbar war.

So ganz abwegig war die Überschrift des Artikels jedoch keineswegs. Auch wenn es noch nicht ganz so weit war, so waren wir doch auf dem besten Wege in Richtung »Scheideweg«. Das zeigte auch der Verlauf des Gesprächs mit unserem nächsten Gast.

Kurze Zeit später besuchte uns der SPD-Bezirkssekretär Gerhard Strack (SPD-Landtagsabgeordneter in Kiel 1954-71). Die Unterredung drehte sich erneut um gemeinsame Interessen und war angefüllt mit mehr oder minder deutlich formulierten Andeutungen über eine bessere Zusammenarbeit zwischen uns und der SPD.

Hans Hedtoft in Flensburg

9. Dezember 1951

Während unseres Besuchs in Kopenhagen Ende Juni 1951 hatten wir Hans Hedtoft gebeten, doch einmal auf einer SPF-Veranstaltung in Flensburg zu sprechen. Gleichzeitig äußerten wir den Wunsch, auch den zweiten Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokraten, Erich Ollenhauer, in Flensburg zu hören. Die Versammlung mit Hedtoft fand am 9. Dezember 1951 statt. Erich Ollenhauer sollte am 1. Februar 1952 sprechen. Die Reihenfolge war nicht ganz unbeabsichtigt.

Zum Besuch von Hans Hedtoft am 9. Dezember in Flensborghus baten wir die Kieler Sozialdemokraten, mit einer Delegation an der Versammlung und einem anschließenden Essen im Gewerkschaftshaus teilzunehmen. Sie nahmen die Einladung an.

Hans Hedtoft hatte das Thema »Randbemerkungen zur internationalen Politik« gewählt. Die Rede enthielt auch »Anmerkungen« zur Situation im Grenzland.

Hedtoft begann seine Ausführungen mit einer Schilderung der dänischen Neutralitätspolitik bis 1940. Man hatte geglaubt, daß diese Politik von allen Großmächten respektiert werde. Die ersten Zweifel kamen den Sozialdemokraten jedoch bereits 1933. Ein Umschwung im Denken vollzog sich dann auf dem sozialdemokratischen Parteitag von 1935. Obwohl die Partei auch weiterhin an der Neutralitätspolitik festhielt, begann man eine positivere Haltung zur Verteidigungspolitik einzunehmen. Die Besetzung Dänemarks durch die deutschen Truppen und das Geschehen der Nachkriegszeit, der »Kalte Krieg«, bildeten dann die Voraussetzungen für eine neue dänische Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO. Zunächst habe man versucht, ein nordisches Verteidigungsbündnis zu schaffen. Dieses Vorhaben mißglückte jedoch wegen der Neutralitätspolitik der Schweden und der Absicht Norwegens, sich dem Nordatlantikpakt anzuschließen.

Hedtoft stellte einige konkrete Forderungen: die Sowjetunion solle den Deutschen freie Wahlen zugestehen, das Friedensabkommen für Österreich müsse unterzeichnet werden, der kalte Krieg gegen Jugoslawien sei einzustellen und der Koreakonflikt friedlich beizulegen. Von der freien Welt forderte er, weder mit Franco-Spanien noch mit Chiang-Kai-Chek zusammenzuarbeiten.

Auf das Grenzproblem eingehend betonte Hedtoft das Recht eines Volkteils, mit demokratischen Mitteln für die Verwirklichung des nationalen Selbst-



*Hans Hedtoft und Frede Nielsen in Flensburg im Dezember 1951
Von links nach rechts: W.L. Christiansen, Frede Nielsen, Hans Hedtoft, Nicolaus Reiser und Max Beyreis*

bestimmungsrechts zu arbeiten. Er unterstrich aber ebenso stark, daß die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zur Zeit überhaupt nicht auf der politischen Tagesordnung stehe. Es ginge dagegen vor allem darum, Bedingungen für ein friedliches Nebeneinander zu finden.

Um seine Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht zu verdeutlichen, bezog er sich auf eine aktuelle Diskussion:

»Aber nicht alle deutschen Sprecher wollen das Recht anerkennen, mit demokratischen Mitteln für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts wirken zu dürfen. Das Mitglied des Bundestages Dr. Eduard Edert hat im Gegenteil demonstrativ von diesem Gedanken Abstand genommen. Das geschah in einem Artikel »Heuß – Hedtoft – Adenauer« in der Septemhernummer des Monatsheftes »Schleswig-Holstein«. Man hat mich sowohl von dänischer als auch von deutscher Seite ersucht, auf Dr. Ederts Äußerungen zu antworten. Ich habe leider keine Zeit gehabt, und die Diskussion kommt mir auch sehr theoretisch vor. Aber ich will den heutigen Anlaß benutzen, um zu antworten. Der Hauptpunkt in Dr. Ederts Einspruch gegen meine Äußerungen in Kiel ist folgender:

Das Recht für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zu arbeiten, gehört nicht zu den demokratischen Freiheiten, und diejenigen, die auf dieser Linie arbeiten, sind nach Dr. Ederts Meinung dem Staate gegenüber illoyal.

Zuerst möchte ich gerne betonen, daß eine nationale Minderheit dem Staate gegenüber notwendigerweise Loyalität zeigen muß. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, und ich habe dies oft betont. Aber die Forderung nach Loyalität schließt wohl nicht aus, daß man das große Prinzip einer weitestmöglichen Übereinstimmung zwischen Volksgrenze und Staatsgrenze aufrechterhalten und anerkennen kann?

Hier in Schleswig gab es eine ständige Fluktuation, ein Auf- und Abfluten der Volksgrenze. Sie hat sich durch Jahrhunderte nach Norden verschoben. Und viele Deutsche haben die Verschiebung in diese Richtung als die einzig natürliche und angemessene angesehen. Es fällt ihnen schwer zu sehen und anzuerkennen, daß die Bewegung auch den entgegengesetzten Weg gehen kann.

Wenn sich die Volksgrenze nach Süden verschiebt, behauptet man, daß es sich um Eroberungen durch eine fremde Nationalität handelt. Wenn sie sich aber nach Norden verschiebt, ist es dagegen nach deren Auffassung eine natürliche Entwicklung.

Wir führen eine theoretische und eine Prinzipiendiskussion. Sieht man denn nicht, daß Dr. Ederts Standpunkt unhaltbar ist?

Ich meine, daß es ein grundlegendes Prinzip in dieser Grenzgegend sein muß, daß jeder Einzelne es mit seinem Gewissen abmachen muß, ob er sich der dänischen oder der deutschen Nationalität anschließen will. Dieses Prinzip ist sehr klar und richtig in der Kieler Erklärung zum Ausdruck gekommen. Wenn man südlich der Grenze das Recht der Südschleswiger anerkennt, selbst zu bestimmen, welcher Nationalität sie sich anschließen wollen, und nördlich der Grenze der Nordschleswiger dasselbe Recht hat, dann kann die Entwicklung nach einer Reihe von Jahren zu Verschiebungen führen – diese theoretische Möglichkeit kann man doch nicht bestreiten-, die eine natürliche Grundlage für eine Ausübung des Selbstbestimmungsrechts werden könnte.

Man kann über die Möglichkeit dieser Entwicklung unterschiedlicher Auffassung sein, aber niemand weiß mit entscheidender Sicherheit, ob im Laufe der Jahre solche weitreichenden Verschiebungen erfolgen werden. Ich habe diese polemischen Bemerkungen zu Dr. Edert nur gemacht, um zu unterstreichen, was ich in Kiel sagte: »Wenn man die Sache richtig durchdenkt, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß Freiheit unteilbar ist. Das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung muß ein gewöhnliches Prinzip mit allgemeiner Gültigkeit sein.«

Aber gestatten Sie mir, auch hier hervorzuheben: Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, daß die Frage einer Verschiebung der Grenze auf der Tagesordnung steht. Es ist die allgemeine Auffassung

aller verantwortlichen Kreise Dänemarks, daß eine solche Frage überhaupt nicht aktuell ist.

Ich meine, daß wir auf beiden Seiten ruhig diese eventuellen Zukunftsmöglichkeiten ruhen lassen können, um uns um die Aufgaben des Augenblicks zu sammeln, die darin bestehen, Formen für ein friedliches Zusammenleben und für eine kulturelle Entwicklung sowohl der Mehrheits- als auch der Minderheitsbevölkerung zu finden. Damit kann man das allgemeine Kulturleben heben und damit den unvermeidlichen Meinungskampf im Grenzland auf ein gegenseitig befruchtendes Niveau bringen. Es würde mir außerordentlich leid tun, und alle Dänen werden sich mit Entschlossenheit dagegen wenden, wenn Dr. Ederts Andeutungen, daß die dänische Politik in Südschleswig illoyal ist, als Vorwand benutzt werden sollte, um die Möglichkeiten der dänisch Gesinnten für eine freie Lebensentfaltung zu beschneiden.

Durch die wechselnden Phasen der Geschichte hindurch hat es immer eine schleswigsche Frage gegeben. In früheren Zeiten hat man viele Kriege in und um Schleswig ausgekämpft. Welch ein großer und bedeutungsvoller Fortschritt ist es, daß wir jetzt auf beiden Seiten darüber einig sind, den Krieg als geeignetes Mittel zur Lösung nationaler Fragen zu verurteilen.«

Die Tage danach waren wie üblich: jeder hörte aus der Rede das heraus, was er wollte. Für uns SPF-Leute, die im Juni in Kopenhagen gewesen waren, war die Rede eine erneute Bestätigung dafür, daß an eine Vereinigung Südschleswigs mit Dänemark nicht zu denken war. Fast alle waren sich deshalb bewußt, daß es für die SPF keine Zukunft mehr gab. Aber niemand hatte ein zufriedenstellendes Patentrezept für die Beendigung dieser Periode in der Geschichte der Flensburger Sozialdemokratie.

Das Verhalten der SPD auf kommunaler Ebene

Wenn auch im Jahre 1952 noch nichts Spektakuläres geschah, so brauchten wir uns doch nicht über fehlende Aktivitäten zu beklagen. Auf gegenseitigen Wunsch erwarteten wir zum 1. Februar 1952 den zweiten Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie Erich Ollenhauer in Flensburg. Man braucht nicht viel Phantasie zu entwickeln, um sich vorzustellen, daß die Kieler dieses Treffen mit uns gut vorbereiteten. Und so war es auch auf unserer Seite.

Um Erich Ollenhauer und den Kielern Material darüber geben zu können, wie die verschiedenen Instanzen ihrer Partei die Kieler Erklärung praktizierten, sandte ich am 8. Januar 52 ein Rundschreiben an die Dänischen Sekretariate im Landesteil Schleswig. Den Inhalt dieses Schreibens hatte ich einen Tag danach, also am 9. Januar, auch dem zweiten Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen SPD, Max Kukil, mitgeteilt. Dieser zeigte sich sehr interessiert und bat mich, ihm das Ergebnis nach Auswertung der Antworten zuzusenden.

Die den Sekretariaten gestellten Fragen lauteten:

- a) Wie ist das Verhältnis zwischen der SPD und uns (also SSW/SSV)?
- b) Wie groß sind die Fraktionsstärken in den Kreis- bzw. Gemeindeparlamenten, in denen die SPD mit den übrigen deutschen Parteien gegen uns »harte« Front machen?
- c) Wie hat sich die SPD bei für uns wichtigen Abstimmungen verhalten?
- d) Gegebenenfalls Namen von solchen SPD-Leuten, die als besonders aktiv gegen uns bekannt sind.
- e) Wann haben wir SPD-Leuten in leitende Stellungen verholfen und bei Abstimmungen, Wahlen u.s.w. geholfen?
- f) Eventuell vorgekommene Übergriffe von SPD-Angehörigen bei anderen Verwaltungen (z.B. Arbeitsamt).

Hier einige der Antworten:

Aus Rendsburg wurde berichtet, daß sich die SPD, gemeinsam mit dem SSW in der Opposition, loyal verhält, bei Abstimmungen zum Teil passiv.

Südtondern teilte mit, daß man in Tinnum bei der letzten Gemeindewahl mit der SPD eine gemeinsame Liste gehabt hatte. Die Zusammenarbeit in Westerland hatte sich, nach anfänglichen Schwierigkeiten, gebessert.

In Kappeln stand die SPD eindeutig gegen den SSW. Mit den anderen deutschen Parteien war sie ein Wahlbündnis gegen den SSW eingegangen.

In Sörup war die Zusammenarbeit gut. In Idstedt verbesserte sich die Zusammenarbeit zusehends. Der Lehrer der dänischen Schule in Idstedt, Gerhard

Wehlitz, teilte mir mit, daß ihm der SPD-Mann Stoll gesagt habe, daß man aus Eckernförde die Empfehlung bekommen habe, mit dem SSW zusammenzuarbeiten, was überraschte, wenn man die unfreundliche Haltung der SPD in Eckernförde kannte.

Eine interessante Nachricht kam aus Tönning. Hier klagte man über die Haltung der SPD und teilte mit, daß die SPD besser mit der Tönninger Gemeinschaft, ein Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien, harmoniere. Die SPD spräche, auch außerhalb Tönning, nicht gerade gegen uns, bei Abstimmungen würde die SPD sich jedoch mitunter teilen, einige SPD-Vertreter stimmten mit, andere gegen uns. Diese Haltung war deshalb nicht zu verstehen, weil die Tönninger Gemeinschaft nach der Kommunalwahl den Versuch unternommen hatte, die SPD aus allen wichtigen Ausschüssen und dem Magistrat herauszuhalten. Erst durch einen Verzicht durch den SSW bekam Paul Dölz, SPD, die Möglichkeit, in den Magistrat einzuziehen.

Aus Eckernförde kam ein bitterböser Klagebrief. Trotz Unterstützung des SSW bei der Wahl eines SPD-Bürgervorstehers wehte dem SSW ein scharfer Wind entgegen. Der SPD-Landtagsabgeordnete Eugen Lechner und der Kommunalpolitiker Karl Kock hatten sich hier besonders unangenehm bemerkbar gemacht. Dieses bedauerte man umso mehr, als ein Großteil der SSW-Wähler als sozialdemokratisch eingestellt galt.

Der Ortsverband Harrislee antwortete mit der Abschrift eines Schreibens, das man am 24. November 1951 an den SSW-Landesvorstand gerichtet hatte. Hier war u.a. zu lesen:

Während die Wahl 1946, bei der der Großteil der Heimatvertriebenen noch kein Stimmrecht besessen hatte, mit 67% aller abgegebenen Stimmen zu Gunsten des SSV (der SSW bestand damals noch nicht) ausgegangen war, erhielt der SSW 1951 mit 49,7% der abgegebenen Stimmen 7 Mandate. Die Deutsche Gemeinschaft Harrislee, ein Zusammenschluß von CDU und SPD, erhielt mit 49,8% der abgegebenen Stimmen 10 Mandate. Die KPD ging mit 0,5% der Stimmen leer aus.

Der CDU/SPD-Block hatte ganze 31 Stimmen mehr als der SSV, und diese Mehrheit hatte ihm ein plus von drei Mandaten eingebracht. Da jeder Wähler vier Stimmen hatte, hatten etwa acht Wähler den Ausschlag gegeben.

Diese Mehrheit wurde nunmehr rigoros gegenüber den Anhängern des Südschleswigischen Vereins ausgenutzt. Der Hauptgegner der dänisch Gesinnten in Harrislee war ein SPD-Mann, nämlich der Bürgermeister Wilhelm Schmehl. Am 8. Juli 1945 hatte er noch die prodänische Resolution der Flensburger Sozialdemokraten und Gewerkschaftler mitunterschrieben, hatte dann aber bereut und war später ein »Friedrich-Wilhelm-Lübke-Mann«, also ein scharfer Antidäne, geworden. W. Schmehl war gleichzeitig Kreisvorsitzen-

der der SPD im damaligen Landkreis Flensburg. Einige seiner antidänischen Übergriffe konnte der SSW nur auf dem Weg über das Landesverwaltungsgericht abwehren. Einen besonders schweren Stand hatte der Gemeindedirektor von Harrislee Johannes Christiansen (SSW). Auch der Standesbeamte Johann Steimle bekam Schmehls Wut auf alles Dänische zu spüren. Steimle wurde von seinem Posten abberufen, nachdem seine verstorbene Frau vom dänischen Pastor beerdigt worden war. Einem Kriegsbeschädigten dänischer Gesinnung wurde nach fünfjähriger Tätigkeit gekündigt, weil er seinen Jungen nicht von der dänischen Schule nehmen wollte.

Ein Husarenstück leistete sich Bürgermeister Schmehl, der wie bereits angedeutet unter dem Einfluß des damaligen Flensburger Landrats F.W. Lübke stand, mit einem größeren Bauvorhaben. Die Gemeinden Sünderup und Tarp hatten ein von der Wohnungsbaugenossenschaft des Landkreises geplantes Bauvorhaben abgelehnt. Es handelte sich um den Bau von 98 Wohnungen. Harrislee übernahm dieses Bauvorhaben, dem auch der SSW zustimmte, nachdem Bürgermeister Schmehl zugesagt und versprochen hatte, daß der Gemeinde keine Kosten entstehen würden, und daß die Wohnungen ausschließlich an Familien der Gemeinde Harrislee vergeben werden würden, und zwar je zur Hälfte an Einheimische und Flüchtlinge. Das Ergebnis nach Beendigung der Baumaßnahme sah dann jedoch ganz anders aus. Zwei Wohnungen gingen an Einheimische, 21 an Flüchtlingsfamilien aus der Gemeinde und 75 an Flüchtlingsfamilien aus den übrigen Gebieten des Landkreises. W. Schmehl hatte nie im Traum daran gedacht, sein dem SSW gegebenes Wort zu halten. Er selbst kann als Zeuge für diese Behauptung herangezogen werden. Auf dem Richtfest der Grenzakademie (heute Akademie) Sankelmark erklärte er nämlich, daß man in Harrislee gebaut habe, um die dänische Mehrheit zu brechen. Seine antidänische Haltung war wahrscheinlich auch materiell motiviert: W. Schmehl benötigte die Stimmen der CDU, um hauptamtlicher Bürgermeister zu werden.

Die Kieler SPD und Erich Ollenhauer bekamen die Ergebnisse meiner Umfrage am 1. Februar 1952 vorgelegt. Es gab nicht wenig Verwunderung über das Verhalten ihrer Genossen. Sie versprachen Abhilfe zu schaffen, soweit dieses von Kiel und Bonn aus möglich sei.

Erich Ollenhauer in Flensburg

1. Februar 1952

Bei dem Gespräch mit Erich Ollenhauer, das, soweit ich erinnere, am Nachmittag vor der Abendveranstaltung im Gewerkschaftshaus stattfand, wurde natürlich auch über einen Zusammenschluß der SPF mit der SPD gesprochen. Während Nicolaus Reiser lediglich erneut die Forderungen erhob, die Schumacher-Rede von 1946 zurückzunehmen und das Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen, stellte ich jetzt meine bereits genannten fünf Punkte vor (: Schumachers Husumer-Bannstrahl ist aufzuheben, die SPD anerkennt das nationale Selbstbestimmungsrecht, offene Koalitionsmöglichkeiten nach allen Seiten für die südschleswigschen Ortsverbände der SPD, der dänisch gesonnene Teil der SPD im Wahlkreis Flensburg stellt einen Kandidaten, der auf der Landesliste abgesichert wird, der Flensburger Bundestagsabgeordnete wird SPD-Kandidat für den Europarat). Erich Ollenhauer wurde sehr nachdenklich, und Nic. Reiser reagierte sogar ungehalten. Mir war natürlich bewußt, daß diese Forderungen überspitzt waren, aber ich wollte ja den Wiedervereinigungsprozeß hinauszögern, da ich den Weg der Auflösung der SPF einzuschlagen gedachte, um jedem einzelnen Mitglied die Möglichkeit zu geben, sich persönlich zu entscheiden. Jeder sollte vor die Wahl gestellt werden »SSW oder SPD« und so das »Selbstbestimmungsrecht« praktizieren. Denn genau der Streit um dieses Recht war ja 1946 die Ursache für den Rausschmiß gewesen. Wir hatten in all den Jahren nach dem Krieg das Selbstbestimmungsrecht verteidigt. Ich wollte diesen Standpunkt nicht verlassen sondern verwirklicht sehen! Reiser stand meiner Haltung abweisend gegenüber, und dieser Gegensatz hat auch nicht überbrückt werden können.

In diesem Gespräch bedauerte Ollenhauer, daß der Bundestagsabgeordnete des SSW, Hermann Clausen, sich der Fraktion der Föderalistischen Union [FU], einem Zusammenschluß der Fraktionen der Bayernpartei und des Zentrums, angeschlossen hatte. Wir stimmten Ollenhauer zu, denn H. Clausens Verhalten entsprach nicht unserer Interessenlage. Es sollte dann auch zu einer Auseinandersetzung mit Clausen kommen, die noch zu schildern ist.

Seine Rede am Abend des 1. Februar 1952 begann Erich Ollenhauer mit der Bemerkung, daß er nach Flensburg gekommen sei, um seinen freundschaftlichen Gefühlen gegenüber den dänisch gesinnten Parteigenossen in dieser Stadt Ausdruck zu verleihen. Sein Referat berührte dann alle zur damaligen Zeit aktuellen Probleme: Die Remilitarisierung der Bundesrepublik, die Bestrebungen nach einem, wie er es nannte, »Kleineuropa klerikal-konservativer

Prägung« und die Wirtschafts- und Sozialpolitik, besonders bei diesem Thema richtete er scharfe Angriffe gegen die Bundesregierung unter Konrad Adenauer. Und Ollenhauer vergaß nicht, die gute Zusammenarbeit mit den dänischen Sozialdemokraten – hier besonders mit Hans Hedtoft – hervorzuheben.

Das Südschleswig-Problem wurde nicht berührt. Ollenhauer sprach als Sozialdemokrat zu Sozialdemokraten.

Erich Ollenhauer war nicht nur freundlich sondern sogar sehr herzlich empfangen worden. Während und nach seiner Rede erhielt er stürmischen Beifall.

In einem Leitartikel der in Flensburg erscheinenden Südschleswigschen Heimatzeitung schrieb Tage Jessen u.a.: »Erich Ollenhauer gehört zu den bewährten Demokraten unseres reichsdeutschen Nachbarvolkes und ist als Freund Hedtofts bekannt... Die SPF hat sich zur Freundschaftsbrücke zwischen dem Norden und dem Süden entwickelt und die Tätigkeit der SPF ist eine innere Bereicherung im Grenzlande.«

Das überparteiliche (konservativ-nationale) Flensburger Tageblatt schrieb seinen Bericht »nach reichsdänischen Quellen«. Seitenhiebe konnten natürlich nicht ausbleiben. Einer richtete sich gegen Hermann Clausen. Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung im Grenzland seit 1923, dem Jahr des »Stauning-Wels-Abkommen«, leitete man über zu den Nachkriegs»rebell«n. »Zu diesen Rebellen gehörte auch Hermann Clausen, der jetzige Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete des SSW, der 1923 bei den Verhandlungen mit den dänischen Parteigenossen die deutsche Seite mitvertreten hatte.« Ferner wird in diesem Artikel ein »aufschlußreiches Gespräch« erwähnt, das Hans Hedtoft 1947 mit Kurt Schumacher geführt haben sollte. Und man wies schließlich auf die rege Besuchstätigkeit führender dänischer Sozialdemokraten in Südschleswig hin. Dem Leser überließ man, seine eigenen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Eine Auseinandersetzung mit Hermann Clausen

Mehrere Male hatte die SPF angeregt, der SSW Bundestagsabgeordnete Hermann Clausen möge sich doch, um wirksam arbeiten zu können, der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag anschließen. Bewußt hatten wir darauf verzichtet, diesen Wunsch als Forderung zu formulieren. Um so enttäuschter waren wir, als der Sozialdemokrat Hermann Clausen sich der Föderalistischen Union anschloß, ohne vorher mit uns gesprochen zu haben.

Bei den Sozialdemokraten hätte er nicht nur einen Sitz auf europäischer Ebene haben können – sondern vor allem Sitz und Stimme in dem für uns wichtigen Grenzlandausschuß und damit ein Gegengewicht gegen das CDU-Mitglied Eduard Edert bilden können. Das war bei der FU nicht möglich. Unser Wunsch wurde von ihm persönlich und auch vom Landesvorstand des SSW stets abgelehnt, und zwar mit dem Hinweis, man müsse parteipolitisch neutral bleiben. Der SSW wies dabei besonders auf die bäuerlichen Wählerschichten hin. Als ob gerade diese Wählerschicht sehr viel für uns bedeutet hätte. Die SPF machte dagegen darauf aufmerksam, daß Clausens Schritt geeignet sei, Unruhe und Mißtrauen in der Flensburger Arbeiterschaft hervorzurufen. »Es ist zu befürchten, daß die Arbeiterschaft, die bisher einen gewaltigen Anteil ihrer Stimmen bei den bisherigen Wahlen für uns abgegeben hat, in Zukunft nicht mehr so geschlossen für uns stimmen wird«, heißt es in einem Brief vom 7. Februar 1952 der SPF an den Landesvorstand des Südschleswigschen Wählerverbandes.

Hermann Clausen hatte sich einer Gruppierung angeschlossen, die alles andere als sozialdemokratisch eingestellt war. Dabei wußten Hermann Clausen und der SSW-Vorstand, daß der überwiegende Teil der SSW-Wähler früher sozialdemokratische Stammwähler gewesen war. Die Angelegenheit wurde im SPF-Vorstand und in der Vertrauensmännerversammlung diskutiert, und man beschloß, dem SSW einen Brief zu schreiben. In diesem Brief an den SSW-Vorsitzenden Hermann Clausen bedauerte die SPF Clausens Schritt, weil der SSW-Vorsitzende und der SSW-Vorstand immer wieder betont hätten, daß man parteipolitisch neutral bleiben müsse – und gerade durch die Zusammenarbeit mit der FU mit diesem Prinzip gebrochen hätte.

Im April 1952 bekam Hermann Clausen Gelegenheit, seinen Standpunkt vor den SPF-Mitgliedern darzulegen. Sein Argument war, daß die FU parteipolitisch nicht so profiliert sei, wie z. B. CDU und SPD. Das konnte uns nicht

überzeugen. Der übrige Teil seiner Rede über die aktuelle Situation wurde mit Beifall aufgenommen.

Hermann Clausens Entscheidung wurde nicht zurückgenommen. Sehr große Bedeutung für unser Grenzland hat die Zusammenarbeit mit der FU nicht bekommen.

Bei der Bundestagswahl am 6. September 1953 erhielt der SSW 44.054 Erst- und 43.306 Zweitstimmen, d.h. 3,3% der Stimmen in Schleswig-Holstein; Hermann Clausen verlor sein Bundestagsmandat – und damit war das Problem gelöst, wenn auch anders, als wir es uns jemals gewünscht hatten.

Die tägliche Parteiarbeit

Im Laufe der Jahre 1952 und 1953 fand eine Reihe Veranstaltungen mit für uns wichtigen Themen statt. Unsere Zusammenkünfte waren, wie auch das übrige Geschehen im Grenzland, eigentlich nie langweilig.

Die aktuelle Tagespolitik kam keineswegs zu kurz. Dabei ging es vor allem um die Kommunalpolitik. Unsere Mitglieder wurden auf so gut wie jeder Versammlung, wenn auch mitunter nur in Kurzreferaten, über die Vorgänge im Rathaus und im Landtag informiert. Die Teilnehmerzahl schwankte zwischen 200 und 400, was für eine starke Aktivität der Mitglieder spricht. Grundsätzlich gab es in jedem Monat eine Parteiversammlung. Bei Bedarf wurde zu Extraveranstaltungen geladen. Auch dies ist ein Zeugnis für ein recht hohes Aktivitätsniveau. Die Fülle der Veranstaltungen und der Themenreichtum können hier nur angedeutet werden.

Auf der Januarversammlung 1952 zog Nico Reiser Bilanz. Die weitere Arbeit wurde gemeinsam diskutiert. Auf zwei Versammlungen referierte Richard Vosgerau über die Geschichte der Flensburger Arbeiterbewegung. Auf einer Monatsversammlung sprach Reiser »Über den Weg in die Diktatur«.

Die Jungsozialisten hatten mit ihren dänischen und deutschen Freunden Ende des Jahres 1952 zu einer Tagung nach Flensburg geladen. Das Thema hieß: »Kann die Arbeitslosigkeit international bekämpft werden?«. Die Referenten kamen aus unseren eigenen Reihen. Es waren Dr. Heinrich Blank vom Flensburger Arbeitsamt und Hans Nielsen, der Geschäftsführer der Industriegewerkschaft Metall in Flensburg. Während dieser Tagung stellte man die Weichen für eine weitere Zusammenkunft dieses Kreises, und zwar wurde beschlossen, sich am 31. Januar 1953 in Sønderborg zu treffen. Dort sollte über freiwillige Jugendarbeit und über »Ein vereinigtes Europa – die Notwendigkeit von morgen« diskutiert werden. Das letztgenannte Thema sollte von Frede Nielsen eingeleitet werden. Er war jedoch verhindert. An seiner Stelle übernahm Robert Huhle das einleitende Referat »Ziele und Möglichkeiten einer europäischen Einheit«. Er vertrat den Standpunkt der dänischen sozialdemokratischen Jugend, die die Bestrebungen, zu einer europäischen Einheit zu kommen, warm befürwortete.

Die Diskussion auf unserer Dezember-Versammlung 1952 brachte einen enthüllenden Nachtrag zur vorausgegangenen Tagung vom 15. und 16. November. Richard Vosgerau berichtete nämlich, daß er versucht hatte, einen ihm bekannten Beamten des Landesamtes in Kiel, Sozialdemokrat und Gewerkschaftler, als Referenten für das Thema »Kann die Arbeitslosigkeit international bekämpft werden?« zu gewinnen. Dieser hatte jedoch abgelehnt, »da

er eine andere Meinung hätte, als seine, ihm vorgesetzte Behörde. Er bäte um Verständnis, wenn er seine Meinung nicht bekannt geben möchte.« Der Chef der vorgesetzten Behörde war übrigens ebenfalls Sozialdemokrat. »Also«, schloß Vosgerau seine Mitteilung, »immer noch Angst vor Fürstenthronen«.

Der Bundesparteitag der SPD in Dortmund 24. bis 28. September 1952

Der 5. Parteitag der SPD nach 1945 fand vom 24. bis 28. September 1952 in der Dortmunder Westfalenhalle statt. Kurt Schumacher war am 20. August 1952 gestorben, und der Parteitag stand unter dem Motto »*Ehrt Kurt Schumacher und bleibt ihm treu*«. Eine überlebensgroße Fotografie des verstorbenen Parteiführers schmückte die Stirnseite des Tagungssaales.

Die SPD hatte uns eingeladen. Von der SPF wurden Nico Reiser, Max Beyreis, Hermann Olson und ich delegiert. Die SPD als Gastgeber übernahm die Kosten. Interessiert nahmen wir nach unserem Eintreffen im Kongreßbüro das Tagungsmaterial entgegen. Wir waren natürlich neugierig, in welcher Rubrik man uns eingeordnet hatte. Aber weder in den schriftlichen Unterlagen noch bei der Begrüßung wurde unsere Anwesenheit bekanntgemacht. Erst im gedruckten Protokoll des Parteitags wurden wir in der Anwesenheitsliste unter »Weitere Gäste« aufgeführt, und zwar zusammen mit Curt Conrad, SPD Saar, und Prof. Ludwig Preller, Stuttgart, der in der ersten gewählten schleswig-holsteinischen SPD-Regierung von 1948 bis 1950 Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr gewesen war.

Die Betreuung unserer Delegation wurde während des ganzen Aufenthalts von den Kielern übernommen. Die »Kieler« war in diesem Fall die schleswig-holsteinische Delegation. Einige ihrer führenden Persönlichkeiten kümmerten sich besonders um uns, unter ihnen die früheren Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann und Bruno Diekmann sowie Karl Ratz und Max Kukil. Max Kukil wurde übrigens auf diesem Parteitag als hauptamtlicher Mitarbeiter, zuständig für Organisation, in den Hauptvorstand der SPD gewählt. Er löste Egon Franke ab, der nach Hannover zurückging und später in den Kabinetten Brandt und Schmidt Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen wurde.

Das wichtigste Ereignis des Parteitages war die einstimmige Wahl Erich Ollenhauers zum neuen Parteivorsitzenden der SPD. Dem Politiker folgte der Funktionär auf dem Stuhl des Vorsitzenden. Uns gegenüber bewies dieser »Funktionär«, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, großes politisches Fingerspitzengefühl.

Über SPF-SPD-Probleme wurde während dieses Parteitags nicht gesprochen! Wenigstens nicht mit uns. Die Kieler und die in Dortmund anwesenden Kopenhagener Hans Hedtoft und Frede Nielsen haben sich dagegen über das Grenzproblem »unterhalten« und sind dabei zu dem Schluß gekommen, daß es

recht bald zu einer persönlichen Aussprache zwischen ihnen kommen müßte. Dasselbe gilt für uns, auch wir hatten »orientierende« Gespräche mit den Kopenhagenern, und beide Seiten waren sich bewußt, daß es zu einer baldigen Klärung der anstehenden Probleme kommen mußte. Das klingt recht harmlos. Eine von Hedtoft bearbeitete Notiz Frede Nielsens über die Gespräche mit den SPF-Leuten deckt jedoch auf, wie sehr die dänischen Sozialdemokraten, trotz ihrer Zurückhaltung, in ihrem Innersten für die Wiedervereinigung waren.

Das Gesprächsthema waren die Probleme, die sich in Verbindung »mit der Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Kontakts zwischen SPD und SPF« ergeben werden. Hedtoft hat diesen Notizen einige eigene Überlegungen hinzugefügt, die das gute Verhältnis zwischen den dänischen und den schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten und der SPD sowie auch die guten Verbindungen zwischen der dänischen Sozialdemokratie und der SPF herausstreichen. So betonte Hedtoft, daß er mehrere Male Schumacher gegenüber dessen Verhalten in Husum beklagt und ihm gesagt habe, daß er damals »unklug und unkorrekt« gehandelt habe. Und Hedtoft hebt ebenfalls hervor, daß die dänische Sozialdemokratie vor der Kieler Erklärung in Gesprächen im Sinne dieser Erklärung auf die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten eingewirkt habe. Diese Tendenz des Aufeinander-zu-gehens wird auch in der Schilderung des Verhältnisses zwischen SPF und SPD deutlich. Hedtoft »harmonisierte«, indem er die SPF-SPD-Kontakte hervorhob, die dazu geführt hatten, die Wiederaufnahme der organisatorischen Verbindung dieser beiden Parteien »ins Gespräch zu bringen«. Auch die Einladung der SPF zum Dortmunder Parteitag deutete er als Ausdruck des Interesses und des Wunsches der SPD, »den Bruch zu heilen«.

Hedtoft sagte ferner:

»..daß wir in Dänemark natürlich die vielen Parteigenossen in Flensburg besonders gut verstehen, die mit wachsender Stärke geltend machen, daß sie die sozialistischen Kontakte nicht mehr entbehren können, daß man aber auch uns verstehen muß, wenn wir unterstreichen, daß die eventuelle Wiederherstellung des Kontakts zwischen der SPD und der SPF ausschließlich eine Angelegenheit dieser beiden Beteiligten sein muß. Die dänische Sozialdemokratie kann und will auch nicht als Partner, weder direkt noch indirekt, an diesen Verhandlungen teilnehmen.«

Und die vier Flensburger verstanden diese Haltung der dänischen Sozialdemokraten. Sie äußerten keine Wünsche, forderten von den Kopenhagenern in dieser Angelegenheit keine Stellungnahme, »weder dafür oder dagegen«.

Dieses Gesprächsreferat sandte Hedtoft an Nic. Reiser. Damit sollten bei uns alle Zweifel über die Haltung der dänischen Sozialdemokraten in der Frage unserer eventuellen Wiedervereinigung mit der SPD ausgeräumt sein. Dieses Problem mußten wir selber nach reifer Überlegung, in eigener Verantwortung und nach bestem Interesse unserer Mitglieder lösen.

Neue Irritationen

Zu den Ehrengästen des Dortmunder Parteitages zählten, wie bereits erwähnt, auch unsere dänischen Freunde Hans Hedtoft und Frede Nielsen. Während eines Essens, zu dem Hans Hedtoft uns eingeladen hatte, machte dieser mich auf einen Artikel in der im Verlag »Neuer Vorwärts« erscheinenden sozialdemokratischen Zeitschrift »Gleichheit«, Ausgabe Oktober 1952, aufmerksam. Unter der Überschrift »Sorben – die »Speckdänen« der Ostzone« hatte eine Maria Wilhelmi einen bösen antisorbischen Artikel geschrieben, in dem u.a. über die »wunderbare Volksvermehrung« der Sorben nach 1945 berichtet wurde. Die Ursache der »Volksvermehrung« wußte sie auch anzugeben: »Wer damals sein Sorbentum bekannte, bekam Lebensmittel- und Textilpakete und brauchte außerdem als »slawischer Bruder« nicht für die Russen zu arbeiten. Auf diese Weise wurde ein altes Volks- und Brauchtum politisiert.«

Dieser Artikel veranlaßte mich, einen Beitrag unter der Überschrift »Um die deutsch-dänische Verständigung« an die Zeitschrift zu senden, die ihn in ihrer Dezemberrnummer veröffentlichte. Ich schrieb, daß es uns nicht mehr störte, wenn das Wort »Speckdänen« von »gewisser deutscher Seite« immer wieder angewendet würde. Es schmerzte uns jedoch, wenn ein sozialdemokratisches Organ dieses Wort wieder ausgraben würde, »weil wir in der deutschen Sozialdemokratie die Partei sehen, wo unsere Rechte, die Rechte der dänischen Volksgruppe, am besten gewahrt werden«. Ich wies in diesem Artikel auch auf die umfangreichen Hilfsaktionen Dänemarks hin. Ohne diese Lebensmittelhilfe wären sicher viele Kinder in den durch Bomben zerstörten deutschen Großstädten, besonders in Hamburg, wohl nicht so gut durch die ersten Nachkriegsjahre gekommen.

Einen weiteren Mißklang gab es um die Jahreswende 1952/53. Es wurde uns ein Schreiben des damals in Husum beheimateten »Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande (Grenzfriedensbund)« bekannt. Diese Organisation war von Sozialdemokraten ins Leben gerufen worden, um die deutsche Grenzarbeit nicht nur den Bürgerlichen zu überlassen. Am 10. Dezember 1952 hatte der Grenzfriedensbund ein vertrauliches Schreiben »an den Schulleiter in Hostrup« (zwischen Havetoft und Großsolt) gerichtet. Der Brief landete beim Leiter der dänischen Schule des Ortes. In diesem Schreiben wurde darauf hingewiesen, daß dem Grenzfriedensbund »Mittel zur Verfügung stehen für die Unterstützung bedürftiger und evt. national gefährdeter Familien im Grenzland.« Man dachte dabei besonders »an Orte mit dänischen Schulen und an solche, wo die Gründung einer dänischen Schule beabsichtigt« war. »Wir möchten, ohne den einzelnen in seiner Entscheidung zu beeinflussen, ver-

hindern, dass jemand aus Not sein Volkstum aufgibt«. Die Formulierungen mögen heute vielleicht harmlos klingen. Nach unserer Ansicht wurde hier aber von Sozialdemokraten eine Politik betrieben, die man offiziell immer weit von sich gewiesen – und den Dänen in den vorangegangenen Jahren ständig vorgeworfen hatte. Das war ein Triumph der Scheinheiligkeit.

Der Grenzfriedensbund war in jener Zeit noch ein Glied im deutschen Grenzkampf. Erst Jahre später ist er seinem Namen gerecht geworden.

Es brodelt wieder in der Gerüchteküche

Am 23. August 1952, also kurz nach Kurt Schumachers Tod, grub der Nord-schleswiger in einem Leitartikel den Brief Schumachers vom 11. September 1945 an Richard Schenck aus. Es war der Brief, in dem Schumacher seinem Parteifreund Schenck für die regelmäßigen Berichte über die Vorgänge im Landesteil Schleswig dankte. Hervorzuheben ist die Schlußfolgerung des Leit-artiklers. Er meinte nämlich, daß hier bereits der frühe Hintergrund für Dr. Schumachers Husumer Rede zu suchen sei, und er stellte dann fest: »Aber es kann nicht verschwiegen werden, was mancher Beobachter schon damals empfand, daß erst der scharfe Schnitt gegenüber der Flensburger Sozialdemokratie der dänisch orientierten Bewegung an der Grenze eine breite Grundlage gab«. Vielleicht sollte dieser Beitrag dem Gedanken der Wiedervereinigung von SPF und SPD neue Nahrung zuführen. Es kann nicht geleugnet werden: es brodelte wieder in der Gerüchteküche.

Eine Äußerung des Kieler Oberbürgermeisters und Landtagsabgeordneten der SPD Andreas Gayk am 28. Oktober 1952 vor dem schleswig-holsteinischen Landtag gab den Anstoß zu neuen Spekulationen. Und deshalb sandte Gayk einen Auszug aus dem Landtagsprotokoll an Hans Hedtoft. In seinem Begleitbrief vom 4. November 1952 schilderte er den Anlaß für die Grenzdebatte: Es war der Antrag der SPD im Landtag, der dänischen Minderheit bei den Wahlen die volle Gleichberechtigung einzuräumen. »Der Grenzkampf spitzt sich offenbar zu. Die Wahlen zum Bundestag werfen ihre Schatten voraus.«

A. Gayks Rede ist darüber hinaus ein Ausdruck der neuen Haltung der SPD und soll deshalb in Auszügen kurz zitiert werden:

»...Wenn Schleswig-Holstein heute kein Gegenstück zur Saarfrage ist, dann ist es das Verdienst der sozialdemokratischen Landesregierungen, die wir hier gehabt haben.

(Widerspruch und Heiterkeit beim Wahlblock)

Ich kann für ihre Unkenntnis nichts. Dann ist es ein Verdienst der dänischen Regierung, die außergewöhnlich viel Maaß in den kritischen Jahren bewiesen hat,

(Abg. Dr. Gerlich: Der Besatzungsmacht!)

und dann ist es auch ein Verdienst der Sozialdemokratischen Partei.

...

Es ist auch meine Meinung, daß die(se) Kieler Erklärung ein revolutionärer Akt, völkerrechtlich gesehen, gewesen ist und daß sie einmal

das ganze Denken auf diesem Gebiet umgestalten wird...Sie haben das Recht, mich nach Jahren zu kontrollieren und die Frage zu beantworten, ob nicht eine solche Grundhaltung, wie sie in der Kieler Erklärung zum Ausdruck gekommen ist, das künftige Minderheitenrecht in Europa umgestalten wird..«

In seinem historischen Rückblick führte er aus:

Herr Arfsten sollte wissen, daß es später ein Grenzabkommen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks und der Deutschlands, zwischen Stauning und Wels gegeben hat, das Ungewöhnliches zur Beruhigung an der Grenze getan hat, weil es diese Grenze als bestehend anerkannt hat und den ganzen nationalen Streit an der Grenze aus der Welt zu schaffen versuchte. Und ich entsinne mich noch – es ist noch gar nicht so lange her -, daß in diesem Landtag die Anregung gegeben worden ist, die Sozialdemokratie solle den Versuch machen, ein solches Abkommen noch einmal abzuschließen.«

In Bezug auf die »politische Gleichheit« zwischen Minderheit und Mehrheitsbevölkerung vertrat Gayk eine brisante und auch heute noch beachtenswerte Ansicht:

»Praktisch wird durch diesen Antrag nichts anderes getan, als daß wir die politische Gleichheit zwischen der Minderheit und der deutschen Bevölkerung herstellen...Wir Sozialdemokraten sind jedenfalls der Überzeugung, daß man ihn (den Grenzkampf) einschränken sollte, soweit es nur geht. Wenn wir ein Wahlgesetz machen, durch das wir die dänische Minderheit verpflichten, 5% der Stimmen für das ganze Landesgebiet aufzubringen, dann haben wir die dänische Minderheit verpflichtet, nun in zusätzlichen Wahlkreisen auch noch eigene Kandidaten aufzustellen und den Grenzkampf in Landesteile hineinzutragen, in die sie selber nicht einmal hinein will. Das ist doch das Seltsame einer solchen Politik, die hier getrieben wird. Wir wünschen nichts anderes, als daß die dänische Minderheit 5% der Stimmen in dem Landteil aufbringen soll, in dem sie als Minderheit wirkt, in dem sie lebt, das heißt, in diesem eigentlichen Lebensraum der nationalen Minderheit. Wer ihr dieses Recht nicht zugesteht, wer hier von einem Sonderrecht für die dänische Minderheit redet, den kann ich -das muß ich ehrlich sagen – nicht verstehen. ...«.

Das war die Sprache einer SPD, die sich in ihrer Haltung zur nationalen Frage meilenweit von Schumacher entfernt hatte, die wirklich bereit war, den Geist der Kieler Erklärung zu erfüllen. Sollte diese neue Haltung nicht auch für die SPF den Weg in die alte Mutterpartei ebnen?

Die für die Presse so anregende Passage war die Äußerung zum Stauning-

Wels-Abkommen. Eigentlich konnte man ihr doch nichts Konkretes entnehmen, aber die Presse nördlich und südlich der Grenze stürzte sich in den letzten Oktober- und ersten Novembertagen 1952 auf dieses Thema, denn man glaubte annehmen zu dürfen, daß die deutsche und die dänische Sozialdemokratie nicht nur in Verhandlungen über ein neues Grenzabkommen stünden sondern auch über die Zukunft der SPF sprächen. Das Flensburger Tageblatt hegte sogar die Hoffnung, daß die dänisch gesinnten Sozialdemokraten in Flensburg ihre Beziehungen und die politische Zusammenarbeit mit dem SSW in der Flensburger Stadtvertretung lösen könnten. Und zur Frage des Stauning-Wels-Abkommens schrieb das Tageblatt: »Es ist aktueller als je, seine Anerkennung wäre eine geschichtliche Tat im Dienste der inneren Befriedung Europas«.

Die Südschleswigsche Heimatzeitung wandte sich direkt an Frede Nielsen. Dieser erklärte ihrem Kopenhagener Korrespondenten: »Zwischen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie werden überhaupt keine Verhandlungen mit einem solchen Ziel geführt.« »Es ist einleuchtend, daß die Flensburger Sozialdemokratie, die ja dänisch gesinnt ist, gerne eine Verbindung zwischen den Sozialdemokraten im Süden und Norden sein will. Das haben führende Genossen der Flensburger SP mehrfach sowohl uns als auch der SPD gegenüber zum Ausdruck gebracht.« Ob eventuelle Gespräche der Flensburger mit der SPD in Dortmund »überhaupt irgendwelche Resultate hatten oder haben sollten, und welcher Art solche etwaigen Ergebnisse sein könnten, das entzieht sich meiner Kenntnis. Das ist *Angelegenheit der Flensburger Sozialdemokratie*. Wir aus Kopenhagen mischen uns nicht in die Flensburger Verhältnisse ein.« »Von Verhandlungen zwischen uns und der deutschen Sozialdemokratie über ein neues Grenzabkommen kann überhaupt keine Rede sein.«

Frede Nielsen dementierte also kräftig und verwies alle Vermutungen der Presse ins Reich der Fabel.

Im Laufe des Jahres 1952 hatten mehrere Gespräche mit den Kielern stattgefunden, und zwar in Kiel und auch in Flensburg. Die SPD war gewöhnlich mit zwei Vertretern dabei, Andreas Gayk, Karl Ratz oder Max Kukil u.a. Allerdings meist wenig offiziell und vor allem bei Anlässen, bei denen der eine oder andere zufällig jemanden von der anderen Seite traf. Natürlich wollte man eine Entscheidung, aber nach außen hin wurde nicht gedrängt. Diese Gespräche gab es auch 1953.

Die Kieler in Kopenhagen

22. November 1952

Am 22. November 1952 traf sich die Kieler Parteileitung der SPD mit den führenden dänischen Sozialdemokraten Vilh. Buhl, Frede Nielsen, Peder Tabor, Oluf Carlsson und Hans Hedtoft im Parteikontor der dänischen Partei in Kopenhagen. Das Referat dieser Aussprache ist dürftig, wenn auch nicht ganz uninteressant. Man wurde sich einig, daß die Kieler Erklärung die Grundlage für die Grenzpolitik beider Parteien sein sollte. Das Selbstbestimmungsrecht wurde von beiden Seiten als Prinzip anerkannt, doch zugleich hob man hervor, daß es »praktisch nicht aktuell ist«. Auf Hedtofts Frage nach der SPF antwortete Gayk, daß W.L. Christiansen ihm gegenüber angedeutet habe, daß er im »gegebenen Fall« einen dänischen Arbeiterverein gründen werde. Hedtoft regte dann noch eine gemeinsame Erklärung an. Es wurde beschlossen, diese Möglichkeit zu erwägen. Gayk wurde aufgefordert, ihren Inhalt zu entwerfen. Und man beschloß ferner, zwecks gegenseitiger Orientierung einen inoffiziellen Grenzausschuß zu bilden. Robert Huhle sollte in ihm die dänische und Richard Hansen die deutsche Seite vertreten.

Andreas Gayks Entwurf für die gemeinsame Erklärung, den er nach der Verhandlung niedergeschrieben hat, dürfte die Haltung der beiden sozialdemokratischen Gesprächspartner recht gut widerspiegeln, auch wenn das Pathos allein auf seine Kosten geht.

Frieden und Freundschaft auch an der Grenze

In einem Augenblick, in dem die weltpolitischen Gefahren das Zusammensein aller freiheitsliebenden Völker erfordern, bekennen sich die sozialdemokratische Partei Dänemarks und die sozialdemokratische Partei Deutschlands zu der gemeinsamen europäischen Aufgabe, Frieden und Wohlfahrt ihrer Völker zu sichern. Ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark, Duldsamkeit und loyale Zusammenarbeit auch im Grenzgebiet sind die unerlässliche Vorbedingung für den Frieden Europas. Der Geist europäischer Zusammenarbeit und europäischer Verantwortung soll deshalb auch in Zukunft die Grenzpolitik beider Parteien bestimmen.

Das Recht auf nationale Selbstbestimmung ist eine grundlegende Forderung sozialdemokratischer Aussenpolitik. Dieses Recht kann

auch den Minderheiten in Deutschland und Dänemark nicht abgesprochen werden. Beide Parteien bekennen sich deshalb grundsätzlich zum nationalen Selbstbestimmungsrecht. Beide Parteien sind zugleich der Meinung, dass diese Frage in Schleswig nicht aktuell ist. Für die Sozialdemokratie beider Länder liegt die Grenze fest. Weder Dänemark noch Deutschland haben staatspolitische Grenzforderungen geltend gemacht.

*Ein friedliches Zusammenleben im Grenzgebiet ist nur möglich:
wenn jeder Bürger frei darüber entscheiden kann, zu welchem Volkstum er sich bekennen will,
wenn jeder nationalen Minderheit die freie Entfaltung ihres sprachlichen und kulturellen Lebens gesichert wird,
wenn die Auseinandersetzung zwischen Dänen und Deutschen nördlich wie südlich der Grenze in den freiesten und vornehmsten Formen stattfindet,
wenn jede nationale Aggressivität, jede Unfreundlichkeit gegenüber anders Denkenden bewusst vermieden wird,
wenn jede Minderheit sich loyal gegenüber ihrem Herbergsstaat verhält,
wenn der Herbergsstaat die volle Gleichberechtigung der Minderheit gewissenhaft achtet.*

Die Grundsätze einer friedensfördernden Minderheitenpolitik, wie sie in der Kieler Erklärung erstmalig formuliert wurden, werden beide Parteien deshalb zur Grundlage ihrer Grenzpolitik machen. Sie rufen die Bevölkerung des Grenzgebietes auf, diese Politik freundschaftlicher Zusammenarbeit zu unterstützen. Wer mithilft, Frieden und Freundschaft im Grenzgebiet zu verwirklichen, sichert zugleich den Frieden Europas.

*Für die soz. Partei
Dänemarks*

*Für die soz. Partei
Deutschlands*

Ob es jemals weiter als bis zur Übersetzung ins Dänische gekommen ist, weiß ich nicht. Jeder kritische Leser dieses Entwurfs wird eine Reihe von Vorbehalten anmerken: Er wird die Formulierung politischer Rechte der Minderheit vermissen. Er wird sich daran erinnern, welche skeptische Haltung Hedtoft gegenüber der engverstandenen deutschen Forderung nach »Loyalität dem Herbergsstaat gegenüber« eingenommen hatte, und er wird nicht vergessen, wie sich die dänischen Sozialdemokraten gegen die Erneuerung des Stauning-Wels-Abkommens gesträubt hatten. Gayks Entwurf enthielt ein ganze Reihe

Verpflichtungen, die die dänischen Sozialdemokraten in ihrer Grenzpolitik binden konnten. Die Verknüpfung von Nord- und Südschleswig war nicht übersehbar. Das freiheitliche dänische Grundgesetz war bedeutend älter als die Kieler Erklärung, und damit hatte auch die freiheitliche Minderheitenpolitik in Dänemark eine längere Tradition als in Deutschland, warum also der Kieler Erklärung eine Vorrangstellung einräumen? Oder warum gar ihren Geltungsbereich durch eine gemeinsame offizielle Erklärung oder über die Hintertreppe des bisher stets abgelehnten Gegenseitigkeitsprinzips auf Dänemark erweitern? Alles ausreichende Gründe, diese gemeinsame Erklärung, ein Ersatz für die von der dänischen Sozialdemokratie nicht zu erreichenden Erneuerung des Staunig-Wels-Abkommens, nicht zu unterschreiben. Hedtoft hatte sich mit seinem wohlgemeinten Vorschlag auf einen schwankenden Grund begeben. Gayk hatte der Erklärung zu viel politisches Gewicht gegeben.

Reiser macht in Geheimdiplomatie

Ende Oktober 1952 geschah etwas, von dem ich erst gut drei Wochen später erfahren sollte. Am 19. November 1952 erhielt ich einen Anruf von Hermann Clausen. Er bat mich, ihn so bald wie möglich gemeinsam mit Richard Vosgerau aufzusuchen. Wir verabredeten einen Termin für den nächsten Tag.

Am 20. November erzählte Hermann Clausen uns, daß man ihm in Kopenhagen mitgeteilt habe, daß Nic. Reiser kürzlich in der dänischen Hauptstadt gewesen sei. Er fragte uns, ob wir dieses wüßten. Wir verneinten. Herm. Clausen berichtete, daß Reisers Besuch in Kopenhagen nicht gerade Begeisterung ausgelöst hätte, ja Hedtoft habe sogar gemeint, daß nun wohl alles zusammenbreche.

Am Abend desselben Tages hatten wir im Flensburger Gewerkschaftshaus eine Vertrauensmännerversammlung. Reiser sagte kein Wort über seine Kopenhagenerreise. Auch wir schwiegen.

Am darauf folgenden Wochenende, nämlich am 22. und 23. November, hatte ich verschiedene Angelegenheiten in Kopenhagen zu erledigen. Nach Beendigung meines Programms, während der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag, führte ich Gespräche in der Sache »Reiser in Kopenhagen«. Langsam wurde der Schleier, der über Reisers Geheimdiplomatie lag, gelüftet:

Nic. Reisers Besuch hatte am 29. und 30. Oktober 1952 stattgefunden. Reiser hatte versucht, von den dänischen Sozialdemokraten die Zustimmung zur Wiedervereinigung der SPF mit der SPD zu erlangen. Organisiert hatte er seinen Kopenhagen-Besuch über den mir unbekanntem Kaufmann Ejnar Bengtson, dem er am 26. Oktober 1952 einen Brief geschrieben hatte. Eine Abschrift dieses Briefes ist mir später zugespielt worden. Reiser bat Bengtson, die Angelegenheit vertraulich zu behandeln. Auf keinen Fall dürfe jemand vor dem 29. Oktober erfahren, daß er nach Kopenhagen komme, vor allem südlich der Grenze dürfe der Besuch nicht bekannt werden.

In Kopenhagen hat er dann Hans Hedtoft und Frede Nielsen getroffen und ihnen seine Wiedervereinigungsvorstellungen vorgetragen. Sein Hauptmotiv war: Als Sozialist stehe er auf dem Standpunkt, daß man den Kampf nie aufgeben dürfe. In der Grenzfrage sei er jedoch der Meinung, daß der Kampf keinen Zweck habe, weil keine Aussichten vorhanden seien.

Da die Möglichkeit, Südschleswig mit Dänemark zu vereinen, jede Aktualität verloren hatte, und da die Arbeit der dänischen Vereine in Südschleswig nur noch kultureller Art sein konnte, mußte die SPF einen neuen Kurs abstecken, als selbständige politische Organisation hatte sie unter den neuen

Bedingungen keine Existenzberechtigung mehr. Für die politisch aktiven Mitglieder der SPF war das Fehlen lebendiger sozialdemokratischer Kontakte nicht mehr auszuhalten. Deshalb galt es, die Versöhnung mit der SPD herbeizuführen. Nach Reisers Ansicht sollte die SPD den Ausschluß der SPF rückgängig machen und diese dann automatisch wieder aufnehmen. Das freie kulturelle Bekenntnis zum Dänentum sollte den Mitgliedern auch weiterhin zugestanden werden.

Reiser behauptete dann auch noch, daß wir in Südschleswig einen »Arbeiterbildungsverband« gründen wollten.

Wie zu erwarten, bekam Reiser kein grünes Licht für sein Vorgehen. Die dänischen Sozialdemokraten wollten ihre »Beobachterhaltung« nicht aufgeben. Sie bestanden darauf: Die Entscheidungen mußten in Flensburg, sie mußten von uns gefällt werden. Ansonsten, so sah es damals aus, scheint der Reiser-Besuch in Kopenhagen nur Verwirrung gestiftet zu haben.

Reisers Form der »Geheimdiplomatie« wurde scharf angegriffen. Es wurde sogar die Frage gestellt, ob er vielleicht vom Gesamtdeutschen Ministerium gekauft worden sei. Diesem Vorwurf bin ich mit aller Kraft entgegengetreten. So etwas traute ich Reiser einfach nicht zu. Persönlich fühlte ich mich allerdings von meinem SPF-Vorsitzenden Reiser hintergangen. Es war ein Vertrauensbruch, daß Reiser hinter meinem und dem Rücken des gesamten SPF-Vorstandes SPF-Verhandlungen von so entscheidender Tragweite führte. Ich habe ihm das auch gesagt. Seine Antwort war, daß ich mich ja auch oft in Kopenhagen aufhielte. Ich entgegnete, daß ich aus meinen Reisen nie ein Geheimnis gemacht hätte, und daß ich nie daran gedacht hätte, jemals ohne Auftrag SPF-Angelegenheiten, mit wem auch immer, zu verhandeln.

Richard Vosgerau, der am Sonntag den 30. November 1952 Besuch von zwei Sozialdemokraten aus Kopenhagen bekam, hat den »Reiserkauf«-Vorwurf ebenfalls entschieden zurückgewiesen. Auch dieser Besuch bestätigte uns die negativen Auswirkungen des Reiserbesuchs in der dänischen Hauptstadt. Damit nicht noch mehr Porzellan zerschlagen wurde, bat Vosgerau die Kopenhagener Freunde, die ganze Angelegenheit nicht zu hoch einzuschätzen und vor allem, keine öffentliche Diskussion anzuheizen.

Am nächsten Tag, also am 1. Dezember, bat Vosgerau dann Reiser um eine Aussprache. Vosgerau versuchte mit diesem Gespräch Reiser klar zu machen, daß Aktivitäten, wie Reiser sie Ende Oktober 1952 entwickelt hatte, der dänischen Sache in Südschleswig nur schaden könnten. Vor allem hätte Reiser die im Vorwege nicht gerade überschwenglich positive Einstellung der dänischen Sozialdemokraten zur SPF noch geschwächt.

Erst Monate später, am 1. Mai 1953, erfuhr ich durch Frederik Mommsen, daß Samuel Münchow Reiser geraten haben sollte, nach Kopenhagen zu reisen,

um Unterstützung für seine Fusionsbestrebungen mit der SPD zu bekommen. Innerhalb der überwiegend bürgerlich eingestellten Flensburger SSW-Fraktion gab es eine Gruppe, der die sozialdemokratische, also parteipolitische, Haltung der SPF nicht paßte, und die vor allem auf die dänisch-kulturelle Arbeit ausgerichtet war. Daß aber ausgerechnet der sozial eingestellte Schmiedemeister aus der Norderstraße, S. Münchow, der während der dreißiger Jahre schwere wirtschaftliche Krisenzeiten durchgemacht hatte und als Vertreter des »kleinen Mannes« angesehen wurde, die Interessen der Bürgerlichen vertreten sollte, erschien mir nicht überzeugend. Zu bedenken gilt auch, daß Münchow stets für die Erhaltung der nationalen Front eintrat, und im Ausschüssen der SPF ein Zerbrechen dieser Einheit von dänisch gesinnten Bürgerlichen und Arbeitern sah. – Sein einziger Grund könnte gewesen sein, das Kapitel SPF zum Abschluß zu bringen.

Weitere Gespräche in Kopenhagen

5. Dezember 1952

Es war nur allzu verständlich, daß nach dem Bekanntwerden der Reiser-Reise bei uns Unruhe und Verwirrung herrschte. Und was mochte man in der Kopenhagener Parteizentrale von uns denken? Es mußte gegengesteuert werden. Das konnte nur in direkten Gesprächen mit führenden dänischen Sozialdemokraten geschehen.

Vom 4. bis 6. Dezember 1952 war ich zusammen mit Bibliothekar Frederik Mommsen, damals SSW/SPF Fraktionsführer in der Flensburger Stadtvertretung und 1956-60 Landesvorsitzender des SSW, in Kopenhagen, um an einer Sitzung des »Sønderjydske Udvalg« des Reichstages und Vertretern der südschleswigschen Presse teilzunehmen. Am 5. Dezember benutzte ich die Gelegenheit zu Gesprächen mit Frede Nielsen. Ich legte ihm meine Ansicht über die Lösung der »SPF-Frage« dar.

Frede Niensens Aufzeichnungen über dieses Gespräch ist zu entnehmen, daß »Willy Christiansen das Wort führte«, und daß Fr. Mommsen den Ausführungen voll zustimmte:

»... Willy war sich darüber im klaren, daß die jetzige Situation für die dänisch gesinnten Sozialdemokraten in Flensburg unhaltbar war, und daß irgendetwas geschehen mußte. Er kannte Reisers Plan der Wiedervereinigung von SPD und SPF, hielt aber das Vorgehen für verkehrt, es würde nur zu Gegensätzen führen und in Stücke schlagen. Nicht einmal die Hälfte würde Reiser folgen. Willy konnte sich dagegen Folgendes vorstellen:

Die SPF löst sich als politische Organisation selbst auf, und zwar mit der Begründung, daß der Verein seine Mission erfüllt habe, und daß die Arbeit (der Schwerpunkt der Arbeit) verlagert werden muß. Ihr Gewicht muß ganz auf das kulturelle Gebiet gelegt werden.

Man wird stattdessen über ganz Südschleswig einen rein kulturellen, dänisch gesinnten Arbeiterverein organisieren, der für seine Aufklärungsarbeit Material aus dem Norden und dem Süden verwenden solle.

So weit es das Politische betrifft, sollte es jedem frei stehen, sich der SPD oder dem SSW anzuschließen, so wie man es eben wünscht. Willy glaubte, daß es möglich sein wird, eine Wahlzusammenarbeit zwischen der SPD und dem SSW herzustellen – ich verstand seine Vorstellungen so, daß das Ergebnis sein sollte, daß ein dänisch gesinnter, bei der SPD

organisierter Mann als gemeinsamer Kandidat aufgestellt wird, und anders kann man sich eine evtl. Gemeinschaft ja auch nicht denken.

— — —

Ganz unmittelbar scheint der Plan etwas für sich zu haben. Wenn die Angelegenheit so geordnet wird, wird sie unsere Partei glimpflicher (lempeligere) über diesen empfindlichen Punkt bringen als der andere Plan, und da der Gedanke von den Flensburgern selbst kommt und von ihnen selbst verwirklicht wird, wird keiner einen Grund haben, uns anzugreifen. Der politische Anschluß an die SPD wird sicherlich recht bald beginnen, wird jedoch eine längere Zeit in Anspruch nehmen, als wenn eine reguläre Wiedervereinigung durchgeführt werden würde. Aber auf der anderen Seite wird er sicherlich solider werden.

Sicher ist nach meiner Ansicht, daß der politische Konfliktstoff auf diese Weise schneller aus der Welt geschafft wird, und daß die Arbeit im ganzen für uns leichter wird.«

Damit waren unsere Kopenhagener Parteifreunde in unseren internen Gegensatz hineingezogen worden, aus dem sie sich am liebsten heraushielten. Wir waren ein »Konfliktstoff«, der das Verhältnis zur SPD belastete, dem man sich aber nicht ganz entziehen konnte. Die dänische Parteiführung brauchte drei Wochen für die Formulierung ihres Briefes, in dem sie ihren Standpunkt darlegte.

In Flensburg mußte die Lage mit unseren Partnern SSW und SSV geklärt werden. Das geschah kurz nach meiner Rückkehr aus Kopenhagen.

SPF, SSW und SSV diskutieren die neue Situation

10. Dezember 1952

Am 10. Dezember 1952 kam es im Flensborghus auf Wunsch der SPF zu einer Begegnung des SPF-Vorstandes mit den Vorständen des SSV und SSW. Von der SPF nahmen zehn Personen teil, der Südschleswigsche Wählerverband und der Südschleswigsche Verein waren durch neun Vorstandsmitglieder, den Generalsekretär des SSV Frants Thygesen und den SSW-Landessekretär Hermann Bornholdt vertreten. Außerdem waren der dänische Generalkonsul Graf E.H. Schack und sein Vertreter Konsul Troels Oldenburg erschienen. Hermann Clausen mußte wegen Erkrankung absagen.

Nach der Begrüßung durch Niels Bøgh Andersen, dem Vorsitzenden des SSV, nahm Nic. Reiser das Wort. Einleitend bemerkte er, daß diese Zusammenkunft auf Veranlassung der SPF zustande gekommen sei und der Klärung anstehender Probleme dienen solle.

Nic. Reiser sagte u.a.:

»... Wir haben nun seit 1945 zusammen gearbeitet, zuerst mit dem Südschleswigschen Verein und seit 1948 mit dem Südschleswigschen Wählerverein. Aber die Frage nach dem Verhältnis der SPF zur SPD hat es immer gegeben und ist jetzt überreif. Wir haben keine Entscheidung getroffen, aber haben (das Verhältnis der SPF zur SPD) oft auf den Sitzungen der Vertrauensleute der SPF diskutiert.

Von Anfang an war jeder Sozialist, deutsch oder dänisch, in der SPF willkommen, in der Grenzfrage hatte jeder seine Entscheidungsfreiheit. Und gerade deshalb kam 1946 der Ausschluß (aus der SPD), der für viele von uns, die seit einem Menschenalter in der sozialistischen Arbeit gestanden hatten, schmerzlich war. Aber wir hofften auf eine Vereinigung mit Dänemark, und damit auf die Vereinigung der SPF mit der dänischen Sozialdemokratie. Nun fragen viele von uns, da die Vereinigung mit Dänemark nicht geglückt ist, ob wir jetzt nicht die sozialistische Einheit in Flensburg wieder herstellen sollen. Wir wissen aber nicht, wie die Mehrheit in unserer Partei das sieht...

Wir haben mehrere Male Besuch von der Parteileitung in Kiel gehabt, wo man den Ausschluß von 1946 bedauert; Kiel will ohne weiteres das Selbstbestimmungsrecht anerkennen und setzt sich für die volle kulturelle Freiheit des Dänentums ein, wie man auch gewillt ist,

einer zukünftigen SPD in Flensburg freie Hand zu geben, dänisch gesinnte Kandidaten aufzustellen...«.

All dies, so betonte Reiser, sei bisher nur diskutiert worden, Beschlüsse lägen noch nicht vor. Auch spiele es keine Rolle, wann die Wiedervereinigung komme.

Auf eine Frage von Bøgh Andersen antwortete Reiser, daß es selbstverständlich sei, daß SPD-Mitglieder gleichzeitig dem SSV, der kulturellen Organisation der dänischen Minderheit, angehören und ihre Kinder in die dänischen Schulen schicken könnten. Eine Doppelmitgliedschaft SPD und SSV wäre allerdings nicht möglich. Das war ein Kernpunkt des Problems, denn viele von uns waren Mitglied im Südschleswigschen Wählerverband, der politischen Organisation der Minderheit, und in der SPF. Ich natürlich auch.

Samuel Münchow, SSW-Fraktionsvorsitzender im schleswig-holsteinischen Landtag, stellte und beantwortete die Frage nach der Vorrangigkeit von National- oder Parteipolitik. Die Nationalpolitik spalte nach Reiser die sozialistische Einheit. Stelle man aber die Parteipolitik an die erste Stelle, dann würde es zu einer Zersplitterung der nationalen Front kommen, und dann hätten wir keine schlagkräftige dänische Partei mehr. Das wäre ein Bruch mit der Linie, die das Dänentum in Sønderjylland bisher stets eingehalten hat. Früher war man nur bei Stichwahlen für einzelne SPD-Kandidaten eingetreten. Eine selbständige dänische Partei könne nicht durch eine Vereinsmitgliederliste ersetzt werden.

»... Wir verübeln niemandem, wenn er zurück zur SPD will. Aber dann müssen wir uns trennen, so daß diejenigen, für die das Nationale an erster Stelle steht, in den Südschleswigschen Wählerverband gehen, und dann wird sich zeigen, ob der Südschleswigsche Wählerverband die größere Anziehungskraft hat...«.

Zur Kieler Einstellung zum Selbstbestimmungsrecht stellte Münchow fest, daß die SPD in Kiel bisher noch keine offizielle Erklärung zum Selbstbestimmungsrecht abgegeben hatte. Die Bundes-SPD hätte sich zwar prinzipiell für das Selbstbestimmungsrecht auch im Norden ausgesprochen, aber nur in der Form, daß das ganze Land Schleswig-Holstein en bloc abstimmen soll.

»... Man behauptet ferner, daß wir mit einer SPD-Regierung stärker stehen, wenn wir dänisch Gesinnte in der SPD haben. Das stimmt nur, wenn die SPD bereit ist, das Dänentum direkt zu vertreten, aber das will man nicht, man will uns nur kleine Erleichterungen geben..«.

Und was die kommende Bundestagswahl betrifft, so kenne man noch nicht einmal das Wahlgesetz, wir wissen »überhaupt nicht, ob es auch weiterhin eine Chance für eine dänische Vertretung gibt«. »Es wäre grundsätzlich verkehrt, schon vorher aufzugeben, in so einem Fall werden wir bestimmt zurückgehen«.

Zu den Kommunalwahlen werde man auch künftig als dänische Partei auftreten, und man werde, wie bisher, in größerer Zahl dänisch gesinnte Arbeiter aufstellen.

»... Die SPF muß ihre Entscheidung selbst treffen, und wenn man sich entschließt, ganz oder teilweise zur SPD zurückzukehren, müssen wir im Südschleswigschen Wählerverband daraus unsere Konsequenzen ziehen. Ich habe den Eindruck, daß unsere Arbeiter in Flensburg aufgrund der Erfahrungen von und nach 1920 allgemein nicht den Wunsch haben, erneut in die SPD zu gehen.

Wir können uns nicht darauf beschränken, zukünftig nur kulturell zu arbeiten. Die kulturelle Arbeit hängt eng mit der politischen zusammen. Unsere Jugend, die dänisch erzogen worden ist, steht gerade aufgrund der dänischen Kultur politisch viel stärker als die Älteren.«

L.P. Christensen, Chefredakteur von Flensburg Avis, stimmte Münchows Ausführungen zu. Er meinte, daß es für die SPF-Leute, die noch eine gewisse Bedeutung als Mitglieder einer selbständigen Partei hätten, schwer werden würde, innerhalb der großen SPD eine größere Rolle zu spielen.

Nachdem Richard Vosgerau betont hatte, daß eine wiedervereinigte SPD und der SSW als getrennt auftretende Parteien bei den Kommunalwahlen in Flensburg im Vergleich zum übermächtigen deutschen Rechtsblock zu einer kleinen Minderheit herabsinken würden, kam Reiser mit einer neuen Idee. Er meinte, durch eine SSW-SPF-SPD-Koalition könne man in Flensburg die Mehrheit erringen. Auch im Nachhinein glaube ich nicht, daß Kiel mit einer solchen Konstellation einverstanden gewesen wäre. Vielleicht mit einer SSW-SPD (nach der Wiedervereinigung)-Koalition. Aber auch dieses hielt ich für sehr unwahrscheinlich. Die SPD hatte sich doch erst gerade aus dem deutschen Wahlblock gelöst.

Der SSW-Landtagsabgeordnete und Sprecher der dänisch gesinnten Friesen Berthold Bahnsen aus Leck wies darauf hin, daß die SPF-Frage zwar eine Flensburger Angelegenheit sei, aber doch wohl Auswirkungen auf ganz Südschleswig haben könne. Bei den SPD-Angeboten müsse man davon ausgehen, daß sie jetzt gemacht würden, weil SPF und SSW in Flensburg so stark wären. Nach einer SPF-SPD-Fusion würde die Flöte einen anderen Klang bekommen. Denn trotz ihrer Toleranz in einigen Punkten, gehört auch die SPD zu unseren Gegnern, auch wenn sie moderater als die CDU ist.

Bøgh Andersen und Carsten Boysen, einer der führenden Nordfriesen, konnten ebenfalls nicht sehen, daß die Flensburger Arbeiterschaft durch eine Wiedervereinigung der SPF mit der SPD gestärkt werden würden. Carsten Boysen ging sogar soweit, daß er vorschlug, daß die 5000 »SPD'er« in Flensburg bei Wahlen mit dem größeren SSW-SPF-Block zusammenarbeiten soll-

ten. Frederik Mommsen bezweifelte Reisers Ansicht, daß hunderte von SPF-Mitglieder zurück in die SPD wollten. Von mir wurde gesagt, daß die Diskussion SPF – SPD jetzt geführt werde, weil die SPD sich an uns gewandt hatte, und vertrat dann die Meinung, daß eine Kampfabstimmung in der SPF das Dänentum in Flensburg schwächen würde. Die wenigen Anschlußwilligen betonten, daß die dänische Sozialdemokratie deutlich gemacht habe, daß sie die Verbindung zu uns, aus Gründen des Takts, nur über die SPD aufrecht erhalten könne. Der Süden habe die Flensburger aus der SPD ausgeschlossen, die Kieler reichen uns jetzt die Hand, wir stehen also vor der Aussöhnung mit der SPD. »Könntet Ihr an unserer Stelle anders handeln, als wir es wahrscheinlich eines Tages tun werden?«. Max Beyreis brachte eine gewisse Schärfe in die Diskussion. Er glaubte nämlich bemerkt zu haben, daß Münchow, Bahnsen und ich unseren SPF-Vorsitzenden Reiser zu hart angegangen wären. Mit dieser Meinung schien er jedoch allein zu stehen, da keiner ihm beipflichtete. Da er aber eine Verschärfung des Gegensatzes befürchtete, schlug er den Abbruch der Aussprache vor. Doch ehe es soweit kam, machte Iver Callø aus Eckernförde noch eine interessante Bemerkung. Er wünschte sich für Eckernförde gerne Flensburger Verhältnisse. Die Flensburger SSW-SPF-Konstellation auf seine Stadt übertragen, würde die dortige Mehrheit des deutschen Wahlblocks verhindern können.

Iver Callø hatte mehrmals hinter den Kulissen versucht, die SPF stärker in die Gesamtheit der dänischen Organisationen einzubinden. Mehrfach hatte er vor der Gefahr eines Auseinandergehens gewarnt, wenn die SPF-Vertreter nicht öfter und intensiver an den Entscheidungen des SSW und SSV beteiligt würden. Doch vergebens.

Bøgh Andersen schloß die Versammlung, dankte für die Aussprache und hoffte, daß man sich auch künftig gegenseitig unterrichten werde. Er schloß mit den Worten: Wenn Reiser sagt, daß er sich der SPD gegenüber wie einer fühlt, der jahrelang außerhalb der Familie gestanden habe, dann kann ich für unsere Seite sagen, daß es uns scheint, daß wir in diesen sieben Jahren zu einer großen Familie geworden sind, die ungerne getrennt werden sollte.

Die »Familien«bände waren jedoch brüchig geworden, das hatten die gegensätzlichen Standpunkte aufgedeckt, auch wenn wir es nicht sehen wollten.

In Flensburg gärte es. Die SPF bewegte sich, aber niemand wußte wohin. In Kopenhagen herrschte nach Reisers »Geheimdiplomatie« und meinem Gespräch Unklarheit über die Zukunft der SPF. Kurz nach Weihnachten 1952 formulierte Hans Hedtoft seine Stellungnahme zu den auch für uns undurchsichtigen Verhältnissen in Flensburg.

Hans Hedtoft formuliert seine Stellungnahme zur SPF-Frage 27. Dezember 1952

Die dänischen Sozialdemokraten waren auf dem SPD-Parteitag in Dortmund und durch Reisers und meinen Besuch zusammen mit Frederik Mommsen in Kopenhagen über die Situation in Flensburg unterrichtet worden. Dabei hatten sie gegensätzliche Auffassungen und Zukunftspläne zu hören bekommen, was für sie keinesfalls zufriedenstellend sein konnte. Deshalb schilderte Hans Hedtoft in einem an Nic. Reiser und mich gerichteten Schreiben vom 27. Dezember 1952 die aus diesen Gesprächen gewonnenen Einsichten und Reaktionen der Kopenhagener.

Einig seien wir darin, so stellte er fest, daß die jetzige Lage der SPF unhaltbar sei. Nachdem ein Anschluß Südschleswigs an Dänemark jede Aktualität verloren habe, und da die dänische Bewegung in Südschleswig, wenn man von den Wahlen absieht, allein auf die kulturelle Arbeit beschränkt bleibe, habe die SPF als selbständige politische Partei keine Daseinsberechtigung mehr. Der Weg, der zu gehen sei, werde dagegen von uns unterschiedlich gesehen. Reiser sei für eine Wiedervereinigung der SPF mit der SPD. Die SPD solle offiziell den Ausschluß der SPF zurücknehmen, und damit erfolge dann automatisch die Wiederaufnahme der SPF in die SPD. Die kulturelle Zugehörigkeit jedes einzelnen Mitglieds zum Dänentum sollte dabei jedem freistehen. Ich sei hingegen für eine Auflösung der SPF, da sie ihre Mission erfüllt habe. Die einzelnen Mitglieder sollten sich dann entweder für die SPD oder den SSW entscheiden. Danach solle in ganz Südschleswig ein rein kultureller, dänisch gesinnter Arbeiterverein gebildet werden. Außerdem hielt ich es für möglich, daß eine Wahlzusammenarbeit zwischen der SPD und dem SSW zu einem in der SPD organisierten gemeinsamen Kandidaten führen könne.

Dann skizzierte Hedtoft in sieben Punkten die Richtlinien für die Südschleswigpolitik der dänischen Sozialdemokratie: Die dänischen Sozialdemokraten hätten sich bisher stets für die sehr großen Bewilligungen für die dänische Kulturarbeit in Südschleswig eingesetzt. Sie glaube jedoch, daß die Zuschüsse jetzt kräftig zurückgefahren werden können. Die Unterstützung soll sich ausschließlich auf das kulturelle Gebiet beschränken. Die dänischen Sozialdemokraten sollen und wollen sich nicht in politische Angelegenheit mischen. Diese sind ganz und gar Sache der dänisch gesinnten Südschleswiger. In Bezug auf das SPF-Problem ist man nur interessierter Beobachter. Die SPF-Frage ist in

erster Linie eine Frage der SPF selbst und dann, im gegebenen Fall, eine Angelegenheit zwischen der SPF und der SPD. Die dänische Sozialdemokratie will auch weiterhin ihren engen Kontakt mit den dänisch gesinnten, südschleswigschen Sozialdemokraten bewahren. Gleichzeitig wünsche sie die guten Beziehungen zur Führung der SPD und ihrem schleswig-holsteinischen Parteibe-zirk zu erhalten und weiter zu entwickeln. »Wir meinen, daß das gesamte Dänentum der Führung der SPD in Schleswig-Holstein für ihre großzügige (storsindede) Haltung, die sie stets in der Grenzfrage eingenommen hat, dankbar sein muß.«

Hedtoft verwies ferner auf die internationale Zusammenarbeit aller Sozialdemokraten in der freien Welt, in der es für alle demokratischen Kräfte galt, sich für Entspannung einzusetzen – und so auch im deutsch-dänischen Grenzgebiet. »Wir wollen deshalb jede nationale Aggressivität, möge sie von der deutschen oder dänischen Seite kommen, aufs schärfste bekämpfen.« Die dänischen Sozialdemokraten begrüßten daher alle Bemühungen Gleichgesinnter, die sich für Entspannung und Toleranz einsetzten und hofften, daß auch die Mitglieder der SPF, ganz gleich wie sie sich entscheiden werden, auf dieser Linie zu finden sein werden.

Mit seinem Schreiben hatte Hedtoft uns gegenüber noch einmal die Nicht-einmischungspolitik der dänischen Sozialdemokraten in der SPF-Frage betont und uns zugleich an die internationale Solidarität aller sozialistischen und demokratischen Kräfte erinnert. Sie verpflichtete uns zu einem friedlichen Miteinander auch im deutsch-dänischen Grenzgebiet. Einen Weg aus der Krise hatte er uns, ganz im Sinne seiner Beobachterhaltung, nicht aufgezeigt.

Die Kontrahenten antworten

Nicolaus Reiser und ich, die beiden Hauptkontrahenten in der Auseinandersetzung um den künftigen Weg der SPF, antworteten Hedtoft am 7. und 9. Januar 1953, nachdem der Inhalt des Schreibens aus Kopenhagen am 5. Januar auf einer Vorstandssitzung dem Parteivorstand der SPF mitgeteilt worden war. Beide Briefe wurden zusammen abgesandt.

In meiner Antwort vom 7. Januar bestätigte ich Hedtofts Darstellung meiner Ansichten in Bezug auf die Auflösung der SPF. Ich unterstrich noch einmal, daß ich unbedingt die Auflösung wünschte, weil ich diesen Weg für die dänische »Volksgruppe« für ungefährlicher hielt.

»... Meine Meinung ist nach wie vor die, daß ein Zusammenschluß der SPF mit der SPD der dänischen Volksgruppe großen Schaden zufügen würde, während meiner Meinung nach der von mir vorgeschlagene

Weg keine allzu großen Wunden reißen würde. Ich habe deshalb vorgeschlagen, da die Mehrheit des Vorstandes als auch unserer Vertrauensleute dem Anschlußgedanken nahezustehen scheint (es hat bisher noch keine Abstimmung stattgefunden), daß man endlich zu einem Schluß gelangen soll, und daß man die Angelegenheit von der Mitgliedschaft entscheiden lassen soll, ob Anschluß oder nicht, damit wir in dieser Beziehung endlich Ruhe bekommen.»

Die Gefahr bei einem reibungslosen Übergang der SPF in die SPD bestand für die dänisch gesinnte Bewegung in Südschleswig in der Möglichkeit, daß ein Großteil der ehemaligen Sozialdemokraten Schlesiens, die sich nach 1946 dem SSV und später dem SSW angeschlossen hatten, nun wieder der SPD beitrug, in gewisser Weise also dem Beispiel der Flensburger folgte.

Ich kam dann auf den von mir geplanten dänischen Arbeiterverein in Südschleswig zu sprechen und versuchte die Bedenken zu zerstreuen, daß diese Organisation eine »Ersatz-SPF« werden könnte. Hier ging es um die Erklärung eines Begriffs, den Reiser nach meiner Ansicht falsch interpretiert hatte. Er war davon ausgegangen, daß ich einen »Arbeiterbildungsverband« gründen wollte. Das war aber überhaupt nicht der Fall. Meine Absicht war, eine Fortsetzung des »Sønderjysk Arbejderforening [SAF]« aus der Zeit von vor 1920 in Nordschleswig zu versuchen. Dieser Verein hatte damals neben der deutschen Sozialdemokratie bestanden, und man hatte sich gegenseitig nicht weh getan. Ich schrieb:

»Worüber diskutiert worden ist, ist die evtl. Bildung eines kulturellen dänischen Arbeitervereines. Es ist in den letzten Jahren wiederholt von sozialdemokratisch eingestellten Mitgliedern der dänischen Organisationen aus ganz Südschleswig an uns in Flensburg die Frage gerichtet worden, ob wir nicht die SPF über ganz Südschleswig ausbreiten wollten. Ich persönlich bin von dieser Entwicklung ein Gegner, ich habe dies auch nach wie vor zum Ausdruck gebracht, und zwar aus dem Grunde, weil ich es für unmöglich halte, eine selbständige politische Organisation in einem Lande zu errichten, in dem eine große Partei ihr natürliches Organisationsgebiet hat. Auf der anderen Seite haben ja sozialdemokratisch eingestellte Mitglieder der dänischen Vereine und Verbände den Wunsch, sich irgendwie sozial und fachlich zu betätigen (Studienkreise, Diskussionsklubs usw.). Dies war der Hintergrund für die Diskussion um eine evtl. Gründung eines solchen Verbandes auf Landesbasis. Dieser Arbeiterverband sollte weiterhin eine Lücke schließen innerhalb der dänischen Vereine, denn wir haben bisher hier unten alle möglichen Verbände, wie Haandværkerforening, Handelskredsen, Handels- og Kontormedhjælperforening, Landboforening

usw. usw., jedoch noch keinen Verein, der sich speziell mit Interessen aus der Arbeiterschaft beschäftigt (kulturell). Es wäre also ein kultureller Verein, wie die übrigen von mir oben aufgezählten und andere mehr, nämlich dass Mitglieder der dänischen Volksgruppe, die parteipolitisch dieser Richtung angehören, für sich ein Betätigungsfeld haben. Daß Mitglieder dieses Vereins der SPD angehören können, würde ich für eine Selbstverständlichkeit halten und braucht meiner Ansicht nach nicht diskutiert zu werden.«

Vielleicht mag manchem mein Brief nicht ganz klar formuliert sein. Mancher mag annehmen, daß hier nur ein Streit über Begriffe ausgefochten wurde. Es ging darum, bei einer eventuellen Wiedervereinigung mit der SPD, d.h. bei der Wiedereingliederung in das deutsche Parteileben, das dänische Element nicht zu verlieren. Indem wir im Arbeiterverein auch dänisches Informationsmaterial benutzten und die Verbindungen zu reichsdänischen und südschleswigsch-dänischen Verbänden intensiv pflegten, konnten wir auch weiterhin die Brücke zwischen der dänischen und deutschen Sozialdemokratie sein, dänische Erfahrungen und dänisches Gedankengut in unsere Arbeit einbringen. Zugleich konnte durch diese Vereinsgründung verhindert werden, daß alle Verbindungen zum Südschleswigschen Verein gekappt wurden.

Nicolaus Reiser schrieb seine Antwort am 9. Januar 1953. Er benutzte das offizielle Briefpapier der SPF. Während ich privat geantwortet hatte, vermittelt Reisers Schreiben den Eindruck, daß er im Namen des Parteivorstandes sprach.

»... Der Genosse Christiansen und ich sind nach Erhalt desselben (des Schreibens vom 27.12.52) übereingekommen, auch unserem Parteivorstand Kenntnis von dem Inhalt dieses Schreibens zu geben. Dieses ist in einer Vorstandssitzung, die am 5. ds. Mts. stattgefunden hat, geschehen.

In Beantwortung Deines Schreibens teile ich Dir mit, daß Deine Darstellung über meine Auffassung wie ich sie Euch gegenüber und auch hier in Flensburg wiederholt vorgetragen habe, klar und richtig ist, sodaß ich auch nicht den geringsten Einwand hiergegen zu machen habe.

Es soll aber auch auf ausdrücklichen Wunsch unseres Parteivorstandes Dir mitgeteilt werden, daß meine Auffassung über unsere Lage getragen und untermauert wird von der Meinung des weitaus größten Teils unserer Vorstandsmitglieder und der Diskussionsredner, anläßlich zweier Funktionärsversammlungen, in denen der Gedanke eines Zusammenschlusses der SPF. und der SPD. erstmalig zur Diskussion stand, ohne daß es hierbei zu einer Abstimmung kam.

Der Gedanke einer Auflösung unserer Partei, wie er von Genosse Christiansen jetzt plötzlich vertreten wird, hat bei uns noch niemals zur Diskussion gestanden. Der Parteivorstand bittet mich auch hier Euch mitzuteilen, daß eine Auflösung für uns niemals in Frage kommt und auf schärfste Ablehnung unserer Genossinnen und Genossen stoßen würde.

Es dürfte in der Geschichte der internationalen Sozialdemokratie wohl noch niemals vorgekommen sein, daß sich eine unserer Parteiorganisationen aufgelöst hat mit der Begründung, daß ihre Mission erfüllt sei.

Wann ist unsere Aufgabe oder Mission erfüllt!

...

Man kann und darf die Dinge auch nicht nur vom Standpunkt der dänischen Volksgruppe allein, sondern man muß sie auch vom Standpunkt unserer Partei aus betrachten. Auch mein Wunsch ist, daß der dänischen Volksgruppe, soweit irgend möglich, kein Schaden zugefügt wird. Man muß aber als Sozialdemokrat erkennen, daß eine Auflösung unserer Partei einer Vernichtung der sozialdemokratischen Bewegung in Flensburg, ja, bis weit über die Grenzen Flensburgs hinaus, gleichkäme.

Wenn uns die Möglichkeit nicht gegeben ist, mit unseren dänischen Genossen zu marschieren, so zwingt uns die politische Notwendigkeit dazu, wieder den Anschluß an unsere deutschen Genossen zu suchen. Kein Mensch, der von den Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie weiß, kann glauben, daß wir als kleines Parteigrüppchen (bei dem großen und schweren Ringen um eine demokratische und einheitliche Wirtschaftsgestaltung Europas noch lange allein auf weiter Flur stehen bleiben könnten.

...

Gewiß haben wir eine Reihe von Jahren in einem freundschaftlichen Verhältnis mit guten Männern hier gestanden und mit ihnen auf dem Rathaus zusammengearbeitet. Ich hoffe und wünsche, daß dieses auch immer so bleibt. Aber dieses kann uns nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sie uns politisch und weltanschaulich fernstehen, und daß wir gerade hier in Flensburg – weil es Grenzstadt und Brücke zum Norden ist – eine starke sozialdemokratische Partei brauchen, die uns unabhängig von kleinbürgerlichen Dingen macht.

Voraussetzung für eine starke Partei ist aber die Wiederherstellung der sozialistischen Einheit in unserer Stadt.

Hätten wir die Einheit bereits vor 1 1/2 Jahren gehabt, dann hätte die Wählerversammlung Deutsches Flensburg in unserem Rathaus nicht die Mehrheit. Nur der Verlust der 4.550 Stimmen der SPD, die nicht gewertet wurden, hat ihnen die Mehrheit gebracht. Diese 4.550 Stimmen müssen wir für uns mobilisieren. Um unseren ganzen Einfluß nach einer Vereinigung mit der SPD hier in Flensburg zu sichern, ist (es) gerade mit Rücksicht auf die dänische Volksgruppe, deren Kultur-einrichtungen und Bestrebungen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen, notwendig, daß wir diesen Schritt geschlossen gehen.

Mag sein, dass ein so junger Genosse wie Christiansen, den ich sehr schätze und auch immer, wo es möglich war, gefördert habe, diese Dinge noch nicht durchschauen, nicht folgen kann (sic.). Ich bin aber davon überzeugt, dass er einige Jahre später die Dinge besser erkennen wird.

Über den Weg, den wir in Zukunft gehen werden, entscheidet zur gegebenen Stunde die Partei und nicht der Vorstand oder die Funktioniärskörperschaft allein. Wir hoffen und wünschen nur, daß die Minderheit demokratisch und taktisch klug genug denkt, diesen Weg mit uns geht und nicht abseits steht.

... Ich respektiere und achte Euren Wunsch, in unsere Dinge nicht hineingezogen zu werden und nur Beobachter zu sein; diesem Wunsche habe ich immer Rechnung getragen. Aber Du wirst verstehen, daß auch ich den Wunsch habe, immer mit Euch in gutem Kontakt und guter Verbindung zu bleiben, allein schon, um jedes Missverständnis von vornherein auszuschalten. Es wäre mir sehr schmerzlich, von Euch falsch verstanden zu werden. Wenn ich mir jedoch die 7 Punkte, die Ihr als Richtlinien mit bezug auf unsere Lage aufgestellt habt, betrachte, dann fühle ich, dass wir Sozialdemokraten immer miteinander verbunden bleiben, einerlei welchen Weg wir auch zu gehen gezwungen sind. ...«.

Nic. Reiser ging – wohl zu Recht – davon aus, daß die Mehrheit des Vorstandes und der Vertrauensmännerversammlung seinen Standpunkt teilte. Die Mitglieder waren bis dahin noch nicht gefragt worden. Das hatte seine Gründe. Der Reiser-Flügel war sich dort der Mehrheit nicht sicher. Und so war es auch, wie sich später zeigen sollte, denn sie folgte ihm nicht auf seinem Weg zurück in die SPD.

Mir traute er meiner Jugend wegen, ich war damals gerade 32 Jahre alt geworden, noch nicht zu, »die Dinge zu durchschauen«. Daß ich ihm in diesem

Punkt nicht zustimmte, wird man mir glauben. Ich bin auch heute in dieser Angelegenheit nicht einsichtiger geworden. Wir gingen von unterschiedlichen Ausgangspunkten aus: Reiser war deutscher Sozialdemokrat und hatte keine nähere Bindung zum Dänentum. Ich war (und bin) dänisch gesinnter südschleswigscher Sozialdemokrat.

Wiedervereinigungsgeplänkel vor der SPF-SPD-Großveranstaltung

In der Jahreshauptversammlung der SPF am 9. Januar 1953 erklärte Nic. Reiser, daß die SPF nach wie vor existiere und vertrauensvoll in die Zukunft gehe. Er gab der SPD die Schuld an der sich hinauszögernden Wiedervereinigung. Er wies u.a. auf die Tätigkeit des bereits erwähnten Grenzfriedensbundes. Zum augenblicklichen Stand der SPF sagte er:

»Wir sind jetzt sieben Jahre allein unsere Straße gegangen. Daß dem so war, ist nicht unsere Schuld. Der Weg, den wir gehen mußten, war oft steinig, aber er hat uns, die wir 1946 diesen Weg eingeschlagen haben, nicht uneins machen können. Im Gegenteil, er hat uns zusammengeschweißt.

Er hat uns zu einer großen Familie gemacht, wenigstens empfinde und denke ich so. Enttäuschungen sind uns nicht erspart geblieben. Aber auch unsere Freunde von der SPD haben sich bitter getäuscht. Keiner von ihnen hat geglaubt, daß wir uns so lange – losgelöst von allem, wodurch früher jeder sozialdemokratische Ortsverein gestützt wurde – würden halten können.

Vielleicht werden wir in unseren späteren Versammlungen darüber sprechen und entscheiden müssen.

Berührungen und Aussprachen zwischen Männern der SPD und uns haben stattgefunden. Wenn ich heute abend kurz darüber berichte, dann geschieht dieses vor allem aus dem Grunde, weil wir jedem falschen Gerücht vorbeugen wollen. Nichts ist bisher besprochen oder beschlossen worden, welches nicht jeder wissen darf. Ihr könnt versichert sein, daß Ihr zu entscheiden habt.«

Nic. Reiser hatte seinen Jahresbericht mit einer Übersicht über die politischen Geschehnisse in der Welt und in Bonn eingeleitet. Er schloß sich der SPD-Forderung nach Neuwahlen zum Bundestag an. Es ging damals um die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen einer »Europäischen Verteidigungsgemeinschaft [EVG]«. Er verurteilte überaus kräftig das kurz vorher gegen die Stimmen der SPD im Bundestag angenommene Betriebsverfassungsgesetz und geißelte die schlechte Versorgung der Rentner und Unterstützungsempfänger. Ferner kritisierte er die sich immer mehr hinausziehende Umsiedlung der Flüchtlinge. Und er forderte dann die Mitglieder auf, sich um Neuzugänge für unserer Jugendgruppe zu bemühen. Sie sei immerhin der Nachwuchs für die kommende Parteiarbeit.

Die Wahlen ergaben, mit einer Ausnahme, Wiederwahlen. Richard Vosgerau mußte wegen seines Umzugs nach Pinneberg auf seine Kandidatur verzichten. Er war an die dortige Allgemeine Ortskrankenkasse [AOK] berufen worden. Vosgerau, der zu den Dänischgesinnten gehörte, wurde von einer Kandidatin abgelöst, die dem Anschluß der SPF an die SPD zuneigte. Ihr Gegenkandidat, der mit 43 zu 35 Stimmen unterlag, gehörte meinem »Auflösungsflügel« an.

Der Diskussion über den weiteren Weg der Partei konnte man entnehmen, daß innerhalb des Vorstandes von Nic. Reiser und dem Vorsitzenden der Gewerkschaft in Flensburg Max Beyreis, der erst kurz vorher die Seite gewechselt hatte, der Anschluß an die SPD vertreten wurde, während Hermann Olson und ich für die Auflösung der SPF eintraten. Die Gruppierung entsprach der persönlichen Nähe der Kontrahenten zum SSV, d.h. der Nähe zum Dänentum.

An diesem Abend konnte Reiser den Besuch von Hans Hedtoft und Erich Ollenhauer ankünden, die auf einer gemeinsamen SPF-SPD-Versammlung am 9. März 1953 im großen Saal des Deutschen Hauses in Flensburg sprechen sollten. Nach außen hin gaben wir also wieder ein Zeichen, das auf eine kommende Wiedervereinigung deuten konnte. Bei solchen Signalen und entgegengesetzten Verlautbarungen hatten Freunde und Gegner der SPF es nicht leicht mit uns. Hierfür zwei Beispiele.

Auf einer SPD-Funktionärssitzung im »Haus des Handwerks« in Schleswig, auf der der Unterbezirkssekretär Friedrich Lütje, Flensburg, der Hauptredner war, erklärte dieser, daß erste Annäherungen zwischen der SPD und SPF bereits erfolgt seien, und bei gutem Willen könnten beide Seiten eines Tages die Vereinigung zu einer einheitlichen Partei vollziehen. Er behauptete, daß eine auf Flensburg örtlich begrenzte Sozialdemokratische Partei an sich kaum eine Existenzberechtigung habe, da eine solche Partei ihre Mitglieder und vor allem Wähler nur auf kommunalpolitischem Gebiet ansprechen könne. Mit grenzpolitischen Fragen könne sich eine solch lokal beschränkte Partei niemals beschäftigen. Der Schleswiger SSW-Stadtrat Andreas Paysen, ein alter Sozialdemokrat, meinte dagegen, die SPF sei doch ein Teil des SSW, und damit sollte die örtliche Beschränktheit der SPF teilweise aufgehoben sein. Die SPD solle sich nicht der Hoffnung hingeben, die SPF aufsaugen zu können.

Vielleicht mochten viele Paysens Ansicht teilen, dennoch konnte nun wirklich nicht die Rede davon sein, daß wir ein Teil des SSW waren. Das Gegenteil war da schon eher manchmal richtig. Denn obwohl wir im Flensburger Stadtparlament in der Unterzahl waren, spürte man von Zeit zu Zeit bei den SSW-Freunden in der gemeinsamen SSW-SPF-Fraktion doch ein gewisses Unbehagen. Wir waren einfach aktiver als unsere SSW-Kollegen. Und Reiser hatte wohl nicht völlig Unrecht, wenn er den Gegensatz zwischen einigen bürgerlichen SSW-Leuten und uns Sozialdemokraten hervorhob. Hinter die-

sem Unterschied verbarg sich aber auch eine mehr betont parteipolitische Haltung bei uns und ein mehr an kulturellen Fragen ausgerichtetes Interesse bei den meisten SSW-Vertretern. Wir waren in unserem Verhältnis zum SSW eine selbständige Partei, und zwar nicht nur als Organisation sondern auch in unserer politischen Einstellung.

Während A. Paysens Behauptung nur eine geringe Empörung bei der SPF hervorrief, protestierte Flensburg Avis am 10. Januar gegen Fr. Lütjes »Versuch der SPD, die SPF zu schlucken«.

Auch innerhalb der SSW-Führung machte man sich Gedanken über die Entwicklung innerhalb der SPF. Auf der einen Seite war man sich klar darüber, daß die Mitglieder der SPF überwiegend der älteren Generation angehörten und zahlenmäßig nicht so sehr ins Gewicht fielen. Auf der anderen Seite hoffte man, daß die in die SPD zurückkehrenden SPFler ihre Mitgliedschaft im Südschleswigschen Verein aufrechterhielten und der dänisch-kulturellen Arbeit nicht den Rücken zukehrten, ja daß manche vielleicht sogar die SPF/SPD verließen und in den SSW eintraten. Dennoch war man sich bewußt, daß das Aufgehen der SPF in der SPD politisch gegen das südschleswigsche Dänentum ausgenutzt werden konnte, und daß auf lange Sicht die Mitgliedschaft in der SPD zu einer Schwächung der dänisch-kulturellen Arbeit besonders unter den Arbeitern führen konnte. Und man sah auch Folgen für ganz Südschleswig. Viele der Dänischgesinnten außerhalb Flensburgs hatten Sympathien für die Sozialdemokratie. Das Verschwinden der SPF als selbständige Partei konnte nach sich ziehen, daß die sozialdemokratisch eingestellten Wähler sich nicht mehr für den SSW sondern für die Kandidaten der SPD entschieden. Man sah also schwierige Zeiten auf sich zukommen.

Welch großes Unverständnis bei den Gegnern herrschen konnte, zeigt ein verwirrender Absatz in einem Artikel im »Nordschleswiger« vom 13. Januar 1953. Dasselbe Blatt hatte denselben Gedanken schon einmal, nämlich im August 1951, geäußert.

»Was die SPF im Grunde darstellt, ist demjenigen schwer zu erklären, der mit den Flensburger Verhältnissen nicht vertraut ist. Eine Organisation, ähnlich der SPF, würde die Bildung einer SPN, einer Sozialdemokratischen Partei Nordschleswig, sein, die unabhängig wäre von der dänischen Sozialdemokratie. Die Organisation steht somit im strikten Widerspruch zu den Gepflogenheiten und Regeln der internationalen Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Parteien im allgemeinen.«

Wie recht der Artikelverfasser doch hatte – aber zugleich zeigte er eine vollständige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse. Wir waren von einem nationalistisch denkenden Vorsitzenden der SPD hinausgeworfen worden, der

1946 den Mitgliedern des SPD-Kreisvereins das persönliche nationale Selbstbestimmungsrecht abgesprochen hatte. Ein, so meine ich, in der dänischen Sozialdemokratie undenkbarer Vorgang. Natürlich verbarg sich hinter diesem Nordschleswiger-Artikel ein Beitrag zur Wiedervereinigung der SPF mit der SPD. In diese Richtung zeigte auch der Schluß eines Artikels im »Flensburger Tageblatt« vom selben Tage:

»... Und schließlich ist auf der Jahreshauptversammlung der SPF selbst eine »große sozialistische Kundgebung mit Erich Ollenhauer und Hans Hedtoft« als Redner angekündigt worden, was sicherlich als ein Anzeichen dafür gewertet werden kann, daß die SPF das Problem im Augenblick für noch in der Schwebe hält und auf eine Entscheidung »auf höherer Ebene« warten will...«.

Man unterhielt sich prächtig über unsere Köpfe hinweg, ganz gleich ob wir etwas dazu taten oder nicht. Es konnte andererseits nicht verborgen bleiben, daß laufend offizielle und inoffizielle Gespräche zwischen der SPF und SPD sowie den dänischen Sozialdemokraten stattfanden. Und es konnte nicht verhindert werden, daß die Inhalte dieser Gespräche zu den Journalisten durchsickerten. Im Nachhinein gehe ich auch davon aus, daß Nic. Reiser noch engeren Kontakt zu den Kiefern pflegte, als uns jemals bekannt wurde. Im Vorstand und in der Vertrauensmännerversammlung hatte er für die Wiedervereinigung, wie bereits erwähnt, eine Mehrheit, bei den Mitgliedern jedoch noch nicht.

Vor der Großveranstaltung am 9. März 1953 geschahen noch einige Dinge, die die Gemüter aufs neue in Wallung bringen sollten, und zwar beiderseits der Grenze.

Am 10. Februar, dem Jahrestag der Volksabstimmung von 1920 in Nord-schleswig, hielt Hans Hedtoft im Kopenhagener Rathaus eine Rede. Er sagte zwar, daß er nur für sich selber spreche, aber es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß seine Rede die Auffassung der dänischen Sozialdemokraten widerspiegelte. Hedtoft stellte fest, daß der nationalpolitische Kampf um Südschleswig vorüber und überstanden sei. Gleichzeitig bekräftigte er den Willen der dänischen Sozialdemokratie, gemeinsam mit den anderen dänischen Parteien, die dänische Kulturarbeit in Südschleswig auch weiterhin zu unterstützen. Das »Flensburger Tageblatt« kommentierte gut einen Monat später, am 14. März, dem Jahrestag der Abstimmung in der Zweiten Zone, Hedtoft »macht sich zum Fürsprecher der enormen Mittel, die Dänemark für die dänische Kulturpropaganda südlich der Grenze zur Verfügung stellt«.

Für große Aufregung sorgte ein Beschluß der SPF vom 16. Februar 1953: es wurde eine sofortige Mitgliederaufnahmesperre verhängt. Die SPD-anschluß-

freudigen Mitglieder des Vorstandes befürchteten eine Invasion von SSW- und SSV-Anhängern in die SPF. Diese Sperre dauerte bis zum 18. Dezember 1953.

Bereits vor der Großveranstaltung erhielt Erich Ollenhauer eine Gelegenheit, seinen Standpunkt und damit auch den der SPD darzulegen. Die konservative Kopenhagener Zeitung »Berlingske Tidende« veröffentlichte ein Interview mit ihm, das »Der Nordschleswiger« einen Tag später, am 2. März, ausführlich referierte und zitierte:

Auf die Frage des dänischen Journalisten, ob Kurt Schumachers »Bannbulle« gegen die dänisch gesinnten Flensburger Sozialdemokraten auch heute noch in Kraft sei, antwortete Ollenhauer:

»Der Bannspruch wurde in den ersten bewegten Nachkriegsjahren ausgesprochen, als die Verhältnisse im Grenzland mehr zugespitzt waren. Ich erkläre offen: Unsere Linie soll jetzt eine Partei sein, auch in Flensburg. Ich glaube, daß hierfür die Grundlage vorhanden ist. Deutsch gesinnte und dänisch gesinnte Sozialdemokraten müssen in derselben Partei stehen und doch ihre nationalpolitische Auffassung gegenseitig respektieren können, genau wie in religiösen Fragen.«

Auf die Frage des Interviewers nach Ollenhauers Grenzpolitik im übrigen kam folgende Antwort:

»Was getan werden kann, um Verständigung und Freundschaft auf beiden Seiten der Grenze und quer über die Grenzen zu entwickeln, soll getan werden. Dänemark muß die Rechte der deutschen Minderheit respektieren, so wie wir uns auch verpflichtet haben, die der dänischen Minderheit zu respektieren, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß die Minderheiten vollauf loyal sind. Die SPD wünscht, daß die »Kieler Erklärung« in ihrem alten und ursprünglichen Geist weitergeführt wird. Entscheidend muß im Grenzland sein, daß wir auf beiden Seiten die Schaffung einer guten und gesunden Atmosphäre anstreben.«

Die Antwort auf die Frage nach dem »Bannspruch« war relativierend und ausweichend. Ohne Schumachers Verhalten im Jahr 1946 zu kritisieren, öffnete Ollenhauer das Tor weit für die Rückkehr der SPF zur SPD. Die von ihm aufgezeigte Zukunftsperspektive war deutlich: Nur *eine* sozialdemokratische Partei in Flensburg, Respekt vor der nationalen Gesinnung des anderen und volle Loyalität der Minderheiten gegenüber ihren Herbergsstaaten sowie die vorsichtig angesprochene Geltung des Gegenseitigkeitsprinzips. In einem Presseinterview konnte der Vorsitzende der SPD die Wiedervereinigung und deren Voraussetzungen sowie die Bedingungen der Minderheitenpolitik beider-

seits der Grenze kaum eindeutiger und ehrlicher formulieren. Zu kritisieren wäre allerdings der Gedanke der »Gegenseitigkeit«. Minderheitenprobleme waren und sind Fragen der Innenpolitik, sie gehören in den Bereich, der das Verhältnis des Bürgers zu seinem eigenen Staat – und umgekehrt des Staates zu seinen Bürgern – betrifft. Die freiheitlichen und materiellen Grundrechte sind für alle Staatsbürger gleich, und zwar unabhängig von ihrem nationalen Selbstverständnis. Die Regelung der Minderheitsrechte und -pflichten darf sich nicht danach richten, wie ein anderer Staat nationale Minderheiten innerhalb seiner Grenzen behandelt. Konkret: Rechte für die deutsche Minderheit in Dänemark im Gegenzug für das Zugeständnis von Rechten für die dänische Minderheit in Deutschland auszuhandeln, ist nicht nur ein Bruch mit dem Prinzip der Gleichheit für alle Staatsbürger sondern auch eine Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates. Die Anwendung des Gegenseitigkeitsprinzips ist eines demokratischen Staates unwürdig.

Ein weiterer kritischer Punkt in Ollenhauers Interview ist die Forderung nach voller Loyalität der Minderheiten. So empfand es jedenfalls Hans Hedtoft, der diese Frage in seiner Flensburger Rede aufgreifen sollte, um die dänische Auffassung darzulegen: Die Freiheit ist unteilbar, das Selbstbestimmungsrecht ist, solange mit demokratischen Mitteln dafür gekämpft wird, ein selbstverständliches Prinzip mit allgemeiner Gültigkeit.

Die Wiedervereinigungsgerüchte mußten natürlich auch in der gemeinsamen SSW-SPF-Fraktion des Flensburger Rathauses zur Sprache kommen. Auf der Fraktionssitzung am 2. März 1953 wandte J.C. Møller sich direkt an N. Reiser. Er bat um Auskunft darüber, ob es zwischen der SPF und der SPD bereits Verhandlungen über einen Zusammenschluß gegeben hätte. Reiser antwortete, daß noch »keine konkreten Verhandlungen geführt worden« seien, daß aber »die Zusammenführung zwangsläufig kommen« müsse, wenn die Gründe für die Trennung von SPF und SPD, das Selbstbestimmungsrecht, das Bekenntnis zur freien kulturellen Arbeit und zum Dänentum, aus dem Wege geräumt seien. Ausweichend, um nicht zu sagen irreführend, war die Fortsetzung seiner Antwort: er wies auf die siebenjährige Zusammenarbeit mit dem SSW hin und hatte für die Zukunft keine Bedenken, »daß die Zusammenarbeit darunter leiden sollte«. Er behauptete sogar, daß die »ganze Angelegenheit« mit der Fraktion gar nichts zu tun« habe. Max Beyreis fügte hinzu: »Von einem Wegreisen aus dem Dänentum kann keine Rede sein. Man muß zu einem Zusammenschluß kommen, ohne daß die Zusammenarbeit leidet.« »Im übrigen ist das Ganze eine interne Angelegenheit der SPF.« Das stimmte überhaupt nicht, denn der SPF-SPD-Zusammenschluß konnte nicht ohne Folgen für die SSW-SPF-Fraktion sein, wie die Zukunft ja auch zeigen sollte. Die

beiden Vertreter der Wiedervereinigung mochten über die Konsequenzen ihres Handelns für die Fraktion nicht reden oder nicht nachdenken.

Es gab auch krumme Pfade zum Ziel. Kurz vor der Großveranstaltung erhielt ich in meiner Privatwohnung in Flensburg einen unerwarteten Besuch. Jens Nydahl, SPD, 1948-51 Landesbeauftragter der schleswig-holsteinischen Landesregierung für den Landesteil Schleswig und einer der Mitbegründer des Grenzfriedensbundes, suchte mich auf. Im Laufe des Gesprächs fragte er mich unter anderem nach meinen Zukunftsplänen und wollte wissen, ob ich, im Falle einer Wiedervereinigung von SPF und SPD, an einem Bundestagsmandat interessiert sei. Da ich meinen politischen Kurs in eine andere Richtung abgesteckt hatte, war ich nicht interessiert. Der Hauptgegner eines reibungslosen Aufgehens der SPF in der SPD ließ sich nicht auf diesem Wege neutralisieren.

Die Großveranstaltung am 9. März 1953

Versteckte Aufforderungen und klare Worte

Dann kam der 9. März 1953 mit der SPF-SPD-Großveranstaltung im Deutschen Haus in Flensburg. Ein übervoller Saal bildete einen guten Rahmen für diese Veranstaltung.

Nic. Reiser eröffnete die Versammlung, während der Vorsitzende der Flensburger SPD, Bruweleit, die Schlußworte übernehmen sollte.

Reiser sagte u.a.:

»... Diese Versammlung ist noch nicht der Krönungsakt der Wiedervereinigung. Aber die Vereinigung ist auf dem Marsche, und diese Entwicklung ist durch nichts aufzuhalten, denn kein Sozialdemokrat kann im Ringen um die europäische und soziale Neugestaltung auf die Dauer abseits stehen. Wenn die Bundestagswahl in diesem Sinne erfolgreich gestaltet werden soll, dann müssen wir alles in den Vordergrund stellen, was uns vereint und zusammenführt...«.

Damit hatte er das aktuelle Thema angeschlagen – und in gewisser Weise auch einen Termin gesetzt, denn die nächste Bundestagswahl sollte ein halbes Jahr später, am 6. September 1953, stattfinden.

Der Gast aus Kopenhagen, Hans Hedtoft, war der erste Hauptredner des Abends. Schon seine einleitenden Begrüßungsworte lassen, zumindest heute, aufhorchen:

»... Ich freue mich über den Charakter dieser Versammlung. Hier sind deutsche Sozialdemokraten zusammen mit dänisch-kulturell eingestellten und zwar mit einer positiven Absicht.«

Geschickt umging er das Problem, daß zwei Parteien, SPD und SPF, verfeindete und zusammenzuführende Brüder, in dieser von der SPF veranstalteten Versammlung vertreten waren. Aus dem »dänisch gesinnten« SPF-Mitglied war bei ihm ein »dänisch-kulturell eingestellter« Sozialdemokrat geworden. Diese Definition schwächte das nationale Problem ab, wenn es nicht gar ganz wegdefiniert wurde, und damit war ein schweres Hindernis auf dem Weg in die SPD allein durch Hedtofts Wortwahl weggeräumt worden. Es kann allerdings kaum bestritten werden, daß er die Haltung eines Großteils, wenn auch nicht der Mehrheit, der SPF-Mitgliedschaft richtig beschrieben hatte.

»Wir werden wohl überwiegend von Dingen sprechen, die besonders das Grenzland und dessen zwei Nationalitäten berühren. Wird aber die

Versammlung den beabsichtigten positiven Verlauf nehmen, dann wird das Ergebnis einer der vielen kleinen Beiträge sein, die die Bestrebungen untermauern, die westeuropäischen Völker einander weiter zu nähern und gemeinsam unsere demokratische Tradition auszubauen.

Mit den Worten »positiven Verlauf« denke ich nicht an Beschlüsse dieser Versammlung, sondern an den Geist und Willen, die den Hintergrund dieser Versammlung bilden, den Geist der Toleranz und den ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit.«

Kein Wort über Wiedervereinigung, aber geschickte Andeutungen: gemeinsam unsere demokratische Tradition ausbauen, Toleranz und Zusammenarbeit. Diese inhaltsschweren Wörter waren an alle Anwesende gerichtet. Nachdem er sich kurz an den »Freund seit den Jugendjahren«, Erich Ollenhauer, gewandt hatte, sprach Hedtoft seine »Freunde der SPF« an:

»Ich habe früher in Flensburg vor den Mitgliedern der SPF gesprochen und mich jedesmal mit den Südschleswigern als Landsmann verbunden gefühlt. Ich habe mich als Freund und Kamerad gefühlt, auch weil wir uns gemeinsam zum demokratischen Sozialismus bekennen.

So komme ich auch diesmal, komme als Landsmann, als Freund und Kamerad und gleichzeitig als Sozialist und Europäer. ...

Das Gefährlichste, was es gibt, ist der Selbstbetrug, die Flucht vor irgend etwas Unerwünschtem und Unangenehmen in eine Traumwelt, in der man die Realitäten ausschließt. Laßt uns deshalb auch hier heute Abend offen über die Dinge sprechen.

Acht Jahre sind seit dem Ende des Krieges vergangen, und die Verhältnisse haben sich fast überall radikal und heftig verändert. Unsere Ausgangspunkte für Schätzungen und Beurteilungen sind ganz andere als vorher. Laßt uns nüchtern mit den Verhältnissen und Möglichkeiten rechnen, die das Europa von heute und morgen uns zur Arbeit aufgibt.

Die Entwicklung im Grenzland ist auch schnell gelaufen. Die Verhältnisse sind davon geprägt. Das Ringen zwischen beiden Nationalitäten hat hier in gewissem Grade den Charakter geändert.

*Ihr habt mich gebeten, etwas über die Verhältnisse und Probleme hier im Grenzland zu sagen, und ich will damit beginnen, eine der schwierigsten Fragen zu nennen: **die Stellung der SPF.***

Versteht mich nicht falsch, wenn ich sage: das Entstehen der SPF ist auf einen Irrtum zurückzuführen. Ich habe früher gesagt, daß der damalige Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, Dr. Kurt Schu-

macher, in seiner Rede in Husum damals unüberlegt handelte, als er den Sozialdemokratischen Verein in Flensburg für ausgeschlossen erklärte. Dies führte dazu, daß SPD und SPF von einander getrennt wurden. Die Mitglieder der SPF haben sich ins dänische Lager gestellt und stehen ständig (Übersetzungsfehler: stadig = immer noch) hier. Sie fühlten, daß sie dort den volklichen und kulturellen Stand gefunden hatten, den sie am sympathischsten fanden. Aber gleichzeitig fühlten sie sich als Sozialisten. Ihr standet in der ersten Zeit isoliert und habt mir gesagt, daß sich bei vielen von Euch eine starke Entbehrung des notwendigen politischen Kontaktes gemeldet hat. Ihr habt diesen später einigermaßen zustande gebracht, sowohl nach Norden als auch nach Süden, aber ständig nicht besonders effektiv.

Das, was sich jetzt stark für viele von Euch als Mitglieder der SPF meldet, ist die Frage größerer organisierter Festigkeit auf dem politischen Gebiet, die Möglichkeiten hierfür und den richtigen Weg dahin. Alles dies, um dem Wunsche zu dienen, den Ihr habt, stärker und aktiver mit in der sozialistischen Arbeit zu leben. Das Problem ist schwer für Euch, darüber bin ich mir im Klaren.

Ihr habt mehrfach Gespräche mit mir und anderen dänischen Genossen gesucht, und ich darf den Kontakt zwischen uns als gut bezeichnen. Aber in dieser besonderen Frage, von der hier die Rede ist, habe ich Euch nicht raten können. Es ist meine bestimmte Auffassung, und sie wird von meinen dänischen Kameraden geteilt, daß bei einer eventuellen Entscheidung nur zwei Partner sein können: SPD und SPF. Es ist von Anfang an klar gewesen, daß trotz unserer herzensewarmen Sympathie für Euch und Euer (sic!) Bekenntnis zu dänischer und nordischer Kultur niemals die Rede sein kann von einer festen organisatorischen Verbindung mit der dänischen Sozialdemokratie. Ich hoffe, daß man auf die eine oder andere Weise eine zufriedenstellende Ordnung finden wird, und ich will glauben, daß eine solche Ordnung ohne Eingriffe in ein legitimes nationales Interesse auf einer der beiden zustande gebracht werden kann.«

Deutlicher konnte er seine diplomatisch ausgedrückte Meinung nicht sagen: Der Ausschluß war eine unüberlegte Handlung, ihr wünscht aus der Isolierung herauszukommen, eine organisatorische Verbindung mit der dänischen Sozialdemokratie ist nicht machbar, also gibt es nur einen Weg. Obwohl unausgesprochen, war es unüberhörbar: dieser Weg heißt »zurück in die SPD«.

Hedtoft verteidigte dann die von deutscher Seite oft sehr scharf kritisierte Unterstützung der dänischen Kulturarbeit in Südschleswig. Diese Arbeit werde

auch von den Sozialdemokraten mitgetragen. Das gesamte dänische Volk stünde hinter dieser Hilfe. Die Unterscheidung zwischen »echten« und »unechten« Dänen in Südschleswig lehnte er mit einem Hinweis auf die Kieler Erklärung von 1949 ab. Er bedauerte ferner, daß es trotz dieser Kieler Erklärung südlich der Grenze, auch unter Sozialdemokraten, immer noch Kreise gab, die nicht bereit seien, im Geiste dieser Erklärung zu handeln. Das sei ein »schwarzer Fleck« in der Verständigungs- und Versöhnungsarbeit. In diesem Zusammenhang griff er u.a. den damals gerade aktuellen Fall Husum auf und benutzte die Gelegenheit, etwas Prinzipielles über Minderheiten- und Menschenrechte und damit über die dänische Haltung in der Minderheitenfrage zu sagen:

»Der dänische Schulverein in Flensburg hatte Genehmigung zur Errichtung eines dänischen Kindergartens in Husum erhalten. Vor etwa zehn Tagen aber beschloß eine Mehrheit im Stadtrat von Husum, diese Genehmigung zu widerrufen. Ich muß einiges zu diesem Fall sagen, weil er viele prinzipielle Fragen enthält, und er uns einiges darüber lehren kann, wie wir hier auf beiden Seiten der Grenze nicht gegeneinander handeln sollten.

Zu meiner Überraschung und meinem Bedauern sehe ich, daß der Vorschlag auf Zurückziehung der Genehmigung von einem Sozialdemokraten gestellt und begründet wurde, einem Manne, der aus dem Süden eingewandert ist, und dem wohl deshalb viele der Grenzlandprobleme fremd sind. Er begründete die Ablehnung damit, daß in Husum ja keine dänisch sprechenden Kinder seien, was wohl kaum haltbar ist. Aber hier vergißt er das, was auf beiden Seiten immer akzeptiert worden ist, daß nämlich die Eltern die Entscheidung über die Erziehung und Ausbildung der Kinder tragen. Die Eltern und niemand anders müssen den Beschluß fassen, in welcher Sprache und welcher Kultur ihre Kinder erzogen werden sollen. Verweigert man ihnen dieses Recht, dann vergreift man sich an etwas, das zum Fundamentalsten gehört, nicht nur im Grenzgebiet sondern überall.

Den Berichten zufolge hat der Antragsteller Dr. Nehls sich einer Verzerrung meiner Rede am 10. Februar in Kopenhagen schuldig gemacht, in der ich – so wie ich das ja auch heute Abend ganz kurz getan habe – erklärte, daß der innerpolitische Kampf um das Südschleswig-Problem in Dänemark ausgekämpft sei, das heißt, daß man in Dänemark keine Mehrheit für eine aggressive Politik in Bezug auf das staatspolitische Verhältnis Südschleswigs schaffen könne...

Dr. Nehls zieht aus meinen Worten zwei falsche Schlußfolgerungen. Er meint damit rechnen zu können, daß, wenn der politische Kampf in

Dänemark beendet sei, er überhaupt beendet sei. Ich glaube nicht, daß die dänischen Südschleswiger mit irgendeinem Vorstoß rechnen, daß dieser in einer einigermaßen nahen Zukunft zu politischen Konsequenzen in Richtung eines veränderten Status des Landesteils führen könne. Aber natürlich muß die Frage der politischen Haltung und der Ziele hier unten deren eigene Sache sein. Wir in Dänemark haben niemals versucht, den Dänen hier unten unsere Auffassung darüber aufzuzwingen, was sie tun oder nicht tun sollten. Sie sind selbständig und müssen ihre Politik unter eigener Verantwortung selbst gestalten.

Dr. Nehls zweite falsche Schlußfolgerung besteht darin, daß er folgendermaßen rasoniert:

Wenn in Dänemark nicht mehr von einem politischen Kampf die Rede ist, dann sollte gleichzeitig auch die Rede davon sein, das kulturelle Ringen zwischen den beiden Nationalitäten abzuschließen. Auch hier verrät er, daß er die Verhältnisse des Grenzlandes überhaupt nicht begriffen hat. Eine nationale Volksgruppe wird ständig, auch ohne die entfernteste Aussicht, irgendein politisches Ziel zu erreichen, an der kulturellen Front arbeiten. Wenn dies nicht der Fall wäre, dann könnte man ja überhaupt nicht von einer nationalen Gruppe sprechen. Aber sie sind nun einmal da, und sie werden sicher auch auf beiden Seiten der Grenze bestehen bleiben, weil ein Grenzgebiet nun einmal bevölkerungsmäßig so stark gemischt ist.

Wenn man eine solche Handlung begeht, wie es der Stadtrat in Husum getan hat, dann handelt man direkt gegen das, was alle ruhigen und verständigen Menschen in den beiden Ländern für richtig und angemessen halten. Man handelt auch direkt gegen den Geist, den nicht zuletzt wir Sozialdemokraten in alle nationale und internationale Politik einzublasen wünschen, nämlich das zu sichern, von dem man sagen kann, daß es unter den Begriff der Menschenrechte fällt. Zu diesen Rechten muß das Recht des Menschen, in diesem Fall der Eltern gehören, selbst über die Verhältnisse und das Schicksal ihrer Kinder zu bestimmen...«.

Er wandte sich dann den Verhältnissen in Nordschleswig zu und führte u.a. aus, daß das Verhalten »des Nazismus« in Nordschleswig von 1933 bis 1945 für das demokratische Dänemark eine einzige Kette von Herausforderungen und Drohungen gewesen sei. Dennoch folgte die Rechtsabrechnung genau denselben Richtlinien wie im übrigen Königreich. Zeitbedingte Fehler seien längst überwunden.

»... Unsere Ordnung der Schulgesetzgebung war auch kein Racheakt,

sondern Ausdruck einer rein sachlichen Beurteilung. Man folgte übrigens später in Schleswig-Holstein genau derselben Linie wie wir. Es hat sich gezeigt, daß die neue Schulordnung ganz besonders brauchbar und gerecht ist, und ich glaube, daß auch die deutsche Minderheit dies anerkennt...«.

»... Ich will hier nicht stehen und behaupten, daß in Dänemark alles 100%ig in Ordnung ist. ... Aber man weiß dort oben (in Nordschleswig), daß es sehr leicht ist, mit dänischen Behörden und Politikern ins Gespräch zu kommen, wenn man dies wünscht. Soweit mir bekannt ist, gibt es kein Problem, über das die Minderheit und wir nicht miteinander sprechen können.«

Es sei kurz daran erinnert, daß seit September 1950 CDU-Ministerpräsidenten die Regierungsverantwortung in Kiel übernommen hatten. Unter Walter Bartram (Sept. 1950 – Juni 51) war erneut das Gespenst der dänischen »Kultur-offensive«, die es mit allen Kräften abzuwehren galt, an die Wand gemalt worden. Bartram behauptete, daß deutsche Kinder in Südschleswig durch den Besuch dänischer Schulen aus ihrer deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft herausgerissen würden. Sein Nachfolger, Friedrich Wilhelm Lübke (Juni 1951 – Oktober 1954) verschärfte den Grenzkampf. In den drei Jahren seiner Regierungszeit wurde die aggressive Minderheitenpolitik der Zeit von vor 1949 wiederbelebt. Er versuchte nicht nur die rechtliche Bedeutungslosigkeit der Kieler Erklärung nachweisen zu lassen, sondern seine Regierung erhöhte im Oktober 1951 durch ein neues Wahlgesetz sogar die bis dahin geltende Sperrklausel von 5% auf 7,5%, um den SSW aus dem Landtag zu drängen. Anträge des SSWs und der SPD, für die nationale Minderheit eine Sonderregel zu finden, wurden von den bürgerlichen Regierungsparteien abgelehnt. Der SSW klagte beim Bundesverfassungsgericht, gewann den Prozeß, und im Oktober 1952 war die alte Sperrklausel wieder eingeführt worden.

»Es ist ja gerade auf diesem Hintergrund, daß ich so stark die Haltung und Politik bedauern muß, die gewisse deutsche Personen und Kreise eingeschlagen haben. Wir in Dänemark, die die versöhnliche Haltung vertreten – und das ist glücklicherweise die weit überwiegende Mehrheit – fragen verwundert, weshalb man hier eine so bittere Politik führen will, wie man dies, wie gesagt, in vielen Fällen tut. Dies wirkt heute sowohl erstaunlich wie bedauerlich und -entschuldigt bitte, wenn ich das sage – man vermehrt durch ein solches Verhalten nicht das Vertrauen zu der neuen deutschen Demokratie.«

Ohne den konkreten Anlaß (Ollenhauers Interview) oder das Problem der

»Loyalität« direkt beim Namen zu nennen, kam er dann auf diese Frage zu sprechen.

»Und laßt mich dann nur einige Worte über ein Problem sagen, von dem ich weiß, daß nicht alle es durchdacht haben: die Frage des Selbstbestimmungsrechtes.

Es gehört nach unserer Auffassung mit zu den demokratischen Rechten, daß ein Volksteil das Recht hat, für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zu arbeiten, wenn das mit demokratischen Mitteln geschieht. Es bereitet vielleicht vielen Menschen in diesem Lande Schwierigkeiten, diesen Standpunkt zu verstehen. Wenn man die Sache aber richtig durchdenkt, muß man zur Erkenntnis kommen, daß die Freiheit unteilbar ist. Das Selbstbestimmungsrecht einer Bevölkerung muß ein selbstverständliches Prinzip von allgemeiner Gültigkeit sein.

Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, daß die Frage einer Verschiebung der Grenze auf der Tagesordnung steht. Es ist die allgemeine Auffassung in allen verantwortlichen Kreisen in Dänemark, daß eine solche Frage überhaupt nicht aktuell ist. Wir meinen, daß das überwiegende Problem in erster Linie darin besteht, eine Ordnung zu finden, die sichert, daß Dänen und Deutsche in dem alten Grenzland Schleswig friedlich zusammen leben können...«.

Hans Hedtoft unterschied also zwischen dem demokratischen Grundrecht auf nationale Selbstbestimmung, das niemals angefochten und deshalb auch nicht als illoyal dem Herbergsstaate gegenüber gedeutet werden konnte, solange es mit demokratischen Mitteln vertreten wurde, und der Aktualität bezw. Nicht-Aktualität der Anwendung dieses Rechts durch Volksabstimmungen.

Im letzten Teil seiner Rede betonte Hedtoft, daß man bei der Auseinandersetzung auf der lokalen Ebene das übrige Geschehen in der Welt nicht vergessen dürfe. Er leitete damit zur großen Politik über und führte aus, daß es kein lebensfähiges Europa ohne Deutschland geben könne, und daß Europa wiederum die Voraussetzung für ein freies, lebensfähiges und demokratisches Deutschland sei. Er hoffte, daß die SPD eine Kerntuppe einer solchen gigantischen Arbeit auf demokratischer Basis sein werde.

Dann ergriff Erich Ollenhauer das Wort. Sein Redemanuskript ist erhalten. Im Gegensatz zu Hedtoft, der ein vollständiges Manuskript benutzte, besteht Ollenhauers Manuskript teilweise aus sehr kurzen Abschnitten, die wie Stichwörter wirken und Einschübe in freier Rede ermöglichten.

Erich Ollenhauer drückte zuerst seine Freude darüber aus,

»in einer gemeinsamen Versammlung der beiden Sozialdemokratischen Parteien in Flensburg sprechen zu können.«

Er verschleierte also keineswegs die Spaltung der Partei in Flensburg, und deshalb konnte er das Positive dieser gemeinsamen Versammlung besonders hervorheben. Sie war

»nicht nur ein Symbol, sondern Ausdruck einer Gemeinsamkeit auch im Handeln, im alltäglichen Leben und Treiben.«

Er begann seine Rede mit einer Übersicht über die großpolitische Lage nach dem Tode Stalins. Die Weltpolitik werde bestimmt durch die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den USA. Unter den gegebenen Voraussetzungen sei daher die innere politische und soziale Sicherung der Demokratie eine entscheidende politische Aufgabe. In diesem Ringen stehe die deutsche Sozialdemokratie eindeutig auf der Seite derer, die die Freiheit verteidigen. Anschließend ging er auf die deutschen Probleme ein und sprach über die künftige Rolle der Bundesrepublik Deutschland in einem friedlichen Europa. Heftig bekämpfte er den Wahlgesetzentwurf der bürgerlichen Bonner Regierung für die kommende Bundestagswahl. Hier bediene man sich ungeniert zugunsten der jetzigen Regierung, ohne Rücksicht auf die Opposition und die demokratischen Rechte der Minderheiten. Ein weiterer Kritikpunkt war die Bonner Sozialgesetzgebung, die sich nach Meinung der SPD bisher zu wenig der zehn Millionen Vertriebenen und der fünf bis sechs Millionen Kriegsoffer angenommen hätte. »Hier wird eine kalte, unblutige, aber menschlich unerhört grausame Schlacht im kalten Krieg geschlagen,« meinte er, auf die Tragik der Menschenflucht aus der »Ostzone« eingehend. Nach einigen weiteren Bemerkungen zu anderen innenpolitischen Problemen der Bundesrepublik und über die Aufgabe der freiheitlichen und sozialen Neugestaltung Europas kam Ollenhauer auf die nordische Zusammenarbeit und die Verhältnisse im deutsch-dänischen Grenzland zu sprechen.

»Die Basis für eine gemeinsame Arbeit an den gemeinsamen Problemen ist so breit geworden, daß wir auf ihr arbeiten können.

Das Recht auf nationale Selbstbestimmung ist eine grundlegende Forderung sozialdemokratischer Außenpolitik. Dieses Recht kann auch den nationalen Minderheiten in Deutschland und in Dänemark nicht abgesprochen werden. Wir bekennen uns in Übereinstimmung mit der dänischen Bruderpartei zum nationalen Selbstbestimmungsrecht. Beide Parteien sind zugleich der Meinung, daß diese Frage in Schleswig nicht aktuell ist. Weder Dänemark noch Deutschland haben staatspolitische Grenzforderungen geltend gemacht. Ich möchte hier ausdrücklich unsere Übereinstimmung mit den praktischen Vorschlägen für ein friedliches Zusammenleben im Grenzgebiet feststellen, die

mein Freund Hans Hedtoft in seiner Kopenhagener Rede vom 10. Februar entwickelt hat.

Die Grenzfrage ist nicht mehr Gegenstand der praktischen Politik. Das Recht der Minderheiten auf beiden Seiten auf Respektierung der frei gewählten nationalen Zugehörigkeit und auf freie kulturelle Betätigung ist garantiert. Anerkannt ist die Verpflichtung zur Loyalität gegenüber dem Gaststaat.

Sie wissen besser als ich, daß es im Rahmen dieser Übereinstimmung noch manche praktische Schwierigkeiten und Klagen und Beschwerden auf beiden Seiten gibt. Es sind zum Teil Nachwirkungen einer vergangenen Periode, zum Teil echte Probleme des Zusammenlebens, die immer auftauchen werden, die aber bei gutem Willen gelöst werden können.

Es ist der Wille unserer Partei, auf dieser Basis weiterzuarbeiten und alles, was in unseren Kräften steht zu tun, um das, was im Kieler Abkommen (sic!) als Inhalt und Ziel der gemeinsamen Politik festgelegt wurde, dem Inhalt und dem Geist nach zu erfüllen.

Ich will auch ganz offen sagen, was ich mit diesen Schwierigkeiten meine. Es ist mir heute morgen nach meiner Ankunft in Flensburg über den Fall Husum berichtet worden, den auch mein Freund Hans Hedtoft erörtert hat. Zu meinem großen Bedauern habe ich erfahren, daß auch Mitglieder unserer Partei an dieser Entscheidung mitgewirkt haben. Ich möchte hier in Übereinstimmung mit den verantwortlichen Funktionären meiner Partei in Flensburg und im Bezirk Schleswig-Holstein erklären, daß wir dieses Verhalten mißbilligen. Es steht in krassstem Widerspruch zum Inhalt und Geist des Kieler Abkommens und vor allem auch zu dem Geist der freundschaftlichen Zusammenarbeit, die uns mit der dänischen Sozialdemokratie verbindet. Wir werden die beteiligten Mitglieder unserer Partei zur Verantwortung ziehen, denn wir meinen es mit der Erfüllung des Kieler Abkommens ernst, und wir wollen und können keine Zweifel darüber aufkommen lassen.

Die dänischen und deutschen Sozialdemokraten haben schon einmal in der Vergangenheit ein fruchtbares Beispiel für eine solche Zusammenarbeit im Geiste des gegenseitigen Vertrauens und der Respektierung der beiderseitigen berechtigten Ansprüche gegeben. Das war in den zwanziger Jahren der Weimarer Republik, es fand seinen Niederschlag in den Vereinbarungen zwischen den damaligen beiden Vorsitzenden Thorwald Stauning und Otto Wels.

Heute, unter veränderten Umständen, ist es unser Wunsch, daß sich

hier in Flensburg die dänischen und deutschen Sozialdemokraten zusammenfinden zu einer neuen Einheit in der Organisation und in der Aktion. In unserer gemeinsamen sozialdemokratischen Überzeugung finden wir eine genügend breite Basis für eine fruchtbare Zusammenarbeit und auch für die Aufräumung von Schwierigkeiten, die noch bestehen oder die noch auftauchen sollten.

Die gemeinsame Sache, die wir hier zu vertreten haben, die Aufgabe die wir zu lösen haben, nämlich in der Praxis den Beweis zu erbringen, daß bei gutem Willen das friedliche Zusammenleben von Menschen zweier Nationen unter Respektierung ihrer nationalen und kulturellen Eigenheiten möglich und sogar fruchtbar für beide sein kann, hat noch Widersacher in beiden Lagern.

Wir müssen sie überwinden, und wir können sie überwinden, wenn wir als Sozialdemokraten mutig und geschlossen vorangehen. Uns bindet die gemeinsame sozialdemokratische Überzeugung, uns bindet der Wille zur Verständigung, geboren aus unserer europäischen und internationalen Einstellung. ...

Es ist deshalb mein Wunsch, daß diese heutige Kundgebung nicht nur einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Flensburger Sozialdemokraten, ob sie Deutsche oder Dänen sind, einleitet, sondern daß sie alle ermutigt, die an ein neues Europa in Freiheit und Frieden für alle Völker glauben!«

Ollenhauer sprach wirklich vom »Kieler Abkommen«, in dem »Inhalt und Ziel der gemeinsamen Politik festgelegt« worden waren. Er muß von seinen Kieler Parteigenossen schlecht unterrichtet worden sein. Im Gegensatz zur Gegenseitigkeit eines von zwei oder mehreren Partnern abgeschlossenen Abkommens, war die Kieler Erklärung eine einseitige Erklärung der Landesregierung Schleswig-Holsteins über die Stellung der dänischen Minderheit. In der Einleitung dieser mit Einseitigkeit behafteten Erklärung spricht die Landesregierung allerdings die »bestimmte Erwartung« aus, daß die dänische Regierung der deutschen Minderheit in Dänemark dieselben Rechte und Freiheiten einräumen und garantieren werde. Das »Kopenhagener Protokoll« vom 27. Oktober 1949, in dem von der dänischen Regierung versichert wurde, daß alle durch die dänische Verfassung zugesicherten staatsbürgerlichen Rechte auch für die Mitglieder der deutschen Volksgruppe ihre Gültigkeit hätten, entsprach in seinem politischen Gewicht kaum der Kieler Erklärung. Die Ablehnung der Kieler Erklärung durch Fr. W. Lübke, der nicht für sie gestimmt hatte, beruhte ja zu einem großen Teil auf ihrer Einseitigkeit. Ollenhauer kann also diese

Problematik nicht gekannt haben. Das Problem wurde erst im März 1955 durch die beiden wiederum einseitigen aber parallelen Bonn-Kopenhagener Erklärungen auch zur Zufriedenheit der CDU gelöst.

Viel könnte noch zu dem Wort »Gaststaat« gesagt werden, das das Heimatrecht der dänisch gesinnten Südschleswiger, deren Familien z. T. schon seit Generationen im alten Herzogtum Schleswig ansässig waren, verschleierte.

Zur entscheidenden SPF-SPD-Frage drückte Ollenhauer sich weniger zurückhaltend aus als Hedtoft. Da die SPD sich jetzt zum nationalen Selbstbestimmungsrecht bekannte und die Grenzfrage kein Gegenstand der praktischen Politik war, und da damit für sie der ursächliche Grund für das Bestehen der SPF hinfällig geworden war, konnte der SPD-Vorsitzende ohne Umschweife seinen Wunsch formulieren, daß sich in Flensburg die dänischen und deutschen Sozialdemokraten auf der Grundlage der gemeinsamen sozialdemokratischen Überzeugung und in gegenseitigem Respekt vor ihrer nationalen Einstellung zu einer neuen Einheit in der Organisation und Aktion zusammenfinden mögen.

Die Schritte zur Wiedervereinigung mußten die Flensburger jedoch selbst gehen. Das Jahr der anstehenden Bundestagswahl schien den Anhängern der Wiedervereinigung natürlich ein geeigneter Anlaß. Doch für den SPF-Partner SSW drohte damit ein Stimmenverlust. Deshalb verwundert es nicht, wenn der SSW-Vertreter im deutschen Bundestag, der in Schleswig beheimatete Hermann Clausen, am Tag der Großveranstaltung in der Südschleswigschen Heimatzeitung vor der Wiedervereinigung der SPF mit der SPD warnte. Ein »Torpedierungsversuch« nannte Reiser diesen Gegenzug.

Hedtoft hatte sich in seiner Rede klar aber zurückhaltend ausgedrückt. Frede Nielsen, der grenzpolitische Sachbearbeiter der dänischen Sozialdemokraten, fand da eine ganz andere Sprache, als er von Sønnerjyden interviewt wurde. Der Nordschleswiger referierte und zitierte am 14. März (dem Abstimmungstag von 1920 in der Zweiten Zone!), nur wenige Tage nach der Flensburger Großveranstaltung: Unter den leitenden Männern der SPF habe es die ganze Zeit einige gegeben, nach deren Auffassung die Situation auf längere Sicht unhaltbar sei. Gleichzeitig habe die SPD erkannt, daß Dr. Schumachers Ausschlußdekret übereilt gewesen sei, und eine Wiedervereinigung der beiden Gruppen wünschenswert sei. Und es sei, erklärte Frede Nielsen, naiv, eine Grenzpolitik auf einen Zustand aufzubauen, der unnatürlich sei. – Das Ende der SPF als das Ende eines unnatürlichen Zustandes zu bezeichnen, das war wirklich überdeutlich und in unserer politischen Situation, ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl, unangebracht. Denn ein Auseinanderbrechen der SPF-SSW-Verbindung in Flensburg konnte in Südschleswig für den SSW nur nachteilige Folgen für den Wahlkampf und damit für das Wahlergebnis haben. Wir dänisch gesinnten SPFler fühlten uns solidarisch mit der Partei der Dä-

nischgesinnten – während für die Anhänger der Wiedervereinigung die Solidarität der Sozialdemokraten an erster Stelle stand. Das war ein unüberbrückbarer Gegensatz. Und er war keineswegs neu. Schon Ende der zwanziger Jahre hatte der Schleswigsche Verein innerhalb seiner Reihen vor allem bei den Reichstagswahlen große Probleme mit seinen sozialdemokratisch eingestellten Mitgliedern gehabt. Deren Stimmabgabe wurde durch die parteipolitische und nicht durch die nationale Haltung bestimmt. Nach der großen Niederlage, fast eine Halbierung der Stimmenanzahl, bei den Reichstagswahlen von 1928 beschlossen die Flensburger Vertrauensmänner des Schleswigschen Vereins, künftig keine Kandidaten mehr aufzustellen. Das führte zu einer Spaltung zwischen Stadt und Land, denn die ländlichen Vertreter wollten auch weiterhin die nationalpolitische Haltung des Vereins behaupten. Die mageren Flensburger SV-Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1932 wurden erzielt von Ernst Christiansens bürgerlichen Gefolgsleuten und den SV-Anhängern der ländlichen Gebiete: von den über 3.660 Mitgliedern des Schleswigschen Vereins gaben im Juli nur 741 und im November 828 ihre Stimme dem SV.

Die weiter reichende Wirkung der Veranstaltung vom 9. März 1953 zeigte sich erst in den folgenden Monaten.

Vor dem Endspurt

Auch nach der nach außen Einigkeit verkündenden Demonstration, ein Höhepunkt der SPF-SPD-Aktivität in die die dänische Sozialdemokratie eingeschlossen worden war, standen sich die beiden gegensätzlichen Flügel innerhalb der SPF unversöhnlich gegenüber. Ein Brückenschlag zwischen den »Wiedervereinigern« und »Auflösern« war nicht in Sicht.

Eine Tagebuchnotiz vom 16. April 1953 erinnert mich an ein Gespräch, das ich kurz nach dem 10. April mit dem Chefredakteur der Südschleswigschen Heimatzeitung Tage Jessen geführt hatte. Hans Hedtoft soll ihm nach der Versammlung am 9. März, während eines geselligen Beisammenseins im damaligen Gewerkschaftshaus in der Schloßstraße, gesagt beziehungsweise ihn gebeten haben, das Seine zu tun, um eine Entscheidung in der SPF-SPD-Frage so lange wie möglich hinauszuschieben. Es ist durchaus denkbar, daß Hedtoft zum damaligen Zeitpunkt daran interessiert war, es aus innenpolitischen Gründen zu keiner schnellen Entscheidung kommen zu lassen. Wahrscheinlich weil die Sozialdemokraten in den Ruf der nationalen Unzuverlässigkeit hätten kommen können, wenn kurz nach einer Versammlung, an der sie teilgenommen hatten, das SSW-SPF-Bündnis auseinandergebrochen wäre. Man hätte ihnen vorwerfen können, diesen Prozeß gefördert und damit dem Dänentum in Südschleswig geschadet zu haben. Denn bei vielen, auch in Dänemark, hatte die Flensburger Großveranstaltung den Eindruck hinterlassen, daß hinter den Kulissen mehr geschehen sei als nach außen gedungen war.

Die Wiedervereiniger glaubten unzweifelhaft, Aufwind bekommen zu haben. Das zeigten die Versammlung am 10. April, eine Vorstandssitzung am 20. April und eine Vertrauensmännerversammlung am 30. April 1953.

In der Presse konnte man nach der Mitgliederversammlung am 10. April nur ganz knapp lesen, daß die SPF eine stark besuchte Versammlung abgehalten hatte, und daß nach einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden N. Reiser eine interessante und sachliche Diskussion stattgefunden hatte. Als Ergebnis erfuhr die Öffentlichkeit lediglich, daß innerhalb der SPF darüber Einigkeit herrsche, gegenwärtig keine Änderungen herbeizuführen. Viel irreführender oder nichtsagender konnte ein Pressebericht kaum sein.

Eine von mir angefertigte Aktennotiz vom 22. April berichtet über den Verlauf dieser Mitgliederversammlung.

In Wirklichkeit war sie recht stürmisch verlaufen. Vor allem die Anhänger der Wiedervereinigung hatten einen schweren Stand gehabt. Es gab während ihrer Diskussionsbeiträge kritische Zwischenrufe und einige unschöne Bemerkungen. Die Mehrzahl der Mitglieder war sehr erregt. Es kam zu einer Ab-

stimmung, die mit der Niederlage der Wiedervereiniger endete. Die Versammlung war mit einer Teilnahme von über 200 Parteifreunden sehr gut besucht. Nur etwa zwanzig von ihnen sprachen sich für die Wiedervereinigung mit der SPD aus, ungefähr 190 Parteimitglieder stimmten dagegen. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen mit Kiel und Bonn einzustellen. Der Parteifreund Julius Gregersen, ein gestandener Sozialdemokrat von vor 1933, der nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten mehreren Widerstandskämpfern bei der Flucht über die grüne Grenze geholfen hatte, wollte sogar einen Mißtrauensantrag gegen Reiser einbringen, scheiterte jedoch an einem Formfehler.

Reiser zeigte sich hinterher sehr enttäuscht. Er behauptete auf der Vorstandssitzung am 20. April, es habe sich um eine »organisierte Versammlung der Wiedervereinigungsgegner« gehandelt. Auch, so meinte er, hätten an ihr eine große Zahl von Nichtmitgliedern und von Mitgliedern, die mit ihren Beitragszahlungen im Rückstand gewesen wären, teilgenommen. Er beschwerte sich darüber, daß er mindestens 25-30 Mal gestört worden sei. Und man habe die Genosssin Lucie Neumann niedergeschrien. Obwohl er, Reiser, ein gutes Gefühl in Bezug auf die Wiedervereinigung habe, und zwar in ein bis zwei Jahren, hätte die Mitgliedschaft nun anders beschlossen, und dem hätte man sich zu beugen. Die Versammlung hätte ihn aber an die Zeit kurz vor 1933 erinnert, in der die SA mit Sprechchören in die gegnerischen Versammlungen gegangen war, um die Gegner niederzubrüllen. Nic. Reiser übertrieb maßlos. Seine Enttäuschung muß grenzenlos gewesen sein. Nie vorher, und auch nicht später, habe ich ihn so aus der Fassung geraten gesehen, wie auf dieser Vorstandssitzung am 20. April 1953.

Der Flensburger Gewerkschaftsführer Max Beyreis, ebenfalls ein Vertreter der Wiedervereinigung, äußerte sich, wie meine Notizen aussagen, wie folgt:

»Die SPF würde von den Dänen als Anhängsel betrachtet werden, nun schon die ganze Zeit seit 1946. Es gäbe auf dänischer Seite viele ausgesprochene Nationalisten und Chauvinisten, und man müsse verstehen, wenn einige unserer Genossen (hiermit war ich wohl gemeint) in das Fahrwasser dieser Nationalisten und Chauvinisten gerieten. Wir sollten uns nichts vormachen und vor allen Dingen keine Illusionen über Dänemark haben, denn auch dort sei nicht alles Gold, was glänzt. I.C. Møller mit der ganzen bürgerlichen Blase sei bereit, uns jederzeit an Hanno Schmidt, Leon Jensen, überhaupt an die Deutschen zu verkaufen, wenn es ihm geschäftlichen Vorteil bringen würde. Im übrigen seien beim SSW schon der Bundestagsabgeordnete und sein Stellvertreter gewählt worden, sofern das stimme, was ihm mitgeteilt worden sei.«

Das war starker Tobak. Auch er war schwer enttäuscht. Zugleich zeigte er seine tiefe Abneigung gegen den führenden SSW Politiker J.C. Møller (Flensburgs Oberbürgermeister von 1945 bis 1950, danach Stadtpräsident bis 1951 und dann bis zu seinem Tod im Jahr 1955 stellvertretender Stadtpräsident), der sich aus eigener Kraft zu einem der reichsten Großkaufleute der Stadt emporgearbeitet hatte. Diesem »Klassenfeind« traute Beyreis sogar die Schändlichkeit zu, mit den führenden CDU-Leuten Chefredakteur Dr. Hanno Schmidt (Stadtpräsident 1959-61) und Rechtsanwalt und Notar Dr. Leon Jensen (Stadtpräsident 1962-70) gemeinsame Sache zu machen. Ein völlig unsinniger Gedanke, der verrät, wie tief die Niederlage diesen Mann erschütterte. Max Beyreis war 1946 der Mehrheit in die SPF gefolgt, und das stellte sich jetzt als Fehler heraus.

Ich ließ sie reden. Mir hatte die Abstimmung genügt. Zunächst sollte die Ruhe wieder einkehren. Nach dieser Vorstandssitzung wurde mir jedoch klar, daß es keine Ruhe mehr geben würde. Enttäuscht und entrüstet war ich über die Art und Weise, wie man jetzt begann, »schmutzige Wäsche« zu waschen.

Nicolaus Reiser schrieb an Hans Hedtoft, es sei das erste Mal gewesen, daß man sich mit der sozialistischen Einheit in Flensburg befaßt habe, aber leider sei für sie unter den Mitgliedern zur Zeit keine Mehrheit zu erreichen. Nach dem so glänzenden Verlauf der Kundgebung am 9. März sei diese Versammlung für ihn eine große Enttäuschung gewesen. »Vom sozialistischen Geist und Wollen war wenig zu spüren, scheinbar hört die Grenze und Welt bei all den Diskussionsrednern, die am Versammlungsabend gesprochen haben, an der Eider auf.«

Auch der Kieler Oberbürgermeister Andreas Gayk meldete sich zu Wort, allerdings nicht öffentlich. Er schrieb am 18. März und am 23. April 1953 an Hans Hedtoft. Im ersten Brief knüpfte Gayk an die so glänzend verlaufende Versammlung am 9. März an und teilte vertraulich mit, daß die Parteiführung in Bonn habe wissen lassen, daß man bereit sei, die Exklusion der SPF aufzuheben, wenn man bei bereits vorgesehenen Verhandlungen mit den Flensburgern weiterkomme.

Dieser Optimismus bekam durch den Verlauf der Versammlung am 10. April einen starken Dämpfer, wie Gayks zweiter Brief zeigt. Der Beschluß der SPF, die Verhandlungen über eine Wiedervereinigung mit der SPD nicht weiterzuführen, so Gayk, war nach Reisers Ansicht dadurch zustande gekommen, daß die Gegner der Wiedervereinigung alles mobilisiert hatten, »was Beine hat, während er keine Vorarbeit geleistet hat«. »Sein Vortrag wurde angeblich durch unfreundliche Zwischenrufe fortgesetzt unterbrochen, ohne daß der Vorsitzende (richtiger: Versammlungsleiter) (Christiansen) etwas dagegen unternahm. Es war also, wie es scheint, eine wohlorganisierte Verhinderung der Wiedervereinigung. Diese Tatsache ist betrüblich, aber sie wird an der Grund-

tendenz unserer Arbeit nichts ändern. Wir werden sie genau so ruhig und unaufdringlich fortsetzen, wie wir sie begonnen haben, und wir denken auch nicht daran, die Öffentlichkeit durch überflüssige Reden und Pressepolemiken zu beunruhigen.«

Reiser hatte also auch Gayk gegenüber von einer wohlorganisierten Demonstration gesprochen. Die Behauptung, daß er selbst keine Vorarbeit geleistet hatte, war ein Selbstbetrug, sie hatte nur auf einem anderen Gebiet gelegen und bestand in einer Zusammenarbeit mit den Kielern, wie dieser Brief verrät: Die Kieler Sozialdemokraten hatten ihm ein Thesenpapier mit sechs Punkten, die die Vorstellungen der SPD über die Notwendigkeit und die zweckmäßigste Form einer Wiedervereinigung enthielten, zugesandt. Nic. Reiser hatte dieses Papier für seinen Vortrag benutzt. Unser SPF-Vorsitzende war also das Sprachrohr der SPD gewesen – und hatte Protest geerntet. Das hatte ihn tief getroffen.

Am 3. Juni fand die Parteiversammlung statt, auf der u.a. über die bevorstehende Bundestagswahl gesprochen werden sollte. Der SSW hatte die SPF in einer gemeinsamen Sitzung der Vertrauensleute um eine Stellungnahme gebeten. Auf dieser Versammlung, an der ich leider nicht hatte teilnehmen können, und die von nur ungefähr 75 Personen besucht wurde, schlug man vor, dem SSW Max Beyreis als Direktkandidaten für den Wahlkreis I (Flensburg) zu empfehlen. Der SSW lehnte ab. Die SPF gab sich damit zufrieden.

Im Mai 1953 hatte Frede Nielsen mich erneut um einen Überblick über den Stand der Dinge in Flensburg gebeten und nach meiner Meinung über den weiteren Verlauf der SPF-Angelegenheit gefragt. In meiner Antwort vom 2. Juli bestätigte ich, daß ich meinen Standpunkt, wie ich ihn am 7. Januar 1953 in meinem Brief an Hans Hedtoft geschildert hatte, nicht verlassen hätte: entweder den jetzigen Status unverändert behalten – oder Auflösung. Ich führte dann aus, daß die Verhandlungen mit der SPD erst wieder aufgenommen werden könnten, wenn alle unsere Mitglieder das Vertrauen zur SPD wiedergefunden hätten. Ich verwies auf die Sache »Husum«, in der immer noch nichts geschehen war, um den von Hedtoft und Ollenhauer kritisierten Mißstand zu beheben. »Wir sind nicht damit zufrieden, daß man uns etwas verspricht, man soll uns demokratisch behandeln«. Ich schilderte Frede Nielsen kurz den Verlauf der Versammlung am 10. April und betonte, daß diese Versammlung wie alle anderen, also korrekt einberufen worden war.

Wie sehr der Wunsch der Vater des Gedankens werden kann, verrät die Mitteilung in diesem Brief, daß ich einer Bemerkung Reisers glaubte entnehmen zu können, daß er sich vielleicht doch mit dem Gedanken der Auflösung der SPF anfreunden könne. Hier irrte ich mich gewaltig.

Nach der Versammlung am 3. Juli, an der ich wegen Erkrankung nicht teilnehmen konnte, rief Reiser den Vorstand zusammen und teilte ihm mit, daß

die SPF eine Einladung zum Parteitag der schleswig-holsteinischen SPD nach Kiel bekommen hätte. Dieser sollte am nächsten Tag stattfinden. Reiser meinte, man müsse dieser Einladung Folge leisten und ließ deshalb beschließen, ihn und Erwin Schöllhorn zu entsenden. Schöllhorn wurde nach der Wiedervereinigung Parteisekretär in Flensburg.

Hermann Olson hat mir später berichtet, daß Reiser mit der Einladung in der Tasche in die Versammlung gegangen war, ohne sie der Mitgliedschaft mitzuteilen. Er wollte sie sicherlich nicht mit den Auflösern beraten. Es ist auch mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Einladung schon Tage vor der Versammlung in Flensburg eingetroffen war. Auch mich, den zweiten Vorsitzenden, hatte er nicht eingeweiht. Reiser wollte mich ausschalten. In dieses Bild paßt, daß er und andere Anhänger der Wiedervereinigung entgegen den Beschlüssen der Parteiversammlung im Laufe des Sommers 1953 weiterhin in unregelmäßigen Abständen mit dem Bezirksvorstand in Kiel verhandelt haben. Ich habe Zeugen dafür, daß Reiser anderen gegenüber geäußert hat, daß er die Angelegenheit schon so ordnen würde, wie er es wolle, »Christiansen ist ja auch zur Zeit krank«.

Die SPF nähert sich ihrem Ende

Die Wiedervereiniger ließen keine Ruhe. Hinter und vor den Kulissen wurde verhandelt. Hermann Clausen zufolge sollte im Herbst 1953 in Hamburg ein Treffen dänischer und deutscher Sozialdemokraten stattgefunden haben, auf dem auch über uns Flensburger gesprochen worden war. Die deutschen Sozialdemokraten drängten nach wie vor auf eine Neuauflage des Stauning-Wels-Abkommen von 1923. Die dänische Seite lehnte jedoch wieder ab, sie wollte sich mit dem Ergebnis von 1923 begnügen. Auch die Verhandlungen zwischen den SPF-Wiedervereinigern und den Kielemern waren fortgesetzt worden. Im Oktober 1953 legte der Bezirksvorstand der SPF folgendes Papier vor, das die Grundlage für die Wiedervereinigungsverhandlungen bilden sollte:

»1) Die SPD ist der Überzeugung, daß ein wirklich freundschaftliches und verständnisvolles Verhältnis zwischen dem deutschen und dänischen Volk das Gebot der Stunde ist. Es erscheint widersinnig, daß in einer Zeit, in der ein neues demokratisches Europa im Entstehen begriffen ist, beide Völker sich im fruchtlosen Grenzkampf aufreiben.

Die SPD steht auf dem Boden der nationalen Selbstbestimmung. Dieses Recht kann auch den nationalen Minderheiten in Deutschland und Dänemark nicht abgesprochen werden.

Die SPD hat 1949 die vom damaligen Schleswig-Holsteinischen Landtag gebilligte »Kieler Erklärung« veranlaßt. Sie ist das Grundgesetz zum Schutze der dänischen Minderheit.

Die SPD bekennt sich auch heute vollinhaltlich zu der Kieler Erklärung. Insbesondere vertritt sie mit Nachdruck den Standpunkt, daß jeder Staatsbürger im Grenzgebiet die Freiheit hat, sich zum Volkstum und zur Kultur seiner Wahl zu bekennen, ohne daß dieses Bekenntnis bestritten oder zum Gegenstand einer Nachprüfung gemacht werden darf. Es ist der Wille der SPD, auf dieser Basis weiterzuarbeiten und alles zu tun, um die Kieler Erklärung dem Wortlaut und dem Geiste nach zu erfüllen.

2) Die SPD bedauert, daß es 1946 in Flensburg zu einer Spaltung der Sozialdemokratie kam. Sie ist bereit, dieser Spaltung ein Ende zu machen, damit in Zukunft -wie einst- alle Sozialdemokraten in einer gemeinsamen Partei für den demokratischen Sozialismus kämpfen können.

Für den Fall der Wiedervereinigung wird festgestellt:

a) Der im Jahre 1946 erfolgte Ausschluß des Kreisvereins Flensburg gilt als aufgehoben.

b) Die Mitgliedschaft in der SPF wird voll auf die Mitgliedschaft in der SPD angerechnet.

c) Die Mitgliedschaft in der SPD schließt eine Mitgliedschaft in einer anderen Partei aus.

Eine interfraktionelle Zusammenarbeit der SPD-Fraktionen im Landtag und in der Flensburger Stadtvertretung ist dadurch nicht ausgeschlossen.

d) Die Einzelheiten der organisatorischen Wiedervereinigung werden von einer paritätischen Kommission, bestehend aus Vertretern der bisherigen SPF und SPD geregelt.

Diese Kommission ist auch zuständig zur Schlichtung von etwaigen Streitigkeiten und Differenzen, die sich aus der Wiedervereinigung ergeben könnten.«

Dieses Papier war in Kiel formuliert worden. Ich nehme an, unter Mitwirkung von Nic. Reiser.

Abgesehen vom Grundsätzlichen her konnten wir, die die Lösung nicht in einer Wiedervereinigung mit der SPD sondern in einer Auflösung der SPF sahen, schon deswegen nicht zustimmen, weil dieser Entwurf im Abschnitt 2c die Mitgliedschaft in einer anderen Partei ausschloß. Viele von uns waren ja Mitglied des SSW, der politischen Partei der Minderheit, und der SPF. Nicht nur meine engeren Gesinnungsfreunde und ich hatten dieses Problem erkannt.

Ein Brief (SPD, Landtagsfraktion Schleswig-Holstein) Richard Hansens vom 13. November 1953 an Frede Nielsen bestätigt, daß »in der letzten Zeit« verschiedene Besprechungen zwischen Vertretern der SPD und der SPF, und hier kann es sich nur um »Wiedervereiniger« gehandelt haben, stattgefunden hatten. Bei diesen Besprechungen hatte sich die Frage, ob die Mitgliedschaft in der SPD vereinbar sei mit der im SSW, als außerordentlich schwierig herausgestellt. »Der SSW ist eine politische Partei und als solche anerkannt. Nun taucht die Frage auf, was sollen die Abgeordneten im Landtag und in der Ratsversammlung der Stadt Flensburg tun, die durch den SSW gewählt worden sind. Wir (d.h. die SPD) stehen auf dem Standpunkt, daß sie sich unseren Fraktionen anschließen müssen, während die Vertreter der SPF das für bedenklich hielten. Diese Meinungsverschiedenheit zu überbrücken wird ja nicht leicht sein, zumal die Gegner der Vereinigung alles tun, um die Vereinigung zu hintertreiben.« Dann folgte ein nicht ganz unwichtiger Satz. »Die Mitgliedschaft in (sic!) SSF wird natürlich von diesen Dingen nicht berührt, da es sich dort um eine kulturelle Bewegung handelt.« Diese Aussage war auf der Grundlage der Verhandlungen der letzten Jahre, in denen die SPD die Anerkennung

des national-kulturellen Selbstbestimmungsrechts immer wieder betont hatte, logisch.

Anerkennenswert ist, daß die wiedervereinigungswilligen Vertreter der SPF bei diesen Verhandlungen die berechtigten Interessen des SSWs nicht so ohne weiteres aufgaben. Das Verlangen der SPD kam doch einem Wählerbetrug recht nahe.

Der Verhandlungsvorschlag sollte am 27. November 1953 den Vertrauensleuten und am 4. Dezember der Parteiversammlung als Wiedervereinigungspapier zur Abstimmung vorgelegt werden. Zwischen diesen beiden Terminen fand jedoch noch eine Zusammenkunft statt, von der ich erst später erfuhr. Karl Ratz, führender Mann der Landes-SPD und Herausgeber der Kieler Volkszeitung, hielt sich in der Woche zwischen den beiden Terminen in Flensburg auf, um die Möglichkeiten für eine sozialdemokratische Presse zu erkunden. An dieser Besprechung haben von Flensburger Seite Nic. Reiser und Max Beyreis teilgenommen. Sie mußten sich ihrer Sache sehr sicher fühlen.

Die Vertrauensleute beschlossen am 27. November mit Mehrheit die Annahme des Wiedervereinigungspapiers.

Noch nicht!

Die Versammlung am 4. Dezember 1953

An der Parteiversammlung abends am 4. Dezember 1953 im Flensburger Gewerkschaftshaus in der Schloßstraße nahmen an die 220 Personen teil. Ungefähr ein Fünftel der SPF-Mitglieder waren erschienen. »Etwa 800 Mitglieder waren zu Hause geblieben. Das läßt den Schluß zu, daß sie unberührt geblieben sind; sie sind bereits des Kampfes müde. Sie sind nicht mehr innerlich mit der SPF verbunden«, kommentierte das Flensburger Tageblatt am 7. Dezember. Daraus indirekt schließen zu wollen, daß sie für die Vereinigung mit der SPD eintraten, ging nun doch wohl zu weit. Die Teilnahme an dieser Versammlung war immerhin größer, als sie sonst zu sein pflegte – und entsprach der vom 10. April 1953.

Nic. Reiser, der die Veranstaltung leitete, gab als erstem Redner dem Kieler SPD-Vorstandsmitglied Max Kukil das Wort. Dieser war für den Kieler Oberbürgermeister Andreas Gayk eingesprungen, der wegen Krankheit hatte absagen müssen. M. Kukil benutzte Gayks Manuskript. Eindringlich trat er für die Vereinigung der SPF mit der SPD ein. Da die Kieler Erklärung der dänischen Minderheit die volle Freiheit, sich kulturell zu entfalten sichere, könnten die dänisch gesinnten Sozialdemokraten mit gutem Gewissen in den Reihen der SPD stehen, meinte er in Gayks Namen. Vom Manuskript abweichend fügte er hinzu: Wenn die Vereinigung mit der SPD bereits vor den Bundestagswahlen vollzogen worden wäre, dann wäre das Dänentum in Südschleswig heute zweifellos durch einen Flensburger Sozialdemokraten im Bundestag vertreten gewesen. Da der SSW bei der Bundestagswahl am 6. Septmeber 1953 nur 3,3% der Stimmen in Schleswig-Holstein erreicht hatte, hatte Hermann Clausen bei dieser Wahl sein Bundestagsmandat verloren. Die SPD konnte hier also einen durchaus verlockenden Gedanken vortragen. Kennzeichnend für Kukil/Gayks Rede war, daß in ihr die großen politischen Probleme der Gegenwart den grenzpolitischen Fragen übergeordnet wurden. Das entsprach der großpolitischen Lage, dürfte taktisch jedoch ein Fehler gewesen sein, denn es wirkte wie ein Ausweichen vor den konkreten Fragen, die uns berührten.

Nach ihm betrat Samuel Münchow das Rednerpult. Er betonte zuerst, daß man keineswegs von einem alten und tiefgehenden Gegensatz zwischen der SPF und dem Südschleswigschen Wählerverband sprechen könne. Im Gegenteil, das Verhältnis zwischen diesen beiden südschleswigschen Parteien sei stets

E i n l a d u n g !

S. P. F.
Sozialdemokratische Partei
Flensburg

Flensburg, den 28.11.1953
Schloßstrasse 44/46
Gewerkschaftshaus
Telefon Nr. 2180

Werte Genossin ! Wertes Genosse !

Wir weisen hierdurch ganz besonders auf unsere am

Freitag, dem 4. Dezember 1953

um 20 Uhr im Hans Bökler - Saal des Gewerkschaftshauses
stattfindende Parteiversammlung hin.

Tagesordnung :

1. Protokollverlesung
2. Referat des Gen. Andreas Gayk,
Oberbürgermeister (Kiel)
3. Beschlussfassung über die Wieder-
vereinigung der SPF mit der SPD.

Genossinnen und Genossen ! Seit über einem Jahr steht in unseren Funktionär- und Parteiversammlungen der Gedanke der Wiedervereinigung der SPF mit der SPD im Vordergrund der Aussprachen und Diskussionen. Nach einer ganzen Reihe von Verhandlungen mit führenden Genossen der SPD, sowie mit der Bezirksleitung Kiel, konnte das erzielte Verhandlungsergebnis in unserer letzten Parteiversammlung mitgeteilt werden. Nach ausgiebiger Aussprache wurde der Vorstand beauftragt, die Verhandlungen fortzusetzen. Dieses ist nunmehr durch eine Delegation die unser Vorstand nach Kiel entsandt hat, geschehen. Es darf hierbei gesagt werden, daß alle Verhandlungen - und ganz besonders die letzte - in freundschaftlichstem und kameradschaftlichstem Geiste von beiden Seiten geführt wurde.

In unserer am kommenden Freitag Abend stattfindenden Parteiversammlung soll hierüber berichtet werden, wie dieses auch bereits in unserer am 27.11. stattgefundenen Funktionärversammlung geschehen und fast einstimmig ebensolche Tagesordnung beschlossen worden ist.

Genossinnen und Genossen ! Wir stehen somit vor einer sehr wichtigen Entscheidung. Zu umgehen ist diese nicht mehr, ja sie ist geradezu von einer zwingenden Notwendigkeit geworden. Aus vorstehenden Zeilen dürfte die Wichtigkeit der bevorstehenden Parteiversammlung zur Genüge hervorgehen.

Wir geben uns daher der Hoffnung hin, daß unsere Genossinnen und Genossen restlos an dieser Versammlung teilnehmen. Wir weisen noch darauf hin, daß bei der Türkontrolle, Mitgliedskarte und Einladungsschreiben vorzuzeigen sind.

Frauengruppe: Unsere diesjährige Adventsfeier im Logenhaus (Saal) ist umständehalber auf Mittwoch, dem 9.12. verlegt worden, findet also nicht am 7.12. statt.

Mit sozialistischem Gruß!

Karl Jansing

von großer Freundschaft und Zusammenarbeit geprägt gewesen. Wenn man größere Erfolge auf dem sozialen Gebiet erreichen wolle, dann könne man dies nur tun, indem man die SPF stärke. Die führenden Männer der SPD hätten immer wieder versichert, daß sie die Rechte der dänischen Minderheit voll respektierten, doch leider zeige die Erfahrung, daß zwischen der Theorie der SPD und ihrer Praxis ein großer Unterschied bestehe. Eine Auflösung der SPF und das Aufgehen ihrer Mitglieder in der SPD werde nur weitere Spannungen erzeugen. Auch wenn das nationale Selbstbestimmungsrecht im Augenblick nicht aktuell sei, so wird es doch stets die Grundlage für die Arbeit des SSWs sein. Das sei keineswegs verwunderlich, denn die SPD hat ihre grundlegenden sozialen Ziele auch nie aufgegeben, obwohl sie nicht immer aktuell gewesen sind.

Weitere Redner der beiden Flügel trugen ihre bekannten Argumente und Gegenargumente noch einmal vor, und diesmal in sehr sachlicher, wenn auch leidenschaftlicher Form. Gegen die Wiedervereinigung traten Tage Jessen, Frederik Mommsen, Peter Hattesen, Hermann Olson und natürlich ich ein. Ich unterstrich u.a., daß der neue Sønderjysk Arbejderforening keine Spaltung der sozialistischen Reihen bedeute. Wir Vereinigungsgegner waren alle aktive SSW-Mitglieder.

Bemerkenswert war, daß Hugo Hellwig, der in der Nachkriegszeit so aktive Vertreter der dänisch gesinnten Sozialdemokraten, der sich allerdings in den letzten Jahren von der politischen Bühne mehr oder weniger verabschiedet hatte, eindringlich für die Wiedervereinigung eintrat.

Zu den Anhängern der Vereinigung gehörte Max Beyreis. Er betonte, daß er während der engen Zusammenarbeit mit dem SSW seit 1946 die anständige Politik, die man in Flensburg gemacht hatte, zu schätzen gelernt habe. Deshalb könne er sich nie dem SSW gegenüber illoyal verhalten. Selbst sei er seit 1945 Mitglied des Südschleswigschen Vereins, und für ihn sei es ganz selbstverständlich, daß die Flensburger, wenn es das Wohl der Stadt und ihrer Einwohner galt, zusammenhalten müssen. Wenn er sich nun zum Fürsprecher der Vereinigung von SPF und SPD mache, dann geschehe dies selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß er nie nach der Pfeife Bonns oder Kiels tanzen sondern stets die besonderen Verhältnisse in Flensburg und das Wohl der Stadt im Auge behalten werde. Die allgemeine politische Entwicklung fordere jedoch, daß die Flensburger Sozialdemokraten wieder die Verbindung mit der großen sozialdemokratischen Partei aufnehmen. Seine Haltung war, typisch für ihn, mehrdeutig.

Max Kukil erhielt das Schlußwort, was Unruhe im Saal hervorrief. Er hielt eine SPD-Programm-Ansprache und empfahl sehr kräftig die Vereinigung der beiden Parteien und fügte dann hinzu, daß Louise Schroeder (SPD), 1946

Bürgermeister und 1947-49 amtierender Oberbürgermeister von Berlin, gerne in Flensburg sprechen möchte, aber natürlich erst nach der Vereinigung der beiden Parteien. Max Kukil hat, nach meiner Ansicht, nicht allzuviel bewirkt. Die meisten Mitglieder hatten ihren Standpunkt bezogen und ließen sich nicht mehr beeinflussen.

Nic. Reiser schloß die Diskussion, er hob noch einmal hervor, daß eine Vereinigung der SPF mit der SPD, auch wenn sie eine gewisse Trennung vom SSW bedeute, keineswegs die weitere Zusammenarbeit mit dieser Partei im lokalen Bereich beende.

Dann wurde über die Frage »Soll die SPF mit der SPD vereint werden? Ja oder nein?« abgestimmt. Mit 113 zu 101 Stimmen wurde die Wiedervereinigung abgelehnt.

Der Versammlungsleiter, Nic. Reiser, hatte das letzte Wort: Die Abstimmung hat ergeben, daß die Zeit noch nicht reif für eine Wiedervereinigung ist, obwohl die SPF gefühlsmäßig mit der SPD eine Einheit bildet. Für längere Zeit müssen jetzt solche Pläne ad acta gelegt werden, denn die Frage der Wiedervereinigung kann nicht immer wieder aufs neue verhandelt werden, weil sie Unruhe in die Reihen der Mitglieder der SPF trägt.

Die Versammlung endete, ohne die Folgen des Ergebnisses für den wiedervereinigungswilligen Vorstand zu diskutieren. Einen Grund hierfür nennt der dänische Generalkonsul in Flensburg Graf E.H. Schack in seinem Bericht vom 7. Dezember: Daß das Ergebnis nicht zur Folge hatte, daß der Vorsitzende Bürgermeister Reiser sein Mandat niederlegen mußte, liegt u. a. daran, daß die Versammlung so lange gedauert hatte, daß mehrere dänisch gesinnte Arbeiter aus Kupfermühle den Saal verlassen hatten, um (schnell) nach Hause zu kommen, deshalb wünschten seine Gegner nicht, einen Mißtrauensantrag gegen den Vorstand einzubringen.

Das Ergebnis war knapp, es konnte keine Seite richtig zufriedenstellen. Deshalb verzichtete ich darauf, einen Antrag auf Auflösung der SPF zu stellen. Aber eine Lösung mußte gefunden werden, und zwar durch weitere parteiinterne Auseinandersetzungen bei denen Nic. Reiser und Max Beyreis auf der einen und Hermann Olson und ich als Wortführer auf der anderen Seite standen.

Einen Tag nach der Abstimmung war Frede Nielsen in Flensburg, um sich unterrichten zu lassen. Er äußerte sich später öffentlich – und zwar mit einer gewissen Enttäuschung. Er sah in der »Entscheidung der Versammlung in Wirklichkeit keine Entscheidung«. Die Mitgliederversammlung hatte sich für einen dänischen Kurs unter einem deutschen Vorsitzenden entschieden. Der Bruch, der mitten durch die Partei ging, machte nach seiner Ansicht jede politische Arbeit unmöglich. Allerdings bezog sich Frede Nielsens Enttäuschung auch auf den in der Zwischenzeit gegründeten »Sønderjysk Arbejderfo-

LØBESEDDER FRA

VORT OMSTRIDTE LAND

Organ for »Sønderjydske forening for København«
RÅDHUSPLADS 45 . KØBENHAVN V. . CENTRAL 13463

Flensborg, lørdag.

På et møde i Flensborg, fredag, har de flensborgske arbejdere besluttet ikke at indgå i det tyske Socialdemokrati, men fortsat bevare det selvstændige dansksindede Socialdemokrati (SPF) i Flensborg.

GRAFISKT BUREAU, LYBØJ 190

rening [SAF]«, von dem manche annahmen, daß er die SPF ersetzen sollte. Das war aber zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt. Abteilungen des SAF hatte man bereits in Schleswig, Eckernförde, Rendsburg, Husum und Tönning vorbereitet oder gebildet. Mit Rücksicht auf die SPF hatte man Flensborg zunächst ausgespart.

Die SPF in einer völlig gewandelten Umwelt

Die unfreiwillige Entstehung der SPF fiel in eine Zeit des Aufbruchs ins Dänentum. Der Zusammenbruch der Demokratie und die Errichtung der Nazi-diktatur, die vollständige Niederlage Deutschlands, die eine Befreiung war aber einen staatslosen Zustand, wirtschaftliches Chaos und ein politisches Vakuum nach sich zog, hatte ab Mai 1945 das Vertrauen zu Deutschland und den Glauben an dessen Zukunft völlig zerstört. Große Teile der südschleswigschen Bevölkerung, darunter auch viele Sozialdemokraten aus der Zeit vor 1933, glaubten nicht mehr daran, daß es jemals wieder ein Deutschland, und schon gar nicht einen demokratischen deutschen Staat geben werde. Diese Menschen hatten für sich und ihre Familie die Hoffnung auf eine Zukunft gesetzt, die Südschleswig Frieden und Demokratie innerhalb der Grenzen des dänischen Königreichs bringen sollte. Das war eine aus bitterer Erfahrung, Not und Verzweiflung geborene politische Entscheidung, der aber nur ein Teil dieser Menschen auch die nationale oder besser kulturelle Entscheidung für das Dänentum folgen ließ. Die Annahme der dänischen Sprache und Kultur war aber erforderlich, wenn der politisch motivierte Gesinnungswechsel in einer wiederstabilisierten Umwelt Bestand haben sollte.

Für die führenden dänischen Politiker, vor allem für die dänischen Sozialdemokraten, galt schon im Mai 1945, wie wir gesehen haben, die These: Die Grenze liegt fest. Die dänische Sozialdemokratie lehnte jede Grenzregulierung ab, war jedoch jederzeit bereit, die politische Verantwortung für die Bereitstellung von Mitteln für die dänisch-kulturelle Arbeit in Südschleswig mitzutragen und für die kulturellen Rechte der Minderheit einzutreten. In der Frage der SPF bezog sie die Position eines Beobachters. Sie wollte sich nicht in den innerparteilichen Zwist zwischen SPF und SPD einmischen, lehnte jede organisatorische Anbindung der SPF an die dänische Sozialdemokratie ab. Trotz ihrer Kritik am Rauswurf der südschleswigschen Sozialdemokraten aus der SPD und ihren Sympathien für die Mitglieder der SPF betonte sie ihre Solidarität mit der SPD. Sie sah in der Bildung der SPF ein Übel, das von SPF und SPD gemeinsam überwunden werden mußte.

Grundlegende Ziele und Hoffnungen der SPF-Mitglieder waren durch diese konsequente Haltung des Festhaltens an der bestehenden Staatsgrenze und der Nichteinmischung in innerparteiliche Angelegenheiten der SPF-SPD von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Die SPD durchlief, wie die bisher dargestellte Geschichte der SPF gezeigt

hat, einen entscheidenden Wandlungsprozeß. In ihren Anfängen nach 1945 hatte sie einen betont nationalen deutschen Standpunkt bezogen, der im Juli 1946 zur »Auflösung« des Flensburger Kreisvereins der SPD durch Kurt Schumacher geführt hatte. Noch am 8. Mai 1947 erklärte die sozialdemokratische Landesregierung, daß sie auch weiterhin das deutsche Volkstum und die deutsche Gebietshoheit gegen die separatistischen Bestrebungen im Norden des Landes verteidigen wolle. Sie entwickelte ein ausgeklügeltes System einer Nadelstichpolitik, die an preußische Zeiten erinnerte. Im August 1948 leitete Andreas Gayk die Politik der Versöhnung mit der SPF ein. Der entscheidende Anstoß zu einer ersten friedlichen Regelung kam dann jedoch von den Briten. Sie verwiesen im Oktober 1948 auf direkte Verhandlungen zwischen der Landesregierung und der Minderheitenführung. Diese Verhandlungen begannen im März 1949. Ein wichtiger Personenwechsel unter den entscheidenden Männern der sozialdemokratischen Grenzpolitik deutete eine neue Haltung der SPD an: Dr. Richard Schenck, der auf seiner harten Linie gegenüber der Minderheit beharren wollte, wurde von Bruno Diekmann und Andreas Gayk, dem starken Mann der schleswig-holsteinischen SPD, in den Hintergrund gedrängt und nicht zu den Vorarbeiten zu den Verhandlungen mit der Minderheit hinzugezogen. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Kieler Erklärung vom 26. September 1949. Sie bestätigte vor allem die Grundrechte, die jedem Bürger der Bundesrepublik Deutschland durch das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 zugesichert worden waren. Von entscheidender Bedeutung für die Minderheit war der Absatz II dieser Erklärung. Er enthält den wichtigen Satz: »Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden«. Für die schleswig-holsteinische SPD war der Grenzkampf offiziell beendet.

Als 1951 die ersten SPF-SPD-Wiedervereinigungsgerichte auftauchten, gehörte die Unbeweglichkeit der schleswig-holsteinischen SPD in ihrer Politik gegenüber der Minderheit schon teilweise der Vergangenheit an. Und auf Bundesebene kam der Durchbruch spätestens, nachdem Erich Ollenhauer die Führung der Partei übernommen hatte. Sowohl die schleswig-holsteinische als auch die Bundes-SPD anerkannten das nationale Selbstbestimmungsrecht, allerdings wenn man genau hinsah, nur in der beschränkten Form des kulturellen Selbstbestimmungsrechts und nicht in der Form des politischen, das als illoyal dem Staate gegenüber angesehen wurde. Diese Seite des Selbstbestimmungsrechts, da waren sich deutsche und dänische Sozialdemokraten einig, war allerdings nicht aktuell.

Entscheidend für diese Entwicklung war natürlich der größere Hintergrund: die Entwicklung in Schleswig-Holstein und der Weg über Bizone und Trizone zur Bundesrepublik Deutschland, der demokratische und wirtschaftliche Wie-

deraufbau eines neuen Staates. Seit dem 23. August 1946 gab es das Land Schleswig-Holstein. Eine deutsche demokratische Zukunft begann sich abzuzeichnen. Die Bildung der Bizone am 1. Januar 1947 vereinigte die Rohstoffquellen und die verarbeitende Industrie beider Zonen. Die Ausfuhr konnte nun die lebenswichtige Einfuhr von Materialien und Massengütern finanzieren. Der Marshallplan, das Europäische Wiederaufbauprogramm vom 5. Juni 1947, gab weitere entscheidende Impulse, die zur Wiedergesundung der Wirtschaft führten. Die nach amerikanischen Plänen vorbereitete und durchgeführte Währungsreform am 20. Juni 1948 in der Bizone und der französischen Besatzungszone war ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Trizone und damit zur territorialen Bildung der Bundesrepublik und vor allem zur Gesundung der westdeutschen Wirtschaft. Nach einigen Anfangsschwierigkeiten begann Ludwig Erhards freie Marktwirtschaft zu greifen und bereits Ende 1949 konnte die deutsche Wirtschaft den Vorkriegsstand erreichen und nun jedes Jahr neue Produktionsrekorde aufweisen. Diesem wirtschaftlichen Erfolg folgte die politische Dynamik. Die am 23. Mai 1949 gebildete Bundesrepublik entwickelte sich zu einem »Wirtschaftswunderland«, auch wenn nicht übersehen werden darf, daß im Februar 1950 Produktionseinbrüche im industriellen Bereich, Arbeitslosenzahlen von etwa 2 Millionen und eine riesige Zahl von Sozialhilfempfängern das Bild trübten. Zur Zeit der SPF-SPD-Verhandlungen erlebte die bundesdeutsche Wirtschaft jedoch ihren »Korea-Boom«, ihre Entwicklung übertraf alle Erwartungen. Die Exportrate stieg in den folgenden Jahren mit zweistelligen Ziffern, die Arbeitslosenzahlen fielen, und die Lohnerhöhungen lagen seit 1952 über den Preissteigerungsraten. Die Westdeutschen begannen, sich in ihrem Staat wohlzufühlen. Das Wirtschaftswunder erleichterte es ihnen, sich mit dem neuen Staat und seinem politischen System zu identifizieren.

Die Mai 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland war eine parlamentarische Demokratie, ein Vielparteienstaat, ein föderalistischer Bundesstaat, ein Rechtsstaat, in dem staatliches Handeln an Recht und Gesetz gebunden war, und ein Sozialstaat mit einer auf soziale Ziele ausgerichteten Wirtschaftsordnung. Es war ein demokratischer Staat, den auch radikale politische Parteien und Gruppen nicht in »Weimarer Verhältnisse« stürzen konnten. Und daß dieser Staat nicht auf politische Abwege geriet, dafür sorgte seine immer enger werdende politische und militärische Anbindung an die demokratischen Staaten Westeuropas und die USA. Diese Westintegration der Bundesrepublik war allerdings der scharfen Kritik Dr. Schumachers ausgesetzt. Besonders die Achse Washington-Bonn wurde in den Jahren um und nach 1953 zum bestimmenden Element der Politik im westlichen Bündnis.

Was die südschleswigschen Sozialdemokraten nach 1945 nicht für möglich gehalten hatten, war nach nur einem halben Jahrzehnt eingetreten: aus den

geistigen und politischen Ruinen war, mit amerikanischer und britischer Hilfe, eine neue, starke deutsche Demokratie entstanden. Es gab keine Anzeichen dafür, daß sich das Schicksal der Weimarer Republik wiederholen sollte. Gleichzeitig waren alle Hoffnungen auf eine Angliederung Südschleswigs an Dänemark, wenn es für diese je eine Chance gegeben haben sollte, endgültig vor den politischen Realitäten dahingeschmolzen. Damit waren die wesentlichen Argumente für die fortgesetzte Trennung von SPF und SPD fortgefallen. Das galt nicht nur für die Mitglieder der SPF sondern für alle »Neudänen« der Nachkriegszeit. Die nationalpolitische Entwicklung der SPF-Mitglieder entspricht der Entwicklung des südschleswigschen Neudänentums nach 1945. Im bössartigen Jargon des Grenzkampfes könnte man herabsetzend sagen, aus den Speckdänen waren Wirtschaftswunderdeutsche geworden. Doch gilt das nur für die Konjunkturritter, die es natürlich auch gegeben hat. Sie brachten es fertig, ihre nationale Gesinnung zwei Mal zu wechseln.

Ende des Krieges zählte der Schleswigsche Verein [SV] 2.728 Mitglieder, von denen 1.990 in Flensburg wohnten. Im Januar 1946 hatte der SV bereits 11.801 Mitglieder, am 1. April 1946 waren es 27.581 und im Juli desselben Jahres über 46.000. Am 25. September 1946 wurde der Südschleswigsche Verein [SSV] als Nachfolgeorganisation des SVs ins deutsche Vereinsregister eingetragen. Die Mitgliederzahlen stiegen weiter an: am 1. Oktober 1946 hatte der SSV 56.318 Mitglieder.

Mitglieder des Südschleswigschen Vereins 1947-1954:

1. Januar	Gesamt	in Flensburg
1947	68.317	27.157
1948	74.683	28.129
1949	74.510	28.216
1950	67.945	26.777
1951	61.791	25.344
1952	57.118	23.830
1953	51.807	21.790
1954	47.120	19.967

Der Kreis der Sympathisanten war noch weit größer, wie die Wahlergebnisse zwischen 1946 und 1954 zeigen:

Kommunalwahlen [K], Landtagswahlen [LT] und Bundestagswahlen [BT] 1946-1953.

	SSW gesamt	Flensburg: SPF (und) SSW
K, Okt. 1946	82.100	29.729 59.528
LT, April 1947	99.500	31.614

K, Okt. 1948	92.130	11.177	19.175
BT, August 1949	75.388		27.151
LT, Juli 1950	71.864		26.356
K, April 1951	65.697		26.523
BT, Sept. 1953	44.585		19.465

Die erste dänische Nachkriegsregierung hatte bereits am 9. Mai 1945 erklärt: »Grænsen ligger fast«. In Südschleswig überhörte man diese eindeutige Aussage, sodaß 1947 etwa 55% der einheimischen Bevölkerung eine Partei wählten, die ihre »weg-von-Deutschland« Zielsetzung offen bekannte. Die Bildung des Landes Schleswig-Holstein im August 1946 und damit die ersten Ansätze zur Bildung einer neuen demokratischen Gesellschaftsordnung südlich der deutsch-dänischen Grenze hatte hier keine gegensteuernde Wirkung gezeigt. Für viele dänisch orientierte Südschleswiger kam die erste Ernüchterung am 19. Oktober 1946, als die dänische Regierung in ihrer Antwortnote an die britische Regierung eindeutig jede augenblickliche Grenzregulierung ablehnte. Beide Faktoren, der Aufbau der Demokratie verbunden mit einer wirtschaftlichen Gesundung und die jede Grenzverschiebung ablehnende Haltung der dänischen Regierung, wirkten zusammen, sodaß die Mitgliedschaft im SSV oder die Stimmabgabe für den SSW immer weniger zu einer grenzpolitischen Frage wurde, sie hing in immer stärker werdenden Grade davon ab, ob der einzelne dänisch orientierte Südschleswiger in die Minderheit hineinwuchs, ob er in den dänischen Organisationen und Institutionen ein zu Hause fand. Diejenigen, die in der dänischen Sprache und Kultur verwurzelt waren oder sich in sie einlebten – oder auf dem Wege dorthin waren, lehnten die Rückbesinnung auf das Deutschtum ab. Aber wie die Rückgänge nach dem Höhepunkt im Jahr 1947/48 zeigen, waren 1953/54 etwa ein Drittel auf dem Weg der Umkehr. Und diese Tendenz sollte sich in den folgenden Jahren noch verstärken. Diese Menschen in Flensburg und in ganz Südschleswig konnten sich mit der neuen, demokratischen Bundesrepublik identifizieren.

Die positive Haltung vieler SPF-Mitglieder zur Wiedervereinigung ihrer Partei mit der SPD entsprach diesem Zeittrend. Wie in den ersten Jahren nach 1945 so spiegelte die Entwicklung innerhalb der SPF auch nach der Gründung der Bundesrepublik die nationale Wende im Grenzland Schleswig wider.

Die letzten Schritte auf dem Weg zum Wiedervereinigungsbeschluß vom 25. Juni 1954

Nach der Jahreswende 1953/54 wollten meine Freunde und ich eine Lösung erzwingen. Ich wollte klare Linien, denn das Abstimmungsergebnis vom 4. Dezember 1953 machte einen Wechsel im Vorstand notwendig. Auf einer am 2. April 1954 abzuhaltenden Generalversammlung, deren Einberufung ich anregte, sollte ich als Kandidat für den Parteivorsitz vorgeschlagen werden. Damit sollten dann die Würfel fallen. Wurde ich gewählt, sollte ich auf Auflösung drängen. Wurde Nic. Reiser gewählt, wollten wir aus der SPF austreten. Dann stand einer Wiedervereinigung der Rest-SPF mit der SPD nichts mehr im Wege. Eine entsprechende Erklärung sollte ich vor der Wahlhandlung abgeben. Das war unser Plan.

An unseren Vorbesprechungen nahm auch ein »Spion« Reisers teil. Er redete uns nach dem Munde und berichtete dann alles brühwarm seinem Herrn. Er hieß Klaus Westphahl. Auf der Vertrauensmännerversammlung am 15. Januar 1954 hatte er noch gemeint, man solle die Dezemberabstimmung als gegeben hinnehmen, und zunächst einmal Ruhe einkehren lassen. Uns störte seine Teilnahme an unseren Gesprächen nicht. Wir hatten nichts zu verbergen. Wir sahen unser Vorgehen sogar als fair an. Allerdings konnte die andere Seite durch ihr Wissen über unsere Pläne ihre eigene Taktik besser vorbereiten.

Als ich mich auf der Generalversammlung am 2. April 1954 zu Wort meldete, um im Zusammenhang mit der Wahl des ersten Vorsitzenden die geplante Erklärung abzugeben, erteilte mir der Versammlungsleiter, unser SPF-Fraktionskollege Max Funke, das Wort. Dann aber, ich war bereits auf dem Weg zum Rednerpult, wurde mir das Wort -nach einem Zuruf Reisers an den Versammlungsleiter- wieder entzogen. Es geschah aus Formgründen, wie man sagte: Wir seien bereits in der Wahlhandlung, und deshalb könnten keine weiteren Wortmeldungen zugelassen werden.

Mit einem Teil meiner Freunde verließ ich daraufhin die Versammlung. Der danach gewählte Vorstand setzte sich aus lauter Wiedervereinigern zusammen.

Nic. Reisers Kommentar zu diesen Vorgängen findet man in seinem Brief vom 7. April an Frede Nielsen: »Dieser Wahl sind natürlich viele Kämpfe vorausgegangen. Meine von mir angebotene Verständigungsbereitschaft hat man wohl als Schwäche betrachtet und ist nun über den Ausgang der Wahl, die ich ja erst nach Klärung der Frage, wie wir uns mit Bezug auf die im September

stattfindenden Landtagswahlen verhalten werden, stattfinden lassen wollte, überrascht. Es ist doch wohl richtig, erst die Partei über den Weg bestimmen zu lassen, den wir in Zukunft zu gehen gedenken und dann den Vorstand zu bilden. Christiansen und seine Freunde wollten es aber anders. Sie wollten einen Vorstand, der ganz einseitig und restlos gegen eine Wiedervereinigung orientiert ist, und glaubten somit, den Weg und Kurs der Partei in Zukunft bestimmen zu können. Nun sind die Dinge aber anders gelaufen. Christiansen und einige seiner Freunde sind aus der SPF ausgetreten. Aber so weit es sich um Genossen handelt, die so wie so beim SSW eingeschriebene Mitglieder sind, bedaure ich dieses nicht. Ich glaube, daß dieses nur zur Klärung der politischen Lage bei uns beitragen kann. Es ist ein Unding, in zwei politischen Parteien zu sein, und ich habe dieses Kuriosum auch immer bekämpft. ... Wie die Dinge sich in Zukunft für uns gestalten, vermag ich heute noch nicht zu sagen. Daß die Wiedervereinigung der SPF mit der SPD der einzige Weg ist, um hier in Flensburg wieder zu einer gesunden sozialistischen Bewegung zu kommen, wird jetzt immer mehr und mehr erkannt.

Dieses richtet sich ja nicht gegen die dänische Volksgruppe, im Gegenteil, sie wird in einer starken SPD am besten vertreten sein. Dieses wird umso mehr der Fall sein, wenn alle Flensburger Sozialdemokraten, ob deutsch oder dänisch, zusammenstehen und ihre Vertreter in den Fraktionen der SPD, sei es im Landes- oder Bundesparlament, haben, und auch heute noch besteht die Möglichkeit, die dänische Minderheit durch mindestens einen Vertreter, allerdings nur über den Weg der SPD, im Landtag bei den nächsten Wahlen vertreten zu sehen.«

Der Bericht über diese Versammlung am folgenden Tag in der Südschleswigschen Heimatzeitung klang weniger dramatisch. Dort hieß es, daß von den angeblich 1.000 Mitgliedern der SPF nur 137 zu den Vorstandswahlen erschienen waren. Mit 82 gegen 55 Stimmen wurde Nic. Reiser wiedergewählt, daraufhin verzichteten W.L. Christiansen und Hermann Olson auf ihre Wiederwahl in den Vorstand.

Damit war die Zukunft der SPF entschieden. Daß es mit ihr seit Jahren stark zurückgegangen war, das zeigt die Entwicklung der Mitgliederzahl, die ursprünglich einmal bei etwa 2.000 gelegen hatte, aufgrund des wackelnden nationalen Kurses der Partei sank sie 1953 und 1954 auf 800, und nach der Wahl am 4. April halbierte sie sich.

Noch war das Verhältnis der SPF zum SSW ungelöst.

Am 12. April 1954 fand um 18 Uhr eine Sitzung der SSW-Fraktionsmitglieder statt, an der Hermann Olson und ich teilnahmen. Eine Stunde später versammelte sich dann die gemeinsame SSW-SPF-Fraktion. Fraktionsvorsitzender Fr. Mommsen verlangte von den SPF Mitgliedern die Antwort auf die

Frage nach der zukünftigen Zusammenarbeit der SPF mit dem SSW. Reiser und Beyreis weigerten sich, bindende Antworten zu geben. Reiser stellte nur fest, daß der Zusammenschluß der SPF mit der SPD kommen werde, »ob er in ein, zwei oder drei Jahren kommen wird, läßt sich natürlich nicht voraussagen«. Es wurde um den heißen Brei herumgeredet, wie Beyreis' Bemerkung, man solle »die Zusammenarbeit SSW/SPF solange aufrecht erhalten wie möglich«, deutlich zeigt.

Der SSW konnte mit diesem Schwebezustand natürlich nicht zufrieden sein. Auf der Generalversammlung des Wählerverbandes am 29. April forderte Mommsen in seinem Schlußwort daher, daß man von der SPF eine klare Antwort über das Verhältnis dieser Partei zum SSW fordern solle, »damit wir endlich zu einer klaren rein dänischen Linie kommen«.

Auf der Seite der SPF wurden nun Schritte unternommen, die das Nachkriegskapitel der Zusammenarbeit zwischen den dänisch gesinnten Südschleswigern und den Sozialdemokraten dem Ende zutrieb. Auf einer Mitgliederversammlung der SPF am 7. Mai beschloß man nämlich, im Sinne des SPF-SPD-Wiedervereinigungspapiers nur noch Mitglieder aufzunehmen, die keiner anderen politischen Organisation angehörten, wodurch die bisher gestattete gleichzeitige Mitgliedschaft in der SPF und dem SSW ausgeschlossen wurde.

Nic. Reiser zog dann auch die letzte Konsequenz: er kündigte die Flensburger SPF-SSW-Wahlgemeinschaft auf. Am 10. Mai äußerte er sich in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung über geringe Wahlaussichten des SSWs bei den Landtagswahlen im September 1954 und empfahl den Wählern der SPF ihre Stimme der SPD zu geben. (Und viele ehemalige SPFler und andere sind diesem Rat gefolgt, wie der große Stimmenzugewinn der SPD in Flensburg zeigen sollte).

Auf der SSW-Delegiertenversammlung am 17. Mai 1954 schilderte Mommsen erneut die schwierige Zusammenarbeit mit der SPF, die sich in keiner Weise binden lassen wollte. Anfragen in bezug auf die kommende Landtagswahl waren unbeantwortet geblieben, so Mommsen, der doch Reisers Artikel vom 10. Mai in der Volkszeitung gelesen haben mußte. Die Zusammenarbeit innerhalb der SSW-SPF-Fraktion funktionierte auch nicht mehr. Die SSW-Fraktion der Stadtvertretung hatte deshalb beschlossen, eine reine SSW-Fraktion zu bilden und alle Mitglieder der SSW-SPF-Fraktion aufgefordert, mitzuteilen, welcher Fraktion sie in Zukunft angehören wollten. Mommsen konnte mitteilen, daß von allen Mitgliedern der SSW-Fraktion sowie von Hermann Olson und W.L. Christiansen die Antwort gekommen war, daß sie sich als Mitglieder der SSW-Fraktion betrachteten. Frau Juliane Decker, die Herren Nic. Reiser, Max Beyreis und Max Funke hatten die Anfrage nicht

beantwortet. Daraufhin beschloß die Delegiertenversammlung, daß man sich von der SPF lösen und eine selbständige SSW-Fraktion bilden solle.

N. Reiser, M. Beyreis, M. Funke und Juliane Decker schlossen sich ab Ende August 1954 zu einer SPD-Fraktion zusammen. Das Ziel der SPD war erreicht, denn sie hatte jetzt wieder eine eigene Fraktion in der Flensburger Ratsversammlung. Nachdem Hermann Olson und ich der SSW-Fraktion beigetreten waren, zählte diese 14 Personen. Anstelle von Max Beyreis, der SPD-Fraktionsvorsitzender wurde, übernahm ich den Platz des stellvertretenden SSW-Fraktionsvorsitzenden.

Das Ende der SPF wurde am 25. Juni 1954 vollzogen. Auf einer nur schwach besuchten SPF-Parteiversammlung, die Wiedervereiniger waren jetzt unter sich, wurde der Wiederanschluß der SPF an die SPD mit folgender Erklärung beschlossen:

»Die SPD ist der Überzeugung, daß ein wirklich freundschaftliches Verhältnis zwischen dem deutschen und dem dänischen Volk das Gebot der Stunde ist. Es erscheint ihr widersinnig, daß in einer Zeit, in der ein neues demokratisches Europa im Entstehen begriffen ist, beide Völker sich im fruchtlosen politischen Grenzkampf aufreiben. Die SPD steht auf dem Boden der nationalen Selbstbestimmung. Dieses Recht kann auch den nationalen Minderheiten in Deutschland und in Dänemark nicht abgesprochen werden. Die SPD hat 1949 die vom damaligen Schleswig-Holsteinischen Landtag gebilligte »Kieler Erklärung« veranlaßt. Sie ist das Grundgesetz zum Schutze der dänischen Minderheit. Die SPD bekennt sich auch heute vollinhaltlich zur »Kieler Erklärung«. Insbesondere vertritt sie mit Nachdruck den Standpunkt, daß jeder Staatsbürger im Grenzgebiet die Freiheit hat, sich zum Volkstum und zur Kultur seiner Wahl zu bekennen, ohne daß dieses Bekenntnis bestritten oder zum Gegenstand einer Nachprüfung gemacht wird. Es ist der Wille der SPD, auf dieser Basis weiterzuarbeiten und alles zu tun, um die »Kieler Erklärung« dem Wortlaut und dem Geist nach zu erfüllen.«

Die Vorlage für diese Erklärung, das Wiedervereinigungspapier vom Oktober 1953 des Bezirksvorstandes, ist unverkennbar, da es, wenn auch gekürzt, doch wörtlich übernommen worden war. Anfang Juli billigte ein außerordentlicher Bezirksparteitag den Wiedervereinigungsbeschluß und stimmte der Wiedervereinigung der SPF mit der SPD zu, die damit auch formal vollzogen war.

Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, daß die 1946 gedruckten Mitgliedsbücher der SPF gerade bis 1954 reichten.

Die SPD wurde auf der lokalen und der regionalen Ebene durch die Wiedervereinigung der SPF mit der SPD gestärkt, während die dänische Minderheit

politisch geschwächt wurde. Das geht deutlich aus den Wahlergebnissen hervor. Während der SSW bei der Kommunalwahl von 1951 in Flensburg 26.523 Stimmen (43,4%) erhalten hatte, gingen die SSW-Stimmen 1955 auf 19.114 (36,9%) zurück. Die SPD-Stimmen stiegen dagegen von 4.550 (7,5%) auf 7.814 (15,1%).

Ich bin dann noch einmal von Mai 1956 bis August 1958 Mitglied der SPD gewesen, war auch eine zeitlang zweiter Vorsitzender. Mein Beweggrund war die Entsendung von Jochen Steffen nach Flensburg. Von ihm erhoffte ich neue Impulse für eine bessere Zusammenarbeit zwischen der SPD und der dänischen Minderheit. Ich wurde jedoch enttäuscht und trat wieder aus der SPD aus.

Epilog.

Sønderjysk Arbejderforening [SAF]

Bereits am 25. Oktober 1952 hatte der Generalsekretär des Südschleswigschen Vereins Frants Thygesen in einem längeren Brief an Grænseforeningen in Kopenhagen nachgefragt, ob es möglich sei, einer neuen Bildungsreinrichtung in Südschleswig Unterstützung zu gewähren. Gedacht war an eine Einrichtung für dänisch gesinnte Arbeitnehmer. Zur Orientierung diente »Arbejdernes Oplysningsforbund [AOF]« als Vorbild.

Da die Entscheidung innerhalb der SPF immer drängender wurde, versammelten sich am 15. November 1953 vierzehn Personen in Husum, um den Plan eines Arbeiterbildungsvereins zu verwirklichen. Die Teilnehmer an dieser Tagungsrunde kamen aus dem ganzen Landesteil, unter ihnen waren die führenden sozialdemokratisch eingestellten SSW-Politiker Hermann Clausen aus Schleswig und Samuel Münchow aus Flensburg.

Neben vielen anderen Spezialorganisationen wie Handelskreis, Handwerkerverein, Landwirtschaftsverein, Handels- und Kontorangestelltenverein sollte hier eine Arbeitnehmerorganisation entstehen, die sich, wie die anderen auch, dem SSV als der Dachorganisation aller dänischen und dänisch-friesischen Vereinigungen anschließen sollte. Ausdrücklich wurde immer wieder betont, daß diese neue Vereinigung sich nicht mit Partei- oder Gewerkschaftspolitik befassen sollte. Für die Mitglieder des SAF war der Südschleswigsche Wählerverband die einzige politische Vertretung der dänischorientierten Südschleswiger. Die Hauptaufgabe des SAF sollte dagegen sein, Kontakte zu dänischen Arbeiterorganisationen herzustellen und Aufklärungsarbeit über dänische und deutsche Wirtschafts- und Sozialprobleme zu leisten.

Ein vorbereitender Ausschuß wurde unter meiner Federführung gebildet. Er versammelte sich am 22. November 1953 zu seiner ersten Sitzung. Deren Ergebnis war folgende Presseverlautbarung:

»Bereits seit gut einem Jahr ist in allen Kreisen Südschleswigs über die Bildung eines Arbeitervereins in Südschleswig gesprochen worden. Mit Rücksicht auf die Sozialdemokratische Partei Flensburg [SPF] wurde dieser Gedanke für Flensburg zunächst nicht weiter verfolgt. Nachdem nunmehr eine Entscheidung innerhalb der SPF in den nächsten Tagen herbeigeführt werden soll, hat man den Gedanken erneut aufgegriffen und sich entschlossen, den Sønderjysk Arbejderforening (Südschleswigscher Arbeiterverein) ins Leben zu rufen. In Rendsburg und Eckern-

förde sind bereits Ortsverbände des SAF gegründet worden. Husum, Schleswig, Flensburg u. a. werden demnächst folgen.

»Sønderjysk Arbejderforening« will eine Lücke in der Reihe der dänischen Spezial-Organisationen schließen. Das Mitglied soll im SAF eine Stelle haben, die seine besonderen Probleme in sozialer, wirtschaftlicher und fachlicher Hinsicht behandelt, und welche dem Einzelnen Rat und soweit wie möglich Hilfe zuteil werden läßt.

Der SAF erkennt den SSW als die einzige politische Vertretung der dänisch/friesischen Volksgruppe an. Er wird sich dem Südschleswigschen Verein [SSV] als der Dachorganisation aller dänisch/friesischen Vereinigungen anschließen. SAF knüpft an eine alte Tradition an. Nämlich an den seinerzeitigen nordschleswigschen »Dansk Arbejderforening« (gegründet 1911 in Haderslev), dessen Name 1918 in »Sønderjysk Arbejderforening« geändert wurde.

Wir fordern alle betreffenden Personen und Kreise, die an der Arbeit des SAF interessiert sind, auf, sich diesem neuen Verband anzuschließen. Zuständig für Aufnahme-Anträge sind die SSV-Sekretariate.

gez. Sønderjysk Arbejderforening [SAF]

Südschleswigscher Arbeiterverein

I.A.

Max Christensen

W.L. Christiansen«

In Rendsburg fand eine erste Zusammenkunft der Interessierten am 25. November 1953 statt, eine weitere folgte am 28. März 1954.

Am 1. Dezember 1953, also bereits vor der endgültigen Spaltung innerhalb der SPF, wurde in Eckernförde ein vorbereitender Ausschuß gebildet. Seine Mitglieder waren Max Christensen, Flensburg, Karl Hinrichsen, Schleswig, Johannes Petersen, Büdelsdorf, Günther Dreller, Eckernförde, Lars Schubert, Husum, und ich als Vorsitzender.

Vom 15. bis zum 17. April 1954 versammelten wir in Christianslyst (bei Süderbrarup) die vorläufigen Gremien und andere Interessierte zu einer Tagung mit den Themen: Entwicklung der Lage in Südschleswig; Arbeiterbewegung in Südschleswig, besonders in Flensburg; die kommende Arbeit innerhalb des SAF.

Wir hielten uns auf dieser Tagung nicht mit der Vergangenheit auf, die SPF war für uns bereits abgelegte Geschichte. Es galt, etwas für die Zukunft zu tun.

Doch so glatt wie wir hofften, sollte unser Start nicht gelingen. Wir bekamen Gegenwind von der dänischen und deutschen Gewerkschaft. Eiler Jensen, der Vorsitzende der dänischen Gewerkschaften war extra

nach Hamburg gereist, um sich dort mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Georg Reuter über unsere neuen »dänischen Arbeitervereine« zu beraten. Das Ergebnis dieser Zusammenkunft war das »Hamburger Protokoll«:

Protokoll

»Heute, am 31. März 1954, fand im Gewerkschaftshaus zu Hamburg eine Besprechung statt, an der teilnahmen:

*Der Vorsitzende De samvirkende Fagforbund i Danmark
(Dänischer Gewerkschaftsbund)
Kollege Eiler J e n s e n*

*Für den deutschen Gewerkschaftsbund
Kollege Georg R e u t e r – Düsseldorf und
Kollege Heinrich S t e i n f e l d – Hamburg*

Gegenstand der Besprechung war die Gründung von dänischen Arbeitervereinen im Norden des deutschen Landes Schleswig-Holstein.

Nach eingehender Aussprache wurde zwischen den Vertretern beider Landes-Gewerkschaftsverbände Übereinstimmung dahin erzielt, daß den Minderheiten in jedem Lande so, wie es ihnen durch die Regierungen und die Gesetzgebung ihrer Länder garantiert ist, die politische und kulturelle Betätigung gewährleistet sein muß.

Beide Gewerkschaftsverbände vertreten in Übereinstimmung aber die Auffassung, daß es weder notwendig noch zweckmäßig ist, daß die Minderheit in einem Lande eigene Gewerkschaftsorganisationen oder ähnliche Vereinigungen bildet, um ihre sozialen, wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Interessen zu vertreten.

De samvirkende Fagforbund i Danmark (Dänischer Gewerkschaftsbund) und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind sich einig darin, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten eines Landes, wenn sie einer nationalen Minderheit angehören, den Gewerkschaften des betreffenden Landes angeschlossen sein sollten, sofern sie ihren Arbeitsplatz innerhalb der Grenze des betreffenden Landes haben.

Der Vorsitzende De samvirkende Fagforbund i Danmark (Dänischer Gewerkschaftsbund), Kollege Eiler Jensen, und der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Georg Reuter, erklären für ihre Vorstände, daß sie die Zustimmung ihrer Vortsände zu dieser Übereinkunft einholen wollen und dann untereinander austauschen werden. ...

Hamburg, den 31. März 1954.

.....

Welch ein Mißverständnis! Wir hätten es gerne gesehen, wenn Eiler Jensen auf seiner Reise nach Hamburg in Flensburg Station gemacht hätte, um sich an Ort und Stelle zu informieren. Vielleicht hätte er sich dann die Weiterreise nach Hamburg sparen können. Der Wortlaut des § 2 der Vereinssatzung des SAF hätte ihn beruhigen müssen, denn dort heißt es:

»Der Verein will Interessierte innerhalb der dänischen und friesischen Volksgruppe in Südschleswig zu aufklärender Arbeit über soziale und wirtschaftliche Fragen, zur Beratung des Problems der Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung und -soweit möglich- zur Hilfe von bedürftigen Personen und Familien in Südschleswig zusammenfassen.

Der Verein will keine Parteipolitik treiben und keine gewerkschaftlichen Funktionen übernehmen.« !

Im Nachhinein habe ich den Verdacht, daß von Flensburg aus aufgebauschte Berichte an den DGB gegangen waren, und es ist wahrscheinlich nicht ganz verkehrt, wenn man hinter diesen Berichten auch den Einfluß des Vorsitzenden des DGB in Flensburg Max Beyreis vermuten darf. Sicher ist, daß Frede Nielsen große Bedenken hatte, sich mit den Kieler Sozialdemokraten in Verbindung setzte – und auch das Treffen und das Protokoll der dänischen und deutschen Gewerkschaftler in Hamburg angeregt hat. Er und Hans Hedtoft haben im Juni 1954 Arbejdernes Oplysnings Forbund vor einem zu starken Engagement oder gar einer organisatorischen Verbindung mit uns, vor dem Arbeiten »in einem fremden Land«, gewarnt. Nur die Zusendung von Büchern und anderem gedruckten Material an uns haben sie als tunlich angesehen.

Um in Dänemark klarzustellen, welche Art Aufgabenstellung dem SAF zugeschrieben werden sollte, gab ich dem südschleswigkundigen Journalist Tage Mortensen (Berlingske Tidende) ein Interview. Es erschien am 8. Mai 1954 unter der Überschrift »Nyeste danske skud i Sydslesvig: Sønderjysk Arbejderforening« (etwa: Der neueste dänische Sproß in Südschleswig ..). Einleitend wurde der Weg der SPF geschildert und festgestellt, daß der gewaltige Schwund der SPF-Mitglieder den Hintergrund für die Entstehung des SAF abgebe. Dann folgte in Interviewform die Darstellung der gegenwärtigen Situation. In Bezug auf den jüngsten »Sproß« betonte ich, daß der SSW für uns die politische Partei und die deutschen Gewerkschaften die Organisation für deutsche und dänische Arbeitnehmer seien. Auf die Frage nach der Verlautbarung der deutschen und dänischen Gewerkschaften vom 31. März antwortete ich, daß wir uns diese Aufregung überhaupt nicht erklären könnten, uns aber natürlich dieser Abmachung bedienen würden, wenn es darum gehen wird, Rechte für die dänisch gesinnten Arbeitnehmer durchzusetzen.

In Flensburg gingen am 1. Mai 1954 Einladungen an etwa 50 Personen

zwecks Gründung einer SAF-Organisation. Ungefähr dreißig Personen folgten ihr. Auf dieser vorbereitenden Versammlung wunderte sich der alte Sozialdemokrat und Gewerkschaftler Ole Petersen über die Nervosität der deutschen und dänischen Gewerkschaften, und daß man »Angst« vor uns hatte. Ein Gründungsausschuß wurde mit Hermann Olson, Max Christensen und mir gebildet. Willy Lund stellte sich als Sekretär zur Verfügung. Nach mehreren weiteren Vorbesprechungen fand dann am 26. Mai 1954 die Gründung des Flensburger Ortsverbandes statt.

Anwesend waren 69 Personen, davon zählten wir 64 bereits als Mitglieder. Von diesen hatten 90% schon zur SPF gehört. Die Wahlen ergaben: Ich wurde Vorsitzender, Hermann Olson Stellvertreter, Wernfried Blum vom Flensburger Konsumverein Kassierer, Max Christensen und Johannes Möller Beisitzer. Der Flensburger Ortsverband war sehr aktiv. Neben einer Reihe von Vorstandssitzungen organisierte man Versammlungen mit dem Fraktionsführer des SSW in der Flensburger Ratsversammlung Frederik Mommsen, mit den Stadträten und Ratsherren Hermann Olson, Max Christensen und Hans Wolff sowie mit dem langjährigen Mitglied des Kieler Landtages Samuel Münchow. Außerdem hatten wir einen Vortragsabend mit dem Chefredakteur der Südschleswigschen Heimatzeitung Tage Jessen. Hauptthema der Referate war die jeweils aktuelle Situation auf den Gebieten der Politik und Kultur und ihr geschichtlicher Hintergrund.

Samuel Münchow unterstützte unsere Bemühungen tatkräftig. Am 9. August 1954 schrieb er einen Brief an den damaligen Arbeits- und Wirtschaftsminister in der sozialdemokratischen Regierung Hedtoft, Jens Otto Krag, einer der führenden Männer der Partei. Münchow begründete die Gründung des SAF und unterstrich ausdrücklich die parteipolitisch und gewerkschaftlich neutrale Haltung des neuen Vereins. Seine Hauptaufgabe sei die Herstellung von Kontakten mit dänischen Arbeiterkreisen und deren Organisationen, besonders mit Arbejdernes Oplysningsforbund und den dänischen Arbeiter-Volkshochschulen. J.O. Krag hatte um diese Erläuterungen gebeten, deshalb bot Münchow ihm ein Gespräch mit Vertretern des SAF an. Doch dazu ist es nie gekommen. J.O. Krag hielt sich an die von der dänischen Sozialdemokratie vorgegebene Linie, die sich durch Zurückhaltung auszeichnete.

Noch lag die Stadt Schleswig außerhalb unseres Organisationsgebiets. Interessierte versammelten sich am 6. Oktober 1954 in der Wohnung von Johannes Vollertsen Am Domziegelhof zu ersten Vorgesprächen. Am 20. Oktober 1954 tagte dann der vorläufige Landesvorstand in dieser Stadt. Er befaßte sich mit dem Ergebnis der Zusammenkunft in Christianslyst und bereitete eine neue Tagung in Eckernförde vor – zu der es dann nie kam. Man nahm die Berichte der Ortsverbände entgegen, sprach über Gruppenreisen nach Dänemark und

diskutierte die Frauen- und Jugendarbeit im SAF. Am 16. November 1954 fand dann die erste Versammlung in der Hiort-Lorenzen-Skole statt. Im März und April 1955 wurden dann endlich die letzten Vorbereitungen zur Bildung eines Ortsverbandes getroffen und Vorstandswahlen durchgeführt.

Viele gute Ansätze für die kommende Arbeit wurden im Gründungsjahr gelegt. Und es wurden auch eine ganze Reihe von wertvollen Kontakten zu Organisationen in Dänemark geschaffen. Doch ab Sommer 1954 begann ich zu kränkeln – und am 5. November 1955, auf der konstituierenden Landesversammlung, mußte ich den Vorsitz wegen Krankheit niederlegen. Hermann Olson wurde zum Landesvorsitzenden des SAF gewählt.

Der Sønderjysk Arbejderforening existiert auch heute noch. Eigenartigerweise liegt jetzt sein Hauptarbeitsgebiet im südlichen Südschleswig mit der Hochburg in der Stadt Schleswig. – Doch das wäre eine andere Geschichte.

Nachwort

Sowohl während der ersten Nachkriegsjahre, in denen die SPF eine aktive Partei war, als auch später, ja bis heute, hat man die Bedeutung der Sozialdemokratischen Partei Flensburg unterschätzt.

Innerhalb der dänischen Bewegung war man sich nicht bewußt, daß der Bannstrahl aus Husum den dänisch-südschleswigschen Organisationen, und zwar dem SSV und vor allem ab Sommer 1948 dem SSW, einen nicht geringen Auftrieb gab. Der SSW gewann in erster Linie außerhalb Flensburgs dadurch, daß eine ganze Reihe profiliert Sozialdemokraten aus der SPD austrat und sich dem SSW anschloß. In den Städten und größeren Ortschaften Südschleswigs übernahmen diese Männer und Frauen führende Funktionen in der politischen Organisation der Minderheit. Damit vollzog sich ein entscheidender Strukturwandel innerhalb der Minderheit. In der Vorkriegszeit bildeten Handwerker und Arbeiter den Kern der Minderheit in Flensburg, während selbständige Geschäftsleute, Journalisten und Schulleiter, die auch noch überwiegend aus Nordschleswig stammten, die kulturell und politisch führenden Positionen innerhalb dieser Minderheit einnahmen. Die einzige Ausnahme war der Handwerksmeister Samuel Münchow, der sich aber oft über eine gewisse Geringschätzung seitens der »bürgerlichen«, finanziell unabhängigen Minderheitenführer beklagte. In der Nachkriegsminderheit wurde das sozialdemokratische Element gestärkt. Sozialdemokratisch eingestellte, aus Südschleswig stammende Personen üben heute in der Minderheit und vor allem im Südschleswigschen Wählerverband einen entscheidenden Einfluß aus.

Entsprechend schädlich wirkte sich Schumachers Auftritt in Husum für die SPD aus. Der Partei gingen nicht nur wichtige Führungskräfte verloren sondern auch viele nicht organisierte Anhänger. So lange wie Schumacher lebte, war die SPD für eine große Zahl Südschleswiger eine nichtwählbare Partei, und das trotz Sympathien für die Sozialdemokratie. Der SSW und wohl auch Adenauers CDU und die FDP waren die Nutznießer der Schumacherschen Fehlspekulation von 1946 und des unbeherrschten Auftretens des Politikers Kurt Schumacher. Erst im Laufe der fünfziger Jahre schwanden die Vorbehalte gegenüber der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dieses Jahrzehnt brachte der SPD den Wechsel zu Erich Ollenhauer und 1954 die Wiedervereinigung der SPF mit der SPD. 1955 kamen dann die Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Die beiden letztgenannten Ereignisse waren Ausdruck der Entspannung der nationalen Gegensätze im Grenzland und damit auch Ausdruck der nunmehr eingelehrten politischen Normalität in Südschleswig.

Abkürzungen

AOF Arbejdernes Oplysningsforbund

DSU Danmarks socialdemokratiske Ungdom

SAF Sønderjysk Arbejderforening/Südschleswigscher Arbeiterverein

SPF Sozialdemokratische Partei Flensburg

SSV Südschleswigscher Verein/SSF Sydslesvigsk Forening

SSW Südschleswigscher Wählerverband/SSV Sydslesvigsk Vælgerforening

Personenregister

- Adenauer, Dr. Konrad 146, 226
Andersen, Alsing Emanuel 78, 82
Andersen, Andreas 24
Andersen, Holger 24
Andersen, K.B. 115, 122
Andersen, Niels Bøgh 167ff, 170
Andresen, Thomas 17ff, 24, 105
Arp, Erich 27, 29, 32, 50
Asmussen, Wilhelm 21
- Bär, Hermann 22
Bahnsen, Berthold 101, 169, 170
Bartram, Dr. Walter 129, 190
Beckmann, Georg 22, 35, 41, 43, 78, 95ff
Bengtson, Ejnar 162
Bensch, Bruno 19, 24
Beyreis, Max 19, 22, 45, 60, 66, 73, 127, 129,
131, 136, 139, 151, 170, 179, 183, 198f, 200,
204, 207, 208, 217f, 223
Bismarck, Otto v. 9,
Blank, Dr. Heinrich 149
Blum, Wernfried 224
Bornholdt, Hermann 167
Boysen, Carsten 169f
Brandt, Willy 64
Bromme, Paul 121
Buchstaller, Werner 118f
Buhl, Vilhelm 35, 75f, 78, 80, 82, 131, 159
- Callø, Iver 103, 170
Carlsson, Oluf 131, 159
Carstensen, Ina 35
Christensen, Julius 19, 24
Christensen, L.P. 19, 169
Christensen, Max 221, 224
Christensen, Niels H. 19
Christiansen, Ernst 131, 196
Christiansen, Johannes 144
Clasen, Eduard 22, 32, 39, 40, 55f, 64, 71
Clausen, Hermann 18, 19, 46f, 48, 78, 79f, 88,
94, 99, 101, 114, 115, 117, 120, 145, 146,
147f, 162, 167, 195, 202, 205, 220
Conrad, Curt 151
- Decker, Juliane 217f
Diekmann, Bruno 120, 124, 126, 127, 151, 211
Döhlz, Paul 22, 41, 143
Dose, Edwin 114
Dreller, Günther 221
Dreows, Friedrich 19, 20, 21, 23, 24, 27, 28,
31ff, 39, 41, 43, 45, 50, 87
- Ebert, Friedrich 10
Edert, Dr. Eduard 139ff, 147
Erhard, Prof. Ludwig 212
Eriksen, Erik 133
- Fischer, Heinrich 26, 57, 109f
Franke, Egon 151
Funke, Max 22, 215, 217f
Furcht, Peter 21
- Gayk, Andreas 26, 27, 36, 56, 57, 71, 74, 79,
109ff, 117, 120, 123f, 124, 133, 156ff, 158,
159f, 199f, 205, 211
Gottschalck, Sophus 88
Gramm, Greis 19
Gregersen, Julius 198
- Haase, Karl 19, 24
Hækkerup, Grethe 115
Hækkerup, Per 114, 115ff, 118f, 121f
Hagens, Carl 118, 122
Hansen, Berthnard 19
Hansen, Cornelius 17, 18
Hansen, H.C. 78, 82, 109ff, 114
Hansen, Heinrich 22
Hansen, Jens, 71
Hansen, Richard 133, 159, 203
Harloff, Hans 19, 20, 22, 24, 31, 45, 63, 105
Hass, Wilhelm 19, 24
Hattesen, Peter 18, 19, 20, 22, 24, 27, 28, 32,
39, 50, 63, 207
Hedtoft, Ella 115
Hedtoft, Hans 22, 38, 64f, 78, 79, 80f, 82, 113,
114, 131ff, 135, 138ff, 146, 151ff, 154, 156,
159ff, 162, 171ff, 179, 181, 183, 185ff, 193,
195, 197, 199, 200, 223

Hellwig, Hugo 19, 20, 21, 24f, 27, 28, 29f,
 31ff, 38, 39, 41, 43, 45, 46, 48, 50, 54, 55ff,
 60, 62f, 65, 66, 71, 72, 73, 86f, 104, 105,
 207
 Hinrichsen, Hans 19
 Hinrichsen, Karl 221
 v. Hobe 19
 Hoevermann, Dr. Otto 27
 Huhle, Robert 114, 131, 149, 159
 Hvidtfeldt, Arild 120

 Ibsen, Wilhelm 24, 28
 Iversen, Ludwig 18, 19, 24, 25, 28, 105

 Jacobs, Louis 19
 Jacobsen, Dr. Hans P. 19, 24
 Jensen, Børge 118, 119
 Jensen, Eiler 221ff
 Jensen, Karl 19, 24
 Jensen, Dr. Leon 198f
 Jessen, Tage 17, 18f, 146, 197, 207, 224
 Johannsen, Fritz 19
 Jürgensen, Siegmund 66

 Karl, Dr. Hermann 71
 Katz, Rudolf 109f
 Klaus, Fr. 24
 Kloppenburg, John Johann 20, 21
 Köster, Dr. Adolf 10
 Köster, Ferdinand 21
 Kock, Karl 143
 Kolb, Walter 134
 Kraack, Heinrich 21
 Kraft, Ole Bjørn 133
 Krag, Jens Otto 120, 224
 Krey, Peter 19, 46, 48, 94
 Kristensen, Knud 84
 Kruse, Adolf 22
 Kukil, Max 126, 127, 133, 137, 142, 151, 158,
 205, 207f
 Kuklinski, Wilhelm 26, 27, 29, 36, 43, 48f,
 50f, 56, 65, 69, 71, 79, 91ff, 109ff, 133

 Ladewig, Heinrich 56, 66, 87
 Lechner, Eugen 143
 Leißner, Josefa 114
 Lewis, H. 99
 Linden, Ib 114, 117, 119

 Lindstädt, Erich 118
 Lübke, Friedrich Wilhelm 143, 144, 190, 194
 Lüdemann, Hermann 109ff, 151
 Lütje, Friedrich 179, 180
 Lützen, Amandus 22, 63
 Lützen, Sophie 22, 63
 Lund, Willy 224
 Lunding, Hans 99, 134

 Macknow, Georg 105
 Martensen, Hans 24
 Møhlholm, Klavs 114
 Møller, Christmas 24f, 27, 28, 29, 50
 Møller, J.C. 24, 25, 28, 73, 183, 198f
 Möller, Johannes 224
 Møller, Peter 114
 Mommsen, Frederik 163, 165, 170, 171, 207,
 216, 217, 224
 Mortensen, Tage 223
 Münchow, Samuel 77, 78, 80, 94, 99, 101, 125,
 163f, 168f, 205f, 220, 224, 226

 Nehls, Dr. 188f
 Neumann, Carl 21
 Neumann, Lucie 22, 56, 198
 Nielsen, Asmus 24
 Nielsen, Carl 24
 Nielsen, Frede 78, 80ff, 89ff, 109ff, 114, 117,
 120, 126, 131, 133f, 136, 139, 149, 151f, 154,
 158, 159, 162, 165f, 195, 200, 203, 208f,
 215, 223
 Nielsen, I.P. 45f, 78
 Nielsen, Hans 63, 149
 Nielsen, Peter 22
 Nydal, Jens 184

 Ørneborg, Svend Aage 114
 Oldenburg, Troels 167
 Oldsen, Johannes 19
 Ollenhauer, Erich 109f, 138, 142, 144, 145f,
 151, 179, 181, 182f, 186, 190f, 191ff, 200,
 211, 226
 Olson, Hermann 19, 21, 32, 43, 45, 46, 48, 51,
 60, 66, 101, 105, 124, 125, 127, 131, 136, 151,
 179, 201, 207, 208, 216, 217, 224, 225

 Paaskesen, Valdemar 114
 Pageos, Johann 22

- Paulsen, Johann Jessen 114
 Paysen, Andreas 19, 46, 48, 88, 179, 180
 Perplis, Hans 22
 Peters, Dr. L.C. 19
 Petersen, Carl 114
 Petersen, E. 19
 Petersen, Johannes 221
 Petersen, Ole 21, 224
 Petersen, Viggo 13
 Petersen, Dr. Werner 105
 Poulsen, Aage 114
 Preller, Prof. Dr. Ludwig 151
 Prien, Henri 20, 21, 63f
- Rapp, Wilhelm 22
 Ratz, Karl 15, 26, 57, 151, 158, 204
 Ravn, Christian 20
 Reiser, Nicolaus 22, 32, 39f, 43, 45, 56, 57,
 60, 66, 68, 73, 78, 79f, 87, 99, 101, 113, 125,
 126, 127, 128, 129, 131f, 136, 139, 145, 149,
 151, 153, 162ff, 165, 167ff, 171ff, 178ff, 181,
 183, 185, 195, 197ff, 204, 205, 206, 208,
 215ff
 Reuter, Georg 222f
 Richter, William 22
 Riedel, Erich 119
 Riethmüller, Hans 71
 Rösch, Richard 22
 Rudolph, E. 19
 Ruser, Georg 45, 103
- Schack, lensgreve E.H. 167, 208
 Scharff, Dr. med. Alexander 19
 Scheel, Dr. Max 19
 Schenck, Dr. Richard 26, 27ff, 30ff, 38f, 41ff,
 44, 48, 50, 95, 124, 133, 156, 211
 Schmehl, Wilhelm 21, 143f
 Schmidt, Dr. Hanno 133, 198f
 Schöllhorn, Erwin 103, 121, 201
 Schroeder, Louise 207f
 Schröder, Nicolaus 21
- Schubert, Lars 221
 Schulze, Richard 99
 Schumacher, Dr. Kurt 15, 27, 30, 34, 35f, 38,
 40, 41, 45, 46, 60ff, 66, 68, 71, 75, 79, 85,
 91, 95, 106, 109ff, 122, 132, 137 135, 136,
 146, 151, 152, 156, 182, 186f, 195, 211, 212,
 226
 Schwarze, Gottlieb 22
 Senf, Max 21
 Sennewald, Lothar 22
 Severing, Carl 34, 35f, 38
 Söhren, Carl 19
 Sönnichsen, Christian 19
 Sørensen, H.P. 120
 Sørensen, Svend 113, 135
 Stauning, Thorwald 193
 Steffen, Jochen 219
 Steimle, Johann 144
 Steinfeld, Heinrich 222
 Steppat, Hans 48
 Strack, Gerhard 137
- Tabor, Peder 131, 159
 Tastesen, Bernhard 114
 Thiessen, Heinrich 24
 Thygesen, Frants 135, 167, 220
 Tschadek, Dr. Otto 44
- Vith, Chr. F. 19, 24
 Vollertsen, Johannes 46, 224
 Vosgerau, Richard 103, 129f, 149f, 162, 163,
 169, 179
- Wehlitz, Gerhard 142f
 Wels, Otto 193
 Werner, Theodor 26, 27, 29
 Westphal, Klaus 215
 Wilhelmi, Maria 154
 Wolff, Christian 19
 Wolff, Hans 224

STUDIEAFDELINGENS UDGIVELSER

1. Hermann Clausen: Der Aufbau der Demokratie in der Stadt Schleswig nach zwei Weltkriegen. 303 s. 1966. (Udsolgt).
2. H. V. Gregersen: Niels Heldvad 1564-1634. Ein Schleswiger der nordischen Renaissance – ein Bild seines Lebens und seiner Zeit. 272 s. 1967.
3. Lorenz Rerup: A. D. Jørgensen. Historiker aus dem schleswigischen Grenzland (1840-1897). 160 s. 1967.
4. Vores egne vindver. Ved Poul Kürstein. 192. 1967. (Udsolgt).
5. Nørre og Sønder Gøs Herred. Red. af Poul Kürstein. 205 s. 1969.
6. Hartwig Schlegelberger: Europa set fra den dansk-tyske grænse. 121 s. 1971.
7. L. S. Ravn: Lærerne under sprogreskripterne 1851-1864. 295 s. 1971.
8. Barn i Flensborg 1890-1920. Ved Poul Kürstein. 343 s. 1972 og 1973. (Udsolgt).
9. Helmut Leckband: Krigsfangelazarettet i Tamanskajagaden. 269 s. 1973 og 1974. (Overtaget af Gyldendal.) (Udsolgt).
10. Søren Ryge Petersen: Dansk eller tysk? En undersøgelse af sprogforholdene i en flersproget sydslesvigsk kommune i 1973. 132 s. 1975.
11. Anders Ture Lindstrøm: Landet Slesvig-Holstens politiske historie i hovedtræk 1945-54. 200 s. 1975.
12. Barn og ung i Flensborg 1920-1945. Red. af Lars Schubert og Johann Runge. 335 s. 1977.
13. Paul Tappe: Det gamle Læk i billeder og tekst. 119 s. 1977. (Udsolgt).
14. Egernførde bys historie. Red. af Harald Jørgensen, Frants Thygesen og O. M. Olesen. 291 s. 1980.
15. Jane Bossen/Helge Krempin: Granit i Angel. Romansk stenhuggerkunst i et sydslesvigsk landskab. 93 s. 1980. – Bogen har fået prædikaten »Godt Bogarbejde 1980«. (Udsolgt).
16. Carsten R. Mogensen: Dansk i hagekorsets skygge. Det tredje Rige og det danske mindretal i Sydslesvig 1933-39. 1981. 444 s. i 2 bd. (Registerbind med kilder og noter. 374 + 70 sider.) (Udsolgt).
17. Johann Runge: Sønderjyden Christian Paulsen. Et slesvigsk levnedsløb. 344 s. 1981. (Udsolgt).
18. Paul Tappe: Det gamle Kær herred i billeder og tekst. 228 s. 1982.
19. Franz Wingender: Mit danske liv. Baggrund og grundlag for en tilværelse som dansk i Sydslesvig 1920-1950. 218 s. 1983. (Udsolgt).
20. Franz Wingender: Krigens lænker. Dansk sydslesvigsk dagbog 1939-1944. 211 s. 1984. ISBN 87-423-0435-0.
21. Lars N. Henningsen: Provinsmatadorer fra 1700-årene. 472 s. 1985. ISBN 87-423-0462-8. (Disputats).
22. Barn og ung i Sydslesvig 1900-1982. 1 og 2. Red. af Jørgen Hamre og Johann Runge. 510 s. 1986. ISBN 87-423-0464-4.
23. Jane Bossen/Helge Krempin: Helligåndskirken i Flensborg 1386-1986. 108 s. 1986. ISBN 87-423-0496-2.
24. Bjørn Poulsen: Land – By – Marked. To økonomiske landskaber i 1400-tallets Slesvig. 299 s. 1988. ISBN 87-89178-00-9. (Disputats.).
25. Franz Wingender: Modstand i Sydslesvig – før og efter 1945. 1988. (Udsolgt).

26. Ole Ventegodt: Redere, rejser og regnskaber. Et par flensborgske partrederi-regnskaber 1783-1812. 258 s. 1989. ISBN 87-89178-03-3.
27. Franz Wingender: Generalsekretær Frederik Petersen. En danskhedens repræsentant i Sydslesvig 1923-45. 122 s. 1990. ISBN 87-89178-06-8.
28. Duborg-Skole-elever i krigens år. På korsvejen mellem nødvendighed og frivillighed. 152 s. 1990. ISBN 87-89178-07-6.
29. W. L. Christiansen: Mit brogede politiske liv. 128 s. 1990. ISBN 87-89178-08-4.
30. Hans Schultz Hansen: Danskheden i Sydslesvig 1840-1918 – som folkelig og national bevægelse. 434 s. 1990. ISBN 87-89178-09-2.
31. Lars N. Henningsen og Jørgen Hamre: Dansk Biblioteksvirke i Sydslesvig – et bidrag til grænselandets kulturhistorie 1841-1891-1921-1991. 184 s. 1991. ISBN 87-89178-10-6.
32. Lars N. Henningsen: Foreningsarkiver i Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig. Arkivserien. 52 s. 1992 ISBN 87-89178-11-4
33. W. L. Christiansen: Meine Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Flensburg 1945-1954. Sozialdemokraten zwischen Deutsch und Dänisch. 229 s. 1993. ISBN 87-89178-12-2.
34. Hans Nielsen: Streifzüge durch mein Leben. 227 s. 1993. ISBN 87-89178-13-0.
35. Lars N. Henningsen: Danske Kirkebøger i Sydslesvig. Arkivserien. 120 s. 1993. ISBN 87-89178-14-9.

Under forberedelse:

Lars N. Henningsen: Personarkiver i Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig. Arkivserien.

Titlerne 1, 4, 8, 9, 13, 15, 16, 17, 19, 25 er udsolgt. Titlerne 20ff er i kommission hos Padborg Boghandel. Nørregade 16, DK 6330 Padborg. De resterende titler bestilles hos Dansk Boghandel, Nørregade 74, D 24939 Flensborg. For øvrigt skulle enhver titel – undtagen de udsolgte – kunne bestilles hos Deres egen boghandler.

Der Flensburger W.L. Christiansen, Jahrgang 1920, fühlte sich als Däne und als Sozialdemokrat. Am 1. Juli 1946 trat er in die SPD, Kreisverein Flensburg-Stadt, ein. Bereits eine Woche später, am 7. Juli, wurde er zusammen mit dem gesamten Flensburger Kreisverein vom SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher aus der SPD ausgeschlossen, weil der Kreisverein nicht bereit war, die deutsche Linie der SPD zu vertreten. Der Kreisverein arbeitete als selbständige Partei, als SPF, weiter.

Die SPF wollte sich in der nationalen Frage neutral verhalten. Sie forderte, daß ihre Mitglieder sich in der Frage deutsch oder dänisch nach eigenem Ermessen frei entscheiden können und nicht einer Parteilinie folgen sollten. Sie trat für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Bewohner des deutsch-dänischen Grenzlandes ein.

W.L. Christiansen schildert die Geschichte der unfreiwillig entstandenen SPF, ihr vergebliches Werben um einen Anschluß an die dänische Sozialdemokratie und ihren ebenso vergeblichen Versuch, eine Partei für ganz Südschleswig zu werden, sowie ihre enge Zusammenarbeit mit dem Südschleswigschen Wählerverband.

Die SPF wurde eine kleine Partei zwischen mehreren Fronten. 1954 kehrten ihre Reste in die Mutterpartei zurück.

Die Entwicklung der SPF wird hier von einem »Aktivisten« jener spannungsreichen Jahre als »Erlebtes und Erforschtes« in ihrem zeitgeschichtlichen Umfeld dargestellt.

ISBN 87-89178-12-2